

06.041

Voranschlag der Eidgenossenschaft 2007 Budget de la Confédération 2007

Erstrat – Premier Conseil

Botschaft des Bundesrates 23.08.06
Message du Conseil fédéral 23.08.06

Bestellung: BBL, Vertrieb Publikationen, 3003 Bern
Commande: OFCL, diffusion des publications, 3003 Berne
Nationalrat/Conseil national 04.12.06 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 05.12.06 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 06.12.06 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 07.12.06 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 12.12.06 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 12.12.06 (Fortsetzung – Suite)

06.047

Finanzplan 2008–2010. Bericht

Plan financier 2008–2010. Rapport

Erstrat – Premier Conseil

Bericht des Bundesrates 23.08.06
Rapport du Conseil fédéral 23.08.06

Bestellung: BBL, Vertrieb Publikationen, 3003 Bern
Commande: OFCL, diffusion des publications, 3003 Berne
Nationalrat/Conseil national 04.12.06 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 07.12.06 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 12.12.06 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 12.12.06 (Fortsetzung – Suite)

06.048

Voranschlag 2006. Nachtrag II Budget 2006. Supplément II

Erstrat – Premier Conseil

Botschaft des Bundesrates 29.09.06
Message du Conseil fédéral 29.09.06

Bestellung: BBL, Vertrieb Publikationen, 3003 Bern
Commande: OFCL, diffusion des publications, 3003 Berne
Nationalrat/Conseil national 04.12.06 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 07.12.06 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 12.12.06 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 12.12.06 (Fortsetzung – Suite)

Ordnungsantrag Leutenegger Oberholzer

Dem Nationalrat wird beantragt, in der Wintersession 2006 zusammen mit dem Geschäft 06.047 «Finanzplan 2008–2010» die Motion 05.3681 «Finanzplan 2008–2010» zu behandeln.

Die Motion verlangt, dass der Bundesrat im Bericht zum Finanzplan die geschlechterspezifischen Auswirkungen des Finanzhaushaltes gemäss Artikel 8 Absatz 3 der Bundesverfassung prüft und dem Parlament eine geschlechterdifferenzierte Analyse des Finanzplans 2008–2010 unterbreitet.

Motion d'ordre Leutenegger Oberholzer

Je propose que le Conseil national procède à l'examen de la motion 05.3681 «Plan financier 2008–2010» à la session d'hiver 2006, conjointement avec celui de l'objet 06.047 «Plan financier 2008–2010».

Ladite motion vise à ce que le Conseil fédéral examine si les effets du plan financier 2008–2010 sont compatibles avec le

mandat constitutionnel consacrant l'égalité entre hommes et femmes (art. 8 al. 3 Cst.) et soumettre à l'Assemblée fédérale un rapport sur ces effets.

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Ich bitte Sie, zusammen mit dem Finanzplan 2008–2010 die Motion der SP-Fraktion 05.3681, «Finanzplan 2008–2010», zu behandeln. Inhaltlich möchte ich dazu noch nicht viel sagen. Es drängt sich auf, dass man diese Motion, die beim Finanzplan eine Analyse der Finanzströme in Bezug auf die Wirkung auf die Geschlechter verlangt, heute bzw. in den nächsten Tagen zusammen mit dem Finanzplan behandelt. Es macht ja nicht viel Sinn, eine Motion, die das behandelte Geschäft beschlägt, auf später zu verschieben. Meines Erachtens ist es auch Brauch in diesem Rat, dass man Motionen und Postulate, die in einem engen Zusammenhang zu einem behandelten Sachgeschäft stehen, mit diesem zusammen traktandiert.

Ich bitte Sie deshalb: Stimmen Sie meinem Ordnungsantrag zu.

Präsident (Janiak Claude, S, BL): Sie gehen bestimmt mit mir einig, dass wir in Anbetracht der gegenwärtigen Präsenz im Saal nicht abstimmen können. Ich schlage Ihnen vor, dass ich zuerst den Berichterstatter das Wort erteile. Anschliessend folgen die Redner gemäss Rednerliste. Am Schluss können wir dann die Abstimmung über den Ordnungsantrag durchführen. – Sie sind damit einverstanden.

Kaufmann Hans (V, ZH), für die Kommission: Das Budget 2007 ist erstmals aufgrund des neuen Rechnungslegungsmodells erstellt worden. Was bedeutet das für Sie?

Rein optisch haben Sie anstelle des dicken Budgetbuches einen Schubert mit fünf Bänden erhalten. Wesentlich ist jedoch nicht die Form, sondern der Inhalt. Ich werde aus Zeitgründen selbstverständlich nicht auf viele Details des neuen Rechnungslegungsmodells eingehen können, aber ich glaube, ein paar Fakten sollte ich doch in Erinnerung rufen.

1. Die neue Rechnungslegung basiert auf den internationalen Rechnungslegungsnormen für Staatswesen, kurz Ipsas genannt, das heisst, sie ist nicht mehr eine simple Einnahmen- und Ausgabendarstellung, sondern die Erträge und die Aufwendungen werden wenn immer möglich periodengerecht abgegrenzt.

2. Die Rechnung ist eine Bruttorechnung, das heisst, das gesamte Haushaltvolumen nimmt leicht zu, weil vereinzelte Saldierungen nicht mehr vorgenommen werden. Die Differenz zur bisherigen Nettrechnung macht etwa 1,7 Prozent des Budgetvolumens aus. Dies bedeutet im Klartext, dass wir in den vergangenen Jahren rund 800 Millionen Franken – eben 1,7 Prozent – mehr ausgegeben haben als in der Staatsrechnung dargestellt.

3. Neu ist auch die Verrechnung von Leistungen unter den Bundesämtern. Die gegenseitig verrechneten Beträge summieren sich auf rund 2,3 Milliarden Franken, wobei der Löwenanteil auf die Unterbringung und die Informatik entfällt. Die im Band 1 aufgeführten ordentlichen Einnahmen und Ausgaben von 55,9 bzw. 55,3 Milliarden Franken weichen deshalb von den in Band 2 aufgeführten Beträgen, bei denen diese Verrechnungen nicht saldiert wurden, um rund 2,3 Milliarden ab.

4. Der im Bundesbeschluss I aufgeführte Ertragsüberschuss von 606 Millionen Franken, der sich aus einem Aufwand von 55,3 Milliarden und einen Ertrag von 55,9 Milliarden Franken errechnet, liegt ebenfalls um rund 300 Millionen unter dem im Überblick von Band 1 des Voranschlags aufgeführten Betrag von 918 Millionen. Diese Differenz erklärt sich im Wesentlichen aus dem Einbezug der Kreditsperrenbeträge auf laufenden Ausgaben und aus dem Einbezug der Investitionsrechnung. Wenn Sie mit dieser Erklärung Mühe haben, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass während unserer Budgetdebatte im Vorraum des Ratssaals eine zweisprachige Auskunftsstelle der Eidgenössischen Finanzverwaltung unterhalten wird. Wenn Sie also weitere Erklärungen zur

Rechnungslegung benötigen, können Sie diese dort einholen.

5. Die Eröffnungsbilanz ist noch nicht erstellt. Sie wird erstmals per Ende 2006 erstellt werden. Erst dann werden wir nach allen Neubewertungen der Aktiven und Passiven wissen, über wie viele Aktiven unser Staat tatsächlich verfügt und wie hoch der Fehlbetrag der Bilanz ausfallen wird; dieser belief sich Ende 2005 noch auf 94 Milliarden Franken.

Nun aber zum eigentlichen Budget: Ausgangsbasis des Budgets 2007 ist wiederum die Einschätzung des wirtschaftlichen Umfeldes im nächsten Jahr. Ihre Kommission hat die Annahme der Verwaltung übernommen, das heisst, das Bruttoinlandprodukt soll im nächsten Jahr real um 1,5 Prozent wachsen, die Inflation etwa 1 Prozent betragen, und die Zinsen sollen leicht ansteigen, am Geldmarkt von heute etwa 1,9 Prozent auf durchschnittlich 2,2 Prozent, am Kapitalmarkt von heute 2,3 Prozent auf 3 Prozent. Die Entwicklung der Währungen wird leicht pessimistischer eingeschätzt, das heisst, der Euro soll gegenüber dem heutigen Stand um rund 2 Prozent auf Fr. 1.55 sinken, der US-Dollar hingegen leicht um 4 Prozent auf Fr. 1.25 ansteigen.

In Bezug auf die im Budget vorgeschlagene Lohnerhöhung sei daran erinnert, dass die Teuerung im November dieses Jahres ein halbes Prozent betrug und im Dezember wahrscheinlich noch leicht ansteigen, aber kaum die 1,2 Prozent erreichen wird, die als Teuerungsausgleich vorgesehen sind. Man kann anderer Meinung sein, aber wie die jüngsten Erfahrungen gezeigt haben, lohnt sich ein Disput darüber nicht. Die Annahmen über das wirtschaftliche Umfeld im nächsten Jahr spielen auch keine entscheidende Rolle, denn ein Grossteil der Steuererträge wird vom Konjunkturverlauf dieses Jahres, nämlich des Jahres 2006, bestimmt. Dank des guten Geschäftsganges der Unternehmen, der zunehmenden Beschäftigung und der Lohnzuwächse sind die Aussichten für 2007 in dieser Beziehung relativ günstig.

Sollten die Einnahmen stärker als geplant wachsen, wird sowieso wieder ein grosser Teil davon automatisch als Transfer an die Kantone gehen, was eine Zunahme der Ausgaben des Finanzdepartementes bedeutet. Wir können die Einnahmen auch nicht im gleichen Ausmass beeinflussen wie die Ausgaben, jedenfalls nicht kurzfristig. Dies lässt sich auch an der Anzahl Minderheitsanträge ablesen, die sich mit einer Ausnahme alle auf die Ausgaben beziehen. Was die Schuldenbremse anbelangt, weise ich darauf hin, dass jeweils keine Nachkalkulation erfolgt: Auch wenn das effektive Wirtschaftswachstum wesentlich von unseren Annahmen abweichen sollte, wird im Nachhinein keine neue Rechnung für die Schuldenbremse erstellt.

Nun, wie sieht das Budget für das nächste Jahr aus? Gegenüber der letzten Rechnung, der Rechnung des Jahres 2005, liegen die ordentlichen Einnahmen mit knapp 56 Milliarden Franken um 4,7 Milliarden bzw. 9,2 Prozent höher, die Ausgaben sollen gegenüber 2005 um 3,7 Milliarden bzw. 7,2 Prozent auf 55 Milliarden Franken ansteigen. Ich habe schon eingangs erwähnt, dass ein Teil dieses Zuwachses auf die Anwendung der Bruttorechnung anstelle der Nettobetrachtung zurückzuführen ist. Das Budget 2007 sieht unter Einbezug der von der Finanzkommission beantragten Änderungen einen Überschuss von 935 Millionen Franken vor. Es ist damit schuldenbremsenkonform. Diese Überschüsse dürften aber nur von kurzer Dauer sein, denn bereits für 2008 zeichnet sich aufgrund des Finanzplans 2008–2010 wieder eine Verschlechterung ab. Bereits im Jahre 2008 drohen wieder umfangreiche ausserordentliche Ausgaben in der Höhe von rund 4 Milliarden Franken. Zudem ist bekannt, dass sich am Rande der Staatsrechnung weitere Milliardenlöcher öffnen, für die der Staat eines Tages geradestehen wird, selbst wenn noch keine entsprechenden gesetzlichen Grundlagen dafür bestehen. Auch unser Finanzminister warnt ja vor der bevorstehenden Ausgabenexplosion, die bis 2010 zu einer Neuverschuldung in Milliardenhöhe führen könnte. Wir sind somit trotz des budgetierten Überschusses noch weit davon entfernt, substanziell Schulden abzubauen zu können.

Gegenüber dem Vorschlag des Bundesrates weicht der Budgetvorschlag unserer Räte nur marginal ab; der Aufwand nimmt um 51 Millionen Franken stärker zu, die Erträge um 67 Millionen Franken; die Mehrausgaben sind dabei im Wesentlichen auf Nachmeldungen für die Pandemievorsorge zurückzuführen.

Wie sieht der Antrag unserer Kommission im Vergleich mit den Anträgen der ständerätlichen Finanzkommission aus? Ich darf feststellen, dass nur eine einzige Differenz geschaffen wurde. Sie betrifft die Kürzung der Ausgaben für die Beratertätigkeit, über die ja gerade die GPK des Ständerates kürzlich einen ausführlichen Bericht erstellt hat. Wenn wir uns bei unseren Budgetdiskussionen weitgehend den Anträgen der Finanzkommission anschliessen, werden wir wesentlich weniger Differenzen zu bereinigen haben als im letzten Jahr. Das gibt mir auch Gelegenheit, Sie darauf hinzuweisen, dass im Falle von unüberwindlichen Differenzen im Differenzbereinigungsverfahren nicht etwa das Budget dahinfällt, sondern der jeweils tiefere Betrag beider Räte zum Zuge kommt.

Gegenüber dem Budgetvorschlag der Räte beläuft sich das Total der mit Minderheitsanträgen zur Diskussion gestellten Mehrausgaben auf maximal 0,3 Prozent. Die vorgeschlagenen Kürzungen belaufen sich ebenfalls auf maximal rund 0,3 Prozent der Ausgaben. Wir sind uns somit, was die gewünschten Mehrausgaben und Ausgabenkürzungen anbelangt, schon sehr nahegekommen.

Ich habe meine Zeit schon fast aufgebraucht; ich möchte Ihnen deshalb nur noch das Ergebnis der Budgetberatung in der Kommission bekanntgeben: Dem Bundesbeschluss I über den Voranschlag für das Jahr 2007 wurde mit 21 zu 4 Stimmen bei 0 Enthaltungen zugestimmt. Mit 19 zu 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen wurde dem Bundesbeschluss II über die Entnahmen aus dem Fonds für die Eisenbahngrossprojekte für das Jahr 2007 zugestimmt. Der Bundesbeschluss III über den Voranschlag 2007 des ETH-Bereichs wurde mit 24 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Einzig der Bundesbeschluss IV über den Voranschlag der Eidgenössischen Alkoholverwaltung für das Jahr 2007 wurde einstimmig bewilligt.

Rey Jean-Noël (S, VS), pour la commission: Le budget 2007 présente deux aspects dignes d'être relevés à titre préliminaire: il est fondé sur un nouveau modèle comptable et il est d'emblée équilibré. Ceci entraîne cependant deux corollaires auxquels vous êtes accoutumés: le chef du Département fédéral des finances reste préoccupé pour l'avenir et la commission a mené des débats contradictoires nourris et acharnés. C'est sur la base de ces quatre constatations que je vais rapporter au nom de la commission.

Afin de pouvoir répondre aux exigences croissantes auxquelles est confrontée la gestion financière, la comptabilité de la Confédération a été remaniée de fond en comble. Le nouveau modèle comptable est, pour la première fois, appliqué dans le cadre de l'établissement du budget 2007. Ce nouveau modèle s'ordonne autour de deux principes fondamentaux: d'une part, ce sont désormais les résultats qui prévaudront et, d'autre part, la comptabilité publique de la Confédération répondra aux normes appelées IPSAS.

Très brièvement: la structure des comptes suit pour l'essentiel le modèle prévalant dans l'économie privée. Le nouveau modèle se compose du compte de résultats tenu selon les principes commerciaux, du compte de financement, qui représente peu ou prou l'ancien compte financier, du compte des investissements présenté séparément et du bilan. Pour les délibérations de ce jour, vous avez reçu un document en cinq parties: le tome 1 avec le message sur le budget, le tome 2 qui contient le détail du budget et les trois autres documents qui fournissent les explications sur les données statistiques, les comptes spéciaux et le plan financier.

A ces cinq parties s'ajoute un document sur le nouveau modèle comptable. J'attire aussi votre attention sur le fait que les secrétaires des Commissions des finances, les deux représentants de l'Administration fédérale des finances sont à votre disposition pour répondre à vos questions.

Le budget se présente comme suit: le compte de résultats se solde par un excédent de revenus de 590 millions de francs; dans le domaine des investissements, des dépenses d'investissement de 6,5 milliards de francs; au compte de financement, des dépenses de plus de 55 milliards de francs et des recettes de 55,9 milliards.

Les recettes du compte de financement multipliées par le facteur conjoncturel k déterminent le plafond de dépenses qui aujourd'hui, pour être conforme au frein à l'endettement, s'élève à 55,4 milliards de francs, ce qui nous laisse une marge de manoeuvre de 900 millions de francs.

Les nouveaux crédits d'engagements se montent à 1,9 milliard de francs et enfin, en 2007, la dette de la Confédération devrait être stabilisée à son niveau de 2005. Les revenus sont estimés à 55,8 milliards de francs, ce qui correspond à une augmentation de 3 milliards en chiffres nets. En 2007, on s'attend à une forte hausse des produits de la TVA et de l'impôt fédéral direct, ainsi que des droits de timbre. Les charges croissent de 2,3 milliards de francs; c'est une augmentation de 1,9 pour cent si l'on élimine toutes les distorsions dues au nouveau modèle comptable. La croissance des charges varie fortement d'un groupe de tâches à l'autre. La prévoyance sociale reste en tête et augmente de 715 millions de francs; les finances et impôts enregistrent une augmentation de 931 millions de francs; le trafic reste stable; la formation et la recherche augmentent de 436 millions de francs, pour se fixer à 5,2 milliards de francs, mais il s'agit ici pour l'essentiel des loyers des écoles polytechniques fédérales qui sont pris en compte au titre de la comptabilité analytique. La défense nationale augmente de 102 millions de francs, l'agriculture et l'alimentation restent stables, les relations avec l'étranger augmentent de 55 millions de francs et les autres groupes de tâches sont quasiment stables.

L'examen du dépliant qui vous a été remis, avec 28 propositions de minorité, atteste de l'âpreté des discussions au sein de la commission, mais également de l'entente qui a pu s'établir sur l'essentiel du budget présenté par le Conseil fédéral.

En tout, la commission vous propose une vingtaine de modifications qui, pour la plupart, résultent soit des demandes complémentaires de l'administration, soit des réductions de charges acceptées par elle. Au titre des modifications importantes, je cite les 74,8 millions de francs constituant une charge supplémentaire requise par le Conseil fédéral au titre de l'achat de vaccins contre les pandémies, 63 millions de francs de revenus supplémentaires pour l'imposition du tabac et 17 millions de francs de réduction touchant les charges de conseil de tous les offices.

Compte tenu de ces modifications, le compte de résultats que vous propose la commission boucle avec des revenus pour 55,9 milliards de francs, soit plus 67,5 millions; des charges pour 55,2 milliards de francs, soit 50,7 millions en plus; un excédent de revenus de 606 millions, soit une augmentation de 17 millions de francs. Les 21 crédits de charges et postes de revenus seront discutés lors de la discussion par article.

Le supplément II au budget 2006: votre commission propose d'approuver le message du Conseil fédéral et les propositions qui y sont faites. S'ajoute à cela également une demande complémentaire de l'ordre de 538 000 francs au titre de mesures de protection spéciales des ambassades suisses.

La commission vous propose d'accepter toutes ces demandes.

Le plan financier 2008–2010 prévoit au compte de résultats, en 2008, un déficit de 2,6 milliards de francs, en 2009 un bénéfice de 488 millions de francs et en 2010 un bénéfice de 695 millions. La situation pour l'année 2008 est préoccupante également dans le compte de financement, dans lequel des dépenses extraordinaires pour 4,132 milliards de francs sont prévues pour la contribution unique de 2,6 milliards au fonds d'infrastructure et une contribution de 1,4 milliard liée à la nouvelle répartition des tâches.

C'est surtout la question du déficit de 2008 qui a fait l'objet des discussions au sein de la commission. Certes, le plan fi-

nancier prévoit des excédents de recettes, toutefois cette évolution positive est un peu en trompe-l'oeil. En effet, les trois quarts des excédents découlent de l'objectif de réduction fixé dans le cadre du réexamen des tâches de la Confédération. Lors du rapport du Conseil fédéral, nous aimerions entendre Monsieur le conseiller fédéral Merz s'exprimer au sujet du réexamen des tâches de la Confédération, parce que du résultat de ce réexamen dépend l'équilibre du plan financier. Sinon, et j'attire votre attention sur ce point, nous aurons en 2008 un paquet d'économies de 700 millions de francs et en 2009 de 950 millions.

Une proposition de la commission concernant le plan financier a été rejetée par 15 voix contre 9 et 1 abstention. Elle demandait une stratégie des recettes. Là aussi, le Conseil fédéral serait bien inspiré de nous expliquer sa stratégie en matière de recettes, car on ne peut pas simplement avoir une stratégie des dépenses. Il lui incombe aussi de fixer la stratégie au niveau des recettes.

Finalement, l'arrêté fédéral I concernant le budget pour l'année 2007 a été approuvé en commission par 21 voix contre 4 et 1 abstention; l'arrêté fédéral II concernant les prélèvements sur le fonds pour les grands projets ferroviaires pour l'année 2007 par 19 voix contre 3 et 3 abstentions; l'arrêté fédéral III concernant le budget du domaine des écoles polytechniques fédérales (domaine des EPF) pour l'année 2007 par 24 voix et 1 abstention; l'arrêté fédéral IV concernant le budget de la Régie fédérale des alcools pour l'année 2007 à l'unanimité; l'arrêté fédéral concernant le supplément II au budget 2006 par 24 voix et 1 abstention.

La commission a pris acte du rapport sur le plan financier 2008–2010.

Steiner Rudolf (RL, SO): Für 2006 gibt es laut Hochrechnung einen Überschuss von 2,2 Milliarden Franken in der ordentlichen Rechnung und ausserordentliche Einnahmen von 2,1 Milliarden Franken aus dem Verkauf von Swisscom-Aktien, somit einen Einnahmenüberschuss von total 4,3 Milliarden Franken. Für 2007 gibt es einen veranschlagten Überschuss von ebenfalls gegen eine Milliarde Franken. Das lässt die Herzen höher schlagen und verleitet zur Freude. Diese erfreulichen Zahlen sind massgeblich die Frucht der beharrlichen Anstrengungen unseres Finanzministers, Bundesrat Merz, und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie verdienen dafür Dank. Wenn ich aber in die Zukunft schaue, geht es mir wie Till Eulenspiegel: Er konnte sich nicht freuen, wenn der Weg und damit das Gehen leichter wurden, er sorgte sich stattdessen wegen der nächsten Steigung, die zu nehmen neue Anstrengung bringen würde. Dieses Empfinden habe ich mit Blick auf den Finanzplan 2008–2010 und den Schuldenbericht. Da vermag ob dem jetzt Erreichten keine rechte Freude aufzukommen, der Himmel scheint bereits wieder mit Wolken verhangen zu sein.

Aber der Reihe nach: Das Budget 2007, nach neuem Rechnungsmodell transparent und übersichtlich, erscheint der FDP-Fraktion als ausgewogen und ausgereizt. Wir werden grundsätzlich den Anträgen der Mehrheit der Finanzkommission folgen. Wir haben weder Verständnis für Begehren von der linken Seite um Aufstockungen noch für die allfällige Ablehnung des Budgets durch die SVP-Fraktion. Hierzu kann ich mich auf ein Zitat aus der «NZZ» vom 24. November 2006 auf Seite 30 beschränken, da steht geschrieben: «Aber die SVP betreibt zwecks Profilierung finanzpolitische Schaumschlägerei wie eine inkonsequente Oppositionspartei.» Erschreckend ist und zu Sorgen Anlass gibt, dass die Überschüsse der Jahre 2007–2010 von total 4,9 Milliarden Franken nur knapp den ausserordentlichen Zahlungsbedarf zu decken vermögen. So kann, zusätzliche Ausgaben vorbehalten, wohl ein Anstieg der Neuverschuldung verhindert werden, die alten Schulden aber bleiben bestehen, und für neue Aufgaben fehlt jeder finanzpolitische Spielraum.

Hinzuweisen ist auch auf die Tatsache, dass aufgrund einer prognostizierten günstigen konjunkturellen Entwicklung die Einnahmen stark ansteigen werden, um 7,3 Prozent auf rund 56 Milliarden Franken nur schon im Voranschlagsjahr 2007, in der Periode 2006–2010 um durchschnittlich 5 Pro-

zent auf 63,3 Milliarden. Damit einher geht ein Anstieg der Fiskalquote von 10,6 Prozent gemäss Voranschlag 2007 auf 11,2 Prozent im Jahr 2010. Von einem Aushungern des Staates kann also nicht die Rede sein. Das Begehren der Linken, den Haushalt nicht nur über Minderausgaben, sondern auch über Mehreinnahmen zu sanieren, steht quer in der Landschaft und erscheint obsolet. Den Freunden zur Rechten muss ich empfehlen, ungeachtet des kommenden Wahljahres auf ein Kräftemessen beim Budget 2007 zu verzichten und stattdessen gemeinsam mit uns darauf hinzuwirken, dass wir die Jahre 2008–2010 im Griff behalten und den Bundeshaushalt nicht erneut aus dem Ruder laufen lassen.

Die FDP-Fraktion stimmt also dem Voranschlag 2007 gemäss Kommissionsmehrheit mit geringfügigen Änderungen zu. Ebenso trägt sie die vom Bundesrat getroffenen Lohnmassnahmen mit. Das Bundespersonal arbeitet gut und hat in den letzten Jahren wiederholt verzichten müssen. Der Teuerungsausgleich von 1,2 Prozent und die nichtversicherte Einmalzulage von 1,9 Prozent erscheinen angesichts der Bedürfnisse des Personals, aber auch der finanziellen Möglichkeiten des Bundes als angemessen.

Abschliessend danke ich dem Bundesrat für den umfassenden Schuldenbericht, der uns ein Wegweiser für die künftige Finanzpolitik und insbesondere auch die Sozialpolitik sein muss.

Erlauben Sie mir, noch kurz auf den Ordnungsantrag Leutenegger Oberholzer einzugehen: Ich bitte Sie, diesen abzulehnen. Wir wollen in den nächsten drei Tagen – heute, morgen, spätestens übermorgen – Budget, Finanzplanung und Nachtragskredite abschliessend behandeln. Die von Frau Leutenegger Oberholzer gestellten Fragen – soweit denn überhaupt relevant – können auch später behandelt werden. Jetzt geht es um nichts anderes als um Zahlen. Zudem zitiere ich Ihnen gerne Artikel 8 Absatz 3 der Bundesverfassung, auf den sich der Antrag Leutenegger Oberholzer bezieht. Dieser Artikel 8 Absatz 3 lautet: «Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für ihre rechtliche und tatsächliche Gleichstellung, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit. Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.» Nun frage ich Sie: Wo ist da der Zusammenhang mit dem Finanzplan 2008–2010? Ich bitte Sie, den Ordnungsantrag abzulehnen.

Loepfe Arthur (C, AI): Für das Rechnungsjahr 2006 erwartet der Bundesrat in der Finanzrechnung einen ordentlichen Ausgabenüberschuss von über zwei Milliarden Franken. Dieses erfreuliche Ergebnis ist dem langersehten und jetzt eingetroffenen Wirtschaftswachstum zu verdanken, aber auch den Anstrengungen zur Zügelung des Ausgabenanstiegs in den vergangenen Jahren. Wir ernten jetzt die Früchte der Schuldenbremse, der Entlastungsprogramme 2003 und 2004, aber auch der Ausgabendisziplin in grossen Teilen der Bundesverwaltung.

Eindrücklich zeigt sich der Segen des eingetretenen Wirtschaftswachstums. Die Fiskaleinnahmen steigen, vor allem die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer, der direkten Bundessteuer, der Verrechnungssteuer und der Stempelabgaben. Nur dieses markante Einnahmenwachstum ermöglicht den geplanten massiven Ausgabenanstieg. Von einer Aushöhlung des Bundeshaushaltes, wie sie von linker Seite immer wieder behauptet wird, ist also – wie schon mein Vordränger gesagt hat – keine Spur. Im Gegenteil: Die Einnahmen steigen gewaltig. Nur deshalb können wir im Rahmen der Schuldenbremse mit den gewaltig steigenden Ausgaben nachziehen. Der Segen des Wachstums manifestiert sich auch in mehr Arbeitsplätzen, weniger Arbeitslosen, höheren Löhnen und höheren Beiträgen an die Sozialversicherungen.

Wie lange das günstige Wirtschaftsklima anhalten wird, weiss niemand. Nutzen wir also die gute Zeit, um die angehäuften Schulden abzubauen. Verhalten wir uns jetzt antizyklisch. Man hört im Moment selten das Wort antizyklisch. Als wir einen schlechten Wirtschaftsgang hatten, viele Schulden und grosse Defizite machten, sagten alle: «Ja-

wohl, man muss noch mehr ausgeben, man muss sich antizyklisch verhalten.» Doch jetzt haben wir Gewinne. Jetzt müssen wir uns eben auch antizyklisch verhalten. Nutzen wir also die guten Jahre, im Hinblick auf mögliche magere Jahre mit geringem Wirtschaftswachstum. Wiederholen wir nicht die Fehler des Jahres 2000, dessen Überschüsse umgehend zu neuen Ansprüchen und neuen Ausgaben verleitet haben. Hohe Defizite und hohe Schulden mit schwerer Zinsenlast waren die Folge, dies erst noch in einer Zeit mit einem ungünstigen Wirtschaftswachstum. Arbeiten wir jetzt an der Verbesserung der Voraussetzungen für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum. Dazu zählt auch ein gesunder Bundeshaushalt.

Das Budget der Finanzierungsrechnung 2007 sieht einen Einnahmenüberschuss von 918 Millionen Franken vor. Zum ersten Mal seit Einführung der Schuldenbremse soll ein struktureller Überschuss erzielt werden. Das ist Anlass zur Freude. Die Einnahmen, bereinigt um den Effekt des neuen Rechnungsmodells, steigen im nächsten Jahr um 5,7 Prozent. Hauptursache für diese optimistische Einnahmenschätzung ist wiederum das erwartete hohe Wirtschaftswachstum, das hoffentlich anhalten wird. Gemäss neuem Rechnungsmodell bereinigt, sind für 2007 die Ausgaben mit einem Anstieg von 2,8 Prozent budgetiert; der Ausgabenanstieg bewegt sich im nächsten Jahr somit exakt entlang der angenommenen nominellen Wirtschaftsentwicklung. Der grosse Anstieg der Ausgaben, wiederum gemäss neuem Rechnungsmodell bereinigt, erfolgt bei der sozialen Wohlfahrt mit einem Plus von 715 Millionen Franken. Sie haben richtig gehört: plus 715 Millionen Franken gegenüber dem Voranschlag 2006. Dieses Wachstum im sozialen Bereich liegt nun mit plus 4,3 Prozent weit über dem angenommenen Wirtschaftswachstum. Bei der AHV sind es plus 460 Millionen Franken, bei der Invalidenversicherung plus 134 Millionen Franken und für die Prämienverbilligungen bei der Krankenversicherung plus 152 Millionen Franken. Die soziale Wohlfahrt beansprucht 2007 also bereits gegen einen Drittel der gesamten Bundesausgaben. 2007 wird der Bund allein für die Invalidenversicherung 4688 Millionen Franken bezahlen. Dazu kommen noch die Ergänzungsleistungen, und die Kantone zahlen auch noch 1,5 Milliarden Franken an die IV. Trotzdem bleibt ein Defizit von gegen 2000 Millionen Franken, sodass die Steuerzahler allein im nächsten Jahr für die IV über 8000 Millionen Franken aufzubringen haben werden.

Der Finanzplan zeigt einen steilen Anstieg der ordentlichen Einnahmen auf schwindelerregende 63,5 Milliarden Franken. Dies sind – bereinigt nach neuem Rechnungsmodell – 3,9 Prozent pro Jahr. Dieser Anstieg liegt über dem angenommenen nominellen Wirtschaftswachstum von 3 Prozent und erhöht somit die Steuerquote des Bundes von 10,6 Prozent im Jahr 2007 auf 11,1 Prozent im Jahr 2010. Der Einnahmenanstieg beruht wiederum auf günstigem Wirtschaftswachstum und auf Steuererhöhungen. Die Mehrwertsteuer soll 2009 erhöht werden, ebenso die leistungsabhängige Schwerkverkehrsabgabe.

Die ordentlichen Ausgaben steigen im Planungszeitraum ebenso steil an: von 55 Milliarden im Jahr 2007 auf 62,9 Milliarden Franken im Jahr 2010. Mit 4,1 Prozent pro Jahr – wiederum bereinigt nach neuem Rechnungsmodell und vor der Abbauvorgabe gemäss Aufgabenüberprüfung – liegt der Ausgabenanstieg ebenfalls über dem Wirtschaftswachstum und erhöht somit die Ausgabenquote des Bundes von 11,3 auf 11,8 Prozent. Die soziale Wohlfahrt wächst in den Finanzplanjahren 2007–2010 um 4,753 Milliarden Franken oder um 6,5 Prozent pro Jahr auf 21,4 Milliarden Franken im Jahr 2010. Dies entspricht 34 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes und beansprucht 52 Prozent des Ausgabenwachstums. Dieses Ausufern des Sozialbereichs in dem durch die Schuldenbremse definierten Rahmen führt zu einem Verdrängen und zu einer finanziellen «Kannibalisierung» in Bezug auf die übrigen Aufgabenbereiche. Ein finanzieller Spielraum besteht nicht mehr. Priorität eins ist durch die soziale Wohlfahrt besetzt, alles andere muss hintanstellen. Ein weiteres grosses Problem sind die ausserordentli-

chen Ausgaben, die von der Schuldenbremse nicht erfasst werden, die an der Finanzrechnung vorbeigehen.

Im Namen der CVP-Fraktion empfehle ich Ihnen, dem Budget 2007 zuzustimmen, ebenso den übrigen Bundesbeschlüssen und den Nachtragskrediten.

Bei den Anträgen gemäss Fahne unterstützt die CVP-Fraktion – von einzelnen Positionen abgesehen – die Mehrheit. Ich bitte Sie, das Gleiche zu tun.

Hofmann Urs (S, AG): Sie haben natürlich Recht, Herr Bundesrat Merz, wenn Sie es immer wieder betonen: Eine Schwalbe macht noch keinen Frühling. Doch immerhin darf man sich ob ihres Gezwitschers freuen, und man lebt Anfang Mai trotz der noch bevorstehenden Eisheiligen zu Recht anders als im Januar. Wir jedenfalls sind erfreut ob des hervorragenden Rechnungsabschlusses 2006, der sich abzeichnet, auch wenn er nicht gerade ein Musterbeispiel für Budgetgenauigkeit sein wird.

Wir stellen fest, dass das vom Bundesrat vorgelegte Budget 2007 auch bei Beachtung der Schuldenbremse einen gewissen Spielraum offenlässt. Es sind somit Ausgaben möglich, die zwar in den vergangenen Jahren immer wieder als an sich berechtigt bezeichnet wurden, die jedoch in den beiden Entlastungsprogrammen oder jeweils im Budgetprozess mit Hinweis auf die Schuldenbremse gestrichen wurden. Dabei geht es – ich höre schon die warnende Stimme unseres Finanzministers – in keiner Art und Weise darum, Schleusen zu öffnen und sich luxuriöse Wünsche zu erfüllen. Nein, es geht in ausgewählten Positionen darum, kohärent zu entscheiden und nicht sachpolitisch ausgewiesene und demokratisch getroffene Entscheide allein mit dem Hinweis auf die Finanzlage des Bundes oder die Schuldenbremse auszuhebeln. Wir werden Ihnen in der Detailberatung dazu mehrere Minderheitsanträge unterbreiten. Von einer neu entstandenen Ausgabeneuphorie kann denn auch in keiner Art und Weise die Rede sein.

Schaue ich auf die Fahne mit den Beratungsergebnissen aus den Finanzkommissionen, so vermag ich jedenfalls keinen einzigen Antrag zu erkennen, der Ausdruck einer verantwortungslosen Ausgabenpolitik oder eines finanzpolitischen Schlendrians wäre. Selbst die Fraktion der Grünen, die das vorliegende Budget ablehnt, wie es guter Brauch einer Oppositionspartei ist, hat keinen einzigen Antrag eingebracht, dem finanzpolitisch irgendeine Relevanz zukäme. Dass die SVP, obwohl im Bundesrat mittlerweile mit zwei ganzen Bundesräten vertreten, jedes mehrheitsfähige Budget ablehnt, wissen wir schon seit Jahren. Schön wäre es allerdings zu wissen, was es denn brauchen würde, damit auch von dieser Seite eine Zustimmung käme. An der Ablehnung der paar wenigen Minderheitsanträge kann es ja weiss Gott nicht liegen.

Selbstverständlich sind auch wir mit diesem Budget nicht zufrieden. Allzu vieles ist noch geprägt von den Verzerrungen der Entlastungsprogramme. Mit unseren Minderheitsanträgen sind jedoch punktuelle Verbesserungen möglich. Wir haben deshalb in der Finanzkommission dem Budget zugestimmt und werden im Plenum unseren definitiven Entscheid aufgrund der Ergebnisse in der Detailberatung treffen.

Erlauben Sie mir noch einen Ausblick auf die nächsten Jahre: Zunächst erwarten wir vom Bundesrat, dass der Prozess für das Budget 2008 offen und transparent abläuft. Nach den bisherigen Ergebnissen der sogenannten Aufgabenverzichtplanung, die im Jahr 2008 zusätzliche Einsparungen in der Höhe von 700 Millionen Franken bringen soll, ist allerdings schon jetzt abzusehen, dass wieder der Rasenmäher aus dem Schopf hervorgeholt wird. Wir erwarten eigentlich heute vom Bundesrat, dass er politisch Farbe bekundet und Schwerpunkte setzt. Angesichts der guten Konjunkturlage und der zu erwartenden Steuereinnahmen ist vor der definitiven Verabschiedung des Budgets 2008 ohnehin eine neue Standortbestimmung vorzunehmen. Wir werden es nicht akzeptieren, wenn trotz genügender Einnahmen und trotz Einhalten der Schuldenbremse einseitige Kürzungsmassnahmen vorgeschlagen werden sollten.

Ganz generell müssen bei einer nachhaltigen Finanzplanung nicht nur die Ausgaben, sondern ebenso die Einnahmen im Auge behalten werden, zumal unter dem Regime der Schuldenbremse die zulässigen Ausgaben letztlich durch die Einnahmen vorgegeben werden. Kollege Rey hat deshalb in der Finanzkommission eine Motion eingereicht, mit dem Ziel, den Bundesrat zu verpflichten, in Zukunft vermehrt auch die Einnahmenseite in seine Überlegungen einzubeziehen. Eine finanzpolitische Strategie, die nur auf die Ausgaben fokussiert ist und die Entwicklung der Einnahmen – sei es durch weniger Einnahmen infolge von Steuererleichterungen, sei es durch weniger Einnahmen infolge veränderter Verhaltensweise von Steuersubjekten – ausser Acht lässt, wird früher oder später Schiffbruch erleiden und, Schuldenbremse hin oder her, zu einer zusätzlichen Verschuldung führen. Die IV ist ein aktuelles Paradebeispiel hierfür: Auch dort wird es ohne zusätzliche Einnahmen nicht gehen. Leider hat die Kommissionsmehrheit die Motion Rey abgelehnt. Die SP-Fraktion wird sie deshalb direkt dem Plenum unterbreiten, um sicherzustellen, dass die Finanzplanung künftig ausgewogen auf zwei Beinen stehen wird.

Zuppiger Bruno (V, ZH): Es ist schön festzustellen, dass nicht – wie am Anfang der Debatte – mehr Blumen als Parlamentarierinnen und Parlamentarier im Saal sind.

Diese Budgetdebatte steht unter zwei besonderen Vorzeichen:

Erstens geht es um die Umstellung auf ein neues Rechnungsmodell (NRM), welches die Gewähr bieten soll, dass die Finanz- und die Erfolgsrechnung in Zukunft transparenter und übersichtlicher dargestellt werden. Das Parlament hat dafür immerhin einen hohen zweistelligen Millionenbetrag bereitgestellt. Für Sie alle als Parlamentarierinnen und Parlamentarier ist es eine Herausforderung, sich in dieser neuen Materie zurechtzufinden.

Zweitens hat der Finanzminister für das Jahr 2006 anstelle eines budgetierten Defizits von etwa 700 Millionen Franken einen Überschuss von etwa 2,2 Milliarden Franken in Aussicht gestellt. Hinzu kommen noch die Erträge aus dem Verkauf der Swisscom-Aktien in der Grössenordnung von 2,1 Milliarden Franken, was schliesslich in der Erfolgsrechnung zu einem Ergebnis von etwa plus 4,3 Milliarden Franken führen soll.

So schön solche Meldungen klingen mögen, Tatsache ist nach wie vor, dass die Bundesfinanzen noch lange nicht saniert sind. Wenn wir die Finanzperspektiven des Bundes bis 2015 anschauen, müssen wir feststellen, dass die Bundesfinanzen ohne wirksame Bremsmanöver ins Unermessliche wachsen und wir gezwungen sind, die Steuern, Abgaben und Gebühren so stark zu erhöhen, dass unserem Wirtschafts-, Werk- und Finanzplatz Schweiz schwere Nachteile erwachsen.

Auch wenn im kommenden Jahr Wahlen sind, fordert die SVP, dass die anstehenden Revisionsprojekte wie Verwaltungsreform, Aufgabenüberprüfung und -verzichtplanung, Primatwechsel bei der beruflichen Vorsorge des Bundes, Baustelle bei der Finanzierung der Neat usw. unverzüglich an die Hand genommen werden mit dem Ziel, den Bundeshaushalt ausgabenseitig merklich zu entlasten.

Die SVP-Fraktion verlangt, dass die Ausgaben- und Steuerquote des Bundes wieder auf den Stand von 1990, nämlich auf 10 Prozent, herabgesetzt wird. Heute liegt die Ausgabenquote des Bundes im Verhältnis zum BIP bei 11,3 Prozent. Zudem ist darauf zu achten, dass die Verschuldung – auch sie bedeutet mehr Steuern und Abgaben für die Steuerzahler von morgen – massiv abgebaut wird. All dies kann nur geschehen, wenn möglichst viele verantwortungsbewusste Kräfte hier in diesem Saal und auch im Ständerat am gleichen Strick ziehen, und zwar erst noch in der gleichen Richtung.

Herr Loepe, leider können wir nach wie vor noch nicht ernsten, im Gegenteil! Die SVP-Fraktion ist ausserordentlich besorgt über die Entwicklung der Ausgaben. Daher fordert sie für die Jahre 2007–2010 ein Ausgabenwachstum, das sich höchstens gemäss der Teuerung entwickelt und nicht, wie es

der Bundesrat will, nach dem Wirtschaftswachstum. Nur so wird es möglich sein, den riesigen Schuldenberg wenigstens nicht weiter ansteigen zu lassen oder im besten Fall vielleicht sogar etwas abzubauen. Wenn wir den Bundeshaushalt wirklich sanieren wollen – ich wende mich insbesondere an die bürgerliche Ratsseite –, müssen wir unbedingt die Weichen in der Sozialpolitik, bei der Eigenfinanzierung des öffentlichen Verkehrs, aber auch in anderen Bereichen neu stellen. Denn ohne Reformen im Gesundheits- und Sozialbereich, aber auch im Infrastrukturbereich wird es keine Sanierung der Bundesfinanzen geben.

Zum Voranschlag 2007: Dieser weist ein Ausgabenwachstum von 2,8 Prozent auf, dies nach Abzug der NRM-bedingten Aufblähung um etwa 1,4 Prozent. Die geschätzte Teuerung liegt gemäss Bundesrat bei etwa 1 Prozent. Wenn der Bundesrat den vom Parlament erhaltenen Auftrag, nämlich das Ausgabenwachstum auf die Teuerung auszurichten, ernst nehmen würde, hätte er uns einen Voranschlag präsentiert, bei dem die Ausgaben NRM-bereinigt 53,3 und nicht 54,2 Milliarden Franken betragen, wie es im Voranschlag steht.

Noch mehr Sorgen bereiten der SVP der Finanzplan 2008–2010 und dann die Finanzperspektiven des Bundes. Sie steigen bis zum Jahr 2015 auf gegen 80 Milliarden Franken an. Dazu kann die SVP-Fraktion nun einfach nicht Ja sagen. Alles in allem steht für die SVP fest, dass die Sanierung der Bundesfinanzen noch lange nicht auf Erfolgskurs ist. Damit diese Finanzen nicht aus dem Ruder laufen, müssen wir bereits jetzt etwas dagegen tun.

Die SVP-Fraktion beantragt Ihnen, in der Detailberatung ihren verschiedenen Kürzungsanträgen und jenen der anderen bürgerlichen Kräfte zuzustimmen. Gleichzeitig verlangen wir vom Bundesrat, dass er eine nachhaltige Aufgabenverzichtplanung durchführt und den Finanzplan und die Finanzperspektiven auf der Ausgabenseite wesentlich nach unten korrigiert.

Noch ein Wort zum Ordnungsantrag Leutenegger Oberholzer: Diesen Ordnungsantrag – sofern ihn der Bundesrat behandelt hat – können wir, denke ich, direkt zusammen mit dem Finanzplan behandeln. In der Sache werden wir aber nicht so stimmen, wie das die Motionärin will, sondern dem Bundesrat folgen.

Frösch Therese (G, BE): Das Budget sieht gut aus, die Hochrechnung des Abschlusses 2006 auch. Das gibt Entspannung, das ist viel angenehmer, das hat man tendenziell in der Finanzkommission doch ein bisschen gemerkt. Aber dafür, dass es nicht allzu freundlich wird, haben dann die verschiedenen «Abbaukräfte» gesorgt.

Das Budget, wie es sich heute präsentiert, ist tatsächlich positiv. Trotzdem wird es von uns abgelehnt. Es wird abgelehnt, weil für uns wichtige Anliegen in den Verhandlungen nicht durchkamen. Wir müssten dort markante Verbesserungen erreichen. Der Grund liegt auch darin, dass die Prioritäten falsch gesetzt wurden und die provokativen Kürzungsanträge der Mehrheit der Finanzkommission die Finanzierung wichtiger Aufgaben des Staates gefährden. Das Budget weist einen Ertragsüberschuss von 900 Millionen Franken aus. Die Rechnung fällt viel besser als erwartet aus. Diese positiven Ergebnisse sind einerseits auf die gute Konjunkturlage – wir hoffen, dass sie anhält –, andererseits auf die Schuldenbremse, vor allem aber auf die Entlastungsprogramme 2003 und 2004 zurückzuführen, mit welchen Aufgaben und Ausgaben um 5 Milliarden Franken beschnitten und 25 000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Die Sparprogramme zeigen also Wirkung. Die Ausgabenseite ist einigermaßen im Griff. Gleichzeitig befinden wir uns in einer Phase des konjunkturellen Aufschwungs – Zeit also, wieder über Politik anstatt über Buchhaltung zu reden.

Dringende Aufgaben sollten nun angepackt und Korrekturen an verfehlten Sparbeschlüssen vorgenommen werden, anstatt das ideologische Lied der leeren Kassen weiterzusingen. Denn das bürgerliche Credo, wonach nur noch tiefere Steuern und nur eine noch tiefere Staatsquote das Beste für alle wären, ist immer mit Sparpaketen verbunden, welche

den politischen Handlungsspielraum zwangsläufig zulasten nachhaltiger Aufgaben bei Verkehr, Ökologie sowie in der Gesellschafts- und Sozialpolitik einengen; dies – ich möchte daran erinnern –, obwohl die Schweiz mit einer Staatsquote von 38 Prozent des Bruttosozialprodukts deutlich unter dem Durchschnitt der 15 alten EU-Staaten liegt.

Bei der Erstellung des Budgets 2007 hat der Bundesrat den Departementen wiederum eine Sparvorgabe von 300 Millionen Franken gemacht wegen der Schuldenbremse sowie eine Kreditsperre von 1 Prozent respektive 200 Millionen Franken angeordnet, was automatisch zu linearen Kürzungen bei den ungebundenen Ausgaben führt. Die Kreditsperre wurde 2003 im Rahmen der Entlastungsprogramme als Notmassnahme eingeführt. Das Budget 2007 mit einem Ertragsüberschuss und einer Unterschreitung des Schwellenwertes der Schuldenbremse rechtfertigt die Weiterführung dieser Notmassnahme nicht. Die grüne Fraktion unterstützt deshalb den Minderheitsantrag Hofmann Urs zur Aufhebung der Kreditsperre in zahlreichen Budgetpositionen im Bildungs- und im Bereich.

Zum Personal: Wir sollten nicht vergessen, dass die Resultate der letzten Umfrage zur Mitarbeitendenzufriedenheit sehr negativ ausfielen. Arbeitsklima und Arbeitsbedingungen beim Bund haben sich in dieser Legislatur massiv verschlechtert. Das Bundespersonal steht unter permanentem Spardruck und hat seit 1991 nie mehr eine Realloohnerhöhung erhalten. Angesichts der Morgenröte am Konjunkturmorgen braucht es jetzt positive Signale. Die grüne Fraktion folgt dem Minderheitsantrag Hofmann Urs auf 1 Prozent Realloohnerhöhung für alle, leider unversichert. Die grüne Fraktion wird alle Kürzungsanträge zu den Positionen des EDA bekämpfen und sich für die unverzügliche Umsetzung der Motion Leuthard 05.3808 einsetzen. In den Bereichen Gleichstellung, familienergänzende Kinderbetreuung, Bibliotheksdienste und Denkmalschutz setzen wir uns für vertretbare, dringend benötigte Budgeterhöhungen ein. Den Kürzungsantrag Weyeneth auf 30 Millionen Franken im Bundesamt für Verkehr lehnen wir ebenso ab wie den «Rasenmäher»-Kürzungsantrag Kaufmann, mit dem er den Beratungsaufwand in der gesamten Bundesverwaltung um 10 Prozent kürzen will.

Zu den Ausgaben des VBS: Da verlangen wir, dass die Beiträge für die Nato gestrichen werden – es handelt sich um 460 000 Franken im EDA und 3,4 Millionen Franken im VBS-Budget –, und zwar zugunsten einer Erhöhung der Beiträge an die Uno. Die Nato ist ein Sonderbund des reichen Nordwestens dieses Planeten, der sich auf Kosten der Uno zu einem globalen Offensivbündnis entwickelt. Die Nato ist dem weltweiten Frieden, auch jenem in Afghanistan, nicht förderlich, sondern hinderlich. Deshalb soll die Schweiz zu ihr Distanz und nicht Nähe pflegen. Deshalb soll auf diese beiden Beiträge für die Nato zugunsten einer Erhöhung des Uno-Beitrags verzichtet werden.

Wir vertreten auch die Streichung des Beitrages an die Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung im VBS.

Kurz zum Finanzplan: Kumuliert über die Budget- und Finanzplanperiode 2007–2010 betragen die Überschüsse 4,8 Milliarden Franken. Darin ist allerdings die vom Bundesrat initiierte und von der Verwaltung umzusetzende Aufgabenüberprüfung inbegriffen, welche 2008 Einsparungen von 700 Millionen, 2009 von 950 Millionen und 2010 von 1,2 Milliarden Franken bringen soll. Herr Bundesrat Merz machte uns in der Finanzkommission wiederholt klar, dass lineare Sparübungen unprofessionell und unseriös seien. Wir befürchten, dass es nun, wo diese Aufgabenüberprüfung am Scheitern ist, zu einem neuen Sparprogramm kommen wird. Wir wehren uns dagegen. Anstatt weitere wertvolle Staatsaufgaben abzubauen, sollten nun vielmehr die Einnahmen- und Wachstumsprognosen überarbeitet werden. Die grüne Fraktion unterstützt deshalb den Minderheitsantrag Rey, der eine Balance von Ausgaben und Einnahmen bei der Finanzplanung verlangt.

Die grüne Fraktion nimmt den Finanzplan 2008–2010 sehr kritisch zur Kenntnis und ist für Eintreten auf die Budgetverhandlungen.

Wäfler Markus (E, ZH): Die EVP/EDU-Fraktion unterstützt Eintreten und Genehmigung von Voranschlag 2007 und Nachtragskrediten 2006 und empfiehlt Ihnen, dies ebenfalls zu tun. Bei den einzelnen Budgetposten werden die Mitglieder unserer Fraktion individuell über Zustimmung oder Ablehnung zu Mehrheit oder Minderheit sowie Einzelanträgen entscheiden.

Die EVP/EDU-Fraktion ist der Auffassung, dass es Aufgabe dieses Parlamentes ist, im Interesse der Handlungsfähigkeit von Regierung, Parlament und Staat sowie der zügigen Realisierung beschlossener Investitionen, aber auch mit Blick auf unsere Partner, die Kantone, am Ende dieser Session ein Budget 2007 zu verabschieden. Aus unserer Sicht ist es ein fragwürdiges Verständnis von Wahrnehmung der Regierungsverantwortung, wenn Regierungsparteien zum Voraus mit der Ablehnung des Budgets drohen, wenn ihre Maximalforderungen nicht erfüllt werden. Ein fehlendes Budget 2007 löst keine Probleme.

Im Hinblick auf die Bewilligung des Kredites für die Beschaffung von Impfstoffen gegen die Vogelgrippe stellen wir uns die Frage, nach welchen Kriterien das Bundesamt für Gesundheit (BAG) wohl seine Risikoabschätzungen und seine Gesundheitsstrategien festlegt. Eine Betrachtung der rein medizinisch beurteilten, realen Gefährdung für die gesunde Bevölkerung durch die Risiken Vogelgrippe, Sars, Aids, Geschlechtskrankheiten, Alkohol, Nikotin, Drogen usw. müsste das BAG bei diesen Risiken zu anderen Prioritäten und Strategien führen, als wir sie aktuell bei ihm beobachten. Im Interesse der Gesundheit unserer Bevölkerung erwarten wir vom BAG Risikobeurteilungen und Strategien einzig nach medizinischen Gesichtspunkten, frei von Ideologien, politischen Einflüssen oder Druckversuchen durch Medienkonzerne.

Die EVP/EDU-Fraktion anerkennt das Bemühen des Bundesrates, das Ausgabenwachstum zu bremsen und ein schuldenbremsenkonformes Budget 2007 vorzulegen. Wir anerkennen, dass der schuldenbremsenkonforme Voranschlag 2007 einen positiven Saldo aufweist. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass immer noch gähnende Milliardenlöcher in den «Kässeli» ausserhalb der ordentlichen Staatsrechnung vorhanden sind. Wir sind deshalb als Parlament gefordert, zumutbare Massnahmen zur Korrektur dieser Defizite zu realisieren, dies auch mit Blick auf die Entwicklung der Bundesfinanzen in der nächsten Legislatur. Das Parlament ist aufgefordert – auch im Wahljahr 2007 –, mit seinem Verhalten zu belegen, dass Finanzdisziplin kein Fremdwort ist.

Beim Finanzplan 2008–2010 geht es lediglich um Kenntnisnahme. Aber auch beim Finanzplan erfordert die absehbare Ausgabenentwicklung – zum Beispiel bei der Neat, beim FinöV-Fonds, beim öffentlichen Verkehr, bei AHV und IV, bei den Pensionskassen usw. – einen disziplinierten Umgang mit den Bundesfinanzen. Diese Situation zwingt auch zur Überprüfung der Einnahmenseite, aus unserer Sicht primär im Bereich der Bekämpfung der Steuerhinterziehung, welche auch im Interesse der Steuergerechtigkeit effizienter gestaltet werden muss, damit die gesetzlich beschlossenen Steuern und Abgaben auch von allen Steuerpflichtigen entrichtet werden.

Im Hinblick auf die Kenntnisnahme des Finanzplanes 2008–2010 erinnern wir die Regierungsparteien daran, dass sie kollektiv die Verantwortung für die aktuelle Finanzlage des Bundes tragen. Wir erwarten deshalb wirksame und realisierbare Vorschläge der Regierungsparteien zur dringend notwendigen Korrektur der Schuldenwirtschaft dieses Parlamentes. Der Nachtragskredit zum Budget 2006 des Finanzdepartementes von knapp 300 Millionen Franken infolge höherer Zinskosten sollte uns ein Warnzeichen sein, was geschieht, wenn in der aktuellen Schuldensituation die Zinsen auch nur ein wenig ansteigen.

Die EVP/EDU-Fraktion möchte es nicht unterlassen, an dieser Stelle der Verwaltung und dem Personal des Bundes für ihren Einsatz herzlich zu danken. Ohne die zuverlässige Arbeit des Bundespersonals und der Verwaltung würde hier nicht viel funktionieren. Ein Dankeschön von unserer Seite an alle, die dazu beigetragen haben, dass die Bundesverwaltung auch 2006 tipp topp funktionierte.

Wir empfehlen Ihnen Eintreten auf den Voranschlag 2007 und Genehmigung der Nachtragskredite 2006.

Dormond Béguelin Marlyse (S, VD): Le budget présenté par le Conseil fédéral pour l'année 2007 reste dans la ligne d'austérité mise en oeuvre depuis plusieurs années. Il prévoit au final 918 millions de francs de bénéfice. Si l'on part du principe régulièrement confirmé ces dernières années que les résultats des comptes seront meilleurs que les prévisions du budget, gageons que les comptes pour l'année 2007 battront des records. Tant mieux pour la Confédération, qui devrait voir de cette manière sa dette diminuer de manière non négligeable. Cela dit, on peut déplorer le fait que l'amélioration des finances de la Confédération ne change rien ni au discours alarmiste des partisans du dogme de la diminution rapide de la dette à n'importe quel prix, ni à la rigueur aveugle du Conseil fédéral.

La mise en oeuvre du nouveau modèle comptable rend les comparaisons avec l'ancien modèle difficiles. Les coupes ne sont pas toujours clairement visibles en raison de ce changement; ce n'est qu'en procédant à un examen plus approfondi qu'elles ressortent. De là à soupçonner le Département fédéral des finances de profiter du changement de modèle comptable pour opérer des coupes en catimini dans le budget 2007, il y a un pas que j'hésite de moins en moins à franchir.

Une fois de plus, aucune priorité politique ne se dégage de ce budget. On en reste aux coupes linéaires. Pire, alors que le Parlement a, à plusieurs reprises lors des discussions sur le programme d'allègement budgétaire 2003, mais surtout lors de la dernière session à Flims, affirmé sa volonté de donner une importance particulière au domaine de la formation et de la recherche, le Conseil fédéral a opéré des coupes dans les budgets des écoles polytechniques fédérales, des universités et d'autres secteurs de la formation. Il me semble quand même qu'il y a là une confusion des rôles et l'exécutif fédéral oublie de plus en plus souvent que le souverain, ce n'est pas lui.

Pour le domaine des écoles polytechniques fédérales, les coupes effectuées dans le budget additionnées à celles qui ont déjà eu lieu ces dernières années amputent d'une manière non négligeable les moyens attribués, ceci alors que le nombre d'étudiants est en augmentation constante et que le mandat de prestations, lui, est resté inchangé. Nous y reviendrons plus en détail lorsque nous débattrons de la proposition de la minorité y relative.

Mais je voudrais déjà maintenant en appeler à nos collègues des groupes démocrate-chrétien et radical-libéral: chers collègues, comment pouvez-vous penser rester crédibles en présentant des motions demandant pour les uns 6 pour cent et pour les autres 8 pour cent d'augmentation des moyens alloués à la formation – comme la motion du groupe radical-libéral 06.3377 adoptée à Flims – et accepter deux mois plus tard des coupes sèches dans les moyens attribués aux écoles polytechniques? Je vous donne rendez-vous lors de la discussion par article.

Je voudrais encore relever les coupes faites dans les crédits pour des mesures de prévention pour le domaine de la santé. Ce secteur disposait, dans le budget 2003, de 41 millions de francs. Il est ramené à 28 millions de francs dans le budget 2007. Cela fait une diminution de plus de 12 millions de francs en quatre ans, cela alors même que les milieux scientifiques alertent les pouvoirs publics à tous les niveaux devant la progression de la consommation de tabac et d'alcool chez les jeunes et des maladies sexuellement transmissibles, dont le sida n'est que le plus spectaculaire.

Une autre bombe à retardement est en train de se développer: ce sont les cas d'obésité chez les enfants et chez les

jeunes. Les dernières études révèlent que ces cas ont passé, durant ces dix dernières années, de 10 à 18 pour cent, soit presque un doublement. Il s'agit là des situations d'urgence, et c'est important aussi dans l'optique de la maîtrise des coûts de la santé.

Selon les évaluations données par l'Office fédéral de la santé publique, un franc donné aujourd'hui pour la prévention, c'est neuf francs économisés demain dans les dépenses de santé. Quand on sait les effets secondaires de l'obésité tels que les maladies cardiaques, le diabète, les problèmes circulatoires, etc., ces coupes n'ont vraiment pas de sens. Il faut être un adepte obtus de la méthode Coué pour oser encore affirmer que l'on peut faire plus ou la même chose avec toujours moins.

Je rappelle que, à mi-octobre 2006, l'Organisation mondiale de la santé et l'OCDE ont épinglé la Suisse en dénonçant le fait qu'elle n'en fait pas assez dans ce domaine; nous y reviendrons lors de la discussion de détail.

Pour conclure, je tiens à préciser que les propositions de minorité d'augmenter le budget dans quelques points ne mettent pas en péril l'équilibre du budget et restent dans le cadre du frein à l'endettement.

Pfister Theophil (V, SG): Ich äussere mich für die SVP-Fraktion zu den Bereichen Bildung, Forschung, Militär und zur Frage der Vogelgrippeprävention. Zuerst etwas Grundsätzliches: Ich anerkenne den Willen und die Anstrengungen des Bundesrates zur Verbesserung des Staatshaushaltes. Ich bin aber enttäuscht, wenn ich sehen muss, wie der Bundesrat immer dann, wenn es um aussenpolitisch relevante Finanzfragen geht, seine Grundsätze nicht mehr beachten will. Überall dort, wo eine Kooperation, insbesondere mit der EU, vereinbart wird, steigen die Kosten massiv: So geschehen bei der Bildung und Forschung, wo den unspezifischen Ausbauforderungen der Bildungs- und Forschungslobby nachgegeben wurde. Damit wird die Chance vertan, zuerst die Kosten-Nutzen-Frage zu stellen und dort zu investieren, wo auch ein entsprechender gesellschaftlicher oder materieller Nutzen erwartet werden kann. Gemäss einer aktuellen, allerdings nicht sehr fundierten Studie liegt der qualitative Nutzen unserer Milliardenbeiträge an die EU-Forschungsprogramme unter 60 Prozent. Aber auch in den anderen Kooperationsbereichen – wie Film, Statistik, Sicherheit und Bildung – finden wir immer das gleiche einseitige Muster wieder: Mit der Zusammenarbeit steigen bei uns die Kosten. Dem Nutzen der EU-Programme wird offenbar nicht vertraut, und es entstehen dadurch neue Doppelspurigkeiten. So geht das natürlich nicht!

Wenn die ausführenden nationalen Institutionen, zum Beispiel der Nationalfonds, der Ansicht sind, die Kooperation mit der EU sei schlechter als die eigene Arbeit, dann ist das Problem zu diskutieren; es geht nicht an, einfach die Mittel als Kohäsionsbetrag abzuschreiben und selbst noch mehr zu fordern.

Bildung und Forschung gehören unbestritten zu den Grundpfeilern eines erfolgreichen Landes. Die öffentliche und die private Forschung wie auch die Wirtschaft haben das gemeinsame Ziel, mit den eingesetzten Ressourcen unsere Zukunft zu gestalten und zu sichern. Wir dürfen uns angesichts unserer fehlenden Effizienzkontrolle nicht wundern, wenn man in Asien mit sichtlich höherer Effizienz und höherem Elan die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber unserer Wirtschaft stärkt. Wie lange können wir uns ein System ohne Wirkungskontrolle in der Forschung noch leisten?

Die SVP-Fraktion steht für eine glaubwürdige, voll ausgerüstete Milizarmee gemäss den Verfassungsbestimmungen ein. Sie hat deshalb im Budget die dafür notwendigen Ausgaben genehmigt. Nicht einverstanden ist die SVP-Fraktion mit der Expansion des Einsatzgebietes der Milizarmee ins Ausland, weder von der erforderlichen Spezialausrüstung noch von den Einsätzen her. Die Schweiz lässt sich nicht am Hindukusch verteidigen. Die SVP drängt darauf, dass die ganze Milizarmee über eine ausreichende miliztaugliche Bewaffnung verfügt und die Übungsplätze im eigenen Land benutzt werden. Auslandeinsätze untergraben das Vertrauen in

die Armee, und sie laufen Gefahr, letztlich den falschen Machthabern zu dienen und unserem Land zu schaden.

Zum Impfschutz gegen die Vogelgrippe: Die Frage hierzu lautet: Kann eine Finanzkommission oder ein Parlament ohne sachkundige Begleitung die Entscheidung fällen, ob unser Land zusätzlich zur getätigten Tamiflu-Vorsorge auch noch ein flächendeckendes, halbwegs taugliches Grippimpfmittel benötigt? Der Verpflichtungskredit dafür beträgt 180 Millionen Franken. Wir können diese Frage mangels Unterlagen nicht beantworten. Die SVP-Fraktion verzichtet hier nach eingehender Beratung auf einen Antrag, ist jedoch sehr skeptisch. Wenn solche Beiträge kurzfristig ohne Beratung ins Budget untergeschoben werden, so ist das ganze Budget im Hinblick auf Hunderte von Millionen Franken unseriös. Die Chancen, die sich im Budget 2007 eröffnet hatten, wurden leider nicht genügend gewahrt.

Markwalder Bär Christa (RL, BE): Herr Pfister, könnten Sie noch präzisieren, inwiefern der Nationalfonds der Meinung sei, die Gelder wären in der Schweiz besser angelegt als im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm, beziehungsweise ob das der offiziellen Politik des Nationalfonds entspricht?

Pfister Theophil (V, SG): Danke vielmals, Frau Kollegin Markwalder, ich nehme die Gelegenheit zu einer Antwort gerne wahr. Es wäre doch angesichts der Verdoppelung der Beiträge an die EU-Forschungsprogramme logisch gewesen, wenn sich der Nationalfonds gesagt hätte, diesen Bereich könne er jetzt an die gemeinsame Forschung abgeben. Er hat das aber auch auf Vorhalte hin eben gerade nicht getan, sondern er hat gesagt, er setze sich für die Gelder zugunsten der EU-Forschung ein, aber gleichzeitig möchte er auch mehr Gelder in seinem Budget haben, und das ist nun absolut unlogisch. Ich erwarte auch vom Nationalfonds – der ja beurteilen sollte, wo die Gelder richtig eingesetzt sind – eine gewisse Konsequenz.

Zeller Andreas (RL, SG): Es steht besser um die Bundesfinanzen als auch schon. Das äussere Bild des Finanzhaushaltes hat sich dank der Entlastungsprogramme 2003 und 2004, unterstützt von der guten Konjunktur, vorteilhaft entwickelt. Im Voranschlag für das kommende Jahr und im Finanzplan für die nächsten drei Jahre sind Überschüsse geplant. So weit, so gut, ist man geneigt zu sagen. Allerdings nur vordergründig; auf den zweiten Blick erkennt man nämlich, dass sich die Situation bei einer umfassenden Beurteilung mit Einbezug ausserordentlicher Entwicklungen bei weitem nicht so rosig präsentiert. Anders ausgedrückt: Noch ist nicht alles Gold, was glänzt, schon lauern neue Gefahren. Auf eine Altlast und eine dieser Gefahren möchte ich nachfolgend kurz eingehen.

Zwar sind, wie bereits gesagt, in den kommenden Jahren Überschüsse geplant. Das ordentliche Finanzierungsergebnis weist bis ins Jahr 2010 einen kumulierten Gewinn von knapp 5 Milliarden Franken aus. Mit diesen Überschüssen müssen aber Fehlbeträge aus unmittelbar bevorstehenden ausserbudgetären Sanierungskosten kompensiert werden. Es wurde bereits gesagt: Dadurch kann zwar ein Anstieg der Neuverschuldung vermieden werden – das ist immerhin etwas –, aber ein Schuldenabbau liegt weiterhin ausser Reichweite. Dies ist nicht nur unschön und ernüchternd, es ist in einem gewissen Sinne schon beinahe dramatisch. Denn Schulden sind ja beileibe nicht gratis. Sie verursachen Zinsen und verlangen angemessene Tilgungsraten. Sie schränken aber auch den Handlungsspielraum bei den Konsumausgaben je länger, je mehr ein. Angesichts der heute historisch tiefen Zinssätze tickt hier bereits eine Zeitbombe. Wenn es nun aber selbst bei konjunkturell rosigen Aussichten nicht gelingt, diese Altlasten mit all ihren negativen Begleiterscheinungen zu entschärfen, dann muss das einen nachdenklich stimmen: Wann, wenn nicht jetzt, soll ein dringender notwendiger Schuldenabbau überhaupt noch gelingen?

Ein weiterer beunruhigender Umstand ist der, dass Aktivsaldi öffentlicher Haushalte immer wieder zu Mehrausgaben

verleiten. Anders ausgedrückt: Wo schwarze Zahlen entstehen, sind auch Begehrlichkeiten nicht weit. Das liegt gleichsam in der Natur der Politik. Umso mehr drängt es sich auf, die Mahnung unseres Finanzministers anlässlich der Präsentation des Budgets 2007 in Erinnerung zu rufen. Er sagte nämlich sinngemäss, es gebe keinen Spielraum für neue Bundesausgaben. Dabei war der Nachsatz entscheidend: auch nicht mittelfristig. Dem ist nach unserer Beurteilung uneingeschränkt beizupflichten.

Finanzpolitische Wachsamkeit ist dabei vor allem bei den Sozialausgaben geboten. Nach neuesten Szenarien wird der Anteil unserer Sozialversicherungen an den gesamten Aufwendungen im Budget bis etwa ins Jahr 2015 von heute 29 auf fast 40 Prozent anwachsen. Damit steigt nun gleichzeitig aber die Gefahr, dass bei allen übrigen Ausgabenpositionen noch mehr gespart werden muss. Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang noch eine Klammerbemerkung: Vor diesem Hintergrund ist die bereits geäusserte Idee, den Finanzhaushalt des Bundes zusätzlich mit einem jährlichen Sonderbeitrag von knapp 2 Milliarden Franken zur Entschuldung der IV zu belasten, äusserst problematisch, aus finanzpolitischer Sicht geradezu inakzeptabel.

Die Haushaltsanierung zeitigt zwar erste Erfolge. Das ist ebenso erfreulich wie verdienstvoll. Angesichts der nach wie vor gewaltigen Schuldenlast, der auf uns zukommenden ausserbudgetären Sanierungskosten sowie der sich weiterhin abzeichnenden überdurchschnittlichen Zuwachsraten bei den Ausgaben für unsere Sozialwerke ist eine konsequente Ausgabendisziplin – gerade auch jetzt – oberstes Gebot, ja geradezu ein Muss.

Ich bitte Sie daher, beim vorliegenden Budget für das kommende Jahr in diesem Sinne konsequent zu sein. Bleiben Sie standhaft!

Fässler-Osterwalder Hildegard (S, SG): Nach den beiden Vorrednern aus dem Kanton St. Gallen vielleicht mal eine etwas hoffnungsfrohere Botschaft als die Schwarzmalerei. Es gibt leider in der Bundesfinanzpolitik eine Art neue Wetterregel, die lautet: je besser die Aussichten, desto pessimistischer Finanzminister Merz. Dabei gäbe es viele Gründe, in unserem Land eine positive Grundstimmung zu erzeugen. «Der Aufschwung beginnt im Kopf» war einmal ein gängiger Slogan, und gar kein dummer. Vieles in unserem Leben, auch in der Politik, ist Psychologie. So kann der Verlauf der Börse nur zu einem kleinen Teil rational erklärt werden. Wäre es anders, könnten Börsenverluste ja gar nicht eintreten. Auch die Wirtschaftsentwicklung und die Stimmung der Konsumentinnen und Konsumenten gehorchen nicht immer den Kriterien von Vernunft und Rationalität. Hier gilt, dass positives Denken – also: «Der Aufschwung beginnt im Kopf» – den Verlauf wesentlich beeinflusst.

Herr Bundesrat Merz und mit ihm die SVP und grosse Teile der FDP machen genau das Gegenteil, wenn sie die Situation des Budgets 2007 und auch die vermuteten guten Resultate aus der Rechnung 2006 einschätzen und kommentieren. Kaum ein positives Wort – dafür schwarzmalen und im Voraus den Schwarzen Peter verteilen. Ein positives Budgetergebnis weckt bei ihnen schlimmste Befürchtungen hinsichtlich des künftigen Finanzgebarens dieses Parlamentes. Ich finde dies unangebracht und erachte die Zweifel am Verantwortungsbewusstsein unserer Räte als inakzeptabel.

Ich wäre im Gegenteil froh, wenn das positive Ergebnis 2006, das positive Budget 2007 und die positiven Resultate der Finanzplanung 2008–2010 Anlass zu einer positiven Grundstimmung auch beim Finanzminister und in diesem Parlament wären. Nur so kann die Stimmung der Konsumentinnen und Konsumenten auch aus der Berner Finanzoptik positiv beeinflusst werden, und private Investitionen stünden dann nicht im Widerspruch zum Tenor des EFD. Dass es für eine positive Grundhaltung Gründe genug gibt, liest man ja in den EFD-Papieren, zum Beispiel auf Seite 12 in Band 1 des Voranschlags: «Der Voranschlag 2007 schliesst klar besser ab als im letzten Finanzplan angenommen.» Oder auf Seite 15: «Der im Voranschlag 2007 erzielte

strukturelle Überschuss ist deutlich höher als im letzten Finanzplan vorgesehen.»

Allerdings genügen positives Denken und Reden noch nicht. Es braucht auch ein entsprechendes Handeln. Zwei Themen stehen dabei für mich beim Voranschlag 2007 im Vordergrund: erstens die Aufhebung der Kreditsperre, zumindest im Bereich Bildung; zweitens Schritte in Richtung auf die 0,7 Prozent der anrechenbaren Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit. Die nötigen Mittel dafür sind vorhanden.

Erinnern wir uns an die Zielsetzungen der Entlastungsprogramme und weiterer Sparmassnahmen. Der Bund soll wieder Handlungsspielraum gewinnen und gemäss einer Prioritätensetzung investieren können. In Flims haben wir ganz klar ja zur stärkeren Förderung von Forschung und Bildung gesagt. Mit einem Unterschreiten des Ausgabenplafonds gemäss Schuldenbremse um über 400 Millionen Franken macht eine Kreditsperre von 134 Millionen Franken keinen Sinn. Das sind ja Kredite, die wir bereits beschlossen haben und die zur Verfügung stehen. Der Handlungsspielraum besteht. Der Aufschwung beginnt mit solchen Handlungen. Dasselbe gilt für unser höchstens von ganz rechts bestrittenes Ziel der Mehrausgaben zugunsten der Entwicklungszusammenarbeit. Wer die Millenniumsziele erreichen will, muss irgendwann endlich Schritte machen und nicht nur rechnerische Kosmetik bei der Anrechenbarkeit von gewissen Budgetposten.

Zum Schluss: Bitte hören Sie auf damit, jene, die die voraussehbare gute Entwicklung des Bundesfinanzhaushaltes positiv werten und Investitionen in die Zukunft machen wollen, als verantwortungslos darzustellen. Solange in Ihren Augen der Spielraum vorhanden ist für Steuersenkungen aller Art, sind Investitionen zugunsten aller Generationen allemal gerechtfertigt und erst noch gewinnbringender.

Bugnon André (V, VD): Si le budget d'une collectivité publique doit être analysé pour lui-même afin d'obtenir le meilleur résultat possible pour la collectivité concernée, cet examen ne peut se faire toutefois sans que l'on connaisse la situation conjoncturelle du moment, ni les engagements pris les années précédentes. De même, une analyse budgétaire doit aussi être faite en portant une attention soutenue sur les effets de ce budget sur les années qui vont suivre, de façon à permettre une correction de trajectoire si les effets à terme ne permettent plus de respecter certaines dispositions légales, comme le frein à l'endettement, par exemple.

Le projet de budget 2007 de la Confédération prévoit un excédent de recettes de 918 millions de francs. Nous pouvons dire que celui-ci est correct compte tenu des déficits des exercices précédents, hormis celui de l'année dernière. Il respecte le frein à l'endettement et confirme la volonté du Conseil fédéral de vouloir en finir avec les déficits d'ordre structurel. Il est à relever ici que ce résultat n'a pu être obtenu que grâce aux mesures d'économies découlant des programmes d'allègement budgétaire 2003 et 2004 – PAB 2003 et 2004; une réduction des dépenses de 3 milliards de francs a pu ainsi être réalisée. Si l'on cumule à ce montant les premiers effets du programme d'abandon de tâches, ce sont des charges de 4,9 milliards de francs par an qui vont être économisées dès 2008.

Toutefois, malgré ces chiffres réjouissants, la dette de la Confédération va croître encore de 400 millions de francs en 2007 pour atteindre le montant de 130,2 milliards de francs. En effet, la caisse fédérale doit financer, en plus de la couverture des charges annuelles de fonctionnement, le fonds pour les grands projets ferroviaires ainsi que la couverture du déficit de l'assurance-chômage sous forme de prêt. Il en résulte que malgré un excédent de recettes de 918 millions de francs, nous devons continuer d'emprunter.

Cette situation démontre bien que nous devons en permanence veiller au grain et analyser avec sérieux les perspectives d'avenir. Or, que voyons-nous dans ces perspectives? Dans son plan financier 2008–2010, le Conseil fédéral prévoit des excédents de recettes entre 688 millions de francs et 1,8 milliard de francs, accumulant ainsi au total 4,8 milliards d'excédents sur la période. Ces chiffres peuvent paraître

tre à première vue comme ceux d'une planification acceptable, mais lorsque l'on sait que pour obtenir ce résultat, il faut que les trois quarts de ces montants soient obtenus grâce à l'application de mesures de réduction des charges dont les principes sont déjà décidés, mais ne sont pas encore traduits par des mesures effectivement prises, on imagine la fragilité de cette planification. En effet, sans mesures supplémentaires d'économies, les dépenses maximales autorisées par le frein à l'endettement seraient déjà dépassées de 356 millions de francs en 2008.

Il faut encore ajouter à ce tableau que les recettes ordinaires, avec une croissance de 5 pour cent par année – ce qui est bien au-dessus du taux d'inflation –, comprennent également un relèvement de la TVA pour financer en partie le déficit de l'assurance-invalidité, ainsi que la majoration de la redevance sur le trafic des poids lourds liée aux prestations – la RPLP. Comme le peuple pourrait être amené à se prononcer sur la question de la TVA, nous n'avons encore aucune garantie sur la sécurité de ces recettes nouvelles.

Il est aussi prévu dans cette planification d'introduire une taxe sur le CO₂. Mais, comme celle-ci doit être redistribuée, elle ne produira pas d'effet net dans les résultats comptables.

De toute façon, la planification financière, qui comprend d'un côté un certain nombre de mesures d'économies, montre bien aussi que la pression fiscale s'accroît, comme l'avait prédit l'UDC, et que le citoyen contribuable direct, ou indirect par le biais de la TVA, est de plus en plus pressé.

De plus, les besoins financiers extraordinaires déjà prévisibles à ce jour – de plus de 4 milliards de francs – seront nécessaires dans la même période. Si l'on ajoute à cela que ces prévisions financières sont faites sur la base d'une croissance optimiste des recettes, en tablant sur une bonne conjoncture et de bonnes rentrées fiscales, le plan financier de la Confédération ressemble fort à des noix alignées sur un bâton. En effet, au mieux, dans la conjoncture la plus favorable, la dette de la Confédération reste à hauteur de 130 milliards de francs à fin 2010; au pire, si les recettes ne suivent pas la planification, ou si les mesures d'économies ne sont pas acceptées ou pas réalisées, voire encore si les dépenses prennent l'ascenseur pour diverses raisons, l'endettement va continuer de gonfler, avec les effets pervers que l'on connaît sur les charges d'intérêts et sur le fait qu'on laisse sans scrupules le soin à nos descendants d'assumer financièrement les erreurs de leurs aînés.

Pour le surplus, il faut savoir encore qu'à part l'augmentation prévue de la TVA, décrite auparavant, pour financer l'assurance-invalidité, il n'est pas prévu dans ce plan de remboursement de la dette que l'AI a accumulée dans le fonds de compensation de l'AVS/AI. Il faudra bien trouver encore une solution pour résoudre ce problème. De même, aucune décision fondamentale n'a encore été prise pour assurer le financement des autres assurances sociales qui soit actuellement déficitaires, comme l'assurance-chômage, soit vont le devenir, comme l'AVS.

C'est pourquoi la grande majorité du groupe UDC refusera le budget 2007 et le rapport sur la planification financière 2008–2010. Elle trouve que le Conseil fédéral n'a pas été assez loin et pas assez vite dans le sens des mesures d'économies et que l'équilibre structurel du budget ainsi que celui prévu dans la planification financière dépendent trop de recettes nouvelles aléatoires, accentuant aussi la charge fiscale sur la population.

Une minorité de notre groupe s'abstiendra lors du vote, car elle ne veut pas décourager le Conseil fédéral dans la poursuite de son travail de redressement de la situation financière, tout en l'encourageant à prendre des mesures encore plus fermes, de façon à non seulement assurer un équilibre financier sur le long terme, mais aussi à mettre en place une politique de désendettement.

Une autre minorité, enfin, acceptera ce budget, le considérant comme un premier pas vers une politique de redressement des finances fédérales.

Kiener Nellen Margret (S, BE): Zu viel Rüstung, zu wenig Bildung, ein Überschuss von fast einer Milliarde Franken, dafür zu wenig Geld für die öffentliche Entwicklungshilfe, seit langem angeprangerte Steuerschlupflöcher – ich erinnere an den Bericht Behnisch – sowie neue Steuergeschenke, etwa mit der neu privilegierten Transponierung, prägen das Budget 2007. Dafür enthält es noch kein Geld für dringend nötige Bewegungs- und Sportprogramme für Kinder und zu wenig Geld für die Gleichstellung von Frau und Mann. Das Budget 2007 ist ein Austeritätsbudget. Es enthält zum Teil unsinnige Beschlüsse aus den Sparprogrammen der letzten Jahre, so etwa die Aushebelung der öffentlichen Wohnraumförderung in einer Zeit, in der die Wohnkosten bis zur Hälfte eines tiefen Haushaltbudgets ausmachen und dafür die Ergänzungslösungen und Sozialhilfeszahlen explodieren. Das Budget 2007 reflektiert auch die Vernichtung von rund 25 000 Arbeitsplätzen aus den Sparprogrammen bei einer immer noch hohen Sockelarbeitslosigkeit, insbesondere mit den vielen jugendlichen Arbeitslosen und Ausgesteuerten. Damit bin ich bei den Finanzkennzahlen. Mit eiserner neoliberaler Ideologie will die rechte Mehrheit die Staats- und die Fiskalquote von einem international sehr tiefen Stand aus noch tiefer fahren. Das Resultat ist nicht mehr, sondern weniger Wirtschaftswachstum, denn es gibt keinen nachweislichen Zusammenhang zwischen der Höhe der Staats- bzw. Steuerquote und dem Wirtschaftswachstum, tout au contraire: Kleinere europäische Länder mit massiv höheren Steuerbelastungen hatten in den letzten 15 Jahren ein deutlich höheres Wachstum als die Schweiz.

Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erkennen zunehmend, dass mit dieser ungerechten Steuerstruktur und mit dieser unsozialen Haushaltstruktur die Umverteilung von Arm zu Reich weiter voranschreitet. Aus der letzte Woche vorgestellten Vermögensstatistik wissen wir, dass 163 000 Millionäre – das sind 2,32 Prozent der Bevölkerung – mehr als die Hälfte des schweizerischen Gesamtvermögens, nämlich gut 54 Prozent, besitzen. Mit anderen Worten: Die Lorenzkurve der Vermögensverteilung verliert bald die Form einer Kurve und nähert sich einem rechten Winkel. Die Bundesverfassung – ich spreche die Rechtsgleichheit an – mit ihrer wohlklingenden Präambel wird zunehmend missachtet. Eine derart krasse Ungleichverteilung der Vermögen ist auch volkswirtschaftlich schädlich, da die Kaufkraft zu ungleich verteilt ist. Die zahlreicheren armen Menschen werden entmutigt und verlieren eine positive Perspektive; die Resignation macht sich immer breiter. Das Privatvermögen aller Millionäre hat von 374 Milliarden Franken im Jahr 1997 auf 538 Milliarden im Jahr 2003 zugenommen. Herr Bundesrat, allein aus diesem Zuwachs könnte die Bundesschuld total getilgt werden. Es fehlen Steuereinnahmen wegen der nichterhobenen Kapitalgewinnsteuer und der nichtgestopften Steuerschlupflöcher.

Die SP-Fraktion wird sich mit Minderheitsanträgen dafür engagieren, dass das Budget 2007 gerechter und sozialer wird.

Darbellay Christophe (C, VS): Le groupe démocrate-chrétien approuvera le budget 2007, parce qu'il respecte les priorités politiques que nous nous sommes fixées, ainsi que les exigences du frein à l'endettement. Ainsi, le groupe démocrate-chrétien s'engagera de manière constructive dans ces débats, en défendant pour l'essentiel la ligne proposée par le Conseil fédéral. La situation tendue des finances publiques impose la fixation claire de priorités. Dans la mesure où les moyens sont limités, nous plaçons pour un investissement ciblé en fonction des priorités qui sont pour nous la formation et la recherche, les petites et moyennes entreprises, ainsi que la politique familiale.

Pour les familles, le groupe démocrate-chrétien soutiendra l'augmentation des moyens pour l'accueil extrafamilial des enfants ou les crèches – c'est la proposition de la minorité Rey.

Nous soutiendrons aussi le plan de pandémie de 75 millions de francs. Je comparerai cette mesure de prévention à l'utilisation d'une ceinture de sécurité: au moment où l'on boucle

sa ceinture, on ne sait pas si un jour ou l'autre elle servira; de même, on ne sait pas si les investissements qu'on aura consentis pour prévenir une éventuelle pandémie seront nécessaires ou non. Ainsi, personne n'est en mesure d'accepter ou d'endosser cette responsabilité. Nous pensons que c'est une nécessité de gouverner et de prévoir.

Pour l'aide aux pays de l'Est, nous avons eu au cours de la campagne de votation beaucoup de discussions à ce sujet. Nous continuons à croire à la motion 05.3808 Leuthard, «Contribution à la réduction des disparités», adoptée par ce conseil, qui dit qu'on ne financera pas l'aide à l'Est au détriment de l'aide classique au développement. Dans le cadre du budget 2007, nous suivons dans ce domaine la majorité, parce que nous ne sommes pas convaincus que nous dépenserons cet argent en 2007 et que ces moyens sont vraiment utiles et nécessaires. Par contre, lorsque nous débattons sur le crédit-cadre pour l'aide à l'Est en 2007, il est important pour nous – et nous le soutiendrons – d'appliquer le sens et la lettre de la motion Leuthard.

Nous voulons fixer des priorités dans la mesure où, dans les années 2008–2010, divers projets, et aussi des projets que nous avons lancés, seront réalisés. Nous acceptons dans ces domaines une diminution des recettes et une augmentation des dépenses. Je citerai notamment la «Politique agricole 2011», le crédit pour la formation, la recherche et la technologie, l'imposition des couples mariés et la réforme de l'imposition des entreprises II.

J'aimerais dire ici aussi notre déception par rapport aux positions réactionnaires du groupe des Verts et du groupe UDC. Ils ont déjà estimé qu'ils n'avaient pas d'intérêt à entrer en matière sur ce projet de budget. C'est de nouveau une alliance contre nature entre ceux qui considèrent que l'Etat est un self-service et ceux qui ont érigé la maxime de l'économie en mère de toutes les vertus et qui refusent d'entrée de cause de participer au débat sur l'avenir de la politique financière dans notre pays. Cette position est inacceptable, et elle risquerait d'entraîner une fois ou l'autre le rejet pur et simple du projet de budget, ce qui engendrerait une situation d'insécurité pour la place économique et financière suisse.

Nous ne voulons pas, malgré la perspective du retour dans les chiffres noirs, qui ne reflète que partiellement la réalité puisque plusieurs charges exceptionnelles viennent souvent s'ajouter à ce résultat, perdre de vue l'objectif d'assainissement des finances fédérales et d'éradication du déficit structurel. En 2008, la Confédération aura à faire face à des charges supplémentaires qui s'élèveront à plusieurs milliards de francs et qui grèveront le plan financier. Certaines d'entre elles ne sont même pas contenues dans le plan financier qui nous est soumis. C'est ainsi que la marge de manoeuvre de l'Etat est réduite: elle est entamée par cette montagne de dettes que nous avons accumulées, soit 130 milliards de francs au total. Cela représente 3 milliards de francs, malgré des taux d'intérêts très bas, qui obèrent annuellement le budget de la Confédération. Nous payons environ 10 millions de francs d'intérêts par jour au titre du service de la dette.

Nous devons donc poursuivre l'assainissement des finances fédérales sans relâche; c'est ainsi que nous redonnerons à ce pays une marge de manoeuvre. L'effort doit être principalement consenti sur les dépenses de la Confédération. D'une part, des réformes sont incontournables dans le domaine des assurances sociales: je pense à l'assainissement de la dette de l'AI, aux discussions futures sur l'avenir de l'AVS ou encore à l'assurance-chômage. D'autre part, nous devons entamer des réformes structurelles profondes: je pense à l'examen des tâches de la Confédération, à la réforme de l'administration.

Le groupe démocrate-chrétien est consterné par les résultats du travail du Conseil fédéral au sujet de l'examen des tâches. Les résultats qu'on nous présente aujourd'hui sont lacunaires. Le gouvernement ne fait pas preuve de beaucoup de volonté de revoir sur le fond les tâches et les prestations de la Confédération. On a beaucoup dépensé de temps et d'argent pour un résultat que nous considérons comme maigre. Le Conseil fédéral n'a donc pas encore fait tout son tra-

vail, et nous nous attendons à ce qu'il le fasse sans retard, de manière à éviter un nouveau programme d'allègement des finances fédérales ou, pire encore, des coupes linéaires dans le budget de la Confédération, avec tout le danger d'arbitraire et d'absence de systématique que cela comporte. Le groupe démocrate-chrétien, pour éviter cet écueil, va déposer plusieurs motions sur ce sujet durant cette session.

Schwander Pirmin (V, SZ): Das Budget 2007 ist auf der Basis des neuen Finanzhaushaltgesetzes und damit mit dem neuen Rechnungsmodell erstellt worden. Damit wäre eigentlich einer der wichtigsten kaufmännischen Grundsätze eingeführt, nämlich der Grundsatz der periodengerechten Abgrenzung. Sie haben es bemerkt, ich sage: «wäre». Denn periodengerechte Abgrenzung heisst unmissverständlich, dass alle bereits bekannten Risiken als Aufwand verbucht werden müssen. Aber wo werden im Budget 2007 und vor allem im Finanzplan 2008–2010 die Unterdeckung im AHV-Fonds, die Unterdeckung der IV im AHV-Fonds, die Unterdeckung der Arbeitslosenversicherung, die Pensionskassenverpflichtungen des Bundes, die bereits ausgewiesenen Schulden im FinöV-Fonds – unter Finanzexperten geradezu als «dubiose Forderungen» bezeichnet – verbucht?

Die Bundesschulden drohen nicht nur aus dem Ruder zu laufen, nein, sie betragen bereits knapp 170 Milliarden Franken. Dabei ist der in Flims beschlossene Infrastrukturfonds nicht einmal berücksichtigt, geschweige denn die Einführungskosten des NFA. Da kann ich wirklich nicht von einer positiven Grundstimmung sprechen; man muss Verantwortungsbewusstsein auf die Probleme hinweisen, die noch auf uns zukommen. Die Anstrengungen von Bundesrat Merz, Bundesrat und Parlament zeigen zwar kurzfristig erste Lichtblicke, doch Lobeshymnen und gegenseitiges Schulterklopfen sind heute fehl am Platz.

Der Finanzkurs von Finanzminister Merz muss strikte weitergeführt und beschleunigt werden. Ansonsten landen wir im Fiasko. Es darf und kann nicht sein, dass die Sach- und übrigen Ausgaben z. B. im Finanzplan 2008–2010 durchschnittlich um über 4 Prozent anwachsen. Problematisch ist auch die ganze mittelfristige Ausgabenentwicklung im Finanzplan 2008–2010, welche über dem Wirtschaftswachstum liegen wird. Dadurch rückt die Stabilisierung der Staatsquote in weite Ferne. Zudem sind die ausserordentlichen Finanzierungsbedürfnisse noch nicht gedeckt. Tritt das geplante Wirtschaftsszenario nicht ein, geht die Schuldenwirtschaft ungebremselt weiter. Die Bemühungen um die Aufgabenüberprüfungen, die Strukturreformen in einzelnen Aufgabengebieten und die Verwaltungsreform müssen beschleunigt fortgesetzt werden.

Der Bundesrat hat unverzüglich ein Schuldenabbaukonzept und eine Verschärfung der Schuldenbremse vorzulegen. Es bleibt nichts anderes übrig, als Prioritäten bei der Aufgabenerfüllung festzulegen, so schmerzhaft das auch sein wird. Wir dürfen der Nachwelt, den jungen Leuten, nicht noch mehr Schulden zumuten.

Die SVP-Fraktion nimmt mit grösster Besorgnis den Finanzplan 2008–2010 zur Kenntnis. Insbesondere nimmt sie mit grösster Besorgnis die unverbuchten Risiken, die bereits heute bekannt sind, zur Kenntnis.

Abate Fabio (RL, TI): Dopo sei anni di deficit possiamo di nuovo dibattere un preventivo con cifre nere, un preventivo pubblicato per la prima volta anche in lingua italiana. Abbiamo così l'occasione di accertare un ulteriore passo nella direzione del risanamento delle finanze della Confederazione. Le previsioni di spesa per l'anno 2007 permettono innanzitutto di constatare che la ripresa economica si sta effettivamente concretizzando anche alle nostre latitudini; in verità, già i dati relativi a quest'anno consentono di sostenere questa opinione.

Tuttavia, occorre precisare che per il 2007 vi è da prevedere una crescita meno vigorosa. Infatti, il prodotto interno lordo dovrebbe aumentare nella misura dell'1,5 per cento ritrovando così un ritmo che si avvicina in buona sostanza a quella che potremmo definire una tendenza a lungo termine.

Perciò, ci apprestiamo ad esaminare e votare un preventivo conforme ai principi imposti dal freno all'indebitamento, così come è accaduto negli ultimi anni dall'entrata in vigore di questo strumento, ma con cifre ben diverse. Dobbiamo però evitare trionfalismi e facili entusiasmi poiché il risanamento delle finanze federali è un cantiere aperto, che nel preventivo 2007 riesce ad individuare un segnale positivo che permette di affermare che siamo sulla strada giusta.

Comunque, all'origine di questo preventivo non vi sono solamente l'effetto della congiuntura favorevole oppure le regole dettate dal freno all'indebitamento, vi è anche la politica: innanzitutto quella equilibrata del centro, in particolare del Partito liberale-radical, che ha sempre propugnato un contenimento delle spese, senza tuttavia cadere in isterismi che paralizzassero l'assunzione dei compiti di interesse pubblico. Mi riferisco in particolare ai programmi di alleggerimento 2003 e 2004, che sono stati oggetto di un acceso dibattito in questa Camera, a dimostrazione del fatto che il momento dell'assunzione delle preannunciate responsabilità mette a nudo l'effettiva volontà di risolvere i problemi finanziari della Confederazione. Chi ha lavorato per condurre in porto questi due progetti oggi può a giusta ragione evidenziarne i risultati. Il capo del Dipartimento federale delle finanze dimostra così di aver lavorato in modo coraggioso ed intelligente privilegiando gli scopi di interesse pubblico rispetto alle esigenze di carattere mediatico.

Tuttavia, sempre dalla politica giungono segnali inequivocabili sull'impossibilità di dormire sogni tranquilli. Innanzitutto, tendiamo sempre a un progetto degno di questo nome che coincida con la revisione dei compiti dello Stato. Infatti, esercizi di risparmi percentuali ripartiti sui singoli dipartimenti sono un'azione eminentemente amministrativa, sottratta alla caratteristica del vero dibattito politico. I risultati di questo esercizio consentirebbero effettivamente di operare, quantomeno a medio termine, sicuri della portata delle basi legali che disciplinano il campo d'azione dello Stato.

Inoltre, spesso in questa Camera e nella nostra Commissione delle finanze si ripropongono in modo irriducibile le resistenze dinanzi a spese che conducono a decisioni di merito del Parlamento oppure addirittura del popolo. Coloro che qui nel medesimo Parlamento oppure in votazione popolare hanno semplicemente perso, ritrovandosi con la propria opinione in minoranza, tentano in modo sistematico di rimettere in discussione la portata delle decisioni di merito con proposte di politica finanziaria semplicemente inaccettabili. Si tratta di un atteggiamento ostruzionista, che purtroppo si ripete anche quest'anno e mette a nudo incoerenza e soprattutto difficoltà nell'integrarsi in un processo decisionale equilibrato nell'interesse del Paese. Servano da esempio la politica estera e i nostri rapporti con l'Europa, confermati nella loro via bilaterale ancora pochi giorni fa dal popolo.

Ebbene, esaminando le singole proposte di risparmio possiamo inequivocabilmente constatare questo fastidioso atteggiamento. Ed è ancora più fastidioso dover discutere il preventivo alla presenza di minacce di rifiuto, dal momento in cui non dovessero essere accettate le proposte dell'UDC, oppure della dichiarazione dei Verdi, i quali si lamentano che le proprie proposte di minoranza non sono state accettate in sede di commissione. Oramai, condizionati dalle elezioni dell'anno prossimo si è alla ricerca di vetrine mediatiche per marcare presenza, a prescindere dalla natura dell'argomento dibattuto. Quale segnale si vuole lanciare al Paese con queste dichiarazioni o queste minacce? Ecco la cultura della provocazione di coloro che non riescono a dibattere con l'intento di risolvere i problemi in modo congiunto, ecco la politica degli arrabbiati e degli scontenti anche dinanzi ad un preventivo che permette quantomeno di guardare in avanti con fiducia.

Coloro che non voteranno questo preventivo purtroppo manifestano ancora una volta un atteggiamento di emarginazione dal processo decisionale di questa Camera.

Präsident (Janiak Claude, S, BL): Ich benütze die Gelegenheit, unserem Kollegen Adriano Imfeld zum Geburtstag zu gratulieren. *(Beifall)*

Weyeneth Hermann (V, BE): Vorab möchte ich feststellen, dass ich als Kommissionspräsident zu diesem Budget stehen kann, unter der Voraussetzung, dass hier keine wesentlichen Veränderungen vorgenommen werden, insbesondere keine Veränderungen in Richtung einer Aufblähung. Namens der Finanzkommission und als deren Präsident möchte ich auch feststellen, dass es eine hervorragende Leistung der Verwaltung war, alle Vorarbeiten bis zu diesem Zeitpunkt zu erfüllen und das neue Rechnungsmodell einzuführen. Wir brauchen ein Rechnungsmodell, das uns nicht nur Hinweise über den Standort und die Finanzlage gibt, sondern auch Informationen darüber, wo wir uns auf dem falschen Weg befinden, wo wir vorgegebene Ziele allenfalls nicht erreichen. Hierzu kann das neue Rechnungsmodell durchaus dienliche Angaben liefern, und es ist dem bisherigen bei weitem vorzuziehen.

Dennoch hat es einige Lücken. Die erste Lücke betrifft die Frage der Einführung der Kostenmiete bei den Gebäuden, die verwendet werden. Was wir jetzt haben, ist eine Glättung, die zum Teil zu höherer Anrechnung bisher bezahlter Kostenmieten führt und auf der anderen Seite die effektiven Baukosten nicht in Rechnung zieht. Wir sind davon ausgegangen, dass wir im Sinne einer erhöhten Transparenz – nicht auf ewige Zeiten zurück, aber dort, wo wir über exakte und abschliessende Investitionsrechnungen verfügen – diese Kostenmiete einführen können. Es erstaunt schon, wenn der Direktor des Bundesamtes für Bauten und Logistik in der Kommission erklärt, wenn er dazu veranlasst werde, eine Kostenmiete einzuführen, laufe er Gefahr, dass ihm scharenweise Ämter davonliefen, weil im privaten Angebot, Frau Kiener Nellen, die Mieten günstiger sind. Vielleicht wäre das eine Gelegenheit für die Kommission für öffentliche Bauten, etwas genauer hinzuschauen, sei es im Bernerhof, sei es vis-à-vis im Medienhaus, sei es in Bezug darauf, was sich gegenwärtig in diesem Gebäude abspielt. Wenn die Einrichtung einer Dusche im Bundesratszimmer 120 000 Franken kostet, ohne dass goldene Hähnen und Armaturen eingerichtet werden, dann stimmt etwas nicht mehr und bedarf der Aufmerksamkeit der entsprechenden Kommission. Ich möchte Sie dazu einladen, hier etwas genauer hinzuschauen.

Auch mit dem neuen Rechnungsmodell ist es nicht gelungen, aus Schulden Vermögen zu machen. Wir haben weltweit noch nicht die Experten gefunden, die das zustande bringen. Aber was uns sehr beschäftigen muss – ich habe heute kein Wort darüber gehört –, ist das Erstellen der Eröffnungsbilanz per 1. Januar 2007, die wir dann zusammen mit der Rechnung 2007 abzusegnen haben. Wie gesagt, aus Schulden kann man nicht Vermögen, kann man nicht Guthaben machen. Aber eines kann man natürlich tun: auf der Aktivseite Aufwertungen vornehmen, die den Bilanzfehlbetrag wesentlich verkleinern. Hier haben wir wahrscheinlich auch ein Auge darauf zu werfen, dass aus Zollzuschlägen nicht plötzlich Bundessteuern werden, die dann auch als solche ausgewiesen werden; das als kleiner Hinweis darauf, was uns da noch bevorsteht.

«Gouverner, c'est prévoir.» Ich erinnere Sie an den Inhalt der Botschaft, und ich erinnere Sie darüber hinaus daran, dass wir das dann natürlich berücksichtigen, wenn wir die IV über die Bundeskasse sanieren, gemäss Finanzplan wieder kurz nach meiner Amtszeit – es ist ja schön, wenn man Präsident ist und die Sache überall so gerühmt wird; offenbar darf der Bundesrat angesichts dieser Verhältnisse keine weiteren Defizite offenbaren.

Dann muss ich Frau Kiener Nellen und Frau Fässler schon etwas sagen: Nicht wahr, bisher habe ich das Lied gehört vom antizyklischen Verhalten. Das hat mir jetzt in dieser Debatte vollständig gefehlt. Darum möchte ich Sie daran erinnern: Beachten Sie bitte etwas stärker den Finanzplan, und lernen Sie daraus, damit wir ab dem Jahr 2008 nicht in weitere Entlastungsprogramme schlittern, denn Entlastungspro-

gramme sind immer die Folge des Versagens der Finanzpolitik – diese sollte durch das Parlament weitsichtig gestaltet werden.

Marti Werner (S, GL): Für mich ist es die sechzehnte Budgetdebatte, die ich in diesem Saal mitverfolge. Ich habe von dieser Seite sechzehnmal in etwa das Gleiche gehört. Die Sänger – es waren meistens Sänger; Sängerinnen gab es selten – haben zwar gewechselt; die Melodie ist immer noch die gleiche. Die finanzielle Situation wird Jahr für Jahr als schlecht und noch schlechter dargestellt. Einen Unterschied habe ich festgestellt: Kollege Weyeneth, Ihre Gesichtsfarbe war diesmal nicht so intensiv wie in anderen Jahren, das lässt doch einen Rückschluss darauf zu, dass die Finanzlage des Bundes nicht so schlecht ist, wie sie sonst von Ihnen dargestellt worden ist. Aber diese ewige Schwarzmalerei kommt mir manchmal vor wie das Kinderspiel «Der Wolf ist da»; Sie können sich vielleicht noch daran erinnern: Der Wolf kommt nie. Schliesslich verliert man mit diesen Warnrufen die Glaubwürdigkeit. Das ist die grösste Gefahr bei Ihrer Darstellung der Finanzsituation des Bundes.

Die heutige Situation ist nämlich nicht so schlecht, weil die Wirtschaft besser läuft. Das ist gerade das, was wir während Jahren gesagt haben: Wir müssen alle Massnahmen treffen, um endlich ein vernünftiges Wirtschaftswachstum zu erzielen. Jetzt haben wir ein mehr oder weniger vernünftiges Wirtschaftswachstum, und schon will man wieder Massnahmen treffen, um die Grundlage für ein solches Wirtschaftswachstum zu verschlechtern, indem man bei der Bildung spart, bei den Infrastrukturen zurückschrauben will. Das hat zur Folge, dass später wieder Budgetdefizite entstehen können.

Wenn ich Ihnen sage, die Situation sei nicht so schlecht, so stütze ich mich auch auf den Schuldenbericht des Bundes. Ich finde das ein äusserst interessantes Dokument. Schauen Sie es sich einmal an, schauen Sie sich beispielsweise die Zinslasten an. Wenn vonseiten der SVP gewünscht wird, wir sollten Verhältnisse wie im Jahr 1990 haben, so will ich doch darauf hinweisen, dass sich die Zinsen in Prozent des BIP oder der Fiskaleinnahmen auf dem Niveau von 1990 befinden – wobei wir tiefe Zinsen haben, das muss anerkannt werden. Es muss aber auch gesagt werden, dass wir in der gleichen Zeit eine immense Leistung vollbracht haben, indem wir allein an Altlasten 55 Milliarden Franken ausfinanziert haben, indem wir in diesem Sinne die Probleme, die vorher nicht offenlagen, offengelegt und eine Umfinanzierung vorgenommen haben.

Wenn ich diese Finanzsituation betrachte, so komme ich mit der SP zum Schluss, dass das Budget vertretbar ist. Wir stimmen ihm deshalb zu. Herr Zeller von der FDP hat gewarnt, gute, bessere Finanzsituationen würden Begehrlichkeiten hervorrufen. Ich möchte ihn als neuen Nationalrat in diesem Saal doch ersuchen, diesen Warnruf dann zu erheben, wenn es in seiner Fraktion um die Frage von Steuerensenkungen geht. Denn eine Rechnung ist ausgeglichen, wenn die Einnahmen und die Ausgaben es sind. Man kann sie auf beiden Seiten ins Ungleichgewicht bringen.

Zum Schluss noch ein Wort an die Adresse der SVP-Fraktion: Ich habe gelesen, dass die SVP-Fraktion das vorliegende Budget ablehnen wolle. Es ist heute nicht so explizit gesagt worden; ich habe Ihren Voten auch gar nicht richtig entnehmen können, weshalb Sie das Budget ablehnen wollen. Es wurde gesagt, es enthalte zu viele Ausgaben, aber konkret wurde nicht gesagt, was besser gemacht werden sollte. Ich finde die Position der SVP deshalb unglaublich, weil sie gleichzeitig beispielsweise ein Armeekonzept unterbreitet, dessen Realisierung schlichtweg nicht finanzierbar wäre respektive eine massive Erhöhung der Armeeausgaben zur Folge hätte. Wenn ich gerade von Glaubwürdigkeit spreche, möchte ich doch auch noch die FDP-Fraktion ersuchen, sich an den Motionsentscheid zu erinnern, wo sie sich bei Bildung und Wissenschaft für ein Wachstum von 8 Prozent ausgesprochen hat. Es wäre dann zumindest konsequent, wenn sie dem Antrag Hofmann Urs

zustimmen und in diesem Bereich die Schuldenbremse aufheben würde.

Ein Letztes zum Stichwort Konsequenz: Stimmen Sie dem Antrag der Minderheit Kohler zu. Mit einer Zustimmung zum Antrag der Mehrheit der Finanzkommission würden Sie nämlich bei den Infrastrukturen einen Entscheid, den wir in Flims gefällt haben, wieder rückgängig machen.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Das Budget für das Jahr 2007 ist Ihnen in einer völlig neuen Form zugestellt worden. Es ist in fünf Volumina verpackt und beinhaltet das neue Rechnungsmodell des Bundes, das die Kostenrechnung einführt. Das Budget wird neu als Finanzierungsrechnung und als Erfolgsrechnung präsentiert. Die Unterschiede werden Ihnen in den Begleitbänden geschildert. Ich durfte feststellen, dass seitens der Finanzverwaltung eine enorme Leistung erbracht wurde, denn es ging darum, die bisherige Strasse der Budgetierung zu verlassen und auf völlig neuen Pfaden daherkommen. Ich habe auch in der Finanzkommission festgestellt, dass man diesen Übergang problemlos verstanden und bewältigt hat.

Die Einschätzung der finanzpolitischen Lage ist in den Präsentationen weitgehend richtig dargestellt worden. Ich glaube, man darf sich Herrn Zeller anschliessen, wenn er sagt, es sei nicht alles Gold, was glänze. Das ist in der Tat so. Obwohl der Abschluss dieses Jahr glänzend daherkommt, ist es eben noch kein Grund, Gold dahinter zu sehen. Das Jahr 2006, in dem wir uns jetzt noch befinden, beschert dem Finanzhaushalt ein Zwischenhoch. Wir werden im ordentlichen und im ausserordentlichen Bereich mit je über 2 Milliarden Franken Überschuss positiv abschliessen und diese etwa 4,3 Milliarden zum Abbau von Schulden einsetzen können. Für das Jahr 2007 ist ein Überschuss von 900 Millionen Franken geplant; somit sind es auch wieder schwarze Zahlen. Dann aber folgt das Jahr 2008, und dann ist es eben schon wieder zu Ende mit diesem Zwischenhoch.

Es hat gar nichts mit Schwarzmalerei zu tun, wenn ich Sie daran erinnere, dass Sie im Parlament Entscheide getroffen haben, die im Jahr 2008 schlicht umzusetzen sind. Es sind Entscheide, die zusammen 5 Milliarden Franken ausserordentlicher Ausgaben zur Folge haben werden. Der erste Entscheid – den haben Sie in Flims getroffen – bezieht sich auf die Schaffung des Infrastrukturfonds mit 2,6 Milliarden Franken; der zweite Entscheid hängt mit der Einführung des NFA, des Finanz- und Ausgabenausgleichs zwischen Bund und Kantonen, zusammen, wo wir nachschüssig die Invalidenversicherung mit 1,4 Milliarden ausfinanzieren müssen. Der dritte Entscheid wird sehr wahrscheinlich noch diese Woche fallen, dann nämlich, wenn Sie die Revision der Pensionskasse Publica genehmigen und auf die Rentnerkasse verzichten – welche der Bundesrat nie wollte. Dann werden wir 900 Millionen Franken im Jahr 2008 auszufinanzieren haben. Dann sind es noch 100 Millionen Franken im Migrationsbereich; das macht total 5 Milliarden.

Angeichts dieser Situation gibt es keinen Grund, die Schalmeien hervorzuholen, sondern wir müssen realistisch bleiben. Wenn die Entwicklung so weitergeht wie derzeit, dann werden wir bis im Jahr 2015 einen Ausgabenüberhang von 8 Milliarden Franken haben. Das erklärt sich damit, dass sich zwischen diesen beiden Entwicklungen ein Delta von 8 Milliarden ergibt, wenn die heutige Dynamik fortgesetzt wird und auf der anderen Seite die Staatsquote nicht mehr als 3 Prozent steigen soll – was immerhin noch ein gutes Wachstum ist. Das ist der Grund, weshalb der Bundesrat beschlossen hat, Ihnen ein Aufgabenportfolio zu präsentieren, mit dem diese 8 Milliarden auf das Jahr 2015 hin abzubauen sind. Das ist finanzpolitischer Realismus.

Ich möchte die Zahlen zum Budget und die Hintergründe nicht wiederholen; die Sprecher der Finanzkommission haben das in vollständiger Weise getan, und ich möchte beiden Herren dafür danken. Gestatten Sie mir jedoch, zu einzelnen Voten, die aus Ihrem Kreis gekommen sind, noch kurz Stellung zu nehmen.

Zum ersten Votum von Herrn Rey: Er hat als Erster auf dieses Aufgabenportfolio aufmerksam gemacht, und er hat die Frage gestellt, wo wir da stehen. Das Ziel – ich habe es erwähnt – muss ein Abbau um 8 Milliarden Franken sein. In einem ersten Umgang haben die Departemente mittelfristig ein Volumen von etwa 1,7 Milliarden entdeckt und ganz kurzfristig – also nur im Budget 2007 – etwas über 70 Millionen Franken. Das genügt nicht. Der Bundesrat hat deshalb letzte Woche beschlossen, das Tempo zu verschärfen und diese Übung auch auszugestalten. Es ist den Departementen jetzt freigestellt, ob sie bereits für das Budget 2008 grössere Volumen dieses Aufgabenportfolios einstellen wollen oder ob sie nach dem bisherigen Schlüssel bereit sind, die dann fälligen 700 Millionen Franken, die wir im Budget noch gewinnen müssen, zu präsentieren.

Eine zweite Frage ist von Herrn Rey im Zusammenhang mit dem Kapitel Finanzplan, Beurteilung der Steuern, gestellt worden. Er hat sie schon in der Finanzkommission – zweifellos zu Recht – gestellt. Der Bund lebt ja zu einem grossen Teil von der Mehrwertsteuer. Sie macht etwa ein Drittel der Bundeseinnahmen aus und die direkte Bundessteuer etwa ein Viertel. Somit sind das eigentlich die Hauptpfeiler der Bundeseinnahmen. Die Mineralölsteuer liegt etwa bei 10 Prozent. Daneben haben wir eine Anzahl von verschiedenen Steuern. Es rechtfertigt sich, von Zeit zu Zeit zu beurteilen, wie sich diese Steuern entwickeln könnten, welches ihr Gewicht ist und welches ihre Bedeutung sein soll. Wir haben Herrn Rey und der Finanzkommission zugesagt, dass wir im nächsten Finanzplan ein Kapitel einschalten wollen, wo wir diese Steuern beurteilen.

Herr Loepe hat die Frage der Zyklik des Bundeshaushaltes zu Recht gestellt. Heute gibt es im Prinzip zwei Möglichkeiten, diesen Zyklen der Konjunktur Rechnung zu tragen. Die erste Möglichkeit ist, bei der Berechnung der Schuldenbremse, der sogenannte K-Faktor: Entweder ist dieser über oder er ist unter 1 – weil sich die Schuldenbremse ja über einen Zyklus erstreckt. Die zweite Möglichkeit sind die Überschüsse, die wir eben jetzt zu bilden haben, damit wir dann ab dem Jahre 2008, wenn die grossen Ausgabenposten kommen und wenn dann gelegentlich auch die Einnahmen wieder etwas weniger munter sprudeln werden, wieder gerüstet sind, um diese Dellen, die sich konjunkturell einstellen, wieder auszugleichen.

Herr Hofmann Urs hat in absoluter Weise die Frage nach den Einnahmen gestellt. Er hat gesagt, dass man ihnen – und nicht nur der Ausgabenseite – grössere Beachtung schenken sollte. Der Bundesrat ist der Meinung, dass der Haushalt in erster Linie über die Ausgaben zu konsolidieren sei und nicht über mehr Einnahmen. Mehreinnahmen sind Steuern, Belastungen, Gebühren und auch Bleigewichte für eine Wirtschaft, die fit sein muss im internationalen Wettbewerb. Daher müssen wir auf der Einnahmenseite mit grösster Zurückhaltung operieren. Ich möchte darauf hinweisen, dass immerhin seit 1993 hier einiges gegangen ist. Ich verweise darauf, dass wir im Jahre 1993 eine Revision im Stempelgesetz vorgenommen haben, damals mit einem Ausfall von 400 Millionen Franken; dann wurde die Warenumsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer abgelöst, bei dieser Gelegenheit hat man 1,8 Milliarden Franken Mehreinnahmen generiert; dann hat man den Beteiligungsabzug bei Holdings eingeführt, das waren wieder 400 Millionen Franken Entlastung. Die Unternehmenssteuerreform I brachte ebenfalls 500 Millionen Franken Entlastung. Dann hat man die Mehrwertsteuer von 6,5 auf die heutigen 7,6 Prozent erhöht – das sind 2,2 Milliarden Franken Mehreinnahmen. Seit den Neunzigerjahren haben wir 4 Milliarden Franken zusätzlicher Einnahmen und nur 1,3 Milliarden Einnahmefälle beschlossen. Das gibt immer noch eine Bilanz von plus rund 3 Milliarden Franken.

Frau Frösch hat Bezug auf die Situation der Löhne des Personals genommen. Ich benutze die Gelegenheit, Ihnen die Situation zu schildern: Wir haben im Frühjahr im Bundesrat die Lohnpolitik fortgesetzt, die zusammen mit den Gewerkschaften, mit den Verbänden, im Zusammenhang mit den Massnahmen für die Einführung der Publica beschlossen

wurde. Diese Vereinbarung lautete erstens auf 1,9 Prozent unversicherte Zulage – die haben wir schon vor einem Jahr gegeben, das ist nichts Neues; da geht es nur um ein Fortschreiben –, zweitens auf 1,2 Prozent unter dem Titel Teuerung. Das war im Frühjahr.

Der Bundesrat hat diese Summe verabschiedet, die Finanzkommissionen haben diese Beträge bewilligt, und die Verhandlungen, die letzte Woche mit den Verbänden stattgefunden haben – mit 1,2 Prozent Teuerungsausgleich, in dem ohne weiteres 0,4 bis allenfalls 0,5 Prozent Reallohnerrhöhung drin sind –, kamen zu dem Ergebnis, das Sie hier im Budget finden. Ich habe also keinen Rappen mehr Geld ausgegeben als das, was die Finanzkommissionen Ihnen beantragen, was der Bundesrat beschlossen hat und was wir mit den Gewerkschaften im Herbst verhandelt haben.

Frau Frösch hat Fragen im Zusammenhang mit Beiträgen an die Nato und an die Uno thematisiert. Natürlich sind die Unterschiede der Aufgaben zwischen der Uno und der Nato beträchtlich. Aber die Beiträge der Schweiz an beide Organisationen zielen in die gleiche Richtung, nämlich in die Richtung Förderung der Menschenrechte, Förderung des Friedens, Partnerschaft für den Frieden. Wir bezahlen also bei der Nato keinen Franken für irgendwelche Kampfaufträge, sondern die Schweiz beteiligt sich am Projekt Partnerschaft für den Frieden ausschliesslich in solchen Friedensmissionen. Dasselbe gilt natürlich für die Uno.

Herr Wäfler und auch andere haben die Frage gestellt, ob es klug sei, das Budget abzulehnen. Es ist natürlich sehr problematisch, im Dezember ein Budget abzulehnen, das im Januar in Kraft treten soll. Denn dann weiss man ja gar nicht, was gilt. Deshalb muss man sich das gut überlegen. Man wird ein Budget dann ablehnen, wenn man ganz konkrete Gründe hat, es zurückzuweisen mit der Garantie, dass die Punkte, die man zurückweist, dann eben auch verbessert werden können. Wenn Sie das nicht tun können, dann würde ich Ihnen eher empfehlen, das Budget nicht abzulehnen. Besser kommt es nämlich in der Regel dann nicht heraus.

Was würde passieren, wenn Sie es trotzdem tun? Erstens müsste der Bundesrat dann ein Notbudget beschliessen, und wir würden das für drei Monate mit drei Zwölfteln aller nichtgebundenen Ausgaben tun. Dringende Ausgaben müssten dann während dieser drei Monate von der Finanzdelegation mit gewöhnlichem Vorschuss bewilligt werden. Zweitens müsste der Bundesrat dann das Budget überarbeiten. Das müsste er bis im Februar tun, und zwar im Anschluss an konkrete Entscheide. Man kann nicht einfach sagen, man lehne es ab, sondern wir müssten dann genau wissen, wo der Hase im Pfeffer liegt. Drittens mache ich Sie darauf aufmerksam, dass Sie dann nach Parlamentsgesetz verpflichtet sind, wieder auf das Budget einzutreten.

Ich glaube, Ihnen zwei andere Wege empfehlen zu können, wenn Sie mit dem Budget nicht zufrieden sind. Der erste – er wurde teilweise auch von Herrn Weyeneth angesprochen – ist der Finanzplan: Sie müssen dort ansetzen, wo man langfristig etwas ändern kann, und nicht vom Dezember auf den Januar! Wir haben im Finanzplan – das ist vielen noch entgangen – ein neues Instrument, nämlich ein Instrument, das uns vorschreibt, Entwicklungsszenarien für den Finanzplan zu präsentieren. Mit der Finanzplanung für 2009 – ich sage bewusst 2009, weil die Planung 2008 gemacht wird – werden wir Ihnen zum ersten Mal im Anschluss an das neue Finanzhaushaltsgesetz eine solche Planung unterbreiten. Dann ist eben der Zeitpunkt da, um einzugreifen. Dann müssen Sie für sich Szenarien entwickeln, und das ist dann der richtige Weg.

Zweitens ist es auch gescheitert, sich die Frage der Fiskalregeln zu überlegen. Wir haben heute als Fiskalregel die Schuldenbremse. Nun gibt es Vorstösse, die besagen: Diese Schuldenbremse sollte man eigentlich dadurch verschärfen, dass die ausserordentlichen Ausgaben ebenfalls in das Budget integriert werden. Das würde dann bedeuten, dass auch entsprechende Kompensationsentscheide zu treffen sind. Das muss man sich als Fiskalregel überlegen, und wenn man das tut, muss man sich auch die Frage stellen, wie

dann mit eigentlichen Notfällen – die natürlich trotz der Integration des Ausserordentlichen ins Ordentliche immer noch entstehen können – umzugehen ist, ob man dann auf separatem Wege eine Gesetzgebung mit fakultativem Referendum vorschlagen will.

Herr Zeller hat die Frage der IV-Finanzierung angesprochen. Es ist völlig richtig, was er sagte. Es wäre an und für sich erwünscht, wenn man die auflaufenden Schulden der Invalidenversicherung auf einen Schlag bezahlen könnte. Aber finanzpolitisch ist das nicht klug, finanzpolitisch können Sie ohne weiteres ein gewisses Schuldenmanagement unter Ausnützung der Zinsen und der Konjunktur machen. Wichtig ist einfach, dass man bei der Invalidenversicherung die zusätzliche Ausblutung durch immer neue Schulden verhindert. Das muss als erster Schritt gelingen. In dem Mass, wie das gelingt, ist auch die Schuldenproblematik nicht mehr so dramatisch; aber eines Tages sind die Schulden eben doch abzuzahlen.

Frau Fässler hat die Frage nach der Atmosphäre, nach der Stimmung, gestellt. Sie hat mir vorgeworfen, ich würde schwarzmalend durch das Land laufen. Sie ist jetzt nicht da, aber ich werde es ihr nachher unter vier Augen auch noch mal sagen. Die Stimmung im Land steht und fällt mit einem gesunden Haushalt; das ist doch so. Was gibt es denn Besseres als eine gute Haushaltsituation? Sie können dann nämlich erstens den Steuerzahlenden sagen: Ihr werdet keine zusätzlichen Steuern bezahlen müssen. Das ist doch eine gute Botschaft. Sie können zweitens der Wirtschaft sagen: Ein gesunder Haushalt bzw. ein gesunder Staat sind ein guter, berechenbarer Partner für die Wirtschaft; er ist stabil. Ein stabiler Haushalt kann letztlich sogar positive Auswirkungen auf die Währung haben. Sie können drittens den jungen Leuten sagen, dass sie aufgrund dessen, dass wir heute versuchen, gesunde Finanzen zu haben, nicht Schulden aus der Vergangenheit übernehmen müssen und dann keine eigenen Handlungsspielräume mehr haben. Sie können viertens doch froh sein, wenn das Ausland unser Land als ein gesundes, stabiles Land betrachtet, in das zu investieren es sich lohnt. Das gibt Stimmung, und das ist Aufgabe des Staates – und nicht irgendwelche Stimmungsmache, die man bei der Konsumgüterindustrie braucht, um die Produkte besser auf den Markt zu bringen!

Frau Kiener Nellen hat die ganze Steuerproblematik angesprochen. Ich möchte hier nicht auf die Details eingehen. Das ist ein Thema, das ja eigentlich nicht direkt mit dem Budget zusammenhängt. Immerhin weise ich Sie darauf hin, dass die Kapitalgewinnsteuer, die sie hier gefordert hat, vor wenigen Jahren vom Stimmvolk mit überaus deutlichem Mehr abgelehnt worden ist. Im Augenblick sollte man auf dieses Thema nicht zurückkommen.

Herr Schwander und Herr Weyeneth haben die Frage nach der Bilanz gestellt. Diese Frage ist berechtigt. Ich glaube, wir werden in der Bilanz noch einen Fortschritt machen. Wir können das aber erst tun, wenn der Abschluss 2006 vorliegt. Denn nach diesem Abschluss können wir dann ein sogenanntes Restatement machen, also eine Bilanzanpassung, worin eben auch die Darlehen enthalten sind. Denn ein Teil der Schulden, die Herr Schwander genannt hat, sind eben auch Darlehen, und da muss man schauen, wie man diese dann in der Bilanz behandelt. Das wissen wir erst, wenn wir dieses Restatement machen, und auch den Beteiligungsspiegel des Bundes kann man dann in die Bilanz reinnehmen. Wir werden also in diesem Punkt Fortschritte machen, das haben wir immer so angekündigt. Es war einfach in diesem ersten Umgang mit dem neuen Rechnungsmodell noch nicht möglich.

Herr Abate hat in italienischer Sprache gesprochen. Dafür danke ich ihm. Er hat zweifellos realisiert, dass wir zum ersten Mal überhaupt das Budget in allen fünf Volumina in die italienische Sprache übersetzt haben; das ist ein Beitrag an die Kohärenz unseres Landes. Ich bin sehr froh und danke den Übersetzern, dass es in kurzer Zeit gelungen ist, alle Volumina auf Italienisch zu übersetzen.

Herr Weyeneth hat die Frage der Mietkosten und damit auch des Kostenwesens angeschnitten. Es ist in der Tat so, dass

wir jetzt das Kostenwesen in Phasen und in Etappen einführen wollen. Die Kostenrechnung wird uns begleiten müssen. Es ist so – das hat Herr Weyeneth festgestellt –, dass sich in der Finanzkommission bereits einzelne Verwaltungseinheiten und einzelne Gerichte über die hohen Mietkosten beklagt haben. Sie haben also realisiert, dass sie jetzt eben Mietkosten bezahlen müssen, und das ist genau die Dynamik, die wir eigentlich mit dem neuen Rechnungsmodell auflösen wollen. Dasselbe spielt sich übrigens auch in der Informatik ab, wo jetzt die Kosten erhoben und verrechnet werden, und zwar nicht mehr virtuell, sondern sie werden zu bezahlen sein. Das ist ja auch mit ein Grund, weshalb das Budget für das nächste Jahr in gewissen Bereichen etwas aufgebläht daherkommt, weil wir Bruttorechnungen darin haben.

Ich freue mich, dass mir Herr Marti für den Schluss das Stichwort gegeben hat, indem er sagte, er habe hier schon sechzehnmal eine Budgetdebatte erlebt. Wenn dem so ist – daran besteht gar kein Zweifel, er macht das nämlich an vorderster Front in der Finanzkommission –, so darf ich doch sagen, dass er wahrscheinlich vierzehnmal ein Defizit budgetiert hat. Wenn er sagt, wir sollten die Lehren daraus ziehen, dann muss ich ihm erwidern: Ja, aber diesmal sollten wir jetzt gemeinsam dafür sorgen, dass Sie in den nächsten Jahren eben auch positive Budgets erleben und nicht wieder vierzehnmal ein Defizit vor sich herschieben müssen; denn Anfang der Neunzigerjahre ist die Wirtschaft gut gelaufen, und trotzdem hat man damals Defizite gehabt.

In diesem Sinne bitte ich um Ihre Mitwirkung, wenn wir jetzt daran sind, die Finanzen des Landes zu stabilisieren, die Ausgaben in den Griff zu bekommen. Einen weiteren Schritt dahin bedeutet das Budget für das Jahr 2007. Ich bitte Sie, darauf einzutreten und es im Sinne der Anträge zu behandeln, die noch von der Finanzkommission kommen.

Wäfler Markus (E, ZH): Herr Bundesrat, ich gehe davon aus, dass Sie mich betreffend Empfehlung auf Nichtannahme eines Budgets richtig verstanden haben: Ich habe das in der Presse gelesen, und ich hoffe, dass ich diese Idee nicht als positiv dargestellt habe.

Zu meiner Frage: Im Finanzplan 2008–2010 habe ich keine Ausführungen über die Betriebskosten der Neat-Lötschbergachse gefunden. Es ist wahrscheinlich kein Geheimnis, dass diese Kosten schlussendlich auch bei Ihnen landen werden. Haben Sie in Bezug auf diese Berichtsperiode Schätzungen oder Zahlen?

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Es waren eigentlich zwei Fragen. Die erste darf ich gerne bejahen: Sie haben nicht beantragt, das Budget abzulehnen. Sie haben mir nur die Thematik zugesoben; bei dieser Gelegenheit konnte ich diese Antworten geben.

Das Zweite: Auch da geben Sie mir einen willkommenen Steilpass. Was mich derzeit beschäftigt, sind die verschiedenen Versuche, sich in verschiedenen Bereichen des Staates gewissermassen ins Trockene zu begeben; das heisst, den Versuch zu machen, sich von künftigen Entlastungsprogrammen oder Kürzungen auszunehmen. Wie macht man das? Man macht das in erster Linie mit Fonds. Der FinöV-Fonds ist ein solches Beispiel. Wir geben jedes Jahr Finanzierungen in diesen FinöV-Fonds hinein, an der ordentlichen Rechnung vorbei. Die Abrechnung über den FinöV-Fonds finden Sie in den Unterlagen jeweils separat dargestellt, aber nicht als integralen Bestandteil der Staatsrechnung, des Budgets. Da haben Sie vollkommen Recht.

Die zweite Möglichkeit, sich ins Trockene zu begeben, besteht darin, dass man Ausgabenplafonds oder Rahmenkredite, z. B. vierjährige, als unantastbar betrachtet. Solche Dinge verringern natürlich den Spielraum immer weiter. Obschon der Bundeshaushalt schon zu zwei Dritteln ein Transferhaushalt ist, besteht die Gefahr, dass durch weitere Fondsbildungen und Plafonds der Spielraum, in welchem wir noch die Möglichkeit haben, uns finanzpolitisch zu bewegen, noch enger wird.

Kaufmann Hans (V, ZH), für die Kommission: Nach den ausführlichen Stellungnahmen unseres Finanzministers zu den einzelnen Voten und angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich von meiner Seite her nicht im Detail auf Ihre Voten eingehen. Ich möchte mir nur eine Bemerkung zu Herrn Marti, der leider den Saal verlassen hat, erlauben. Ich glaube, er ist in Sachen Märchen nicht auf dem Laufenden. Sonst wüsste er, dass der Wolf beim dritten Mal gekommen ist und alle Schafe gefressen hat, weil niemand mehr auf die Warnrufe hörte. Es ist nicht so, dass der Wolf im Kanton Wallis war und erschossen wurde.

Nun, wir werden uns morgen eigentlich nur noch darum streiten, ob unsere Ausgaben 0,3 Prozent höher oder tiefer ausfallen werden. Sie ersehen es auch an diesen Beträgen, dass die meisten in unserem Saal betragsmässig mit dem Budget nicht mehr so grosse Mühe haben. Es geht eher um die Sorge über die mittelfristige Finanzsituation unseres Staates. Wir haben 28 Minderheitsanträge zu bewältigen, dazu kommen noch sieben bis acht Einzelanträge. Wenn man das mit dem letzten Jahr vergleicht, so kann man sagen, dass es etwa halb so viele Anträge sind. Ich bitte Sie also, morgen anwesend zu sein, denn es ist durchaus denkbar, dass wir etwas früher fertig sind als geplant. Wenn ich die Anträge noch etwas genauer analysiere, dann stelle ich fest, dass wir eben von plus/minus 200 Millionen Franken sprechen. Zu meinem Erstaunen stelle ich fest, dass die SP-Fraktion noch mehr Sparvorschläge eingebracht hat als die SVP-Fraktion. Also, meine Fraktionskollegen, Sie riskieren, den guten Ruf zu verlieren. Was die übrigen Anträge und den Finanzplan anbetrifft, können wir morgen darauf eingehen.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 19.05 Uhr
La séance est levée à 19 h 05*

Rey Jean-Noël (S, VS), pour la commission: Je vous rappelle que la commission vous propose d'approuver le budget, par 21 voix contre 4 et 1 abstention.

Pas plus ce soir lors de ce débat qu'en commission, les groupes qui ont proposé de renvoyer le budget n'ont fait des propositions concrètes. Je pense que cela mérite d'être souligné.

En ce qui concerne le budget, il faut d'abord dire qu'il se solde par un compte de résultats positif de 666 millions de francs, ce qui mérite d'être relevé. Par contre, comme l'a fait le Parlement, la commission a aussi pris acte du plan financier 2008–2010 en se posant certaines questions. Je le répète, trois quarts des excédents qui sont prévus découlent du réexamen des tâches. On a entendu les propos de Monsieur le conseiller fédéral Merz ce soir: il ne nous a pas rassurés sur ce réexamen des tâches. C'est la raison pour laquelle il faut en priorité que le Conseil fédéral soit transparent, en tout cas pour l'établissement du budget 2008, puisqu'il y a soit 700 millions de francs qui seraient le résultat du réexamen des tâches, soit 700 millions de francs qui seront sur le nouveau plan d'économies. Je pense que c'est sur le plan financier 2008–2010 qu'il faut également conclure en prenant acte du fait que le Conseil fédéral est prêt non pas à accepter la motion qui a été rejetée en commission, mais à élaborer une stratégie sur les recettes.

En ce qui concerne la dette dont il a beaucoup été discuté, je vous renvoie au rapport du Conseil fédéral très complet sur la dette brute et sur la dette nette.

Präsident (Janiak Claude, S, BL): Wir kommen zur Abstimmung über den Ordnungsantrag Leutenegger Oberholzer. Sie beantragt, dass zusammen mit dem Finanzplan die Motion 05.3681, «Finanzplan 2008–2010», behandelt wird.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag

Leutenegger Oberholzer 56 Stimmen

Dagegen 86 Stimmen

Zweite Sitzung – Deuxième séance

Dienstag, 5. Dezember 2006

Mardi, 5 décembre 2006

08.00 h

06.041

Voranschlag der Eidgenossenschaft 2007

Budget de la Confédération 2007

Fortsetzung – Suite

Botschaft des Bundesrates 23.08.06
Message du Conseil fédéral 23.08.06

Bestellung: BBL, Vertrieb Publikationen, 3003 Bern
Commande: OFCL, diffusion des publications, 3003 Berne

Nationalrat/Conseil national 04.12.06 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 05.12.06 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 06.12.06 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 07.12.06 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 12.12.06 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 12.12.06 (Fortsetzung – Suite)

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Es liegt ein Ordnungsantrag Föhn vor. Herr Föhn beantragt, dass die Einzelanträge in Kategorie III behandelt werden.

Föhn Peter (V, SZ): Das Büro beantragt uns, die Einzelanträge in Kategorie IV zu behandeln. Für einmal haben wir beim Budget nicht eine Flut von Einzelanträgen; es sind acht Stück. Das heisst, Herr Kollege Lang hat zusätzlich drei Anträge eingereicht; er versicherte mir aber, er könne sie zusammen begründen. Dann haben wir auch noch Anträge der WBK, und ich meine, dass es sich lohnt, sich die Begründungen kurz anzuhören, zumal das Budget gut vorbereitet ist und es demzufolge sehr wenige Einzelanträge gibt. Deshalb beantrage ich, diese wenigen Einzelanträge in Kategorie III zu behandeln. So wären alle Anträge gleichgestellt.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die Fraktionssprecher und auch die Berichterstatter verzichten auf das Wort.

Ich kann Ihnen mitteilen, dass wir im Büro über diese Frage gesprochen haben. Das Büro hat entschieden, dass man die Einzelanträge in Kategorie IV behandeln soll.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Föhn 45 Stimmen

Dagegen 43 Stimmen

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Wir werden die Einzelanträge so behandeln, wie wir es bei anderen Geschäften auch tun: Pro Antragstellerin oder Antragsteller gibt es fünf Minuten Redezeit.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Detailberatung – Discussion par article

Sofern nichts anderes vermerkt ist:

- beantragt die Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates;
- stimmt der Rat den Anträgen der Kommission zu.

Sauf indication contraire:

- la commission propose d'adhérer au projet du Conseil fédéral;
- le Conseil adhère aux propositions de la commission.

Behörden und Gerichte – Autorités et tribunaux

101 Bundesversammlung

101 Assemblée fédérale

Antrag der Kommission

A2101.0109 Vorsorgeentschädigung

Fr. 2 348 800

A2114.0001 Informatik Sachaufwand

Fr. 10 086 258

A2119.0001 Übriger Betriebsaufwand

Fr. 4 486 100

Proposition de la commission

A2101.0109 Contribution au titre de la prévoyance

Fr. 2 348 800

A2114.0001 Charges de biens et services liées à l'informatique

Fr. 10 086 258

A2119.0001 Autres charges d'exploitation

Fr. 4 486 100

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Hier hätte Herr Bugnon als Vertreter der Verwaltungsdelegation das Wort. Er scheint aber nicht anwesend zu sein. Ich gebe deshalb das Wort zuerst den Berichterstattern.

Rey Jean-Noël (S, VS), pour la commission: Il s'agit des positions budgétaires 101, Assemblée fédérale. Ici, il y a des modifications que la commission vous propose. Elles font suite à l'augmentation décidée par le Conseil fédéral au niveau des montants pour la prévoyance professionnelle. Il s'agit par conséquent d'adapter aussi les contributions au titre de la prévoyance professionnelle pour les parlementaires. C'est la raison pour laquelle vous avez une légère augmentation à ces positions budgétaires.

Pour le reste, ce sont des chiffres corrigés qui tiennent compte du nouveau modèle comptable de la Confédération. Il n'y a pas de dépenses nouvelles, car ces recettes sont compensées à d'autres positions budgétaires.

105 Bundesgericht

105 Tribunal fédéral

Antrag der Kommission

A2101.0113 Besoldungen und Arbeitgeberbeiträge der Richter

Fr. 15 336 926

Proposition de la commission

A2101.0113 Traitements et cotisations patronales des juges

Fr. 15 336 926

108 Bundesverwaltungsgericht
108 Tribunal administratif fédéral

Antrag der Kommission

A2101.0117 Besoldungen der Richter
Fr. 10 995 700

A2101.0144 Bezüge der Eidgenössischen Schatzungskommission
Fr. 142 000

Proposition de la commission

A2101.0117 Traitements des juges
Fr. 10 995 700

A2101.0144 Indemnités aux membres de la Commission fédérale d'estimation
Fr. 142 000

**Departement für auswärtige Angelegenheiten
Département des affaires étrangères**

201 Departement für auswärtige Angelegenheiten
201 Département des affaires étrangères

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Maurer, Kaufmann, Pfister Theophil, Schwander, Wäfler, Zuppiger)

A2310.0255 Beiträge der Schweiz an die Uno
Fr. 86 818 700

Antrag der Minderheit

(Fässler, Dormond, Frösch, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Marti Werner, Rey, Vollmer)

A2310.0280 Zivile Konfliktbearbeitung und Menschenrechte
Fr. 55 970 000

Antrag Lang

A2310.0255 Beiträge der Schweiz an die Uno
Fr. 130 678 700

A2310.0266 Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden Streichen

Schriftliche Begründung

Zu A2310.0255: Es gibt nur eine Organisation, die zur globalen Sicherheitspolitik legitimiert ist: die Uno. Dank ihres universellen Charakters ist das schweizerische Mitmachen bei den Vereinten Nationen vereinbar mit einer aktiven Friedens- wie auch Neutralitätspolitik. Diese erheischen ein maximales und optimales Engagement für die politische Stärkung der Uno gegen sonderbündische Konkurrenzprojekte wie die Nato. Deshalb sollen die beiden direkten Beiträge an die Nato in der Höhe von 3 860 000 Franken zugunsten einer Erhöhung der Beiträge an die Uno gestrichen werden.

Zu A2310.0266: Die Nato ist ein Sonderbund des reichen Nordwestens dieses Planeten, der sich auf Kosten der Uno zu einem globalen Offensivbündnis entwickelt. Die erklärten Ziele der Nato sind die Sicherung der Rohstoffquellen und -routen zugunsten eines unökologischen Wirtschaftssystems, die geostrategische Kontrolle insbesondere über China und Indien sowie die Abwehr von Flüchtlingsströmen. Jegliches Engagement mit der Nato, deren gewichtigste Mitglieder sich um das Völkerrecht foutieren, widerspricht einer aktiven Friedens- und Neutralitätspolitik. Beispielsweise besteht der begründete Verdacht, dass die Schweiz mit ihrer Mitgliedschaft in der Nato-Partnership for Peace mindestens indirekt dazu beigetragen hat, dass ihr PfP-Schwerpunktland Bulgarien 2003 im irakischen Sumpf gelandet ist. Die Nato ist für den weltweiten Frieden, auch den in Afghanistan, nicht förderlich, sondern hinderlich. Deshalb soll die Schweiz zu ihr die Distanz und nicht die Nähe pflegen. Deshalb soll auf die beiden direkten Nato-Beiträge von 460 000 Franken im EDA- und von 3,4 Millionen Franken

im VBS-Budget verzichtet werden – zugunsten einer Erhöhung der Beiträge an die Uno.

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Maurer, Kaufmann, Pfister Theophil, Schwander, Wäfler, Zuppiger)

A2310.0255 Contributions de la Suisse à l'ONU
Fr. 86 818 700

Proposition de la minorité

(Fässler, Dormond, Frösch, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Marti Werner, Rey, Vollmer)

A2310.0280 Gestion civile des conflits et droits de l'homme
Fr. 55 970 000

Proposition Lang

A2310.0255 Contributions de la Suisse à l'ONU
Fr. 130 678 700

A2310.0266 Participation au Partenariat pour la paix
Biffer

Maurer Ueli (V, ZH): Ich beantrage Ihnen, die Position «Beiträge der Schweiz an die Uno» um 40 Millionen Franken zu kürzen. Ich möchte dafür drei Gründe anführen:

1. Ich möchte Sie beim Wort nehmen. Erinnern Sie sich an die Abstimmung von 2002 über den Uno-Beitritt: Damals haben wir von 70 Millionen Franken gesprochen. Inzwischen sind 126 Millionen budgetiert, das ist eine Zunahme von 80 Prozent. Sie haben damals gesagt, dass dieser Beitrag höchstens im Rahmen der Teuerung steigen werde, und nicht, dass er innerhalb von fünf Jahren eine Erhöhung um 80 Prozent erfahren werde. Hier, meine ich, müsste eine ausführliche Begründung erfolgen, und diese Diskussion müssten wir führen. Wir haben am letzten Wochenende wieder einer internationalen Organisation Geld zugesprochen, und auch am Sonntag vor einer Woche hiess die Begründung, dass dies eine einmalige Zahlung sei und dass es nicht mehr geben werde. Wir wissen, dass auch dieser Beitrag ins Uferlose wachsen wird. Wir sind der Meinung, dass wir gerade bei diesen internationalen Abkommen sorgfältig mit dem Steuerfranken umgehen müssen und bei Abstimmungen nicht einfach etwas versprechen dürfen, was wir schon fünf Jahre später in keiner Art und Weise mehr einhalten können.

2. Es wird bei dieser Position ohnehin einen Nachtragskredit geben. Wir können den Betrag also ruhig kürzen. Man kann, wenn es dann tatsächlich mehr braucht, mit einem Nachtragskredit kommen. Wir wissen bereits heute, dass wir unter dieser Position zusätzliche Zahlungen für friedenserhaltende Operationen in Libanon, in Sudan und in Osttimor leisten müssen. Aufgrund der zusätzlichen Information, die wir in der Finanzkommission erhalten haben, müssen wir davon ausgehen, dass zu dieser Position ein Nachtragskredit in der Höhe von rund 20 Millionen Franken kommen wird. Das würde dann heissen, dass wir bereits nach fünf Jahren nicht nur eine Erhöhung um 80 Prozent, sondern eine Verdoppelung der seinerzeitigen Beiträge hätten. Hier muss ja aller Voraussicht nach ein Nachtragskredit vorbereitet werden. Wenn er dann auch in Bezug auf diese Kürzung nötig sein sollte, kann das ergänzt werden.

3. Der Beitragsschlüssel, nach dem die ordentlichen Beiträge der Schweiz für die Jahre 2007–2009 berechnet werden, wird von der Uno-Generalversammlung erst noch festgelegt. Wir kennen also auch den definitiv zu bezahlenden Grundbeitrag noch nicht, weil dieser Schlüssel noch nicht festgelegt wurde. Auch hier können sich also noch Änderungen ergeben. Das führt uns zu diesem Kürzungsantrag. Zweifelloso wird es einen Nachtragskredit geben. Das gibt dann auch die Gelegenheit, ausserhalb des Budgets eine grundsätzliche Diskussion zu führen. Es geht nicht an, dass man den Leuten etwas verspricht und diesen Beitrag dann quasi durch die Hintertür innerhalb von nur fünf Jahren ver-

doppelt und versucht, so der unangenehmen Diskussion auszuweichen.

Ich bitte Sie, diesem Kürzungsantrag der Minderheit zuzustimmen. Das gibt uns Gelegenheit, diesen Antrag, wenn er dann noch einmal kommt, umfassend, in Kenntnis aller Tatsachen und gründlich zu diskutieren.

Fässler-Osterwalder Hildegard (S, SG): Ich habe es schon in meinem Eintretensvotum gesagt: Wir haben uns mit dem Budget einen Spielraum in der Höhe von etwa 400 Millionen Franken erarbeitet. Das ist der Betrag, den wir laut Budget nicht ausnützen. Um so viel sind wir unter dem Ausgabenplafond, den wir gemäss Schuldenbremse erreichen dürften. Ich stelle Ihnen deshalb hier den Antrag, den Betrag für «Zivile Konfliktbearbeitung und Menschenrechte» um 2 Millionen Franken zu erhöhen. Diesen Spielraum haben wir, angesichts dieser Lücke von 400 Millionen Franken.

Der inhaltliche Grund ist folgender: Die Schweiz sollte sich aktiver am Projekt der International Labour Organization (ILO) für menschenwürdige Arbeit beteiligen. Das würde eigentlich heissen, dass wir in der Schweiz gut 100 Millionen Franken in verschiedenen Budgetposten aufstocken sollten, um hier auch tatkräftig mitarbeiten zu können. Wir haben in der Fraktion ausgerechnet, dass wir für die Unterstützung solcher Projekte mindestens 100 Millionen Franken zusätzlich ausgeben könnten. Wir hätten dann eigentlich auch gerne bei der Rubrik 202 die Position «Allgemeine Beiträge an internationale Organisationen» aufgestockt. Das wäre der Partner-Budgetposten, mit dem wir noch Weiteres tun könnten, damit die Schweiz wirklich dieser Aufforderung der ILO für menschenwürdige Arbeit nachkommen würde.

Zudem sind wir auf dem Weg zu den 0,7 Prozent des BIP an anrechenbarer Entwicklungshilfe ins Stocken geraten – um nicht zu sagen: Mit diesem Budget machen wir einen Rückschritt, trotz all der kosmetischen Operationen, die mit der Anrechenbarkeit von anderen Ausgaben gemacht worden sind. Wir machen hier leider nicht in genügendem Masse vorwärts. Wenn wir bis 2010 auf der Höhe von 0,56 Prozent sein möchten, müssen wir im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit einiges mehr ausgeben.

Ich bitte Sie deshalb, hier den ersten kleinen Schritt zu tun. Wir haben einmal beschlossen, dass wir diese 0,7 Prozent als Ziel für 2015 anstreben. Wenn wir schon ein Ziel vor Augen haben und wenn wir im Rahmen des Budgets diesen Spielraum haben – das war ja die Aussage aller Sparprogramme: Wir brauchen einen Spielraum, um wieder handeln zu können; das können wir jetzt hier –, dann sagen Sie bitte Ja zu dieser minimalen Aufstockung zugunsten der ILO-Idee der menschenwürdigen Arbeit.

Lang Josef (G, ZG): Meine drei Einzelanträge hängen in sich zusammen. Ich begründe sie deshalb nur einmal, und das möglichst kurz.

Die drei Einzelanträge lauten, den Beitrag der Schweiz an die Uno zu erhöhen, und zwar um 3,86 Millionen Franken. Dieser Betrag entspricht genau den zwei Beträgen, die ich streichen will – darüber wird separat abgestimmt –, nämlich die beiden Beiträge an die Nato-Partnership for Peace. Es geht hier um eine grundsätzliche Frage: Unterstützen wir als Land, das eine aktive Friedens- und Neutralitätspolitik betreiben will, den Bund der Völker, oder unterstützen wir einen Sonderbund des reichen Nordwestens dieser Welt?

Die Aufgabe der Uno – ob sie diese Aufgabe immer gut erfüllt, ist eine andere Frage – ist es, im Sinne der Interessen aller Völker dieser Welt den Frieden zu bewahren. Die Aufgabe der Nato ist eine ganz andere. Die Nato hat in den letzten sechzehn Jahren auch alles gemacht, um die Uno, ihre grosse Konkurrenzorganisation, zu marginalisieren. Die Aufgabe der Nato ist es, die Rohstoffrouten und Rohstoffquellen zu sichern, Migrationsströme abzuwehren, die geostrategische Kontrolle auszuweiten. Die Nato verwandelt sich immer mehr in ein globales Offensivbündnis und verdrängt deshalb immer mehr die zur globalen Sicherheit einzig legitimierte Uno. Gerade als Schweizerinnen und Schweizer wissen wir: Frieden macht man nie mit einem Sonderbund.

Ich bitte Sie deshalb, mehr Geld für die Uno und weniger für die Nato zu sprechen.

Vollmer Peter (S, BE): Die SP-Fraktion bittet Sie ganz entschieden, diesen Kürzungsantrag von Herrn Maurer von der SVP abzulehnen; er will hier bei der Uno Beiträge kürzen. Jetzt muss ich Herrn Maurer und seiner Klientel sagen: Sie sind an sich konsequent, Sie und Ihre Partei haben seinerzeit aktiv den Beitritt zur Uno mit allen möglichen Mitteln bekämpft, mit verrückten Argumentationen – das kostete dann vier-, fünfmal mehr und das Volk müsse das wissen. Das Volk hat diesen Uno-Beitritt deutlich angenommen. Und jetzt kommen Sie wieder und bekämpfen die Mittel, die wir bereitstellen müssen, um dort einen aktiven Beitrag zu leisten. Damit missachten Sie einmal mehr den Volkswillen! Denn das Volk hat klar Ja zu diesem Beitritt gesagt. Sie haben ihn bekämpft und sind offenbar nicht bereit, diesen Volksentscheid zu respektieren. Sie versuchen jetzt hier über das Budget wieder querschliessen und die Mittel zu kürzen, die es braucht; es handelt sich nämlich zu einem grossen Teil um Pflichtbeiträge, um in der Uno unsere Verantwortung wahrzunehmen. Es handelt sich auch um einen kleinen Teil von Beiträgen auf freiwilliger Basis.

Wenn wir jetzt in der Uno sind, müssen wir eben auch aktiv sein, diese Plattform, dieses Instrument benutzen; denn sonst hat es sich wirklich nicht gelohnt. Und genau jetzt kommen Sie und versuchen, dem Bundesrat, der Schweiz praktisch ihren Handlungsspielraum zu nehmen, sodass wir dort keine aktive Politik machen können. Das steht im Grunde genommen völlig im Widerspruch zu dem, was das Volk eindeutig entschieden hat.

Dieser Antrag gehört deutlich und wuchtig abgelehnt. Wir machen hier nicht eine Politik gegen das Volk, gegen die Uno, gegen unsere Aussenpolitik, die gerade in diesem Bereich äusserst erfolgreich geworden ist.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber auch noch einmal dafür plädieren, den Minderheitsantrag Fässler anzunehmen. Sie wissen es, genau in diesem Bereich der zivilen Konfliktlösung hat die Schweiz eine ausserordentlich grosse Chance, einen guten Beitrag zu leisten. Sie hat sich in den letzten Jahren einige Instrumente geschaffen, nicht zuletzt auch mit dem schweizerischen Friedensinstitut, das wir unterstützen und das in sehr vielen Bereichen eben präventive Konfliktvermeidung betreiben kann. Es geht hier darum, dass wir dort auch genügend Mittel bereitstellen. Sie wissen, wir erfüllen unsere Versprechungen bezüglich der Einhaltung der auch vom Bundesrat klar deklarierten und versprochenen Anteile solcher Mittel am Bruttosozialprodukt nicht. Es geht darum, auch hier Ernst zu machen mit dieser Forderung.

Wenn ich hier jetzt für die Fraktion der SP dafür plädiere, den Antrag der Minderheit Maurer abzulehnen und den Antrag der Minderheit Fässler anzunehmen, möchte ich auch sagen, dass die SP-Fraktion den Antrag Lang ablehnt. Es ist klar, Herr Lang, Sie haben immer etwas dagegen gehabt, dass die Schweiz sich in dieser Partnerschaft für Frieden engagiert, dass sie über diese Schiene eine Friedenspolitik unterstützt und multilateral begleitet. Dieser Rat hat in verschiedenen Abstimmungen dazu klar Ja gesagt, auch das Volk hat in einer Abstimmung klar Ja gesagt, und es geht doch nicht an, dass wir jetzt über die Budgetpolitik hier eine Korrektur machen, dass wir über die Budgetpolitik eine Kehrtwendung machen und uns einfach aus dieser Partnerschaft für Peace verabschieden. Das ist nicht die Art und Weise, wie wir hier Korrekturen vornehmen sollten. Herr Lang kann seine entsprechenden Anträge dort einbringen, wo diese Anträge dann auch Systementscheide bewirken, aber nicht hier beim Budget. Das ist der falsche Weg.

Ich bitte Sie, hier dem Bundesrat zu folgen. Ich bitte Sie auch, den Antrag der Minderheit Maurer abzulehnen und dem logischen, sinnvollen Antrag der Minderheit Fässler zuzustimmen.

Schluer Ulrich (V, ZH): Herr Vollmer, zu Ihrer Definition der Konsequenz: Entspricht es Ihrer Auffassung von Konse-

quenz in politischer Hinsicht, dass dann, wenn die Bevölkerung dem Beitritt zu einer internationalen Organisation zustimmt, alle vor der Abstimmung in der Botschaft gemachten finanziellen Versprechungen über die Kosten dieser Mitgliedschaft zu Makulatur erklärt werden können?

Vollmer Peter (S, BE): Herr Schlüer, einmal mehr gehen Sie mit den Fakten sehr ungenau um.

In der Botschaft des Bundesrates und des Parlamentes im Zusammenhang mit der Uno-Abstimmung wurde klar ausgewiesen, welches die ordentlichen Pflichtbeiträge sind. Es wurde damals klar ausgewiesen, dass für bestimmte Uno-Aktionen, die immer wieder auch von der Generalversammlung beschlossen werden, entsprechende Zusatzbeiträge dazukommen. Hier bei den Pflichtbeiträgen handelt es sich um die Addition dieser entsprechenden Einsätze.

In Ihrer Logik könnten wir den Beitrag an die Uno noch verdreifachen, weil Sie dem Volk damals gesagt haben, es würde noch dreimal mehr kosten, wenn man dem Beitritt zustimmt – und das Volk hat trotzdem Ja gesagt. In Ihrer Logik hat das Volk also sogar dreimal höheren Uno-Beiträgen zugestimmt. Aber wir spielen nicht das Spiel Ihrer Fraktion und Ihrer Partei, wir spielen hier ein offenes und ehrliches Spiel. Es geht hier um die Pflichtbeiträge inklusive eben dieser friedenserhaltenden Massnahmen, die durch die Uno-Generalversammlung beschlossen worden sind, die wir solidarisch mittragen und an deren Erfüllung wir als Schweiz im Interesse einer Friedenspolitik das grösste Interesse haben.

Freysinger Oskar (V, VS): Nur eine kurze Frage: Wann hat das Volk über Partnership for Peace abgestimmt?

Vollmer Peter (S, BE): Herr Freysinger, wir haben den Beschluss hier gefasst, und das Volk hat aufgrund von Referenden diese aussenpolitische Doktrin der Schweiz zweimal bestätigt. Es war im Zusammenhang mit dem Uno-Beitritt ein Teil des Engagements, und das Volk hat diesen aussenpolitischen Kurs explizit gutgeheissen.

Genner Ruth (G, ZH): Namens der grünen Fraktion wehre ich mich vehement gegen den Kürzungsantrag aus der SVP-Fraktion zur Uno: Die SVP, notabene eine Bundesratspartei, will heute ja einen Drittel der Uno-Beiträge streichen. Sie können sich vorstellen, dass die Annahme allein dieses Minderheitsantrages symbolisch schon ein Akt wäre, der absolut im Widerspruch zu dem stünde, was die offizielle Schweiz gegenüber der Uno vertritt – notabene einer Organisation, die einen Teil ihres Sitzes in Genf hat, wo auch viele verschiedene Unterorganisationen ihren Sitz haben.

Für die Grünen hat die Uno ganz zentrale Aufgaben, namentlich im Bereich der Armutsbekämpfung. Ich möchte Sie an die Millennium Development Goals erinnern, wonach Armut und Hunger in der Welt bis 2015 halbiert werden sollen. Es geht dabei um eine Investition für die Ärmsten der Armen – und ausgerechnet da wollen Sie sparen! Ich meine, das ist ein ziemlich deutliches Zeichen, dass Sie sich eigentlich darum foutieren, was in der Welt draussen passiert, was den Ärmsten passiert. Ganz wichtige Fachorganisationen der Uno, der Bevölkerungsfonds und Unids, setzen sich für die Bekämpfung von HIV und Aids ein – hier haben wir in der Zwischenzeit 40 Millionen infizierte Menschen. Es geht darum, ganz wichtige Präventionsarbeit zu machen. Der Uno-Bevölkerungsfonds setzt sich für die Senkung der Müttersterblichkeit und der Kindersterblichkeit ein. Ich meine, das sind Bereiche, von denen sich auch die SVP nicht abwenden kann. Es wäre rein symbolisch ein absolut trauriges Signal, wenn die Schweiz bei den Beiträgen für die Uno Kürzungen vornehmen würde.

Selbstverständlich stehen wir Grünen für die friedensfördernden und friedenserhaltenden Missionen der Uno ein, weil wir es sehr wichtig finden, dass das Geld dort investiert wird und nicht in Waffen und nicht in Militär.

Herr Maurer, es ist eine scheinheilige Argumentation, heute zu sagen, der Schlüssel stehe noch nicht fest und wir könnten dann noch mit Nachtragskrediten das zahlen, was wir

noch zahlen müssen. De facto ist es so, dass Sie heute einen negativen Entscheid wollen, um nachher nach draussen gehen und sagen zu können, Sie würden die Finanzströme zu diesen wichtigen Organisationen abklemmen. Sie wollen in diesem Sinne auch die Position der Schweiz in der Uno ganz klar schwächen.

Ich möchte Sie dringend bitten, diesen Minderheitsantrag der SVP abzulehnen und im Gegenzug den Antrag Lang zu unterstützen, der im Bereich der Friedensförderung ein klares Signal setzen will.

Loepfe Arthur (C, AI): Im Namen der CVP-Fraktion möchte ich mitteilen, dass wir hier die Mehrheit unterstützen, was die Beiträge der Schweiz an die Uno anbetrifft. Das Gleiche gilt aber auch für die nächsten zwei Positionen, «Zivile Konfliktbearbeitung und Menschenrechte» und «Allgemeine Beiträge an internationale Organisationen». Wir bitten Sie, den Antrag Lang abzulehnen. Wir wissen, dass die Uno ein gutes Instrument ist, um Frieden zu stiften und um dort, wo es nötig ist, zu helfen. Aber wir wissen auch, dass es ohne Sicherheit keine Hilfe gibt – das wissen Sie ganz genau, Herr Lang. Aber es passt Ihnen einfach nicht, weil auch unsere Schweizer Armee hier einen ganz kleinen Beitrag leistet, wiederum in einem Gebiet, wo ohne Sicherheit nicht zu helfen ist.

Sie hören das jeden Tag am Fernsehen und am Radio: Darfur. Ja, das ist eine Katastrophe, die sich dort seit Jahren abspielt, und die ganze Welt schaut zu und macht schöne Sprüche. Aber auch hier stellt sich eben die Frage: Finden Sie jemanden, der dorthin geht und dafür sorgt, möglicherweise mit Gewaltmitteln, dass den stark bedrohten Gezeichneten und Verfolgten geholfen werden kann? Die Aufgabe ist nicht leicht zu lösen, das wissen wir alle. Man muss hier auch lernen.

Die Nato: Wir alle haben der Nato für ihre Leistung in der Zeit des Kalten Krieges ausserordentlich viel zu verdanken. Dass dort jetzt auch die Verhältnisse gewechselt haben, dass diese Nato eben vermehrt eingesetzt wird im Sinne der Friedensförderung zur Vermittlung von Sicherheit, ist das, was wir jetzt erleben; auch das ist ein Lernprozess. Aber man kann nicht sagen, die Nato hätte hier nicht auch sehr gute Dinge geleistet.

Dann möchte ich Sie bitten, den Antrag der Minderheit Fässler auch bei der übernächsten Position, wo es um die «Allgemeinen Beiträge an internationale Organisationen» geht, abzulehnen. Wir sind bei der Entwicklungshilfe – hier macht man uns dauernd ein schlechtes Gewissen – absolut in der Mitte der OECD-Länder, eher etwas darüber, wie Sie sehen, wenn Sie die Berechnungen anschauen. Wir müssen da also kein schlechtes Gewissen haben. Wir wissen auch, dass die Berechnungsarten hier sehr unterschiedlich sind, andere Länder verrechnen Leistungen unter diesen Positionen, die wir nicht verrechnen. Und diese müssten wir zum Vergleich auch dazurechnen, dann würden wir noch besser dastehen. Wir leisten hier stolze Beiträge.

Es ist immer eine politische und eine finanzielle Frage, wie viel Sie eben leisten wollen und leisten können. Aber wir haben gestern ja festgestellt, dass die soziale Wohlfahrt in diesem Land die erste Priorität hat und alles andere sich hinten einzuordnen hat. Das ist nun einmal so. Wir haben in der Schweiz, das müssen wir annehmen, so viele Hilfsbedürftige, dass wir eben nicht in beliebig grossem Mass auch noch nach aussen Hilfe leisten können. Wir versuchen, das Beste zu tun, das Ganze hat aber seinen Rahmen. Ich erinnere auch an die Kohäsionsmilliarde. Wir tun also nicht nichts.

Ich möchte Sie bitten, bei all diesen drei Positionen dem vernünftigen Entwurf des Bundesrates zu folgen.

Hutter Markus (RL, ZH): Ich möchte Sie im Namen der FDP-Fraktion ebenfalls bitten, der Mehrheit zu folgen, was die Beiträge der Schweiz an die Uno, die zivile Konfliktbearbeitung, die Menschenrechte und die allgemeinen Beiträge an internationale Organisationen betrifft, und den Antrag Lang abzulehnen. Es geht jetzt gerade bei der Uno darum, die

Verpflichtungen einzuhalten, es geht darum, die Stellung der Schweiz nicht zu schwächen; deshalb ist das vorgeschlagene Niveau nötig. Wir sehen keine Veranlassung, hier eine Kürzung vorzunehmen; eine solche würde uns nur Schwierigkeiten bereiten.

Wir sehen aber auch keinen Bedarf, im Bereich zivile Konfliktbearbeitung und Menschenrechte aufzustocken. Es geht darum, dass wir unseren Weg konsequent weitergehen. Die Schweiz hat erst kürzlich wieder bewiesen, dass sie ein offenes Land ist, dass sie auch gegenüber einer Zusammenarbeit mit Ländern, denen es nicht so gut geht wie uns, offen ist und dass sie bereit ist, auch dort zu helfen.

Den Antrag Lang bitten wir Sie abzulehnen, weil es falsch ist, hier wegen einer Abneigung gegenüber einem Bündnis Beiträge nicht zu sprechen. Vielmehr entspricht es unserem ausgewogenen Verhältnis und unserer international abgestützten Politik, auch hier unseren Beitrag zu leisten.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Ich ersuche Sie, die drei Anträge alle abzulehnen. Ich begründe das wie folgt.

Zuerst zum Kürzungsantrag der Minderheit Maurer: Die Uno-Beiträge sind gegenüber dem Zeitpunkt des Beitritts in der Tat substantiell gestiegen, das ist so. Das hängt in erster Linie mit den friedenserhaltenden Operationen zusammen. Ich hatte kürzlich die Gelegenheit, mit dem Generalsekretär der Uno über dieses Thema zu sprechen. Die Ereignisse sind eben schwach planbar, und sie treten dann ein, wenn sich kriegsartige Auseinandersetzungen abspielen und die Uno friedenserhaltend eingreifen muss. Daher sind solche Beiträge immer auch, würde ich sagen, einer gewissen weltpolitischen Beliebigkeit unterworfen. Sie werden finanziert durch Pflichtbeiträge, die ihrerseits mit einem Schlüssel auf die Mitgliedsländer verteilt sind. Unser Beitrag entspricht einem Schlüssel, den die Uno festgelegt hat. Bis auf 700 000 Franken ist der gesamte Betrag ein Pflichtbetrag, und da haben wir keinen Spielraum. Wir sollten es uns nicht leisten, diese Beiträge zu kürzen.

Ich ersuche Sie, den Aufstockungsantrag der Minderheit Fässler abzulehnen. Wir haben hier gegenüber dem Vorjahr in diesem Bereich einen stattlichen Zuwachs von 8 Prozent im Voranschlag. Das zeigt doch den Willen des Bundesrates, das Engagement in diesem Bereich eben nochmals zu verstärken. Die Friedensförderung wird nicht nur über diesen Voranschlagskredit unterstützt, sondern es sind zusätzlich – das muss man sehen – auch an anderen Orten noch Beiträge im Budget eingestellt. Ich erwähne die 70 Millionen Franken an das Budget für friedenserhaltende Einsätze. Beim VBS sind es etwa 100 Millionen Franken für verschiedene Fördermassnahmen wie etwa die Genfer Sicherheitszentren oder die Swisscoy-Einsätze; und dann haben wir auch für die zivile Konfliktbewältigung einen Betrag im EDA. Das macht zusammen 224 Millionen Franken. Ich glaube, das ist ein respektabler Betrag, den wir nicht aufstocken sollten.

Den Antrag Lang ersuche ich Sie abzulehnen, weil die Beiträge sowohl im Uno-Bereich wie auch im Nato-Bereich eben letztlich friedensfördernden Charakter haben, in den Bereich der Konfliktlösung gehören und nicht irgendwelche Beiträge an die Nato als Verteidigungs- und Militärbündnis bedeuten. Die Schweiz hat nie über die Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden abgestimmt. Das ist eine logische Partnerschaft, die das VBS seit vielen Jahren mit grossem Erfolg pflegt und die in erster Linie eben auch der Friedensförderung, den Menschenrechten und dem Erfahrungsaustausch dient.

Auch in diesem Bereich haben wir für diese freiwilligen Aktivitäten immer die Sicherheitsstrukturen im Auge, immer das humanitäre Völkerrecht, immer Reformen der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte, und dafür sind diese Beiträge an die Nato-Partnerschaft für den Frieden eigentlich noch bescheiden. Es gibt in diesem Sinne keine direkten Nato-Beiträge. Die Schweiz ist nicht Mitglied der Nato, sie wird es auch nicht werden, schon aus neutralitätspolitischen Gründen nicht. Aber mit dieser Partnerschaft für den Frieden

ist eine besondere Nähe zu Themen verbunden, die in unserer Aussenpolitik eine grosse Rolle spielen.

In diesem Sinne: dreimal Nein als Empfehlung.

Kaufmann Hans (V, ZH), für die Kommission: Es geht bei allen drei Anträgen um die Beiträge an die Uno, und zwar um die ordentlichen Beiträge, also nicht um Beiträge an die Unterorganisationen. Da möchte ich gerade darauf hinweisen, dass unsere Kollegin Frau Genner wahrscheinlich bereits bei der nächsten Position angelangt ist, eben bei den Unterorganisationen. Es geht hier also nur um die ordentlichen Beiträge.

Die Problematik besteht natürlich schon, man kann es einfach nicht wegdiskutieren, dass wir in diesem Budget wesentlich mehr vorgesehen haben, als damals in der Botschaft aufgeführt wurde. Ich habe nochmals nachgeschaut: In der eigentlichen Botschaft hat man noch von 36 Millionen Dollar gesprochen. Den Dollar zu grosszügigen Fr. 1.50 umgerechnet, entsprach das 60 Millionen Franken. Man hat dann im Abstimmungskampf auf 70 Millionen Franken erhöht; und jetzt stehen wir vor der Tatsache, dass wir 80 Prozent mehr ausgeben wollen. Die Kommission empfiehlt Ihnen mit 16 zu 7 Stimmen, den Minderheitsantrag Maurer abzulehnen.

Was die Aufstockung um 2 Millionen Franken bei der Position 210.A2310.0280, «Zivile Konfliktbearbeitung und Menschenrechte», also den Minderheitsantrag Fässler, anbelangt, so empfiehlt Ihnen die Kommission dort im Verhältnis 17 zu 8, auch diesen Minderheitsantrag abzulehnen. Die Argumente wurden von unserem Finanzminister bereits erwähnt; dass wir eben auch beim Mehrheitsantrag eine Erhöhung eingeschlossen haben, dass wir andernorts auch zusätzliche Beträge sprechen. Es besteht keine Pflicht, dass wir den Spielraum der Schuldenbremse ausschöpfen. Wir müssen nicht einfach mehr ausgeben, nur weil hier noch ein Spielraum besteht.

Der Einzelantrag Lang lag unserer Kommission selbstverständlich nicht vor. Es geht ja hier darum, die Beiträge an die Uno etwa um 4 Millionen Franken aufzustocken und dafür, wie Herr Lang sagt, die Beiträge an die Nato zu kürzen. Ich kann Ihnen das aus Kommissionssicht natürlich nicht kommentieren. Ich möchte einfach Folgendes zu bedenken geben: Was wäre die Uno, wenn sie in Konfliktfällen nicht auf Truppen der Nato-Länder zurückgreifen könnte?

Das sind die Ergänzungen von unserer Seite: Die Minderheitsanträge ablehnen, und für den Einzelantrag kann ich keine Empfehlung abgeben.

Rey Jean-Noël (S, VS), pour la commission: La commission, en ce qui concerne les contributions de la Suisse à l'ONU, vous propose, par 16 voix contre 7 et 2 abstentions, de soutenir la proposition de la majorité.

Il faut savoir que les contributions de la Suisse à l'ONU se fondent sur des résolutions concrètes de l'ONU, sur des décisions du Conseil de sécurité et sur des rapports de l'ONU contenant des évaluations des coûts. Les chiffres se basent donc sur une évaluation minutieuse. Le montant des contributions suisses portées au budget 2007 a été établi en fonction des mandats déjà décidés par le Conseil de sécurité au moment de la budgétisation. Il faut rappeler que les besoins accrus de l'ONU sont dus surtout aux opérations de maintien de la paix.

En ce qui concerne la position 201.A2310.0280, Gestion civile des conflits et droits de l'homme, la commission vous invite, par 17 voix contre 8, à rejeter la proposition de la minorité Fässler. Le projet du Conseil fédéral prévoit déjà une augmentation du crédit de 4 millions de francs; celle-ci signifie qu'il souhaite une implication plus importante dans des actions de gestion civile des conflits et de promotion des droits de l'homme.

En ce qui concerne la proposition Lang, la commission n'a pas eu à la traiter, donc je ne peux pas vous donner un avis de la commission.

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Mehrheit 127 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit Maurer 48 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag der Mehrheit 107 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit Fässler 69 Stimmen

Dritte Abstimmung – Troisième vote

Für den Antrag der Mehrheit 158 Stimmen

Für den Antrag Lang 16 Stimmen

*202 Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit**202 Direction du développement et de la coopération**Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit I

(Fässler, Dormond, Frösch, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Marti Werner, Rey, Vollmer)

A2310.0288 Allgemeine Beiträge an internationale Organisationen

Fr. 241 773 700

Antrag der Minderheit II

(Maurer, Bugnon, Kaufmann, Pfister Theophil, Schwander, Wäfler, Zuppiger)

A2310.0288 Allgemeine Beiträge an internationale Organisationen

Fr. 197 850 000

Antrag der Minderheit I

(Schwander, Bugnon, Kaufmann, Loepe, Maurer, Pfister Theophil, Zuppiger)

A2310.0295 Osthilfe

Fr. 82 402 300

Antrag der Minderheit II

(Fässler, Darbellay, Dormond, Frösch, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Kohler, Marti Werner, Rey, Vollmer, Wäfler)

A2310.0295 Osthilfe

Fr. 101 402 300

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité I

(Fässler, Dormond, Frösch, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Marti Werner, Rey, Vollmer)

A2310.0288 Contributions générales à des organisations internationales

Fr. 241 773 700

Proposition de la minorité II

(Maurer, Bugnon, Kaufmann, Pfister Theophil, Schwander, Wäfler, Zuppiger)

A2310.0288 Contributions générales à des organisations internationales

Fr. 197 850 000

Proposition de la minorité I

(Schwander, Bugnon, Kaufmann, Loepe, Maurer, Pfister Theophil, Zuppiger)

A2310.0295 Aide aux pays de l'Est

Fr. 82 402 300

Proposition de la minorité II

(Fässler, Darbellay, Dormond, Frösch, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Kohler, Marti Werner, Rey, Vollmer, Wäfler)

A2310.0295 Aide aux pays de l'Est

Fr. 101 402 300

Pos. 202.A2310.0288

Fässler-Osterwalder (S, SG): Ich möchte Sie bitten, hier meinem Minderheitsantrag auf Erhöhung dieses Budgetpostens um 20 Millionen Franken zuzustimmen.

Worum geht es? Die Schweiz ist ja zusammen mit anderen Geberländern Gründungsmitglied des Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria. Dieser hat seinen Sitz in Genf. Wie Sie wissen, sind diese Krankheiten, insbesondere auch Malaria, leider wieder am Zunehmen. HIV/Aids ist eine grosse Problematik, nicht nur in Afrika, sondern auch in Ozeanien und in anderen Regionen unserer Welt. Es ist wichtig, dass wir hier genügend Mittel zur Verfügung stellen. Das haben auch zwei Kolleginnen von uns erkannt, im Ständerat Madeleine Amgwerd und im Nationalrat Rosmarie Zapfl. Beide haben je eine Motion eingereicht, die den Bundesrat verpflichtet, für die Jahre 2006 und 2007 mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Im Jahr 2006 ist nichts passiert. Wir sprechen jetzt über das Budget 2007. Im Motionstext beider Damen wird festgehalten, dass der Beitrag der Schweiz an diesen Fonds für 2006 von 5 auf 25 Millionen Franken erhöht werden soll, im Jahr 2007 sogar noch um mehr.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir die Motion Amgwerd Madeleine 05.3900 – entgegen der bundesrätlichen Empfehlung – angenommen haben. Sie ist in beiden Räten angenommen worden, und sie ist umzusetzen. Es geht nicht an, dass wir Motionen überweisen, die ganz klare Aufträge enthalten, und dass sich der Bundesrat dann weigert, den entsprechenden Schritt zu tun. Der Bundesrat war nicht für diese Aufstockung. Er hat in der Begründung der Ablehnung zu beiden Motionen angegeben, dass wir in diesem Bereich eigentlich schon genug machen würden. Er hat zusammengezählt, wo wir in der Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria schon aktiv sind, und er hat deshalb die Motionen abgelehnt. Die Motionen verlangen aber ganz klar, dass ein zusätzlicher Betrag gesprochen wird.

Ich möchte insbesondere auch an die Mitglieder der CVP-Fraktion appellieren, die die Motion Zapfl 05.3801 unterschrieben haben. Ich erinnere Sie daran, Frau Amherd, Herr Cathomas, Herr Chevrier, Herr de Buman, Frau Häberli-Koller, Frau Humbel Näf, Frau Meier-Schatz, Frau Meyer Thérèse, Frau Riklin und Frau Simoneschi-Cortesi, dass Sie alle diese Motion unterschrieben haben. Sie haben selbstverständlich auch bei der Motion Amgwerd Madeleine zugestimmt. Jetzt ist es an der Zeit, hier ein Zeichen zu setzen und diese 20 Millionen Franken, die im Motionstext erwähnt sind, auch zu sprechen. Wir werden unglaublich, wenn wir hier drin Motionen annehmen, die klare Aufträge enthalten, und dann hinterher das Geld nicht sprechen.

Noch einmal: Angesichts der Lücke zwischen den geplanten Ausgaben und dem Ausgabenplafond, die 400 Millionen Franken beträgt, haben diese 20 Millionen Franken für eine ganz wichtige Aufgabe wirklich Platz. Wir nähern uns, wenn wir hier diese 20 Millionen Franken zusätzlich sprechen, wieder ein bisschen mehr unserem Ziel eines Anteils von 0,7 Prozent am BIP für die anrechenbare Entwicklungshilfe.

Maurer Ueli (V, ZH): Ich beantrage Ihnen, die Position «Allgemeine Beiträge an internationale Organisationen» um rund 24 Millionen Franken zu kürzen und auf der Höhe des Vorjahres respektive des Budgets 2006 zu belassen. Drei Gründe sprechen dafür:

1. Die Erhöhung basiert auf einer sich noch im Rat befindenden Botschaft, die zuerst noch bewilligt werden muss. Man nimmt hier also das Ergebnis der Behandlung der Botschaft vorweg und erhöht den Beitrag bereits. Wir sind der Meinung, dass die Beratung abgewartet werden muss. Wenn dann zugestimmt wird, kann dieser Kredit allenfalls per Nachtragskredit eingefordert werden.

2. Wir sind der Meinung, dass die Effizienz dieser Beiträge an internationale Organisationen besser überprüft werden muss. Wir werden den Verdacht nicht los, dass wir mit diesen Beiträgen sozusagen unersättliche Papiertiger füttern. Wenn wir einzelnen Beiträgen nachgehen, dann sehen wir,

dass es hier eine ganze Reihe von internationalen Organisationen gibt, über die wir kaum irgendwo eine wirkliche Aufsicht ausüben. Wir sind der Meinung, dass die Effizienz der Beiträge, die wir spenden, gerade bei der Entwicklungshilfe besser überprüft werden muss. Das ist unseres Erachtens bei diesen internationalen Organisationen zu wenig der Fall. Wir bezahlen an immer mehr Organisationen immer höhere Beiträge, ohne uns wenigstens hier im Parlament über die Effizienz dieser Beiträge Rechenschaft zu geben.

3. Es geht um die Qualität dieser Entwicklungshilfe: Entwicklungshilfe ist nötig, dazu stehen wir grundsätzlich. Aber wir müssen uns bewusst werden, dass wir auch die Qualität und den Output überprüfen müssen. Da muss ich Ihnen gestehen, dass ich persönlich unserer Deza nicht immer traue. Ich habe eigentlich noch nie irgendwo eine kritische Beurteilung der Deza zu einem Projekt gehört. All diese farbigen Prospekte und Broschüren, die wir erhalten, loben die Deza; man lobt sich selbst über den grünen Klee und hebt sich in den Himmel. Die Qualität der Entwicklungshilfe ist etwas sehr Wesentliches. Wir haben uns darum zu kümmern, wir haben um den Output besorgt zu sein. Wir sind stolz auf die Qualität unserer Entwicklungshilfe, und wir können dem Nachdruck verleihen, indem wir hier diesen Beitrag kürzen. Das wird bei der Deza zur Folge haben, dass man einen Nachtragskredit bündeln muss, wenn man dann dazu kommt. Das wäre dann auch ein Grund, all die Punkte wie Qualität und Effizienz, die ich genannt habe, auszuführen, sich Rechenschaft darüber zu geben. Mit diesem Kürzungsantrag erreichen wir nicht weniger in der Entwicklungshilfe, weil wir die Deza und diese internationalen Organisationen dazu zwingen, entsprechend Rechenschaft zu geben. Ich bitte Sie also, diesem Kürzungsantrag zuzustimmen, den Betrag auf der Höhe des Budgets 2006 zu belassen und einen allfälligen Nachtragskredit, wenn ein solcher nötig ist, sehr kritisch unter die Lupe zu nehmen.

Maury Pasquier (Liliane (S, GE): A quelques jours de la Journée mondiale du sida, j'aimerais évoquer avec vous quelques chiffres – nous sommes d'ailleurs dans un débat sur le budget, il est normal de parler de chiffres.

Si l'on ne considère que la pandémie du sida, les chiffres sont justement effrayants puisque cette pandémie touche à elle seule plus de 40 millions de personnes infectées dans le monde, qu'elle en tue presque 4 millions par an, sachant que 95 pour cent des personnes infectées vivent dans les pays en développement, 70 pour cent en Afrique subsaharienne, alors que pourtant cette région n'abrite que 11 pour cent de la population mondiale.

Encore plus grave: alors que 8500 personnes décèdent du sida chaque jour, ce sont dans le même temps 13 500 nouvelles infections qui sont à signaler, la moitié d'entre elles touchant des jeunes. Cette situation catastrophique a coûté aux pays les plus durement touchés un recul important de l'espérance de vie, une régression des indices du développement et dans certaines situations la disparition des forces vives de ces pays. De par le monde, 13 millions d'enfants de moins de 15 ans sont des orphelins du sida et on s'attend à ce qu'ils soient le double en 2010.

Je me permettrai encore d'ajouter un chiffre à ces chiffres terrifiants; il concerne plus généralement les trois maladies concernées par la motion Amgwerd, à savoir le VIH/sida, la tuberculose et le paludisme. Ces trois épidémies causent à l'heure actuelle dans le monde plus de 6 millions de décès chaque année, soit presque l'équivalent de la population de notre pays, alors que ces maladies sont traitables ou en tout cas permettent de continuer de vivre dans de bonnes conditions si elles sont traitées.

Ces chiffres-là ont déjà convaincu le Parlement puisque aussi bien le Conseil national que le Conseil des Etats ont adopté la motion Amgwerd.

Et, justement, ces chiffres qui ont convaincu le Parlement auraient dû non seulement convaincre le gouvernement, mais surtout l'obliger à mettre en oeuvre cette motion qui a été adoptée. A nos yeux de parlementaires, le principe est en effet important, puisque le Parlement a donné un mandat

impératif au gouvernement en adoptant la motion, et que le gouvernement se devait donc de la mettre en oeuvre. Comme l'exécutif ne s'est pas exécuté, nous devons aujourd'hui corriger ce budget afin de tenir nos promesses et de garder la crédibilité nécessaire à l'accomplissement de nos tâches. Pour cette raison, le groupe socialiste vous invite vivement à soutenir la proposition de la minorité I (Fässler). En revanche, et cela ne vous étonnera pas, il vous recommande de rejeter la proposition de la minorité II (Maurer).

Müller Geri (G, AG): Es ist sehr eindrücklich, wenn Liliane Maury Pasquier die Situation mit HIV/Aids hier am Pult erklärt und erzählt, wie sie sich an der Front darstellt. Unter diesem Eindruck standen sicher auch die Motionärinnen, die diese Motionen seinerzeit geschrieben haben. Sie haben in ihren Motionen eine Zahl festgehalten, eine Zahl, die das Parlament eigentlich mitgesprochen hat, auch wenn es nicht direkt ein Kreditantrag ist.

Es könnte jetzt leicht der Eindruck entstehen, dass man damit das schlechte Gewissen oder die Bilder wegbezahlen möchte. Und vielleicht könnte der Eindruck entstehen, dass man mit 20 Millionen Franken etwas gutmacht, wofür man vielleicht mitverantwortlich ist, oder dass man Angst hat, dass diese Epidemie auch auf uns übergreift. Man mag diesen Beitrag dann bekämpfen, weil man das Gefühl hat, mit Geld alleine ist nichts gemacht. Das könnte die Art und Weise sein, wie sich das vielleicht Ueli Maurer überlegt hat. Es könnte aber auch ganz anders sein. Es kann eben eindrücklich sein, wenn man zum Beispiel in diese Länder geht, wenn man die schweizerischen Projekte der Kooperation mit internationalen Organisationen besucht und feststellt, dass dieses Geld, das wir hier einsetzen, eine sehr gute Anwendung findet, einen hohen Impact hat, eine hohe Wirkung hat. Das geschieht dann, wenn man die Länder auch wirklich besucht. Es wäre von daher sehr gut, und ich empfehle Ihnen wirklich, einmal diese Projekte vor Ort anzuschauen, damit Sie sehen, wie direkt Hilfe zustande kommt.

Ein weiteres Beispiel dafür, warum speziell diese 20 Millionen Franken für die Aidshilfe nicht einfach durch den restlichen Beitrag übernommen werden können, liegt darin, dass das, was die Schweiz sonst an Unterstützung von internationalen Organisationen bezahlt, schon sehr gut in anderen Projekten angelegt ist. Das sind Kooperationsprojekte, in denen die Schweiz bewusst sieht, dass sie als kleines Land nicht alle Probleme der Welt lösen kann, aber zusammen mit anderen Ländern in abgesprochenen Programmen mit hoher Wirksamkeitskontrolle etwas möglich ist.

Dass diese Kontrolle sehr gut ist, haben uns seinerzeit in der Aussenpolitischen Kommission die Vertreter des EDA und der Deza bewiesen. Sie haben Projekte aufgezeigt; sie haben uns aber auch auf Gefahren hingewiesen, wo Geld allenfalls in Mercedes umgesetzt werden könnte. Das ist aber ein unglaublich kleiner Anteil im Vergleich zu dem, was die Schweiz an Entwicklungshilfe macht, und zu dem, was die Schweiz an kontrollierter internationaler Zusammenarbeit macht.

Wir müssen vielleicht auch sehen, welche Organisationen mitgemeint sind, wenn wir darüber sprechen. Es geht hier um Organisationen wie die IDA. Die IDA versucht, in anderen Ländern Demokratisierungsprozesse vorwärtszutreiben, sie versucht, Vergangenheitsbewältigung zu betreiben, damit ein Land überhaupt eine Chance hat, wieder etwas aufzubauen, auf einen neuen Kontext zu setzen. Oder es ist vielleicht eine Organisation wie das IKRK, das vor Ort sehr gute, sehr wichtige Arbeit leistet.

Bei diesen Organisationen wollen wir das Geld nicht einsparen, um dafür das ebenso sinnvolle Aids-Programm mitzugestalten. Es geht hier nicht um die Frage, ob die Programme letztlich gut oder schlecht sind; das ist mir bewusst. Aber es geht mir darum, dass die Kritik, die an diesen Programmen geübt wird, nicht einfach pauschal sein darf. Wenn Sie ein Projekt kritisieren, tun Sie es konkret! Es wurde uns in der Aussenpolitischen Kommission auch gesagt: «Wenn ihr das Gefühl habt, dass irgendwo Geld versickert, weist uns darauf hin.» Man kann so ganz konkret direkt Politik machen.

Aber hier der Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen generell das Misstrauen auszusprechen wäre völlig fehl am Platz. Die Belege sind bestens: Die Schweiz macht da mit anderen Ländern eine sehr gute Arbeit.

Ich bitte Sie also sehr, dieser Krediterhöhung zuzustimmen, und hoffe auch, dass Sie sich an die Bilder und an die Szenen erinnern, die vielleicht auch zu diesen Motionen geführt haben. Die können nicht immer aktualisiert werden, aber aktuell gibt es nach wie vor sehr grosse Probleme, die bewältigt sein wollen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die CVP-Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützen wird.

Hutter Markus (RL, ZH): Ich beantrage Ihnen, der Mehrheit und damit dem Bundesrat zu folgen und somit bei den allgemeinen Beiträgen an internationale Organisationen weder eine Erhöhung noch eine Senkung zu beschliessen. Es geht darum, eine insgesamt gute, bewährte Arbeit fortzusetzen und den eingeschlagenen Weg hier ebenfalls weiterzugehen. Es kann auf keinen Fall darum gehen, ohne eine konkrete Botschaft, eine konkrete Planung oder einen konkreten Betrag wesentliche Erhöhungen vorzunehmen. Das ist unseriös, ungewiss, planlos. Wir sollten dem Antrag der Minderheit I (Fässler) auf keinen Fall zustimmen, welcher einem Schuss in den Nebel gleicht, indem man ohne Grundlage wesentliche Mittel aufstocken möchte. Ich bitte Sie, der Mehrheit zu folgen.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Ich ersuche Sie, den Antrag der Minderheit I (Fässler) zur Aufstockung um 20 Millionen Franken abzulehnen, und ich begründe das wie folgt: Die Vertreterin des Minderheitsantrages bezieht sich auf die Motion Amgwerd Madeleine, die verlangt, dass wir an den Globalen Fonds für HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria den Beitrag zu erhöhen hätten. Sie begründet aber dann die Aufstockung eigentlich ausschliesslich mit dem HIV-Problem. Der Bundesrat ist sich bewusst, dass mit dieser HIV-Pandemie eine grosse Herausforderung besteht, die derzeit von privaten Organisationen, von Stiftungen, von der Wissenschaft auch konzentriert bekämpft wird, und dazu braucht es auch die staatlichen Hilfen; das ist dem Bundesrat bewusst. Deshalb hat er in den letzten Jahren den Beitrag an diesen Globalen Fonds jedes Jahr um eine Million erhöht, so auch dieses Jahr. Das ist aber nicht das Einzige, sondern der Bundesrat hat auch im Zusammenhang mit der Entwicklungshilfe unter anderen Positionen insgesamt bereits 34 Millionen Franken zur Aidsbekämpfung ausgegeben. Daher ist er auf dem Wege dazu, eine Motion mit solchen Forderungen zu erfüllen. Jedenfalls hat er bis jetzt die entsprechenden staatlichen Mittel zur Verfügung gestellt, die es braucht, um hier Wirkung zu erzielen. Eine derartig starke Aufstockung ist deshalb nicht nötig.

Kaufmann Hans (V, ZH), für die Kommission: Im Namen der Kommission empfehle ich Ihnen, beide Minderheitsanträge abzulehnen.

In der Kommission haben wir den von der Minderheit I (Fässler) aufgenommenen Antrag mit 17 zu 8 Stimmen abgelehnt, den von der Minderheit II (Maurer) aufgenommenen Antrag mit 17 zu 7 Stimmen. Sie müssen sich bewusst sein, dass der Mehrheitsantrag bereits eine recht bedeutende Erhöhung gegenüber dem Vorjahr darstellt, nämlich um 12 Prozent oder um fast 24 Millionen Franken. Die Probleme – HIV, Aids, Malaria –, die hier genannt wurden, sind sicher wichtige Probleme, die es global zu lösen gilt. Aber es ist für uns doch sehr schwierig, wenn wir jetzt alle Positionen betrachten, wo solche Hilfen im einen oder anderen Ausmass gesprochen werden. Selbst als Mitglied der Finanzkommission verliere ich langsam die Übersicht, wie viel Geld an welche Organisationen geht und vor allem was diese Organisationen dann mit diesem Geld tun.

Ich bitte Sie also, die Mehrheit zu unterstützen. 12 Prozent mehr für die allgemeinen Beiträge an internationale Organi-

sationen, das ist eine Steigerung, die weit über unser Wirtschaftswachstum hinausgeht. Das bedeutet auch, dass wir im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt wieder etwas mehr Mittel in diese Gebiete lenken.

Rey Jean-Noël (S, VS), pour la commission: Nous sommes confrontés ici à deux propositions de minorité.

La proposition de la minorité II (Maurer) souhaite réduire les contributions générales à des organisations internationales. Cette proposition a été rejetée par 17 voix contre 7 en commission. Le Conseil fédéral propose effectivement une augmentation de 23,9 millions de francs à cette position. Ceci est dû au fait qu'il souhaite répartir différemment l'attribution des moyens financiers entre l'aide multilatérale et l'aide bilatérale. Cette augmentation vient aussi de notre participation au programme de désendettement de la Banque mondiale. Concernant les contributions aux organisations internationales du système des Nations Unies d'un montant de 96 millions de francs, il faut souligner le fait que les autres pays donateurs ont tous tendance à augmenter cette contribution: entre 10 et 50 pour cent pour les Pays-Bas, la Grande-Bretagne, les Etats-Unis et les pays nordiques. Les contributions de la Suisse plafonnent et le projet du Conseil fédéral n'a donc rien d'exagéré.

Concernant la contribution suisse au fonds de développement de 93 millions de francs, également sous cette position, elle est le fruit de longues négociations et il ne serait guère opportun aujourd'hui de la réduire. Je vous rappelle que la Suisse a déjà dû renoncer à la reconstitution des fonds concessionnels au Fonds africain de développement. La majorité de la commission pense qu'une réduction de cette position nous mettrait dans une situation encore plus délicate. Il s'agit donc de soutenir le projet du Conseil fédéral qui propose une légère augmentation.

Concernant la proposition de la minorité I (Fässler), la volonté de transparence du rapporteur nécessite de vous dire que la commission n'y a pas passé beaucoup de temps, mais qu'effectivement il existe la motion Amgwerd 05.3900, «Contribution suisse au Fonds mondial de lutte contre le VIH/sida, la tuberculose et le paludisme», adoptée par le Conseil des Etats et le Conseil national, dont le texte – que je vous invite à lire – est très clair: on y indique la somme de 20 millions de francs.

En commission, le Conseil fédéral a expliqué les critères qu'il appliquait pour fixer un montant dans le budget; ce montant est fixé lorsque les deux chambres acceptent une motion, ce qui est le cas; ensuite, le Conseil fédéral fixe un montant précis lorsque celui-ci est fixé dans la motion, ce qui est le cas également. Le seul argument du Conseil fédéral pour repousser cette proposition consistait à dire que finalement, le Conseil national et le Conseil des Etats avaient oublié de faire une proposition de compensation et que par conséquent, le Conseil fédéral rejetait cette proposition. C'est la vérité telle qu'elle ressort du procès-verbal de la commission, et je pense qu'il était important de vous l'indiquer également de façon transparente.

Ceci dit, la commission vous propose, par 17 voix contre 8, de rejeter la proposition défendue par la minorité I (Fässler).

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.041/3519)

Für den Antrag der Mehrheit 100 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I 73 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.041/3520)

Für den Antrag der Mehrheit 124 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II 49 Stimmen

Pos. 202.A2310.0295

Schwander Pirmin (V, SZ): Die Minderheit I will 15 Millionen Franken mehr kompensieren und zielt darauf ab, 100 Prozent der Beiträge an die EU-Erweiterung zu kompensieren,

so, wie das der Bundesrat und die Mehrheit des Parlamentes dem Volk im vergangenen Abstimmungskampf hoch und heilig versprochen haben: nämlich 60 Prozent bei Seco und Deza sowie 40 Prozent generell budgetneutral. Es gibt drei Gründe für diesen Minderheitsantrag:

1. Von den 97 Millionen Franken können rund 16 Millionen Franken als öffentliche Entwicklungshilfe verbucht werden. Es gibt hier also keine Gründe, nochmals 4 Millionen Franken aufzustocken, wie die Minderheit II (Fässler) dies tun will. Die DAC-Programme werden hier nicht tangiert, wir haben hier einen Spielraum von mindestens 80 Millionen Franken.

2. Mit der Begründung, die Zusammenarbeit mit Zentral- und Osteuropa müsse verstärkt werden, wird zuerst die traditionelle Osthilfe gegenüber dem Voranschlag 2006 um knapp 4 Millionen Franken erhöht. Erst nach dieser Erhöhung werden pseudomässig 11 Millionen Franken mit dem Beitrag an die EU-Erweiterung kompensiert. Gegenüber der Rechnung 2005 wird sogar um 8 Millionen Franken erhöht. Was habe ich heute Morgen gehört? Ehrlichkeit sei hier gefragt, und hier geht es um eine ehrliche Darstellung.

3. Massgebend für eine hundertprozentige Kompensation ist nicht nur die Kompensation zwischen zwei Positionen in der Deza, vielmehr muss der Gesamtbetrag von 30 Millionen Franken bei Deza und Seco kompensiert werden. Da unter der Rubrik «Zusatzprogramm DAC-Länder» beim Seco aufgrund der Motion Leuthard 05.3808, «Disparitätszahlungen», offensichtlich nicht gekürzt werden darf, muss hier um weitere 15 Millionen Franken gekürzt werden. Auch hier ist offensichtlich, das habe ich heute Morgen gehört, Ehrlichkeit gefragt.

Beweisen Sie diese Ehrlichkeit, und unterstützen Sie den Antrag der Minderheit I.

Fässler-Osterwalder Hildegard (S, SG): Es kann vorkommen, dass Zahlen verwirren. Wenn dies ausgerechnet in der Finanzkommission passiert, dann ist das schon etwas absonderlich. Es könnte aber auch sein, dass durch ein solches Zahlenspiel eine gute Entschuldigung entsteht, sich aus einem vereinbarten Kompromiss zu verabschieden. Ich fürchte, dass das in diesem Punkt so ist. Was gilt nämlich, was haben wir beschlossen?

Wir haben die Motion Leuthard gegen den Willen des Bundesrates angenommen. Dass der Bundesrat in der Finanzkommission dagegen Druck gemacht hat, ist halbwegs verständlich; er war mit der Motion Leuthard ja nie einverstanden. Weniger verständlich ist, dass hier gerade die betroffene Bundesrätin die Seite gewechselt hat.

Was ist im Budget 2007 vorgesehen? Es beinhaltet 30 Millionen Franken zugunsten der Kohäsion, je zur Hälfte auf das EDA und das EVD aufgeteilt. Aber gleichzeitig haben wir bei der Osthilfe 50 Millionen Franken gekürzt, unabhängig davon, ob schon Gelder für die Kohäsion ausgegeben werden können oder nicht. Auch wenn also noch kein Rappen für die Kohäsion ausgegeben wurde, mussten diese beiden Departemente intern je 25 Millionen Franken kürzen. Beim EDA sind von den 25 Millionen Franken 4 Millionen bei der anrechenbaren Entwicklungshilfe betroffen, beim EVD sind es 14 Millionen. Das widerspricht klar unserem Beschluss, der Annahme der Motion Leuthard. Vorher haben Sie aber hier drin gezeigt, dass es Ihnen eigentlich ziemlich wurst ist, ob Motionen angenommen wurden oder nicht – siehe Motion Amgwerd Madeleine. Sie können dann immer noch bei den zu sprechenden Geldern Nein sagen. Das hat vorher auch die FDP geschlossen gezeigt, obwohl auch unter den FDP-Mitgliedern einige waren, die die Motionen Amgwerd Madeleine beziehungsweise Zapfl unterschrieben haben.

Die Aussage, die das Projekt in der Finanzkommission sozusagen gekillt hat, war jene, dass es gar keine Projekte gebe. Dem widersprechen sowohl Deza wie Seco entschieden. Sie haben dies mehrfach auch gegenüber Alliance Sud klar und deutlich bestätigt. Kolleginnen und Kollegen, Sie haben auch einen Brief der Beratenden Kommission für internationale Entwicklungszusammenarbeit erhalten, der ganz klar darauf hinweist, dass in diesem Budgetposten diese 4 Millio-

nen Franken aufgestockt werden müssen, damit wir nicht bei der anrechenbaren Entwicklungshilfe kürzen. Ich möchte Sie auch darauf hinweisen, dass im «Pressedienst» der FDP, Nr. 34 vom 31. August dieses Jahres, Folgendes zu lesen war: «Finanzierungsfrage geregelt: Komitee bereit für den Abstimmungskampf.

Die noch offene Frage der Finanzierung dieser Unterstützung wurde im Rahmen dieses Komitees beantwortet. Folgende Prinzipien wurden festgelegt:

1. Die Finanzierung der jährlich 100 Millionen Franken über zehn Jahre erfolgt budgetneutral; das heisst, die Steuerzahlenden werden nicht zusätzlich zur Kasse gebeten.

2. Die Finanzierung erfolgt grössenordnungsmässig hälftig durch Kompensationen in EDA und EVD und hälftig im Gesamthaushalt.

3. Die Finanzierung erfolgt ohne Kürzung der öffentlichen Entwicklungshilfe. Der Entwurf des Bundesrates wird deshalb um 18 Millionen Franken erhöht.

4. Diese Beträge werden im Rahmen der Budgetgestaltung im Haushalt kompensiert.

Das Komitee bereitet nun die Abstimmungskampagne und die Information der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger vor.»

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger waren informiert über das, was hier besprochen worden ist. Es ist nicht so, dass man in Unkenntnis der Budgetdebatte über das Osthilfegesetz abgestimmt hat. Es war also allen klar, wie das zu kompensieren sei. Und noch einmal: Wenn ich vonseiten des Seco und der Deza höre, dass die Projekte tatsächlich vorhanden sind, dann sollten wir hier jetzt wirklich nicht sparen.

Ich bitte Sie, weiterhin an diesen Kompromiss zu denken und diese 4 Millionen Franken aufzustocken. Ganz wesentlich wird es dann sein, was Sie im Zusammenhang mit den weiteren Schritten, nämlich mit dem Rahmenkredit für die Kohäsionszahlungen, machen. Dort zähle ich dann noch mehr auf Ihre Unterstützung. Aber ich möchte Sie heute auch nochmals daran erinnern, dass in diesem Saal die Motion Leuthard angenommen wurde.

John-Calame Francine (G, NE): Le groupe des Verts vous invite à soutenir la proposition de la minorité II (Fässler) à cette position. Le 26 novembre dernier, le peuple s'est prononcé en faveur de l'aide aux pays de l'Est, n'en déplaise à certains esprits récalcitrants qui souhaiteraient limiter, pour ne pas dire supprimer, notre aide à la transition octroyée aux pays de l'Europe de l'Est. Heureusement pour l'avenir de l'Europe, tant en ce qui concerne sa stabilité que son développement économique, la population suisse a compris l'importance d'accorder son soutien à cette base légale soumise à votation pour poursuivre les efforts entrepris depuis 1990. Cette coopération permet d'offrir des perspectives d'avenir aux pays de l'Est, et à notre pays d'avoir des partenaires plus fiables en matière économique.

Maintenant que cette base légale est acquise, il reste à définir les montants à budgéter pour concrétiser les projets que nous entendons soutenir et développer dans ces pays. Le Conseil fédéral nous propose un montant d'un peu plus de 97 millions de francs que la minorité I (Schwander) voudrait diminuer de 15 millions de francs. Sur les 100 millions de francs par an environ qui seront versés au titre de la contribution à l'élargissement de l'Union européenne, le Conseil fédéral s'est engagé à compenser 50 millions de francs dans les Départements fédéraux de l'économie et des affaires étrangères. Pour cela, des activités seront supprimées en Bulgarie, en Roumanie, en Russie et d'autres réductions sont prévues dans des programmes régionaux.

Le groupe des Verts s'oppose donc fermement à la nouvelle coupe proposée par la minorité I, car elle entraîne une baisse de l'aide publique au développement qu'une majorité des groupes de cette assemblée est engagée à préserver lors du débat sur la motion Leuthard 05.3808 à la session du printemps dernier.

Le groupe des Verts regrette l'attitude frileuse qu'ont adoptée les groupes radical-libéral et démocrate-chrétien, qui

veulent aujourd'hui diminuer le montant budgété pour 2007, sous prétexte qu'aucun projet concret ne nous a encore été soumis et qu'il serait toujours temps, lors du vote sur les crédits-cadres, de confirmer leur soutien et de tenir leurs promesses.

Qu'auraient pensé ces mêmes groupes si les Départements fédéraux de l'économie et des affaires étrangères avaient pris des engagements fermes en faveur de certains programmes d'aide auprès des dix nouveaux pays membres de l'Union européenne, alors même que la population suisse ne s'était pas encore prononcée sur la loi sur la coopération avec les Etats d'Europe de l'Est? Le groupe UDC aurait alors eu beau jeu de critiquer la politique étrangère du Conseil fédéral, en prétextant que la population était mise devant un fait accompli.

La proposition de coupe budgétaire formulée par la minorité I n'a donc rien à voir avec un financement de l'aide dans les pays de l'Europe de l'Est, mais bien plus avec la politique européenne qui est menée par le Département fédéral des affaires étrangères; politique que le groupe UDC voudrait bien contenir à sa partie congrue, à défaut de pouvoir supprimer tout soutien à l'Union européenne.

Aujourd'hui, il est temps de prévoir les montants nécessaires à la concrétisation de ces nouveaux projets. C'est dans ce cadre que nous vous invitons à soutenir la proposition de la minorité II (Fässler) qui, par le montant légèrement augmenté qu'elle propose au budget, affirme le rôle que la Suisse veut jouer à l'avenir en Europe et respecte les engagements que ce Parlement a pris à la session de printemps lors du vote sur la motion Leuthard 05.3808, «Contribution à la réduction des disparités».

Nous nous permettons ici de rappeler que les bénéfices que la Suisse va tirer des accords bilatéraux négociés avec l'Union européenne sont importants et qu'il ne faudrait quand même pas l'oublier trop vite. A titre d'exemple, les revenus de l'imposition de l'épargne des contribuables européens qui ont placé leurs capitaux en Suisse vont rapporter quelque 50 millions de francs par an à la Confédération. De plus, en 2005, l'excédent de la balance commerciale suisse avec les dix nouveaux pays membres a atteint 1,4 milliard de francs.

Dès lors, le montant que le groupe des Verts vous invite à soutenir paraît extrêmement raisonnable.

Fehr Hans-Jürg (S, SH): Wir reden hier über einen kleinen Betrag mit einer längeren Vorgeschichte und einer grossen Bedeutung. Wir beginnen mit dem Vollzug der Volksabstimmung vom 26. November bezüglich der Kohäsionszahlungen an die neuen EU-Länder. Der Bundesrat wollte diese Milliarde ursprünglich auf eine Art und Weise finanzieren, die mit Abstrichen bei der öffentlichen Entwicklungshilfe verbunden gewesen wäre. Das heisst, man hätte die Milliarde bei den Ärmsten eingespart.

Um das zu verhindern, haben der Nationalrat und der Ständerat vor der Volksabstimmung die Motion 05.3808 unserer früheren Ratskollegin Doris Leuthard angenommen, die eine ganz klare Schranke setzt. Sie sagt, diese Milliarde soll so finanziert werden, dass die öffentliche Entwicklungshilfe, welche die Schweiz leistet, nicht beeinträchtigt wird. Es war ein politisch entscheidender Schritt vor der Volksabstimmung, dass wir diese Motion angenommen haben. Denn so liessen sich die Reihen derjenigen schliessen, die für diesen Kredit waren; nur so liessen sie sich schliessen. Jetzt beginnen wir mit der Umsetzung in zwei Etappen. Den ersten Schritt tun wir im Budget 2007, die weiteren Schritte in den Rahmenkrediten, die folgen werden. Nur unser Minderheitsantrag, der Antrag der Minderheit II (Fässler), ist die zweifelsfrei korrekte Umsetzung der Motion Leuthard. Es ist ausserordentlich bedauerlich, dass der Bundesrat weiterhin gegen das Parlament operiert. Sogar Bundesrätin Leuthard selber hat gegen ihre eigene Motion operiert, d. h. weiterhin eine Finanzierungsvariante vertreten, die eben zu Abstrichen bei der öffentlichen Entwicklungshilfe im Süden und im Osten führt; eine Variante, die genau das bewirkt, was wir nicht

wollten und wovon wir vor der Abstimmung sagten, dass das nicht gehe.

Nun sagt man, und das tat auch die Frau Bundesrätin in der Kommission, es brauche das Geld im Jahr 2007 noch gar nicht. Aber diese Argumentation ist alles andere als stichhaltig. Es geht hier ja nicht um das Geld, das nicht ausgegeben wird, sondern es geht um das Geld, das gar nicht mehr budgetiert wird. Richtig ist doch vielmehr das Gegenteil: Wenn man schon nichts ausgibt, muss man doch auch nichts kompensieren. Was wir jetzt mit diesem Beschluss machen, ist die groteske Umkehr dessen, was eigentlich nötig wäre. Das heisst, dass jetzt zwar kompensiert wird, aber nichts ausgegeben wird. Das kann ja wirklich nicht der Sinn von dem sein, was hier beschlossen worden ist.

Ich bitte Sie daher sehr, die Minderheit I (Schwander) und die Mehrheit abzulehnen und der Minderheit II (Fässler) zu folgen. Nur die Minderheit II vollzieht das, was vor der Volksabstimmung in einer breiten Koalition abgemacht worden ist.

Studer Heiner (E, AG): Ich habe zuerst der Begründung von Kollege Schwander zugehört und bin ein Stück weit überrascht. Ich schätze ihn eigentlich als überzeugten Demokraten ein. Wenn jemand ein überzeugter Demokrat ist und ein Abstimmungsergebnis respektiert, dann kann er hier nicht wiederum einen Minderheitsantrag begründen, der unter das geht, was der Bundesrat beantragt. Aber seine Begründung – er sagt, der Bundesrat und das Parlament hätten vor der Abstimmung gesagt, es würde alles bei anderen Ausgabeposten kompensiert – bezieht sich auf die Anfangsphase, die sehr lange Anfangsphase, als der Bundesrat nie klar sagte, was er wollte, und damit eine sehr schlechte Vorgabe lieferte. Aber der Bundesrat kam dann schliesslich mindestens noch zu dem Punkt, dass es ja im Gesamthaushalt zu kompensieren ist und man die Einnahmen aus der Zinsbesteuerung auch einrechnen muss. Der Bundesrat hat also vorher gesagt, dass es nicht um die beiden Departemente geht. Wir als Parlamentsmehrheit haben durch die Annahme der Motion Leuthard 05.3808 klar gesagt, dass es nicht zuletzt der eigentlichen Entwicklungszusammenarbeit gehen dürfe. Unser breites Komitee war nur deshalb so breit, weil das klar war. Dieses Ja haben wir überall nach aussen vertreten.

Nun ist es klar: Es gab eine knappe Abstimmung. Aber wenn jetzt, nach der Abstimmung, doch wieder Zweifel aufkommen, ob nicht doch bei der Südhilfe gespart wird, da muss man sich fragen, ob die Mehrheit auch zustande gekommen wäre ohne diejenigen, die sich aus Solidaritätsgründen und nicht nur wegen der wirtschaftlichen Chancen unseres Landes – die auch wichtig sind – für die Vorlage engagiert und eingesetzt haben. Ich muss also deshalb sehr bitten – das betrifft die Fraktionen der CVP und der FDP –, am besten schon hier oder sonst spätestens beim Rahmenvertrag, der kommt, diese Haltung unmissverständlich umzusetzen. Sonst sind wir dann als Parlament nicht glaubwürdig, wenn wir etwas anderes tun.

Nun muss ich doch auch noch eine Bemerkung zu Kollege Fehr Hans-Jürg machen. Wenn Kollege Fehr schon jetzt eine kritische Bemerkung zur Volkswirtschaftsministerin, zu Frau Bundesrätin Leuthard, macht, dann muss er die gleiche Bemerkung auch zur Aussenministerin machen, denn die Aussenministerin hat wie die anderen Mitglieder des Bundesrates in diesem Bereich kein überzeugendes Engagement für das gezeigt, was wir als Parlament einbrachten. Von daher hat es keinen Sinn, das eine Bundesratsmitglied gegen das andere auszuspielen. Der Bundesrat als Gesamtgremium wollte nicht so weit wie wir gehen, aber wir als Parlament haben einen Auftrag; das haben wir versprochen. Ich spreche hier nur einmal; beim Seco kommt ja die ganze Thematik nochmals beim Antrag der Minderheit I (Kiener Nellen). Ich bitte Sie, hier der Minderheit II (Fässler), aber dann auch beim Seco dem Erhöhungsantrag zuzustimmen.

Müller Walter (RL, SG): Herr Kollege Studer, Sie möchten das Anliegen der Ehrlichkeit und der Demokratie ja besonders ernst nehmen. Ich frage Sie jetzt: Ist es ehrlich, wenn

wir in den Abstimmungskampf gehen und sagen, bei den Kohäsionszahlungen würden 60 Prozent kompensiert, 40 Prozent kämen aus den allgemeinen Mitteln, und jetzt einfach den Trick anwenden, die Mittel für die Osthilfe zu erhöhen, um quasi mehr kompensieren zu können? Das ist das gleiche Spiel wie beim Verkäufer: Der Verkäufer erhöht den Preis und gibt nachher mehr Rabatt. Ist das ehrlich?

Studer Heiner (E, AG): Kollege Müller, Sie können überall hingehen – wir waren auch ab und zu miteinander unterwegs – und fragen, was ich gesagt habe. Ich habe immer das Gleiche gesagt, was ich heute gesagt habe, und das war auch die Basis für das Gesamtkomitee des Präsidiums. Auf dieser Basis haben wir die Abstimmungskampagne geführt.

Hutter Markus (RL, ZH): Diese Diskussion erinnert mich etwas an den Kampf um des Kaisers Bart. Es geht hier nicht darum, dass wir irgendwo zu unseren Aussagen oder zu unseren Versprechen nicht mehr stehen würden. Es bestehen auch keine Zweifel darüber, dass die FDP hier keine Kürzung der öffentlich anrechenbaren Entwicklungshilfe wünscht und die Umsetzung der Motion Leuthard begrüsst und unterstützt. Wir müssen aber hier klar zur Kenntnis nehmen – davon konnte sich die Kommission im Detail überzeugen –, dass bei der Umsetzung der Motion Leuthard diese DAC-Programme nicht tangiert werden. Wir haben also keine Beeinträchtigung der öffentlich anrechenbaren Entwicklungshilfe, und es wurde klar ausgeführt, dass es für das Jahr 2007 keine konkreten Projekte gibt. Was dann 2008 auf uns zukommt, müssen wir hier nicht diskutieren. Wir werden aber ganz klar hinter der Motion Leuthard stehen.

Aus diesem Grund und weil es auch darum geht, das Versprechen an unsere Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit dieser Kompensation von 60 und 40 Prozent zu halten, und weil uns nochmals versichert wurde, dass es keine konkreten Projekte gebe, welche diese öffentlich anrechenbare Entwicklungshilfe beeinträchtigen würden, ersuche ich Sie klar, der Mehrheit und dem Bundesrat zu folgen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die CVP-Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützen wird.

Schwander Pirmin (V, SZ): Die SVP-Fraktion unterstützt die Minderheit I. Es geht ihr – das als Vorbemerkung – vor allem darum, dass eben der Text im Abstimmungsbüchlein massgebend ist. Alles andere interessiert das Stimmvolk nicht. Im Abstimmungsbüchlein steht klipp und klar, es gebe keine Steuererhöhungen und die Kompensation werde zu hundert Prozent budgetneutral erfolgen. Das steht wortwörtlich so im Abstimmungsbüchlein; das ist massgebend.

Wenn heute irgendwie schon von 50 Millionen Franken Reduktion gesprochen wird, dann suche ich die Grundlage dafür vergebens. Man muss davon ausgehen, was die Vergleichsgrösse ist: Der Vergleich kann sich nicht auf irgendein Jahr, z. B. auf 2000 oder 1985, beziehen. Wenn wir von Kompensation sprechen, muss sich der Vergleich entweder auf das Budget 2006 oder auf die Rechnung 2005 beziehen. Ich nehme das Budget 2006, das ist noch besser für Sie, die Sie für die Kohäsionszahlungen gestimmt haben. Wie sehen hier die Zahlen aus? Osthilfe Deza: plus 4 Millionen; Beiträge und Entschädigungen Seco: minus 19 Millionen; Umbuchungen Deza: plus 5 Millionen Franken – gibt unter dem Strich sage und schreibe lediglich 10 Millionen und nicht 50 Millionen Franken. Ich bitte Sie entsprechend, die richtigen Rechnungen und den richtigen Vergleich zu machen.

Alles in allem geht es der SVP-Fraktion eben wirklich darum, dass es so umgesetzt wird, wie es im Abstimmungsbüchlein steht. Sie bittet Sie, der Minderheit I zuzustimmen.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Diese Positionen haben in der Tat eine ordentliche Odyssee hinter sich. Sie sind noch nicht am Ziel; das ist zuzugeben. Wie waren die Stationen

dieser Odyssee? Begonnen hat es einmal nach den bilateralen Verträgen, als mit der EU vereinbart wurde, dass die Schweiz einen Beitrag in der Grössenordnung von einer Milliarde Franken für die Kohäsion der osteuropäischen Länder leisten würde. Der Bundesrat hat diesen Beschluss so pariert, dass er Folgendes gesagt hat: Das EDA und das EVD, in denen diese Positionen abgewickelt werden, sollen diesen Betrag je zur Hälfte in ihre Planungen übernehmen. In der Zwischenzeit ist mit der EU verhandelt worden. Es kamen die Modalitäten zum Tragen, die vorsehen, dass wir das Geld nicht nach Brüssel schicken, sondern dass wir die Projekte bilateral mit den entsprechenden Ländern vereinbaren können.

Es hat sich auch gezeigt, dass es für diese beiden Departemente schwierig sein wird, ohne Kürzungen im Bereich der Osthilfe zum Ziel zu kommen. Deshalb ist der Bundesrat zu einem neuen Entscheid gekommen: Er hat gesagt, 60 Prozent sollten zwischen den beiden Departementen aufgeteilt werden, 40 Prozent via den Bundeshaushalt, und dies in der Zeitachse von zehn Jahren, jedes Jahr 100 Millionen Franken. So ist man im Sommer in dieses Geschäft eingestiegen, so hat der Bundesrat das Budget entschieden. Die Vorlage geht ja sehr bald einmal in Druck. Das geschah vor der Volksabstimmung. Im Zusammenhang mit dieser Volksabstimmung hat das gemeinsame bürgerliche und sozialdemokratische Komitee einen neuen Schlüssel beschlossen. Das geschah alles, nachdem die Unterlagen schon im Druck waren. Dazu kam die Aussage aus dem EDA, dass für das Budgetjahr 2007 noch keine Projekte entscheidungsreif zur Verfügung stünden, in die man hätte investieren können, sodass es im Grunde genommen keine Rolle spielt, wenn man für dieses Budget noch nach dem alten Verfahren budgetiert und dann ab dem nächsten Jahr das umsetzt, was in dieser Motion beschlossen wurde. Das ist in der Tat ein Streit um des Kaisers Bart. Es wurde hier schon so bezeichnet.

Die Kompensationen sind bei diesem Budget schon im Budgetprozess vorbereitet worden, und zwar wie folgt: Beim EDA sind sie in der Position A2310.0295 enthalten: 25 Millionen Franken bei der Osthilfe. Beim EVD sind es drei Positionen. Bei einer ersten, «Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten», hat man 6 Millionen Franken kompensiert; bei einer zweiten, «Zusatzprogramm DAC-Länder», hat man 14 Millionen kompensiert, über die wir nachher beim EVD noch befinden werden; und schliesslich sind es im Bereich «Darlehen und Beteiligungen osteuropäische Staaten» 5 Millionen. Das macht total 50 Millionen Franken, wovon jetzt unter dem Titel Entwicklungshilfe folgende Beträge angerechnet worden sind: beim EDA 21 Millionen Franken für die Osthilfe – das gibt die Differenz von 4 Millionen, von der gesprochen wurde – und beim EVD 14 Millionen Franken, 14 von insgesamt 77 Millionen, im Zusammenhang mit dem «Zusatzprogramm DAC-Länder».

Wenn Sie jetzt neuerlich einem solchen Entscheid zustimmen, wird die zusätzliche Kürzung der Osthilfekredite eben dazu führen, dass dieser Betrag in der Rechnung für 2007 dann doppelt kompensiert wird.

Dies ist der Grund, weshalb der Bundesrat und auch die Finanzkommissionen Ihnen vorschlagen, die Lösung, die jetzt im gedruckten Budget ist, so zu akzeptieren, im Wissen, dass es nicht die endgültige Lösung ist, und im Bewusstsein, dass der Schlüssel für die Verteilung dieser Beträge nach Massgabe der beschlossenen Motionen anschliessend ordentlich bestimmt werden kann. Dieser Haltung liegt ein Entscheid zugrunde, den der Bundesrat kollegial getroffen hat; auch Frau Kollegin Leuthard hat kollegial zu diesem Entscheid beigetragen und steht dazu, ohne dass sie ihre eigene Motion deshalb aufzugeben braucht.

Kaufmann Hans (V, ZH), für die Kommission: Auch in der Kommission hatten wir sehr viele Diskussionen um diese Kompensation der Kohäsionsmilliarde. Auch am Schluss der Diskussion war noch nicht ganz klar, welche Meinung jetzt eben massgebend sei. Ich stütze mich vor allem auf den Auszahlungs- und Finanzierungsplan, damit man etwas Klarheit hat, wie die ganze Kompensation in den nächsten

zehn Jahren ablaufen soll. Es ist ja so, dass die Auszahlungen sukzessive zunehmen. Im Budget 2007 sind Auszahlungen im Betrag von 30 Millionen Franken geplant; dann steigen die Beträge bis zum Jahre 2011 auf 140 Millionen an. Jetzt geht es eben um die Frage – und da gibt es unterschiedliche Meinungen, die unter anderem im Antrag der Minderheit I (Schwander) zum Ausdruck kommen –: Müssen wir dann die Kompensationen auch den Auszahlungen anpassen oder eben jedes Jahr linear 100 Millionen Franken kompensieren?

Wenn wir jetzt das Budgetjahr 2007 betrachten, stellen wir fest, dass das EDA und das EVD zusammen 50 Millionen Franken kompensieren. Wir zahlen aber, so ist es geplant, erst 30 Millionen Franken aus. Wenn man aber die 30 Millionen Auszahlung mit dem Plansoll von 100 Millionen Franken vergleicht, haben wir einfach das Problem: Was wir im ersten Jahr nicht ausgeben und kompensieren, das haben wir dann später nachzuholen. Und es wird natürlich immer schwieriger. Wenn wir schon im ersten Jahr nicht 100 Millionen Franken kompensieren, dann haben wir eben nach Finanzierungsplan in den folgenden Jahren einen Nachholbedarf.

Ich verstehe den Antrag der Minderheit I (Schwander) so, dass man bereits jetzt möglichst nahe an diese 100 Millionen Franken herankommen will und deshalb vorschlägt, 15 Millionen Franken mehr zu kompensieren.

Beim Antrag der Minderheit II (Fässler) geht es eigentlich um etwas ganz anderes, nämlich um folgende Frage: Betreffen diese Kürzungen Entwicklungshilfe, die man eben nicht kürzen möchte, oder nicht? Der Antrag der Minderheit II ist ja nicht der einzige Antrag, der einen Teil der vorgesehenen Kompensation wieder rückgängig machen will. Wir haben dann noch zwei Anträge der Minderheit Kiener Nellen auf Aufstockung um 14 respektive 9 Millionen Franken beim EVD. Wenn ich das zusammenzähle, stelle ich fest, dass also mit diesen Minderheitsanträgen von den 50 Millionen Franken Kompensation, die vorgesehen sind, 27 Millionen wieder rückgängig gemacht werden sollen. Ich sage «rückgängig gemacht werden», weil es ja keine anderen Vorschläge gibt, wo man das dann kompensieren soll. Wir würden dann effektiv 30 Millionen Franken auszahlen, aber nur 23 Millionen kompensieren. Und was wir in diesem Budgetjahr 2007 nicht kompensieren, müssen wir später nachholen, und es wird immer schwieriger, wenn sich das kumuliert. Ihre Kommission beantragt Ihnen mit 17 zu 8 Stimmen, den Antrag der Minderheit I (Schwander) abzulehnen, also beim Mehrheitsantrag zu bleiben.

Rey Jean-Noël (S, VS), pour la commission: Nous nous trouvons, à la position budgétaire Aide aux pays de l'Est, en face de deux propositions: celle de la minorité I (Schwander) et celle de la minorité II (Fässler).

La minorité I propose une compensation totale et supplémentaire de 15 millions de francs à cette position. Je rappelle que 15 millions de francs ont déjà été compensés. Une coupe supplémentaire aurait des conséquences importantes puisque, avec l'amputation de 15 millions de francs, il a déjà été prévu de couper dans des programmes pour la Roumanie et la Bulgarie. Avec des économies supplémentaires, comme le propose Monsieur Schwander, nous devrions clore les programmes en Asie centrale, au Caucase du Sud, en Moldavie, en Ukraine et diminuer de plus de 50 pour cent les montants alloués à des projets dans les Balkans.

La commission, par 18 voix contre 8, vous invite à rejeter la proposition défendue par la minorité I (Schwander) et à adhérer au projet du Conseil fédéral.

En ce qui concerne la proposition de la minorité II (Fässler), il faut effectivement tenir compte de la planification des paiements et du financement. Cela rend les choses un peu compliquées, puisque, dans le budget 2007 où nous fixons les crédits de paiement, il est prévu 30 millions de francs de crédits de paiement: compensés à hauteur de 15 millions au Département fédéral des affaires étrangères et de 15 millions au Département fédéral de l'économie. Pourquoi 30 millions de francs et non pas 50 ou 100 millions de cré-

aits de paiement, comme prévu? Tout simplement parce qu'en 2007 nous nous trouvons dans la phase de démarrage des projets. Il faut encore procéder à des discussions bilatérales avec les différents pays. Puisque la Suisse a décidé non pas de verser l'argent à un fonds européen, mais de le faire de façon bilatérale, il faut procéder à des négociations, qui sont en cours. Ensuite, il faut que ces projets soient présentés aux différents départements pour qu'ils puissent être exécutés.

La commission a été effectivement confrontée – et la transparence veut que je vous l'indique – à des avis contradictoires. Ce n'est pas par hasard si cette discussion a eu lieu. En réponse à une question claire posée par la commission à la cheffe du Département fédéral des affaires étrangères, celle-ci a indiqué: «Des économies dans l'aide publique au développement ne doivent pas être effectuées, mais il n'en reste pas moins que les montants sont insuffisants et que nous avons dû quand même toucher à l'aide publique au développement.» Or, si je regarde le procès-verbal de la commission plénière, au chapitre du Département fédéral de l'économie, je constate que la cheffe du département nous a indiqué: «Wir rechnen nicht damit, dass im Jahr 2007 schon Projekte realisiert werden können und Kürzungen anfallen werden.» Face à ces deux avis contradictoires, la commission, par 12 voix contre 11 et 2 abstentions, a décidé de rejeter la proposition défendue par la minorité II (Fässler).

Ce vote serré s'explique par les faits que je vous ai indiqués: les déclarations contradictoires en commission, et surtout la difficulté à comprendre qu'il y ait des crédits de paiement de 30 millions inscrits au budget 2007 qui vont augmenter ensuite, alors que la compensation qui est prévue de façon globale est de 50 millions de francs.

Je pense que le Conseil fédéral aurait été bien avisé de nous présenter des tableaux un peu plus clairs. On aurait pu s'éviter une discussion qui n'a pas contribué à établir la clarté des faits.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Bei der Ausmehrung werden wir immer, in der ganzen Budgetdebatte, so vorgehen, dass wir jeweils vom höchsten zum tiefsten Betrag ausmehrten. Damit können wir eine gewisse Gerechtigkeit wahren.

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.041/3521)

Für den Antrag der Mehrheit 106 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II 72 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.041/3522)

Für den Antrag der Mehrheit 121 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I 58 Stimmen

Departement des Innern – Département de l'intérieur

303 Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann

303 Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Rey, Dormond, Fässler, Frösch, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Marti Werner, Vollmer, Wäfler)

A2310.0138 Massnahmen Gleichstellung Frau/Mann

Fr. 5 000 000

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Rey, Dormond, Fässler, Frösch, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Marti Werner, Vollmer, Wäfler)

A2310.0138 Mesures relatives à l'égalité entre femmes et hommes

Fr. 5 000 000

Dormond Béguelin Marlyse (S, VD): La proposition de la minorité Rey vise à augmenter le crédit à cette position et à le porter à 5 millions de francs pour l'année 2007, ceci pour les raisons suivantes.

Le 15 février 2006, le Conseil fédéral a publié un rapport relatif à l'évaluation de l'efficacité de la loi sur l'égalité entre femmes et hommes. Ce rapport relevait la pertinence de la loi sur l'égalité et soulignait l'efficacité des mesures engagées sur cette base. J'aimerais attirer votre attention sur la constatation concernant l'évaluation et l'égalité dans le domaine de la vie professionnelle. Le Conseil fédéral constatait que bien que la loi sur l'égalité ait fait ses preuves dans le secteur privé, l'écart de salaire moyen entre hommes et femmes restait élevé et se situait encore à 25 pour cent en défaveur des femmes. Dans 60 pour cent des cas, cette différence s'explique par des données objectives, mais pour les 40 pour cent restants, on doit considérer qu'il s'agit de discriminations en raison du sexe.

Pour y remédier et pour prévenir efficacement la discrimination, le Conseil fédéral estime qu'il est nécessaire de renforcer l'information et la sensibilisation du public, ainsi que les mesures de perfectionnement professionnel. C'est donc pour permettre des actions en vue de promouvoir l'égalité dans le domaine de la vie professionnelle, et cela en conformité avec le rapport du Conseil fédéral de début 2006, que la minorité vous propose cette augmentation.

Nous vous demandons de la suivre.

Kiener Nellen Margret (S, BE): Im Namen der SP-Fraktion beantrage ich Ihnen, mit der Minderheit Rey den Budgetbetrag für das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) um rund 660 000 Franken auf 5 Millionen Franken aufzustocken. Der Antrag ist in der Kommission mit 11 zu 9 Stimmen nur knapp abgelehnt worden.

«Viel erreicht – viel zu tun. Nombreux sont les acquis – mais il reste beaucoup à faire. Molte realizzazioni – ma molto resta da fare.» Unter diesem Motto hat die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen letzte Woche das Jubiläum ihres dreissigjährigen Bestehens gefeiert. Unter dieses Motto – «Viel zu tun, il reste beaucoup à faire, molto resta da fare» – möchte ich auch dieses Fraktionsvotum der SP für mehr Geld für Gleichstellungsmassnahmen stellen. Für die SP ist es unverständlich, dass für 2007 beim Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann nicht mehr Ressourcen eingestellt worden sind. Hier braucht es dringend eine Korrektur nach oben. Unverständlich ist der Entscheid, weil der Bundesrat im Februar 2006 einen Evaluationsbericht über die Wirkungen des Gleichstellungsgesetzes publiziert hat. Der Bericht hält fest, dass sich die Lohnungleichheit in der Privatwirtschaft kaum verbessert hat: Immer noch verdienen Frauen für gleichwertige Arbeit im Durchschnitt 25 Prozent weniger als Männer. Das ist eines aufgeklärten Rechtsstaates unwürdig. Gestern, heute und morgen sind Hunderttausende Frauen in der Schweiz lohnmassig diskriminiert. Die SP-Fraktion will diesen Missstand beheben, und zwar 2007 und nicht erst ab 2008, denn die Diskriminierung besteht heute und morgen, der Handlungsbedarf ist längst erkannt.

Wieso beantragen wir 5 Millionen Franken? Weil bereits die Botschaft zum Gleichstellungsgesetz vor über zehn Jahren eine Zielgrösse von 5 Millionen Franken jährlich für die Finanzhilfen als konkretes Instrument zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann vorsah. Die externe Evaluation hat gezeigt, dass die Finanzhilfen Wirkung zeigen. Es braucht aber mehr davon. Mit 5 Millionen Franken beantragt die SP, nominal wenigstens den Betrag der Botschaft von 1994 ins Budget 2007 aufzunehmen. Real ist es weni-

ger, als mit der Botschaft zum Gleichstellungsgesetz verlangt wurde. Es ist das Minimum.

Unterstützen Sie mit der SP-Fraktion den Antrag der Minderheit Rey für mehr Massnahmen für die Gleichstellung von Frau und Mann im Erwerbsleben.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die CVP-Fraktion und die FDP-Fraktion teilen mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützen werden.

Frösch Therese (G, BE): Der Evaluationsbericht wurde bereits erwähnt, auch das Jubiläum der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen. Zusammenfassend kann man eigentlich sagen, dass die interessante Evaluation zeigt, dass durch die Finanzhilfen die Gleichstellung von Frau und Mann im Erwerbsleben entscheidend gefördert und unterstützt werden konnte. Zwischen 1996 und 2005 ist eine grosse Bandbreite und eine Vielfalt an Angeboten entstanden, die ihr Zielpublikum gut erreichen. Die Nachfrage nach Finanzhilfen ist nach wie vor sehr gross. Gleichzeitig lösen sie beträchtliche Finanzmittel bei den Trägerschaften aus, und das ist sehr wichtig. Grosse Wirkung erreichen die Finanzhilfen auch auf der Ebene der geförderten Trägerschaften und Projektorganisationen, zumal eigentliche Kompetenzzentren entstanden sind und die Vernetzung unter den Institutionen zugenommen hat.

Die Basis für langfristige gesellschaftliche Auswirkungen der Finanzhilfen ist heute gelegt, insbesondere auch, da die Nachhaltigkeit und die Transferleistungen bei einem grossen Teil der unterstützten Vorhaben gelungen sind. Ebenso konnte im Rahmen der Evaluation festgestellt werden, dass der Vollzug der Finanzhilfen durch das EBG gesetzeskonform erfolgt und die verschiedenen Begleitmassnahmen die Effektivität des Vollzugs auch gewährleisten. Die Umsetzungsstrukturen und -prozeduren sind sehr zielgerichtet ausgestaltet, und sie sind schlank. Mit den eher bescheidenen Ressourcen wird eine hohe Effizienz erreicht.

Die Evaluation des Gleichstellungsgesetzes hat auch gezeigt, dass für die Gleichstellung im Erwerbsleben noch viel zu tun ist. Lohngleichheit – Frauen verdienen im Schnitt nach wie vor 20 Prozent weniger als Männer –, Förderung von Weiterbildung und Karriere, keine Diskriminierung von Teilzeit bei Überzeit usw.: Auf allen diesen Gebieten wird mit diesem Geld wirksam mit der Wirtschaft zusammengearbeitet.

Vielleicht noch an die Adresse der SVP-Fraktion: Wenn in der Wirtschaft mehr solche Projekte gefördert würden, müsste der Staat auch weniger Unterstützung leisten. Die Projekte sind nämlich dank gemeinnützigen Trägern – Frauenorganisationen, Gewerkschaften, Vereinen – in der ganzen Zivilgesellschaft sehr gut verankert. Ich habe dafür Beispiele wie die Qualifizierung von Frauen in Gastronomiebetrieben zur Verbesserung ihrer beruflichen Stellung, Weiterbildungsmodelle in diesem Bereich usw. Es ist also eine sehr sinnvolle Sache.

Wir, die grüne Fraktion, unterstützen in jedem Fall diese richtungsweisende Korrektur respektive diese leichte Erhöhung des Budgetpostens bei der Gleichstellung.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die SVP-Fraktion lässt ausrichten, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützt.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Es ist so, dass seit der Einführung dieser Finanzhilfen in der Tat etwa 350 Projekte abgewickelt worden sind und dass dieses Beratungsangebot damit eben auch finanziell unterstützt werden konnte, um Impulse für die Chancengleichheit zu geben. Dass das ein Thema ist, bei dem wir nicht am Ende sind, ist auch allen klar. Die Förderbeiträge sind in den vergangenen Jahren schrittweise erhöht worden, allerdings für gezielte Projekte, und das ist eine wichtige Präzisierung. Man hat gezielte Projekte unterstützt und nicht einfach den Betrag erhöht. Aus unserem Wissensstand ergibt sich, dass aufgrund des Aktionsplanes, den das Eidgenössische Büro für die Gleichstel-

lung von Frau und Mann für das Jahr 2007 hat, eine Aufstockung der Mittel nicht erforderlich ist. Deshalb ersuchen wir Sie, auf diese Aufstockung zu verzichten.

Kaufmann Hans (V, ZH), für die Kommission: In der Kommission haben wir nicht sehr intensiv darüber diskutiert, nicht zuletzt deshalb, weil uns Herr Bundesrat Couchepin darauf vertröstet hat, dass man versuche, die Empfehlungen des Evaluationsberichtes im Jahre 2008 umzusetzen. Deshalb sei im Jahr 2007 noch kein Finanzbedarf vorhanden. Allenfalls ergibt sich dann im nächsten Budget ein solcher. Ich möchte einfach in Erinnerung rufen, welche Aufgabe das Büro eigentlich hat: Es soll Informationsarbeit in der Öffentlichkeit machen, Behörden und Private beraten, Untersuchungen durchführen, Empfehlungen für geeignete Massnahmen für Behörden und Private usw. machen. Sie sehen schon daran, dass das sicher interessante Aufgaben sind, die hier zu tun sind. Aber wie viel Geld wir hierfür sprechen, ist letztlich eine politische Entscheidung. Ihre Kommission hat den von der Minderheit Rey aufgenommenen Antrag mit 11 zu 9 Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 85 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 61 Stimmen

306 Bundesamt für Kultur

306 Office fédéral de la culture

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Frösch, Dormond, Fässler, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Marti Werner, Rey, Vollmer)

A2310.0302 Bibliomedia Schweiz

Fr. 1 728 200

Antrag der Minderheit I

(Pfister Theophil, Bugnon, Kaufmann, Maurer, Wäfler, Weyeneth, Zuppiger)

A2310.0315 Filmförderung

Fr. 18 213 500

Antrag der Minderheit II

(Vollmer, Abate, Dormond, Fässler, Frösch, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Kleiner, Marti Werner, Rey)

A2310.0314 Förderung Filmkultur

A2310.0315 Filmförderung

A2310.0316 Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Films

A2310.0317 Aus- und Weiterbildungsförderung für Filmberufe

A2310.0318 Programme EU-Media

A2310.0319 Schweizerisches Filmarchiv

Aufstockung über alle sechs Positionen um insgesamt 1 Million Franken

Antrag WBK-NR

A2310.0301 Unterstützung der kulturellen Erwachsenenbildung

Fr. 1 500 000

A2310.0302 Bibliomedia Schweiz

Fr. 2 000 000

Antrag Fluri

A2310.0315 Filmförderung

Fr. 26 213 500

Schriftliche Begründung

Der Schweizer Film feiert in diesem Jahr sensationelle Erfolge im Kino: 1,5 Millionen Eintritte und ein einzigartiger Marktanteil von beinahe 10 Prozent. Besonders erfolgreich waren Filme wie «Grounding» von Michael Steiner (380 000

Eintritte), «Die Herbstzeitlosen» von Bettina Oberli (300 000 Eintritte) oder «Vitus» von Fredi M. Murer (200 000 Eintritte), aber auch Autorenfilme wie «Das Fräulein» von Andrea Staka, welcher dieses Jahr in Locarno den Wettbewerb gewonnen hat, «Mon frère se marie» von Jean-Stéphane Bron, dem Regisseur von «Mais im Bundeshaus», oder «Nachbarn» von Stina Werenfels runden dieses erfreuliche Ergebnis aus Sicht des Schweizer Films ab.

Der Bund fördert erfolgreiche Filme mit dem System der erfolgsabhängigen Filmförderung, kurz Succès Cinéma. Diese Filme werden entsprechend ihrem Erfolg an der Kinokasse finanziell unterstützt, indem die Unterstützungsbeiträge für neue Projekte im Verhältnis zu den Kinoeintritten der vorangegangenen Filme ausbezahlt werden. Von Succès Cinéma profitieren alle, die am Erfolg von Schweizer Filmen beteiligt sind, die Autoren und die Produzenten des Films wie auch der Verleiher und die Kinos. Diese Fördergelder fliessen in neue Projekte, in die Herstellung und Promotion von neuen Schweizer Filmen. Der Produzent beispielsweise kann dieses Geld abrufen, wenn er den nächsten Film produziert. Er hat damit eine Basis, um möglichst rasch weitere Filme zu produzieren. Gemäss Verteilplan der Sektion Film standen in diesem Jahr 4,5 Millionen Franken für Succès Cinéma zur Verfügung, aufgrund der hohen Besucherzahlen bräuhete es aber rund 7,5 Millionen Franken, um die in der Filmverordnung vorgesehenen Beträge auszahlen zu können. Der Sektion Film wird nichts anderes übrigbleiben, als diese Beträge um bis zu 40 Prozent zu kürzen. Für die Filmschaffenden bedeutet dies, dass mitten im Erfolg die Bremse gezogen wird. Succès Cinéma hat als primäres Ziel die Kontinuität, diese würde durch solche Kürzungen infrage gestellt. Den Filmschaffenden würde die Basis entzogen, in eigener Verantwortung, und auch dies bezweckt Succès Cinéma, den nächsten Film zu starten. Es wäre ein falsches Signal, wenn nun die Sektion Film die Beträge kürzen müsste.

Wenn wir glaubwürdig sein und bleiben wollen, dann müssen wir Versprechen, wie wir sie mit dem Bekenntnis zur erfolgsabhängigen Filmförderung abgegeben haben, einlösen. Wir alle forderten von der Branche, dass sie erfolgreich sein solle. Mit dem Instrument der erfolgsabhängigen Filmförderung können wir das honorieren.

Ich stelle somit den Antrag, den Kredit der Filmförderung für das nächste Jahr um einen einmaligen Betrag von 3 Millionen Franken zu erhöhen, damit Succès Cinéma auch weiterhin seine Wirkung erreichen kann.

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Frösch, Dormond, Fässler, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Marti Werner, Rey, Vollmer)

A2310.0302 Bibliomedia suisse

Fr. 1 728 200

Proposition de la minorité I

(Pfister Theophil, Bugnon, Kaufmann, Maurer, Wäfler, Weyeneth, Zuppiger)

A2310.0315 Encouragement du cinéma

Fr. 18 213 500

Proposition de la minorité II

(Vollmer, Abate, Dormond, Fässler, Frösch, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Kleiner, Marti Werner, Rey)

A2310.0314 Encouragement de la culture cinématographique

A2310.0315 Encouragement du cinéma

A2310.0316 Collaboration européenne dans le domaine du cinéma

A2310.0317 Encouragement, formation et perfectionnement des professions cinématographiques

A2310.0318 Programmes Media de l'UE

A2310.0319 Cinémathèque suisse
Augmentation globale de 1 million de francs dans ces positions

Proposition CSEC-CN

A2310.0301 Soutien à l'éducation culturelle des adultes
Fr. 1 500 000
A2310.0302 Bibliomedia suisse
Fr. 2 000 000

Proposition Fluri

A2310.0315 Encouragement du cinéma
Fr. 26 213 500

Pos. 306.A2310.0302

Frösch Therese (G, BE): Die Frage stellt sich, warum der Bund die Finanzhilfen an die Stiftung Bibliomedia Schweiz im Vergleich zu jenen an andere Kulturinstitutionen überproportional stark kürzt. Das ist das Thema, und wir haben auch in der Kommission gesehen, dass leider umverteilt wird, und zwar eher Richtung Film. Das geht unseres Erachtens nicht. Wenn der Bund sparen muss, dann sind sicher alle betroffen, doch bei der Gewichtung, wer wie viel zur Entlastung des Bundeshaushaltes beitragen muss, bestehen sehr grosse Unterschiede.

Die Bundessubventionen 2006 an die Stiftung Bibliomedia Schweiz wurden mit 1,5 Millionen Franken nominal auf das Niveau von 1990 reduziert. Damit stehen der Stiftung im Jahr 2006 real – teuerungsbedingt – dreissig Prozent weniger Mittel vonseiten des Bundes zur Verfügung als im Jahr 1990. Im Vergleich zu anderen durch den Bund geförderten Kulturbereichen ist das Ausmass dieser Kürzung sehr hoch. Es ist deshalb anzunehmen, dass das EDI und das Bundesamt für Kultur der Auffassung sind, die Bibliotheks- und Leseförderung in der Schweiz sei im Vergleich zu anderen Kulturaufgaben von nebensächlicher Bedeutung. Dem ist überhaupt nicht so. Die Stiftung Bibliomedia betreibt an drei Orten in der Schweiz grosse Ressourcenbibliotheken mit einem Buchbestand von über 500 000 Bänden in allen Landes- und Fremdsprachen. Sie beliefert pro Jahr rund 600 Bibliotheken und 10 000 Schulklassen in allen Landesteilen. Zudem entwickelt die Stiftung Materialien und Projekte zur Leseförderung. Ich muss wahrscheinlich niemandem hier sagen, wie wichtig Bibliotheken sind, sei es, dass Sie eigene Erfahrungen damit haben, sei es, dass Sie es durch Ihre eigenen Kinder oder Grosskinder wissen. Der Betrieb lokaler Bibliotheken ist in der Schweiz nämlich wie in den meisten europäischen Staaten sehr, sehr wichtig, und diese Bibliotheken sind sehr beliebt. Es ist primär eine Gemeindeangelegenheit, doch in allen Ländern in Europa werden diese föderalistischen Strukturen im Bibliothekswesen durch zentrale Einrichtungen und gezielte Massnahmen vonseiten der Kultur- und Bildungsministerien gestärkt.

Es ist sehr wichtig, dass man gut zu den Bibliotheken schaut. Sie sind ein grosser Wert in unserem Land. Wir verstehen in der grünen Fraktion nicht, weshalb man die Bibliomedia heruntersparen will. Wir haben es gesehen, der neue vierjährige Vertrag wurde im Bundesrat mit 1,5 Millionen Franken pro Jahr beschlossen. Wir verstehen das schlichtweg nicht. Denn es gibt nichts Wichtigeres, nichts Interessanteres, nichts Würdigeres, als die öffentlichen Bibliotheken zu unterstützen.

Wir bitten Sie, das Budget wiederum auf 2 Millionen Franken pro Jahr zu erhöhen, damit diese Bibliotheken florieren und wenn möglich noch aktiver werden können.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Ich habe übersehen, dass wir vor der Position «Bibliomedia Schweiz» noch die Debatte über die Position «Unterstützung der kulturellen Erwachsenenbildung» hätten führen müssen. Wir schliessen aber die Debatte über die Position «Bibliomedia Schweiz» zuerst ab; hier liegt noch ein Antrag der WBK vor. Anschliessend holen wir die Debatte über die Erwachsenenbildung nach.

Gadient Brigitta M. (V, GR): Ihre WBK beantragt Ihnen grossmehrfach, den Beitrag an Bibliomedia Schweiz nicht auf 1,478 Millionen Franken zu budgetieren, sondern 2 Millionen pro Jahr vorzusehen. Seit 1921 unterstützt der Bund über die Ausrichtung einer Finanzhilfe Bibliomedia Schweiz – die frühere Schweizerische Volksbibliothek –, die Stiftung für die öffentlichen Bibliotheken in der Schweiz. Diese erfüllt im Interesse des Bundes Aufgaben von nationaler Bedeutung für das öffentliche Bibliothekswesen und für die Schulen in der Schweiz, die keine andere Institution in unserem Land wahrnehmen kann. Durch ihre Tätigkeiten trägt Bibliomedia dazu bei, in allen Regionen der Schweiz ein lebendiges Bibliotheksnetz sicherzustellen. Dadurch können insbesondere auch kleinere Bibliotheken ihren Leserinnen und Lesern attraktive und moderne Leistungen anbieten. Bibliomedia setzt sich für eine ausgeglichene Literaturversorgung aller Landesteile und Bevölkerungskreise ein und trägt so zu einem wichtigen regionalen und sozialen Ausgleich bei.

Lassen Sie mich noch einmal deutlich festhalten: Bibliomedia nimmt drei ganz wichtige Aufgaben wahr: erstens die Leseförderung, zweitens den regionalen Austausch und eine ausgeglichene Förderung aller Landesteile, drittens den sozialen Austausch und die Integration. Gerade die Lesekompetenz, die von den Bibliotheken gefördert wird, ist aber letztlich Grundlage für alle weiterführenden Anstrengungen in der Bildungspolitik. Wir können lange über die Probleme sprechen, die sich bei der Pisa-Studie gezeigt haben, aber wenn wir hier bei Bibliomedia mehr tun, dann tun wir etwas ganz Konkretes, um die Situation wirklich zu verbessern. Die Aufgaben von Bibliomedia liegen ganz klar im nationalen und im öffentlichen Interesse, und eigentlich müssten wir da noch viel mehr tun.

Nichtsdestotrotz will der Bundesrat bei Bibliomedia den letzten Jahr leider von zwei auf eineinhalb Millionen Franken gekürzten Beitrag beibehalten. Aber eineinhalb Millionen reichen einfach nicht. Ein Bundesbeitrag von eineinhalb Millionen liegt auf dem gleichen Niveau wie 1990.

Sie können sich selber ausrechnen, was das bedeutet. Der Bundesbeitrag deckt damit nur noch einen guten Drittel der Gesamtkosten der Stiftung, und die Kantone haben auch nicht die Mittel, um einfach so diese Lücke zu füllen. Das in den betrieblichen Abläufen vorhandene Sparpotenzial wurde in den letzten Jahren weitgehend ausgeschöpft. Dazu kommt, dass bei den meisten Bereichen des Bundesamtes für Kultur 1 bis 10 Prozent an Einsparungen vorgenommen wurden, aber ausgerechnet bei Bibliomedia, bei der so wichtige Bibliotheks- und Leseförderung, ist das Ausmass mit 25 Prozent überrissen hoch. Das ist nun völlig unverständlich und wirft umso mehr Fragen auf, als damit der Bund auch seine Rolle als Hauptträger der Stiftung abgibt und deren Fortbestand grundsätzlich infrage stellt.

Ich bitte Sie deshalb eindringlich, auch im Interesse der Jugend und somit der Zukunft unseres Landes dem Antrag der WBK zuzustimmen und Bibliomedia einen Beitrag von 2 Millionen Franken zuzugestehen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die FDP-Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützt.

Müller-Hemmi Vreni (S, ZH): Die erneute Diskussion um diesen Beitrag an Bibliomedia ist auch ein Paradebeispiel für eine widersprüchliche Bundesratspolitik, vor allem aber für eine widersprüchliche Politik im Bundesamt für Kultur und im Departement des Innern. Wir haben ein Kulturförderungsgesetz in Vernehmlassung gehabt – es kommt hoffentlich nächstes Jahr auch einmal auf den Tisch des Parlamentes –, in dem der Bundesrat die Leseförderung, die Bekämpfung des Illettrismus, also die Bekämpfung der Leseschwäche, als ein Bundesziel definiert hat. Der Bundesrat hat letzte Woche die Botschaft für den neuen Rahmenkredit für Bibliomedia verabschiedet. Wer die Argumentation in dieser Botschaft liest – ich zitiere jetzt aus dieser Botschaft des Bundesrates –, kann ganz am Anfang zur Wichtigkeit der Leseförderung lesen: «Die Bedeutung der Leseförderung für

die Entwicklung aller geistigen Fähigkeiten ist unbestritten. Nachdem die Pisa-Studie erhebliche Mängel bei der Lesekompetenz der 15-Jährigen festgestellt hat, liegen seit 2005 auch erste Resultate der ALL-Erhebung – das ist eine internationale Erhebung – «zum Niveau der Grundkompetenzen bei den Erwachsenen vor. Während die Erwachsenen in der Schweiz bei den mathematischen Fähigkeiten im internationalen Vergleich gut abschneiden, liegen ihre Lesekompetenzen unter dem Durchschnitt. Nur ungefähr die Hälfte der 16- bis 65-jährigen Schweizerinnen und Schweizer verfügt über die Fähigkeit, einen längeren, zusammenhängenden Text zu lesen und zu verstehen.» Nur die Hälfte! «Rund 10 Prozent der Bevölkerung sind nicht in der Lage, einen einfachen Text adäquat zu erfassen. Die Gründe dafür sind vielfältig, doch es ist klar, dass das Bücherlesen die Entwicklung der Sprachkompetenz positiv beeinflusst.» Nachher argumentiert dann der Bundesrat, warum Bibliomedia eine wichtige Funktion für die Leseförderung erfüllt und warum sie auch weiterhin vom Bund unterstützt werden soll.

Wenn ich diese Begründung lese und nachher sehe, wie viel der Bund für diese Aufgabe, für diesen Leistungsauftrag, den er Bibliomedia gibt, auszugeben bereit ist, dann stelle ich fest, dass das einfach ein absoluter Widerspruch ist. Es gibt eine kritische Masse – Brigitta Gadiant hat vorhin darauf hingewiesen –: Wenn man für eine Aufgabe eindeutig zu wenig Geld auszugeben bereit ist, dann kann diese so nicht mehr erfüllt werden. Dann wäre es ehrlicher vom Bundesrat zu sagen: Nein, sorry, wir wollen das Geld für Leseförderung nicht mehr ausgeben, auch wenn wir eigentlich finden, wir müssten das tun, es wäre dringend. Aber eine solche Politik ist unglaublich, ist inakzeptabel.

Darum hält die WBK an ihrer Linie fest. Sie hält auch an der Kohärenz der bundespolitischen Leseförderung als Aufgabe fest und beantragt Ihnen hier, mindestens die kritische Grösse von 2 Millionen Franken pro Jahr für Bibliomedia zu sprechen, damit diese anerkannt wichtigen, gut geleisteten Aufgaben, damit diese Leseförderungsaufgabe insbesondere – und das möchte ich unterstreichen – in den ländlichen Regionen der Schweiz, in den Bergtälern, in Form eines guten, attraktiven Angebots an Bibliotheken aufrechterhalten werden kann.

Die SP-Fraktion wird diesen Antrag der WBK unterstützen.

Bugnon André (V, VD): La fondation Bibliomedia suisse est nécessaire au fonctionnement de notre société. Je crois que personne ici ne la remet en question sur le fond – d'ailleurs, vous aurez remarqué qu'il n'y a pas de proposition de réduire le montant prévu au budget.

Personnellement, il y a déjà 25 ans, j'ai créé et ouvert une bibliothèque publique dans ma commune: c'est dire l'intérêt et la nécessité que je trouve d'avoir des livres à la disposition de la population. Dans un bâtiment de ma commune, il y a quelques années aussi – et vous aurez peut-être l'occasion de le visiter l'année prochaine –, on a ouvert, également sous mon impulsion, une bibliothèque qui comprend plus de 10 000 livres. Je suis donc tout à fait conscient de la nécessité d'avoir des livres à disposition de la population. D'ailleurs, j'ai une référence selon laquelle 25 pour cent de la population – dont beaucoup d'enfants – utilise cette bibliothèque.

Il n'en reste pas moins que nous sommes liés par un crédit-cadre. Le Conseil national s'est prononcé il y a quelques années sur un crédit-cadre 2004–2007 pour Bibliomedia dont les tranches annuelles se montent maintenant à 1,5 million de francs – somme qui a été un peu réduite par les programmes d'allègement du budget. Je crois qu'il faut s'en tenir au crédit-cadre, et malgré toutes les bonnes raisons qui plaident pour la nécessité d'une fondation ou d'une structure de ce type, on ne peut pas systématiquement demander de rallonger les crédits. D'ailleurs, vous avez reçu une information du Conseil fédéral qui prépare un nouveau crédit-cadre pour les années 2008–2011; on aura donc l'occasion de discuter à ce moment-là du nouveau crédit-cadre. Pour le moment, nous devons en rester aux tranches du crédit-cadre telles

qu'elles sont définies et on ne peut pas systématiquement proposer des augmentations.

C'est pour cela que je vous demande de suivre la majorité de la commission et de rejeter la proposition de la minorité Frösch ainsi que la proposition de la CSEC-CN, car elles auraient pour conséquence, si on les adoptait, que l'on dépasserait le crédit-cadre accordé par ce conseil.

de Buman Dominique (C, FR): Je déclare d'abord mes intérêts au sens de la loi sur le Parlement. Je suis vice-président de la fondation Bibliomedia suisse.

J'aimerais intervenir ici comme représentant du groupe démocrate-chrétien et j'exprimerai également l'expérience que j'ai au travers de cette fondation qui s'occupe notamment de la formation de la jeunesse, mais surtout de la propagation de la culture au sens propre du terme au sein de la population. Notre groupe s'est penché à la fois sur la proposition de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture et sur la proposition de la minorité Frösch. A une faible majorité, il ne soutiendra pas la proposition de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture. Par contre, il soutiendra à l'unanimité la proposition de la minorité Frösch. C'est dire s'il hésite entre le fait de choisir la solution de compromis qui est représentée par la minorité Frösch et la volonté de revenir au montant qui était initialement octroyé à la fondation Bibliomedia suisse.

Mis à part les chiffres et indépendamment des avis de notre groupe, j'aimerais bien sûr insister, non pas seulement sur le travail qui est accompli par la fondation Bibliomedia suisse, mais sur certains aspects que cette fondation représente pour notre pays. Elle compte en effet trois centrales régionales: au Tessin, à Lausanne et à Soleure, qui reflètent le fédéralisme auquel nous sommes tous attachés. Mais surtout, elle effectue un travail d'éducation et de formation. Ce qui est trompeur au sujet du crédit qui est accordé à Bibliomedia suisse, c'est que la position figure sous 306 Office fédéral de la culture. On pourrait donc s'imaginer qu'il s'agit en quelque sorte de dépenses qui ne sont pas indispensables par rapport au budget de la Confédération.

Quand on connaît le travail qui est fait par Bibliomedia sur le terrain, dans les cantons et les communes, on se rend compte immédiatement qu'il s'agit bien davantage d'un travail de formation – de cette formation dont nous souhaitons, nous le Parlement, que les crédits soient augmentés de 6 pour cent cette année. Il s'agit donc de la formation de base, et non pas d'une formation accessoire.

Comme il y a eu au sein du Département fédéral de l'intérieur, et plus particulièrement à l'Office fédéral de la culture, une prime qui a été donnée au cinéma, c'est toute une série d'autres positions qui ont souffert dans ce département: je pense notamment à l'entretien des monuments historiques de niveau national et à la fondation Bibliomedia. Cette injustice doit être corrigée. Il ne s'agit pas d'une certaine façon de vouloir diminuer l'aide ou la mesure d'encouragement qui est attribuée au cinéma, mais il s'agit de ne pas faire souffrir injustement d'autres positions où le travail est fait de manière qualitative.

J'aimerais ajouter une dernière remarque. La Confédération, par l'Office fédéral de la culture, justifie la coupe budgétaire qui vous est proposée en invoquant des réserves que la fondation aurait encore à disposition. Là, je crois qu'il faut tordre le cou à une idée fausse. Il y avait certes quelques réserves, parce que c'est une fondation et qu'une fondation doit, par définition, avoir un équilibre financier. Mais ces réserves sont en train de fondre, et celles et ceux qui connaissent Bibliomedia savent que notamment les projets d'encouragement à la multiculturalité, au multilinguisme, sont mis en péril.

Or, au Parlement, il y a au minimum un dénominateur commun: c'est le souci de faire quelque chose pour l'intégration, notamment des étrangers. Là où nous divergeons, c'est quand il s'agit de savoir s'il faut une loi particulière sur l'intégration. La droite du Parlement est contre une loi sur l'intégration alors que la gauche y est plutôt favorable. Mais personne ne conteste aujourd'hui que l'intégration en tant que

telle doit être faite. Or Bibliomedia, par son action au niveau de la formation de base, notamment dans les milieux défavorisés et les zones périphériques, permet d'assurer un certain niveau de culture et de lecture à toutes les couches de la population.

C'est pour toutes ces raisons que je vous demande en tout cas de soutenir la proposition de la minorité Frösch. Une minorité de notre groupe soutiendra la proposition de la CSEC-CN – qui a toutefois été rejetée par 11 voix contre 8.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Über dieses Thema ist jetzt recht lange diskutiert worden. Es ist im Grunde genommen nicht der Betrag, um den es hier geht, sondern es ist eine Grundsatzfrage, und zwar deshalb, weil der Beitrag an die Stiftung Bibliomedia ursprünglich ein Zahlungsrahmen von 8 Millionen Franken war, verteilt auf die Periode 2004–2007. Das ist die Ausgangslage. Im Rahmen des Entlastungsprogramms 2003 hat man den Betrag des Zahlungsrahmens von 8 auf 7 Millionen gekürzt. Jetzt, für die letzte Tranche dieses Zahlungsrahmens im Jahr 2007, bleiben noch 1,48 Millionen Franken zu bezahlen. Das ist die Folge des Entlastungsprogramms 2003.

Ich sage das, weil wir damals bekanntlich Dutzende von zum Teil kleineren Positionen hart erstritten haben, und alle meisten Zugeständnisse machen, sonst wäre es uns nie gelungen, jenes Entlastungsprogramm auf die Beine zu stellen. Wenn man diesen Kredit am Ende wieder aufstockt, macht man einen Entscheid rückgängig, den man damals beim Entlastungsprogramm getroffen hat. Wir erachten dies als nicht nötig, auch deshalb, weil zwischen dem Bund und der Stiftung ein Leistungsvertrag auf der Basis von 7 Millionen Franken besteht. Den haben wir abgeschlossen, und das weiss die Stiftung, sie ist sich dessen bewusst. Und dieser Leistungsvertrag ist auch mit den Kantonen bzw. mit der Erziehungsdirektorenkonferenz abgesprochen. Wir haben hier nicht einfach willkürlich entschieden und beantragt, sondern auch in Absprache mit den kantonalen Behörden, und diese ihrerseits auch in Absprache mit den Gemeinden.

Das ist der Grund, weshalb der Bundesrat die Ablehnung des Antrages der Minderheit Frösch und des Antrages der WBK-NR empfehlen muss.

Kaufmann Hans (V, ZH), für die Kommission: Bei diesem Anliegen geht es darum, einen Teil der Kürzungen des Entlastungsprogramms 2003 rückgängig zu machen. Ich bezweifle aber, dass wir mit zusätzlichen 500 000 Franken, wie sie der Antrag verlangt, wirklich all die Anliegen, die hier vorgebracht worden sind – dass wir im Pisa-Ranking aufsteigen, dass wir die Leseschwächen beheben und sogar die Ausländerintegration wesentlich fördern –, erfüllen können. Ich habe nochmals nachgeschaut, was wir in der Kommission dazu gesagt haben; ich muss Ihnen sagen, dass hier im Plenum eigentlich länger und detaillierter argumentiert worden ist als in der Kommission. Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass das Bildungswesen eigentlich kantonale Sache ist. Deshalb verweise ich auf die Abmachung, die auch unser Finanzminister erwähnt hat: die Abmachung zwischen dem Bund und der Erziehungsdirektorenkonferenz. Offensichtlich kann man mit diesen Beträgen leben; das letzte Jahr hat es ja gezeigt.

Ihre Kommission hat deshalb mit 18 zu 8 Stimmen beschlossen, den Antrag, der von der Minderheit Frösch aufgenommen worden ist, abzulehnen. Der Antrag der WBK lag uns ja nicht vor. Er geht in die gleiche Richtung; trotzdem möchte ich zu ihm keine Empfehlung abgeben.

Rey Jean-Noël (S, VS), pour la commission: La commission a décidé, par 14 voix contre 8, de rejeter la proposition défendue par la minorité Frösch et vous invite à voter le crédit inscrit au budget par le Conseil fédéral.

Cette coupe est la conséquence du programme d'économies 2003, voté par la majorité des membres du Parlement. Selon ce programme, le crédit-cadre a été ramené à 7 millions de francs; il a donc été réduit de 1 million. Le crédit de 1,4 million de francs inscrit au budget correspond à ce qui

reste du crédit de programme voté par le Parlement dans le cadre du programme d'économies 2003.

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der WBK-NR 90 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 69 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag der WBK-NR 97 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit 73 Stimmen

Pos. 306.A2310.0301

Simoneschi-Cortesi Chiara (C, TI): Signora neoeletta presidente, signor vicepresidente, vi porgo i miei più fervidi auguri. Cari colleghi e care colleghe, vi ringrazio per avermi eletta ieri seconda vicepresidente di questa Camera.

Per la trasparenza riguardo a questo oggetto devo dichiarare che sono presidente della Federazione svizzera per la formazione continua degli adulti – in tedesco Sweb –, che è l'associazione mantello delle sette organizzazioni delle quali stiamo parlando oggi.

Au nom de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture, je vous propose de ramener le soutien aux sept organisations nationales pour la formation continue des adultes à 1,5 million de francs, comme cela était le cas en 2005 déjà. Cette proposition a été soutenue par 15 voix contre 3 en commission. Pour plus de précision, je vous rappelle qu'en 2003, le crédit à disposition était légèrement supérieur à 1,5 million, soit 1,528 million de francs, tandis que le montant dont nous débattons est actuellement de 1,4 million de francs, et dans le budget 2007, il est encore inférieur.

La proposition que nous faisons est donc très équilibrée et elle répond à une réelle nécessité. Je vous rappelle en outre que ce Parlement est intervenu en 2004, déjà, lorsqu'on a voulu couper les subsides à ces sept organisations faitières au niveau suisse, et que le crédit a été ramené à 1,5 million de francs.

Welches sind diese Organisationen? Es sind Dachorganisationen; die betroffenen Organisationen sind: der Schweizerische Verband für Weiterbildung, der Verein Lesen und Schreiben für Erwachsene, der Verband der Schweizerischen Volkshochschulen, der Schweizerische Bund für Elternbildung, Movendo – das Bildungsinstitut der Gewerkschaften –, die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung der Schweiz, das Bildungsinstitut für Arbeitnehmende. Es sind also alles Dachverbände; der Schweizerische Verband für Weiterbildung, den ich präsidiere, ist der Dachverband all dieser Dachverbände. Diese Organisationen ermöglichen die Koordination der verschiedenen regionalen und kantonalen Tätigkeiten auf nationaler Ebene, sie schaffen Transparenz zwischen den verschiedenen regionalen und kantonalen Organisationen, erhöhen die Qualität der Weiterbildungsangebote der Mitgliederorganisationen, gestatten eine Vertretung der verschiedenen regionalen und kantonalen Organisationen auf nationaler Ebene.

Diese sieben Dachorganisationen erhalten generell keine kantonale Unterstützung, und die kantonalen Verbände haben zu wenig Geld, um diese nationalen Dachverbände zu finanzieren. Seit Jahren, das habe ich auf Französisch bereits gesagt, streiten wir hier in diesem Parlament über die Finanzierung dieser sieben Dachverbände. Der Höhepunkt der Auseinandersetzung war im Jahr 2004, als das BAK ankündigte, die Unterstützung von 1,5 Millionen auf 700 000 Franken kürzen zu wollen. Unser Parlament entschied im Dezember 2004, auf die Kürzung zu verzichten und den Kredit so zu lassen, wie er für 2005 vorgesehen war, also bei 1,5 Millionen Franken; das ist derselbe Betrag, den Ihnen die WBK heute beantragt.

Uns – diesen sieben Dachverbänden – wurde vom BAK auch versprochen, dass es nicht mehr kürzen würde, dass es warten würde, bis die Situation klar sei, wo diese sieben Dachverbände in Zukunft angesiedelt werden sollten. Sie wissen, dass unser Parlament ein Postulat für ein Weiterbildungsgesetz gutgeheissen hat; Sie wissen auch, dass nach

einer Volksabstimmung jetzt gemäss Bundesverfassung eine gewichtige Verantwortung von Bund und Kantonen auch im Bereich der Weiterbildung besteht. Man hat uns also gesagt, man werde nicht kürzen, man werde schauen, wer in der Verwaltung diese sieben Verbände finanzieren möchte oder könnte. Das ist leider nicht passiert. Im Juni dieses Jahres hat man uns wieder gesagt, dass man uns weniger geben wolle und dass die Subvention 1,4 Millionen Franken betragen werde. Für 2007 ist wiederum eine Kürzung vorgesehen, im Ganzen macht dies mehr als 13 Prozent aus. Für so kleine Strukturen ist es da nicht mehr möglich, seriös zu arbeiten.

Ich möchte Ihnen noch Folgendes sagen: Das Parlament hat vor zwei Jahren beschlossen, dass man nicht kürzen darf, weil es eben erkannt hat, dass diese Organisationen eine grosse Arbeit in der Erwachsenenbildung leisten. Sie erleichtern auch vielen bildungsschwachen Personen den Zugang zur Weiterbildung. Denken Sie an das Lesen und Schreiben; sie bekämpfen den Illiterismus, das ist sehr wichtig.

Ich bitte Sie wirklich, den Antrag der WBK gutzuheissen.

Müller-Hemmi Vreni (S, ZH): Auch ich habe eine Interessenbindung bekanntzugeben, die Sie wahrscheinlich aber inzwischen schon kennen: Ich bin Präsidentin des Forums Weiterbildung Schweiz, das besteht aus den Weiterbildungsinstitutionen, aber vor allem auch aus den Bundesämtern, die mit Weiterbildung zu tun haben, aus den Gremien der Kantone und auch aus den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen.

Es waren unter anderem die Arbeiten des Forums Weiterbildung Schweiz der letzten sechs Jahre, die auch dazu geführt haben, dass wir nach der Abstimmung zur Bildungsverfassung heute einen Weiterbildungsartikel in der Verfassung haben und wir aufgrund dieses Weiterbildungsartikels jetzt auch verpflichtet sind, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Förderung der Weiterbildung festzulegen. Nachdem wir mit der Volksabstimmung zur Bildungsverfassung auch ein klares Ja zur Weiterbildung haben, nachdem wir bereits vor zwei Jahren eine intensive Diskussion darüber geführt haben, dass die schweizerischen Dachorganisationen im Bereich der Erwachsenen- und Weiterbildung eine wichtige Aufgabe übernehmen, dass sie darum eben auch in ihrer Tätigkeit unterstützt werden sollen, müssen wir heute wieder eine solch unerfreuliche Diskussion führen. Dies hat – und das kritisiere ich – eben auch mit der Politik des Bundesamtes für Kultur zu tun. Warum müssen solche kleinen Beiträge – und das sehen Sie, wie klein die sind – überproportional gekürzt werden? Dagegen wehrt sich die WBK wiederum; wir haben dies vor zwei Jahren schon gemacht.

Es geht um 135 000 Franken, um die gemäss dem Antrag der WBK dieses Budget wieder aufgestockt werden soll. Chiara Simoneschi-Cortesi hat ausführlich darauf hingewiesen, warum diese Leistungen der Dachverbände – sei das die Volkshochschule, sei das der Schweizerische Verband für Weiterbildung, sei das der Schweizerische Bund für Elternbildung –, warum diese Organisationen unterstützt werden sollen. Sie können sich vorstellen, was es heisst, wenn ein Budget von 1,5 Millionen Franken um 10 Prozent zusammengestaucht wird, ein Budget, das eben sowieso schon ein «Minibetrag» ist.

Im Namen der SP-Fraktion ersuche ich Sie, diesem Antrag der WBK ebenfalls zuzustimmen und damit eben auch zu zeigen, dass Sie den Auftrag der Weiterbildungsförderung in der Verfassung ernst nehmen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die grüne Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der WBK unterstützen wird.

Pfister Theophil (V, SG): Es geht hier wahrscheinlich um einen der kleinsten Beträge, die wir behandeln. Es ist fast vermessen, hier noch Worte zu verlieren; es geht um 100 000 Franken. Es geht um die Unterstützung der Organisationen der kulturellen Erwachsenenbildung. Erwachsenenbildung

ist Freiwilligenarbeit, normalerweise sind hier die Kantone gefordert. Aber einige Organisationen, die gesamtschweizerisch tätig sind, brauchen hier eine gewisse Organisationsunterstützung. Aus diesem Grund kann ich persönlich diese Erhöhung, die wir im Rat schon einmal behandelt haben, unterstützen.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Auch ich will mich bei dieser Frage kurz fassen. Es geht in der Tat um einen verhältnismässig geringen Betrag, es geht aber auch um eine Grundsatzfrage, nämlich um die Frage, ob es wirklich eine Kernaufgabe des Bundes sein kann und sein soll, diese sieben nationalen Erwachsenenbildungsorganisationen finanziell zu unterstützen. Über ihre Tätigkeit und ihren Erfolg lassen wir keinen Zweifel aufkommen. Der Bundesrat bezweifelt aber, dass wir Aufgaben übernehmen sollten, die nicht zum Kerngebiet des Bundes gehören. Das ist der Grund, weshalb der Bundesrat Ihnen empfiehlt, diesen Antrag abzulehnen.

Kaufmann Hans (V, ZH), für die Kommission: Dieser Einzelantrag lag unserer Kommission nicht vor. Ich kann Ihnen deshalb keine Kommissionsempfehlung abgeben. Es geht – wie erwähnt wurde – um einen sehr kleinen Betrag, aber auch um einen Grundsatzentscheid.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der WBK-NR 84 Stimmen

Dagegen 69 Stimmen

Pos. 306.A2310.0314–306.A2310.0319

Pfister Theophil (V, SG): Ich beantrage Ihnen namens der SVP-Fraktion bei der staatlichen Filmförderung eine Kürzung von 5 Millionen Franken, von 23,2 auf 18,2 Millionen Franken.

Ich bin Kollege Vollmer für seinen Erhöhungsantrag insofern dankbar, als damit der spezielle Mechanismus der Zusammenarbeit mit der EU einmal mehr deutlich gemacht werden kann. Es wird bei solchen Konzepten wie EU-Media nicht nur die EU-Struktur gefördert. Vielmehr wird – weil das Geld damit unsicher geworden ist – auch alles zusätzlich sein und keine Substitution erfolgen. Das ist doch klassische Fünfer- und Weggli-Politik, die nach Korrekturen ruft. Wenn das so gehandhabt wird, dann sind diese EU-Gelder reine Kohäsionsbeiträge. Das ist doch nicht der Sinn der Sache!

Ich freue mich natürlich auch, wenn der lebhaft Schweizer Film nationale und internationale Erfolge vorweisen kann. Film ist nicht nur Dokumentation, sondern oft mehr Show und Unterhaltung. Hierbei herrscht Konkurrenz, es geht auch um Chancen auf Gewinne, um Gelegenheiten für Spekulationen. Allerdings: Was der Staat im kommerziellen Unterhaltungsbereich zu suchen hat, ist mir immer noch ein Rätsel. Der Staat finanziert den Sport auch nicht, er setzt höchstens die Rahmenbedingungen fest, innerhalb welcher er stattfinden kann. Dies gilt im Tennis wie im Fussball, im Film wie beim Skisport. Ich sehe da keine grossen Unterschiede, da ja überall auch das Sponsoring blüht und auch Einnahmen aus den Veranstaltungen winken.

Diese in den letzten Jahren aufgebaute exzessive Filmförderung mit Kosten von insgesamt 41,4 Millionen Franken entzieht den anderen Bereichen des BAK dringend benötigte Mittel. Ich denke hier etwa – wir haben gerade darüber abgestimmt – an die nationalen Organisationen der Erwachsenenbildung, die ganz klar notwendiger und wirksamer sind. Der Film ist eine wunderbare Sache, er kann Jung und Alt erfreuen, ähnlich wie Fussball. Aber er ist nun einmal je länger, je weniger eine Staatsaufgabe, genauso wenig, wie es ein Filmpreis ist. Die Bundesräte könnten sich einigen Ärger ersparen, wenn sie mit ihrer Filmförderung nicht immer auch noch die besondere Lust der Kunstschaffenden, den Geldgeber als Zielscheibe zu wählen, zu befriedigen hätten. Es ist lächerlich, wenn sich die Verwaltung hinterher von Filmprojekten distanzieren oder abgrenzen muss, die sie vorher ausdrücklich gefördert hat.

Zum gegenteiligen Antrag Fluri von freisinniger Seite: Ich möchte hierzu bemerken, dass unser Land eine Filmmenge produziert, die in ganz Europa an der Spitze liegt. Hier ist nicht ein Ausbau mit Staatsmitteln notwendig, sondern im Gegenteil die Privatisierung und ein Abbau der Staatsbeiträge.

Mit den 18 Millionen an direkten Förderbeiträgen des Bundes hat die direkte Filmförderung in unserem Land gute Bedingungen. Damit kann dem Verfassungsauftrag Genüge getan werden. Die Zahlen zeigen, dass unsere Filmproduktion überdurchschnittlich hoch ist, und dies in einem Land, wo das private Geld für Filme leichter als andernorts zu haben ist. Die Formel «Mehr Staat gleich mehr Kultur» ist klar falsch. Staatskultur ist nicht das Ziel unseres Landes. Das Gegenteil ist richtig, und wir empfehlen Ihnen sehr, hier die Filmfördergelder des Bundes bei 18 Millionen Franken zu belassen, und natürlich auch, den Antrag der Minderheit II (Vollmer) abzulehnen.

Banga Boris (S, SO): Herr Kollege Pfister, es hat mich ge-
juckt, als Sie gesagt haben, der Staat finanziere den Sport nicht. Haben Sie schon je einen Fussballplatz, ein Leichtathletikstadion, ein Schwimmbad, ein Hallenbad oder einen Schiessstand gesehen, der privat finanziert wurde?

Pfister Theophil (V, SG): Herr Kollege Banga, wenn Sie genau zugehört haben, haben Sie auch gehört, dass ich gesagt habe, der Staat fördere die Rahmenbedingungen. Ein Fussballstadion ist genauso eine Rahmenbedingung, wie es die Ausbildung der Filmschaffenden ist. Dagegen habe ich nichts. Aber ich habe etwas dagegen, dass man sich direkt ins Geschäft einmischet.

Vollmer Peter (S, BE): Die Ausführungen von Herrn Pfister könnten einen jetzt provozieren, etwas über das Verhältnis zwischen Kultur und Politik und Staat und Medien und Filmschaffenden zu reflektieren. Aber ich glaube, hier geht es nicht um diese Debatte. Hier geht es schlicht und einfach darum, ob wir dem Filmschaffen im Rahmen der kulturellen Förderungen denjenigen Platz zuordnen, den es verdient. Mein Minderheitsantrag will nichts anderes, als die Kürzungen kompensieren, die vom Bundesrat in den verschiedenen Rubriken vorgenommen worden sind. Das heisst, ich schlage vor, dass wir diese zusätzliche Million – verteilt auf die verschiedenen Rubriken – beschliessen, damit wir nicht heute nach der Budgetdebatte vor der Situation stehen, dass wir gegenüber dem letzten Jahr im Bereich Film gespart haben.

Über die Bedeutung des Films gäbe es hier sehr viel zu sagen. Ich bin eigentlich erstaunt, dass ausgerechnet die nationalkonservative Rechte hier einmal mehr den Film als Objekt von Sparübungen sieht, denn der Film ist heute zu einem der wichtigsten Kultur- und Identitätsträger unseres Landes geworden. Über den Film werden die vielfältigen regionalen, kulturellen und sprachlichen Entwicklungen in unserem Land hervorragend kommuniziert. Es ist ja kein Zufall, dass ausgerechnet in den letzten Jahren verschiedene Schweizer Filme zu grossen Erfolgen gekommen sind; sie sind eben auch Ausdruck einer bestimmten kulturellen Identität. Es ist auch kein Zufall, dass sich gerade im Filmbereich in unserem Lande verschiedene Subzentren mit eigenen Filmfestivals entwickelt haben, ich denke an Locarno, an Solothurn, an Winterthur, an Nyon, an Fribourg, dass sich ausgerechnet dort – also nicht in Zürich, nicht in den Zentren der wirtschaftlichen Wertschöpfung – eine kulturelle Vielfalt und Identität konzentriert und entwickelt.

Wenn man weiss, welch grossen, auch ökonomischen Wertschöpfungsbeitrag ein bescheidener Förderungsfranken für den Film auslöst, über die Filmschaffenden, über die Filmindustrie bis zur Vorführung – in diesem ganzen ökonomischen Zyklus gibt es mit den Kosten auch induzierte Effekte in der Wertschöpfung –, dann ist es völlig unverständlich, wenn Sie jetzt den Sparhebel hier ansetzen. Filmförderung heisst im Grunde genommen, der kulturellen Identität und Entwicklung in diesem Lande Raum zu bieten. Wir machen

das ja auch in Bezug auf die Ausbildung. Die ganzen Ausbildungen im Bereich Film werden heute auch stark aufgewertet, bei den Fachhochschulen, bei den Kunsthochschulen, wo man den Film als Kulturrichtung entdeckt hat und entsprechende Ausbildungsgänge etabliert hat.

Es ist eigentlich fatal, wenn wir dann genau in der Umsetzungsphase, wo die Filmschaffenden eben bescheidene Beiträge brauchen, um sich dem Publikum stellen zu können, nicht die entsprechenden Voraussetzungen schaffen. Das ist der Hintergrund meines Antrages; des Antrages also, hier mit dem Sparen nicht noch zuzusetzen, sondern mit der Aufstockung um diese Million diese Branche, die sich ihren Raum mit ihren kulturellen Leistungen erkämpft hat, auch entsprechend zu würdigen und ihr weiter Raum zu geben. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Ich freue mich auch über den Antrag, den Herr Fluri dann begründen wird. Er ist als Vertreter einer Stadt, in der ein wichtiges schweizerisches Filmfestival stattfindet, sehr prädestiniert zu zeigen, welche hohe Bedeutung in dieser vielfältigen kulturellen Entwicklung die Filmwirtschaft hat. Meine Fraktion wird selbstverständlich auch diesem Antrag zustimmen.

Ich bitte Sie hier also, ein klares Bekenntnis zum Film abzugeben und mindestens der Minderheit, die nichts anderes will, als den Status quo zu erhalten, zuzustimmen. Aber noch besser ist es, die entsprechenden Verbesserungen mitzubeschliessen, die hier von freisinniger Seite gefordert werden.

Fluri Kurt (RL, SO): Um es vorwegzunehmen: Es geht nicht um eine Erhöhung aus einer momentanen Laune heraus. Ich erkenne als Exekutivpolitiker die Situation betreffend die Kohärenz des Budgets. Ich habe mich auch immer um diese Jahreszeit in meiner Stadt damit herumzuschlagen. Es geht auch nicht um die Solothurner Filmtage. Im Gegensatz allerdings zum Sprecher der SVP-Fraktion bin ich zur Auffassung gelangt, dass die heutige Filmkultur eben nicht einfach nur gesellschaftskritisch ist, negativ oder links, wie das vielfach vermutet wird, sondern dass sie deutliche Relativierungen in alle Richtungen erfahren hat.

Nein, es geht um das Modell. Es geht um das Prinzip. Es geht um das System Succès Cinéma. Der Schweizer Film feiert in diesem Jahr grosse Erfolge. Er hat einen einzigartigen Marktanteil von beinahe zehn Prozent erlangt, und das System Succès Cinéma läuft so, dass der Bund erfolgreiche Filme mit diesem System fördert. Die Filme werden entsprechend ihrem Erfolg an der Kinokasse finanziell unterstützt, indem die Unterstützungsbeiträge für neue Projekte im Verhältnis zu den Kinoeintritten der vorangegangenen Filme ausbezahlt werden.

Es profitieren alle von Succès Cinéma, die am Erfolg der Schweizer Filme beteiligt sind: die Autoren und die Produzenten wie auch der Verleiher und die Kinos. Die Fördergelder fliessen in neue Projekte, in die Herstellung und Promotion von neuen Schweizer Filmen. Wir haben hier ganz klar eine Leistungskomponente, was eigentlich im Kulturbereich einmalig ist. Wir haben eine Erfolgskomponente in dieses System Succès Cinéma eingebaut. Ich möchte den Sprecher der SVP-Fraktion, Kollege Pfister Theophil, ausdrücklich darauf aufmerksam machen. Wenn es darum geht, das System zu ändern, dann haben wir Zeit, und zwar im Hinblick auf einen neuen Zahlungsrahmen ab dem Jahr 2008. Aber vorher können und sollen wir das System nicht ändern. Nun ist es so, dass aufgrund dieses grossen Erfolgs des Schweizer Films bei einer Umrechnung des Modells wegen des Prinzips erheblich mehr Mittel ausbezahlt werden müssten, als beantragt werden, mit anderen Worten: Der Sektion Film würde nichts anderes übrigbleiben, als die Beiträge, wie sie gestützt auf das Modell Succès Cinéma zur Auszahlung kommen sollten, um bis zu vierzig Prozent zu kürzen. Mitten im Erfolg würde die Bremse gezogen, und das Instrument der erfolgsabhängigen Filmförderung würde desavouiert. Der Erfolg der Branche darf ihr nicht zum Schaden gereichen. Das ist eigentlich meine Hauptaussage. Wir

können auch davon ausgehen, entgegen den Befürchtungen einzelner Ratsmitglieder, dass eine Erhöhung in diesem Bereich nicht zu Kürzungen im Kulturbereich führt. Das müsste hier wieder beschlossen werden, und es gibt glücklicherweise keine entsprechenden Anträge.

Dann gibt es einen Einwand gewissermassen aus unternehmerischer Sicht. Herr Bundesrat Merz hat mir gestern gesagt: Eigentlich müsste ja bei zunehmendem Erfolg einer Branche die staatliche Unterstützung tendenziell reduziert werden. Aber erstens haben wir, wie gesagt, das Modell Succès Cinéma. Das könnte man für 2008 und die folgenden Jahre neu diskutieren. Zweitens haben wir hier vor allem keine Anschubfinanzierung. Es geht um die Kontinuität des Filmschaffens durch die Unterstützung erfolgreicher Filmer. Diese Unterstützung ist nötig, weil wir keine Hollywood-Filme wollen. Wir haben keine Hollywood-Filmindustrie, und wir wollen keine Hollywood-Filme produzieren, die Gewinn erzielen. Wenn sie Gewinn erzielen, ist das zwar an sich gut und recht, aber in der Regel ist dann das Niveau dementsprechend. Bei unseren Filmen ist das glücklicherweise nicht der Fall, deswegen brauchen sie weiterhin eine Unterstützung mit dem System Succès Cinéma.

Eigentlich wäre eine Erhöhung des Beitrags bereits aufgrund des Finanzhaushaltgesetzes nötig. Artikel 32 Absatz 1 dieses Gesetzes sagt nämlich, dass die Kredite aufgrund sorgfältiger Schätzung des voraussichtlichen Bedarfs festgesetzt werden müssen. Wenn die Erfolge des Schweizer Films derart hoch sind, dass aufgrund des Systems mehr Geld ausbezahlt werden müsste, dann müsste man bereits gestützt auf diese Bestimmung im Finanzhaushaltgesetz einen höheren Beitrag ins Budget hineinnehmen. Dies ist nicht erfolgt.

Deswegen stelle ich Ihnen den Antrag, den Kredit um den einmaligen Betrag von 3 Millionen Franken zu erhöhen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die CVP-Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützt.

Graf Maya (G, BL): Die grüne Fraktion unterstützt die Minderheit II (Vollmer) und lehnt den Kürzungsantrag der Minderheit I (Pfister Theophil) ab.

Die Minderheit II, angeführt von Herrn Vollmer, will 1 Million Franken mehr für alle sechs Positionen, die die Schweizer Filmförderung betreffen. Das ist keine Erhöhung des Filmbudgets, sondern ein Antrag zur Kompensation der Beiträge, die im Vorjahr durch den Bundesrat um etwa diese Summe gekürzt wurden. Beispielsweise hat der Bundesrat die Position 306.A2310.0317, Aus- und Weiterbildungsförderung für Filmberufe, in diesem Budget um eine halbe Million Franken gekürzt. Gerade bei der Aus- und Weiterbildung sollte aber nicht gespart werden. Es geht also beim Antrag der Minderheit II nur darum, dem Schweizer Film wieder dieselben Beiträge zur Verfügung zu stellen, die er bereits zur Verfügung hatte.

Ich muss Ihnen nicht mehr erklären, warum die Unterstützung des Schweizer Films so wichtig ist. Meine Vorredner haben über den Erfolg und die grosse Ausstrahlung über die Landesgrenzen hinaus berichtet. Der erfolgreiche Schweizer Film hat viele positive Effekte, wirtschaftlich und gesellschaftlich, und er trägt zur kulturellen Vielfalt unseres Landes bei, ja, er leistet auch einen wesentlichen Beitrag zu unserer Identität. Der Schweizer Film reflektiert, er kritisiert, er lässt uns diskutieren, und er erfreut uns.

Für die grüne Fraktion ist daher klar, dass wir die Minderheit II unterstützen und auch den Antrag Fluri, der der Filmförderung zusätzlich 3 Millionen Franken zur Verfügung stellen will.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Ich habe allmählich den Eindruck, dass das milde Dezemberwetter seine Atmosphäre auch in diesem Raum verbreitet: Antrag um Antrag wird erwärmt und am Ende gekocht und gegart, und Sie beschliessen – auch an den Kommissionen, an der Finanzkommission vorbei – eine Ausgabe um die andere. Ich spüre hier

beim Film wieder so etwas herankommen. Es wurde vorhin von Herrn Vollmer gesagt, Sie sollten aufstocken und damit ein Bekenntnis zum Film ablegen. Aber das haben Sie in den letzten Jahren gemacht. Wo kommen wir denn bei den Ausgaben für den Film her? Wir kommen von einer Summe von etwa 24 Millionen Franken her, das war im Jahr 2003. Diese ist fortlaufend aufgestockt worden, es sind auch neue Positionen dazugekommen. Heute haben wir insgesamt sechs Positionen, und der Betrag ist in den letzten Jahren und bis heute um 50 Prozent auf 35,5 Millionen Franken angestiegen. Wenn das kein Bekenntnis zum Film ist!

Deshalb muss ich Ihnen empfehlen, alle Anträge, die heute im Zusammenhang mit dem Bereich Film gestellt wurden, abzulehnen.

Das gilt auch für den gutgemeinten Antrag im Zusammenhang mit Succès Cinéma, der eine Erhöhung um 3 Millionen Franken anbegehrt und dies mit dem Erfolg begründet. Ich bestätige Herrn Fluri, was ich ihm gestern gesagt habe: Wenn man Erfolg hat, dann sollte die staatliche Unterstützung ab- und nicht zunehmen. Sonst wird nämlich das Anreizprinzip ad absurdum geführt. Ich höre gern, dass der Schweizer Film Erfolg hat. Wir sehen es ja auch, und wir freuen uns an diesen Erfolgen. Das Bundesamt für Kultur hat zum Zeitpunkt, als wir die Budgets vorbereitet haben, keinen Kreditbedarf nachgewiesen, auch keinen Kreditbedarf angemeldet. Im Übrigen ist das natürlich eine sogenannte Kann-Hilfe, was wir unter Succès Cinéma tun. Damit sind wir nicht verpflichtet, den Beitrag anzuheben, aber wir können es tun, selbstverständlich nach Massgabe dessen, was der Antragsteller beantragt hat.

Der Bundesrat empfiehlt Ihnen, alle vom bundesrätlichen Entwurf abweichenden Anträge im Zusammenhang mit Film und Filmförderung abzulehnen.

Kaufmann Hans (V, ZH), für die Kommission: Ihre Kommission empfiehlt Ihnen mit 15 zu 7 Stimmen, den Minderheitsantrag I (Pfister Theophil) abzulehnen, und mit 12 zu 10 Stimmen, den Minderheitsantrag II (Vollmer) abzulehnen. Der Einzelantrag Fluri lag uns ja nicht vor.

Die Diskussionen über die Filmförderung sind in der Finanzkommission ein Dauerbrenner. Da prallen eben die beiden Meinungen bezüglich der Frage aufeinander, ob Filmförderung Staatssache sei oder nicht. Wir geben Millionen Franken für Statistiken aus. Im letzten Jahr ist auch eine entsprechende Übersicht erschienen. Da stellen wir fest, dass nebst dem Bund auch die Kantone, Städte, Gemeinden, aber auch das Zwangsgebührenmedium Fernsehen für den Film tief in den Sack greifen. Dazu kommen gemeinnützige private Stiftungen. Also haben wir bereits im Jahr 2004 rund 60 Millionen Franken für die Filmförderung ausgegeben. Wir haben in der Zwischenzeit – da muss ich eine der Votantinnen korrigieren –, wir haben im letzten Jahr nicht abgebaut, sondern wir haben im letzten Jahr die Filmförderung auf Bundesebene um 5,8 Millionen Franken aufgestockt, wenn wir die zusätzlichen Rubriken, vor allem jene für das Internationale, dazuzählen.

Was sagt eigentlich diese Statistik? Es wurde schon erwähnt, dass die Schweiz in Europa pro Kopf der Bevölkerung die meisten Filme produziert. Aber es kommt nicht auf die Menge an, sondern im Zusammenhang mit dem Budget auf das, was wir eigentlich dafür bezahlen. Wir sehen auch hier in der Rangliste, dass wir punkto Filmförderung mit in der Spitzengruppe in Europa sind. Wenn wir die letzten zwei Jahre dazuzählen, haben wir das wahrscheinlich nochmals vorwärtsgemacht.

Herr Vollmer hat gross von der schweizerischen Filmindustrie gesprochen. Wenn man diese aber etwas genauer betrachtet, stellt man fest, dass sie vor allem aus Einzelkämpfern besteht. Es sind etwa 1800, 1900 Filmschaffende, die hier beschäftigt sind. Wenn ich die Filmförderung durch die Anzahl der Beschäftigten teile, komme ich schon im Jahre 2004 auf die Grössenordnung von 37 000 Franken Förderung pro Filmschaffenden. In der Zwischenzeit gehen wir wahrscheinlich schon bald auf 50 000 Franken zu. Es wird

eine Frage der Zeit sein, bis die Filmschaffenden pro Kopf vom Staat mehr erhalten als die Bauern.

Nun ist es ja sehr interessant, wenn man dieses neue Konzept Succès Cinéma betrachtet, das von Herrn Fluri jetzt so gerühmt wird. Das ist für mich der Prototyp des Prinzips «Gewinne werden privatisiert, Verluste oder Subventionen werden von der Gemeinschaft getragen». Was mich aber stört, ist, dass die Gewinne nicht nur privatisiert werden, sondern dass man sie noch vergoldet. Pro verkauftes Billett kommen immerhin noch zehn Franken dazu. Da können Sie mir jetzt nicht weismachen, es gehe hier nicht auch um das Filmfestival in Solothurn.

Nun, zu diesem Einzelantrag Fluri kann ich Ihnen keine Kommissionsempfehlung abgeben. Die anderen beiden Anträge habe ich Ihnen bereits im Namen der Kommission zur Ablehnung empfohlen.

Fluri Kurt (RL, SO): Herr Kaufmann, da Sie die Pro-Kopf-Steigerung der Ausgaben für die Filmkultur erwähnt haben, muss ich zurückfragen: Ist eine solche Steigerung nicht der Beleg für den Erfolg des Modells Succès Cinéma? Wieso wollen Sie dieses Modell mitten im Rennen, in der vierten Tranche, abändern?

Kaufmann Hans (V, ZH), für die Kommission: Wenn Sie die Kinoerfolge anschauen – und die misst man in der Regel ja nach der Anzahl Besucher im Kino –, dann sehen Sie, dass im letzten Jahr der Film «Mein Name ist Eugen», glaube ich, dazu geführt hat, dass der Marktanteil der Schweizer Filme wieder etwas gestiegen ist. Mehr als die Hälfte der Filme, die gefördert werden, haben aber weniger als 5000 Zuschauer. Es geht hier also praktisch um die Finanzierung privater Hobbys. Und wenn Sie die Filmschaffenden anschauen, dann sehen Sie, dass viele von ihnen eigentlich nur sporadisch etwas machen, alle paar Jahre. Also ich erachte dieses Modell als sehr gefährlich: Man fördert noch diejenigen, die sowieso schon Erfolg haben. Ich sehe wirklich nicht ein, dass wir das machen müssten. Dieses Modell wurde ja nicht von uns erfunden.

Frösch Therese (G, BE): Ich habe noch eine ganz einfache Frage: Weshalb geben Sie als Kommissionssprecher für den Bereich Film ausführlich Ihre eigene filmpolitische Meinung bekannt und berichten nicht das, was in der Kommission verhandelt worden ist?

Kaufmann Hans (V, ZH), für die Kommission: Ich habe bereits in der Kommission entsprechend votiert. Ich habe es nicht im Detail ausgeführt, aber ich habe mich jetzt natürlich noch auf den Einzelantrag Fluri vorbereitet, wo ich Ihnen noch ein paar Fakten, vor allem zu Succès Cinéma, bringen wollte. Ich habe auch gesagt, dass ich keine Empfehlung dazu abgebe.

Ruey Claude (RL, VD): Je viens d'entendre avec un peu de surprise que vous parliez de «hobbys privés» au sujet du cinéma suisse. On sait tout de même qu'il a un certain retentissement international. J'admets que vous fassiez allusion à des films qui sont peu diffusés – mais toutefois plus que vous le croyez –, mais comment pouvez-vous parler de «hobbys privés» alors que ces films, à Zurich ou en Suisse romande, bénéficient d'une aide qui est précisément accordée parce que l'Office fédéral de la culture et la télévision les subventionnent? Ces films passent ensuite à la télévision. Comment pouvez-vous parler de «hobbys privés» quand il s'agit de télévision?

Kaufmann Hans (V, ZH), für die Kommission: Es tut mir leid, ich habe wegen des Lärms im Raum nicht alles verstanden. Ich kann Ihnen die Frage nicht beantworten. Es war einfach akustisch nicht möglich, die Frage ganz zu verstehen.

Vollmer Peter (S, BE): Herr Kaufmann, ich kann Ihnen eine klare Frage stellen, die Sie hoffentlich verstehen. War das ein Versprecher in Ihrem Votum, als Sie gesagt haben, Kul-

turförderung und Filmförderung sei Förderung privater Hobbys?

Kaufmann Hans (V, ZH), für die Kommission: Nein, ich habe gesagt, dass Filme, die weniger als 5000 Zuschauer haben, eben nicht, wie soll ich sagen, wirklich der Allgemeinheit dienen. Und es geht schon hier um die Unterstützung von Einzelkämpfern. Da muss man sich wirklich fragen, ob das eine Schweizerische Filmindustrie ist oder ob hier einfach in dem Sinn Hobbys Einzelner unterstützt werden.

Rey Jean-Noël (S, VS), pour la commission: Après cet échange, j'aimerais revenir au rapport de la commission.

La commission vous invite, par 15 voix contre 7, à la suivre et à rejeter la proposition défendue par la minorité I (Pfister Theophil).

La majorité estime qu'il faut s'en tenir aux chiffres du projet du Conseil fédéral, en relevant que l'aide au cinéma vise la création et la production des films et que cette contribution financière est importante, car elle concerne une contribution à la diversité culturelle du pays. La majorité de la commission souligne également l'importance économique du secteur du cinéma et, par conséquent, la nécessité de l'encouragement fédéral au cinéma. La majorité de la commission relève aussi le fait que ces crédits paraissent importants parce qu'ils servent aussi à financer le doublage de la bande-son des films et que, par conséquent, ils constituent une contribution importante à la cohésion nationale.

En ce qui concerne la proposition soutenue par la minorité II (Vollmer), la commission, par 12 voix contre 10, vous recommande de la rejeter et de ne pas revenir sur les économies qui ont été proposées l'an dernier et approuvées par notre chambre.

En ce qui concerne la proposition Fluri, je n'ai pas à me prononcer puisqu'elle n'a pas été soumise à la commission.

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Mehrheit 89 Stimmen

Für den Antrag Fluri 83 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag der Mehrheit 126 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I 50 Stimmen

Dritte Abstimmung – Troisième vote

Für den Antrag der Mehrheit 102 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II 76 Stimmen

Investitionsrechnung

Compte des investissements

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Frösch, Dormond, Fässler, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Marti Werner, Rey, Vollmer)

A4300.0138 Heimatschutz und Denkmalpflege

Fr. 28 063 000

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Frösch, Dormond, Fässler, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Marti Werner, Rey, Vollmer)

A4300.0138 Protection patrimoine culturel et monuments historiques

Fr. 28 063 000

Frösch Therese (G, BE): Apropos Aufstockung – und hier ginge es ja um eine solche – möchte ich noch kurz Bezug nehmen auf das Tauwetter. Bundesrat Merz hat gesagt, dass offenbar der warme Dezember dazu führe, dass jetzt

Antrag um Antrag durchgehe. Ich möchte einfach daran erinnern, dass wir die Unternehmenssteuerreform II in Flims behandelt haben. Im Herbst herrscht klare Sicht, aber offenbar hat dort der Föhn auch ein bisschen hineingespielt. Es kann also nicht am Wetter liegen.

Noch etwas in Bezug auf den Film: Herr Fluri hat gesagt, dass wegen des Films keine Nachteile für andere Posten entstehen sollten. Das stimmt natürlich nicht, denn genau in Bezug auf den Posten «Heimatschutz und Denkmalpflege» sagt der Bundesrat selber in der Antwort auf die Interpellation Fluri 06.3480 vom 4. Oktober 2006 – sie wurde uns heute verteilt –, dass die Mittel umverteilt werden und dass zugunsten der Filmförderung und des Verkehrshauses rund 11 Millionen Franken von der Denkmalpflege «abgezockt» werden. Was heisst das? Das heisst, dass die Kantone noch bis vor kurzer Zeit über 33 Millionen Franken pro Jahr verfügten und dass unterdessen 10 Millionen Franken für den Film «abgezockt» wurden; über eine weitere Million zugunsten des Verkehrshauses in Luzern haben wir selber abgestimmt. Es kommt noch der NFA dazu; das macht noch einmal eine Umverteilung von 5 Millionen, die die Kantone übernehmen – das ginge ja noch, wenn es nur das wäre. Aber das heisst, dass sich in zwei Jahren der Bundesbeitrag an die Erhaltung von wichtigem Kulturgut halbieren wird.

Es liegen im Moment Pläne für 125 Millionen Franken für dringend notwendige Renovationen an höchst wertvollen Gütern auf dem Tisch des BAK. Bis diese Renovationen an die Hand genommen und fertiggestellt sind, dauert es schon so rund fünf Jahre. Wenn man jetzt noch kürzt, so dauert das eine Ewigkeit. Ich möchte einfach daran erinnern, dass das für unseren Tourismus, aber auch für uns alle ganz, ganz wichtig ist. Wenn wir ins Ausland reisen und uns die vielen Schätze anschauen und uns daran freuen, denken wir auch nicht unbedingt daran, dass diese Länder das nicht hätten machen müssen. Aber dasselbe gilt natürlich auch für uns hier.

Wir bekommen zum Beispiel an die ständigen Renovationen des Münsters in Bern – es gibt noch sehr viele andere Beispiele, dieses ist mir einfach am besten bekannt – 450 000 Franken pro Jahr. Sie wissen, was es bedeutet; es ist Unesco-Kulturgut. Wenn diese Kürzung stattfindet, wozu Sie jetzt wild entschlossen sind – und so wurde auch die Interpellation Fluri beantwortet –, dann ist das verantwortungslos. Es wird auf die Kantone und Städte überwältigt. Das kann man natürlich machen, aber das ist ein kalter Abbau, das ist nicht ausgehandelt. 10 Millionen Franken wurden auf den Film und 1 Million wurde auf das Verkehrshaus umgeleitet. Über 5 Millionen Franken wurde im Bereich NFA diskutiert. Wir müssen diese Kulturgüter unbedingt erhalten, das ist ganz wichtig. Ich bitte Sie hier im Sinne der Nachhaltigkeit, auch der Verantwortung, im Interesse einerseits der Wirtschaft, des Tourismus, aber andererseits auch für die nachfolgenden Generationen, dass man diese Güter weiter erhält und hier den Beitrag erhöht. Ich habe bewusst darauf verzichtet, für die ganzen 33 Millionen Franken Antrag zu stellen, aber es wäre doch immerhin eine leichte Korrektur gegenüber den erfolgten verantwortungslosen Kürzungen. Ich bitte Sie, meinem Antrag zu folgen.

Widmer Hans (S, LU): Zuerst möchte ich meine Interessenbindung freilegen: Ich bin seit etwa zwei Jahren Präsident der Nike, der Nationalen Informationsstelle für Kulturgütererhaltung – also nicht der Turnschuhfabrik.

Ich setze mich mit fester Überzeugung dafür ein, dass man hier keine falsche Sparstrategie fährt. Herr Bundesrat, ich verstehe Sie als Finanzdirektor schon, aber als Kunstsammler würde ich Sie schon weniger verstehen. Ich verstehe nicht, dass man das Risiko eingeht, Baudenkmäler noch weiter verrotten zu lassen, um dann in ein paar Jahren doch zur Kenntnis nehmen zu müssen, dass sie ins Register der schützenswerten Bauten gehören und dass man dann am Schluss sehr viel mehr bezahlen muss. In der Innerschweiz gibt es einen Ausdruck, der lautet: Das ist «gegersauert». Das ist eigentlich eine Strategie, bei welcher der Schuss nach hinten losgeht. Das dürfen wir uns auch als clevere Fi-

nanzpolitiker, was Sie natürlich sind, nicht leisten. Wir dürfen es den zukünftigen Generationen – jetzt kehre ich die Argumentation einmal um – nicht zumuten, dass sie beim Erhalten von Kulturlandschaften mehr bezahlen müssen, als sie jetzt bezahlen müssten, wenn die Renovation jetzt durchgeführt würde.

Ich bitte Sie: Springen Sie in dieser wichtigen Frage über Ihren Schatten. Es wurde gesagt: Kulturlandschaften sind ein sehr wichtiges Potenzial, nicht nur für die Erziehung, nicht nur für die Identitätsstiftung und unser Selbstgefühl; Sie gehen schliesslich auch lieber irgendwohin in die Ferien, wo Erinnerungen da sind, wo Kultur da ist, als in irgendeine Branche, wo nur Gebäude aus den letzten zehn Jahren stehen. Ich bitte Sie, im Sinne einer nachhaltigen Sparpolitik, im Sinne einer weiblickenden Kulturpolitik, hier dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die CVP-Fraktion, die SVP-Fraktion und die FDP-Fraktion teilen mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützen werden.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Das engagierte Votum von Herrn Widmer kann ich vom Inhalt her voll unterstützen. Es ist in der Tat so, dass der Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege in unserem Land traditionell eine wichtige Rolle gespielt hat und auch künftig spielen wird. An dieser Realität wollen wir nicht vorbeisehen. Wir haben drei Bemerkungen zu diesem Antrag zu machen:

1. Im Rahmen der beiden Entlastungsprogramme, die zusammen 5 Milliarden Franken Kürzungen beinhalteten, wurde vom Departement mit Prioritäten gearbeitet; anders ging es nicht. Wenn man die enormen Beträge sieht, die wir durch diese Entlastungsprogramme gewonnen haben, sind die Kürzungen im Bereich der Denkmalpflege dann doch wieder als relativ gering anzusehen – gemessen an dem, was auch hätte passieren können, wenn man schon einmal den Rotstift angesetzt hätte.

2. Das Departement hat bei den verschiedenen kulturellen Aufgaben Prioritäten gesetzt. Dabei spielt die Denkmalpflege nach wie vor eine bedeutende Rolle. Sie wird ab 2007 – das haben Sie vielleicht im Budget gesehen – als Investitionsbeitrag geführt; diese Finanzhilfe wird als Investitionsbeitrag betrachtet. Das zeigt auch das Gewicht, das man diesem Bereich gibt.

3. Herr Widmer hat zu Recht vom NFA gesprochen; das ist die neue Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen. Es ist wahr, dass in dieser Aufgabenverteilung keine formellen, abschliessenden Vereinbarungen bestehen, wer dann in den Kantonen wo was zu tun hat. Aber ein Zweck dieses NFA ist eben, dass die Kantone dank dem Finanzausgleich gegenüber heute mehr zweckfreie Mittel bekommen. Wir gehen davon aus, dass die Kantone vor allem auch dort Aufgaben wahrnehmen, wo sie eben näher am Geschehen sind, und die Denkmalpflege ist zweifellos ein Beispiel dafür, wo die zweckfreien Mittel des NFA zum Tragen kommen könnten. Aber ich kann jetzt nicht im Sinne der Kantone verbindliche Aussagen machen, sondern kann nur das Prinzip des NFA noch einmal wiederholen.

Der Bundesrat lehnt den Minderheitsantrag Frösch ab.

Keller Robert (V, ZH): Herr Bundesrat, besten Dank für Ihre Ausführungen. Wir haben auch Verständnis für die Entlastungsprogramme. Aber ich habe deutliche Signale aus der Denkmalpflege, von den Planern erhalten, dass es nicht so weit kommen darf, dass irreparable Schäden an diesen Objekten entstehen. Offenbar ist es wie beim Zahnarzt: Wenn Sie jahrelang nicht zum Zahnarzt gehen, kostet es dann ein x-faches. Die Frage lautet: Sind Sie bereit, nachher wieder aufzustocken, damit die irreparablen Schäden nicht noch weiter um sich greifen?

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Nein, das bin ich nicht – aus meiner Sicht. Aber was ich Ihnen empfehlen kann, ist Folgendes: Wenn solche Probleme auftauchen, werden sie für gewöhnlich in den Fachkommissionen thematisiert. Ich

könnte mir vorstellen, dass man diese Frage zum Beispiel einmal in der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur oder in der Kommission für öffentliche Bauten stellt und da einmal eine Systematik, einen Überblick und ein Inventar macht und dann mit Fakten kommt; dann kann man darüber diskutieren. Aber ich kann ohne diese Hintergründe nicht einfach Ja sagen.

Widmer Hans (S, LU): Herr Bundesrat, sind Sie ein unverbesserlicher Optimist? Ich begründe die Frage: Ist Ihnen bekannt, wenn Sie so in den Raum hinein sagen, die Kantone würden dann schon etwas tun, dass der Kanton Glarus auf die Denkmalpflege

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Eine Begründung ist nicht zulässig.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Leider habe ich das vor dem Fragezeichen nicht mehr verstanden. (*Heiterkeit*) Auf was hat der Kanton Glarus verzichtet?

Widmer Hans (S, LU): Glarus hat auf die Budgetierung der Denkmalpflege verzichtet. Ist dann im Hinblick auf diese Tatsache Ihre Aussage begründet, der NFA würde alles offenlassen und würde dann schon zur Lösung führen?

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Sie werden nach dieser Sitzung ja das Amtliche Bulletin lesen. Dabei werden Sie feststellen, was ich jetzt wiederhole, lieber Herr Nationalrat: Ich habe sehr konjunktivisch gesprochen. Ich habe gesagt: «Ich erwarte, es könnte sein, die Kantone würden.» Ich kann nicht in ihrem Namen sprechen, das habe ich auch gesagt. Aber ich verweise Sie auf die Antwort an Herrn Keller: Ich glaube, es könnte durchaus Sinn machen, hier einmal ein Inventar zu erstellen, die einzelnen Fälle einmal anzuschauen und sie begründet dann hier wieder vorzubringen. Dann wäre die Problemlösung vielleicht besser möglich.

Kaufmann Hans (V, ZH), für die Kommission: In der Kommission haben wir die Position «Heimatschutz und Denkmalpflege» sehr kurz abgehandelt. Wir liessen uns auch vom Argument NFA überzeugen, wonach eben die Kantone in Zukunft mehr zweckfreie Mittel zur Verfügung haben und diese hier einsetzen können. Ich empfehle Ihnen deshalb, den Antrag der Mehrheit, der mit 14 zu 8 Stimmen angenommen wurde, der Minderheit Frösch vorzuziehen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 94 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 72 Stimmen

311 Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie
311 Office fédéral de météorologie et de climatologie

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Bugnon, Kaufmann, Kohler, Maurer, Pfister Theophil, Weyeneth, Zuppiger)
A6100.001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Fr. 62 043 200

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Bugnon, Kaufmann, Kohler, Maurer, Pfister Theophil, Weyeneth, Zuppiger)
A6100.001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Fr. 62 043 200

Bugnon André (V, VD): L'Office fédéral de météorologie et de climatologie est un office géré par mandat de prestations et enveloppe budgétaire, selon une décision que nous avons prise précédemment. Qu'implique ce système de gestion? Cela implique que les services ou les offices concernés ont une responsabilité financière supplémentaire, à savoir qu'ils doivent se gérer en fonction des moyens mis à disposition, en prenant les mesures nécessaires pour arriver à atteindre un certain nombre d'objectifs contenus dans le mandat de prestations.

Or, que voyons-nous dans l'office concerné? Il y a un certain nombre de charges, évidemment, pour faire fonctionner cet office, et un certain nombre de recettes. Ces dernières sont liées à la vente d'indications météorologiques à divers acheteurs – privés, radios, télévisions, ou toute personne intéressée par l'acquisition des données météorologiques. Puis, on voit que, année après année, le taux de couverture des coûts qui est, dans le fond, la résultante entre les dépenses et les recettes, diminue. Il était de 51 pour cent dans les comptes en 2005, de 46 pour cent dans le budget 2006, alors qu'il n'est plus que de 33 pour cent dans le budget 2007.

La minorité considère qu'on ne peut pas continuer de laisser les choses se dégrader. L'objectif de maintenir un taux de couverture normal, de l'ordre de 40 à 50 pour cent en tout cas, doit être un objectif recherché par les responsables de l'office. Bien sûr, on nous dit que l'on a perdu un certain nombre de clients, qu'on a de la difficulté face à une concurrence existante: c'est la réalité de la vie. L'économie privée, elle aussi, est toujours confrontée à ce genre d'éléments et de réalités.

Nous avons deux postes importants dans le cadre de cette enveloppe budgétaire, à savoir le poste des recettes, qui se monte à 34 millions de francs en chiffres ronds dans le budget 2007, et le poste des charges, qui est prévu à 63 millions de francs. La minorité vous propose de raccourcir de 1 million de francs le montant des charges pour améliorer un peu le ratio de couverture des coûts. Il est évident que si l'office arrive à trouver de nouveaux clients et qu'il arrive à augmenter sa part de recettes, on arrivera assez facilement par la suite à accepter une augmentation de ses dépenses – qui sont couvertes et autofinancées par des recettes supplémentaires. Mais la technique budgétaire ne nous permet pas de travailler sur le solde à disposition de l'office dans le cadre du budget. C'est pour cette raison que la minorité vous propose une diminution de 1 million de francs de ces charges de fonctionnement; et je le répète: si l'office arrive à trouver des contrats et des recettes supplémentaires, on fera la compensation lors de la présentation des comptes ou par le biais d'un crédit complémentaire après.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die SP-Fraktion und die FDP-Fraktion teilen mit, dass sie dem Antrag der Mehrheit folgen werden.

Loepfe Arthur (C, AI): Das Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie ist ein Flag-Amt, ist also im dritten Kreis. Es hat einen Leistungsauftrag für die Jahre 2004–2007 bekommen. Dieser Leistungsauftrag umfasst auch hoheitliche Aufgaben, nämlich Wetterprognosen zu erstellen und Wetterwarnungen herauszugeben. Im Weiteren sind in der ganzen Schweiz Meteo-Daten zu erfassen. Das kostet etwas. Ebenfalls sind Klimainformationen zusammenzutragen. Es sind auch Beiträge an internationale Organisationen zu leisten. Der Flugwetterdienst für die Skyguide wird erbracht und auch kostendeckend bezahlt. Die Erfüllung der hoheitlichen Aufgaben hingegen ist logischerweise nicht kostendeckend. Übrigens ist der Hauptkonkurrent von Meteo Schweiz das Schweizer Fernsehen. Das Schweizer Fernsehen erhöht als Monopolbetrieb zwar die Gebühren; aber man geht nicht hin und kauft die Wetterprognosen, die Wetterdaten von einem öffentlichen Amt, das mit Steuergeldern bezahlt wird. Es gibt natürlich private Konkurrenz, die zunimmt. Das erschwert das Leben von Meteo Schweiz.

Wie geht es weiter? Wenn wir an dieses Amt weniger Beiträge leisten, werden die Defizite noch grösser. Es werden neue Dienstleistungen aufgebaut, die dann in Zukunft Erträge bringen können; dafür braucht es Geld. Wie gesagt, nächstes Jahr läuft der Leistungsauftrag aus. Hier hat der Bundesrat eine Aufgabe. Man muss die Situation dieses Flag-Amtes tatsächlich untersuchen. Es ist einfach nicht mehr kostendeckend. Die Verluste nehmen eher zu als ab. Also muss hier der Bundesrat im Zusammenhang mit dem nächsten Leistungsauftrag eine Lösung, ein Konzept vorschlagen.

Jetzt, für das nächste Jahr, empfehlen wir Ihnen, die Mehrheit zu unterstützen. Die zuständige Subkommission der Finanzkommission hat dieses Amt sehr gut analysiert, untersucht und ist zu diesem Schluss gekommen.

Pfister Theophil (V, SG): Herr Kollege Loepfe, finden Sie es nicht etwas eigenartig, wenn Meteo Schweiz nun konkurrenziert wird durch das Schweizer Fernsehen, das wiederum durch Gebührengelder finanziert wird, und dann bei Meteo Schweiz eigentlich nichts reduziert werden darf?

Loepfe Arthur (C, AI): Wie ich schon erwähnt habe, ist es zweifellos sehr unerfreulich, dass ausgerechnet der Monopolbetrieb Schweizer Fernsehen hier nicht einkauft. Da sind wir gleicher Meinung.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Ich kann mich hier kurz fassen und darf auf die Ausführungen von Herrn Loepfe verweisen, die der Mehrheitsmeinung der Kommission entsprechen. Wichtig scheint mir Folgendes: Diese Meteo Schweiz ist ein Flag-Amt, und für dieses Flag-Amt haben Sie, das heisst das Parlament, den Leistungsauftrag verabschiedet; Sie haben also Einfluss auf die Gestaltung der Geschäftstätigkeit dieses Flag-Amtes genommen. Es ist des Weiteren so, dass derzeit der Aufwand höher als der Ertrag ist, und wenn Sie auf der Aufwandseite kürzen, riskieren Sie eben auch einen direkten Durchgriff zum Ertrag, der dann ebenfalls sinkt; das ist eine betriebswirtschaftliche Bemerkung.

Deshalb empfiehlt Ihnen der Bundesrat, am Antrag der Mehrheit bzw. des Bundesrates festzuhalten und den Minderheitsantrag Bugnon abzulehnen.

Rey Jean-Noël (S, VS), pour la commission: La commission vous invite, par 13 voix contre 7, à rejeter la proposition défendue par la minorité Bugnon. Cette proposition est en quelque sorte un coup d'épée dans l'eau, puisque Monsieur Bugnon propose de réduire les charges de fonctionnement de 1 million de francs, mais sans rien dire en ce qui concerne le solde de financement. Or, l'Office fédéral de météorologie et de climatologie (Météo Suisse) est un office GMEB, c'est-à-dire un office géré par mandat de prestations et enveloppe budgétaire, un «Flag-Amt». C'est par conséquent le solde qui figure dans le budget qui est important pour la décision budgétaire. Donc 1 million de francs de réduction des charges de fonctionnement ne signifie pas nécessairement 1 million de francs de solde de financement en moins. C'est probablement le contraire qui adviendrait.

Météo Suisse est, je le répète, une institution active dans le domaine de la prévision météorologique et des avertissements, dans l'information climatique et dans les données météorologiques. Une grande partie de ces tâches ne sont pas rentables à cent pour cent; dans la plupart des cas, il s'agit en quelque sorte d'un service public offert par Météo Suisse à la population lors d'avertissement en cas de phénomènes météorologiques dangereux et également dans la récolte des données météorologiques importantes pour notre pays.

Je vous recommande donc de suivre la majorité, c'est-à-dire de soutenir le projet du Conseil fédéral.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 116 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 52 Stimmen

316 Bundesamt für Gesundheit

316 Office fédéral de la santé publique

Antrag der Mehrheit

A2111.0101 Präventionsmassnahmen

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

A2111.0252 Gesundheit, Pandemie, Beschaffung von Impfstoffen

Fr. 74 768 000

Antrag der Minderheit

(Dormond, Fässler, Frösch, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Kohler, Marti Werner, Rey, Vollmer)

A2111.0101 Präventionsmassnahmen

Fr. 28 854 200

Proposition de la majorité

A2111.0101 Mesures de prévention

Adhérer au projet du Conseil fédéral

A2111.0252 Santé, pandémies, achat de vaccins

Fr. 74 768 000

Proposition de la minorité

(Dormond, Fässler, Frösch, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Kohler, Marti Werner, Rey, Vollmer)

A2111.0101 Mesures de prévention

Fr. 28 854 200

Pos. 316.A2111.0101

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Der Antrag der Minderheit Dormond wird von Frau Kiener Nellen vertreten.

Kiener Nellen Margret (S, BE): Ich vertrete Frau Dormond, weil ihre Stimme versagt. Ich wünsche ihr in unser aller Namen gute Besserung. Ich halte mich an ihr perfekt formuliertes Manuskript.

La minorité vous propose de maintenir les montants du budget 2006. Il faut rappeler que les mesures de prévention ont fait l'objet de coupes sombres durant les quatre dernières années. En effet, alors que le budget 2003 mentionnait 41 millions de francs sur cette rubrique, en 2007 nous n'en sommes plus qu'à un peu plus de 28 millions de francs. Il s'agit donc d'une diminution de 12 millions de francs, soit de 32 pour cent. Dans la période où le gouvernement a effectué ces coupes, notre pays enregistrait une augmentation du tabagisme et une consommation excessive d'alcool chez les jeunes. Les milieux scientifiques s'inquiètent de l'augmentation des cas de maladies sexuellement transmissibles et du sida, hélas! De plus, une bombe à retardement se profile avec l'augmentation significative des cas de surpoids et même d'obésité chez les enfants et les adolescents. Pour ce dernier point, l'influence sur les dépenses de santé est évidente. Tous ces problèmes relatifs à la santé peuvent être efficacement combattus par des campagnes de prévention et d'éducation.

Je le souligne encore une fois, selon les informations de l'Office fédéral de la santé publique: un franc engagé dans la prévention aujourd'hui, c'est neuf francs économisés dans les frais de santé de demain. D'autre part, les diminutions dans ce domaine auront pour effet de supprimer des programmes prévus avec des partenaires. Il est par conséquent évident qu'à l'avenir, nous devrons réinvestir ces moyens supplémentaires dans le domaine de la prévention pour rattraper les coupes d'aujourd'hui. Ce sont donc de fausses économies. Il est évident que cela coûtera plus cher à la collectivité, car il revient toujours plus cher de remettre en route les programmes que de les poursuivre.

Dernier argument: vous avez sûrement lu aussi dans la presse que l'Organisation mondiale de la santé (OMS) et l'OCDE ont critiqué la Suisse dans un rapport d'octobre dernier, lui reprochant les moyens insuffisants qu'elle consacrait à la prévention. Quelle honte pour notre pays!

Je précise que cette proposition est bien modeste. Il s'agit d'une augmentation du budget de 612 000 francs environ, qui permet simplement de maintenir les montants au niveau du budget 2006.

Ich hoffe, dass die Mehrheit meiner Kolleginnen und Kollegen diesen sehr moderaten Antrag der Minderheit auf Aufstockung der Mittel bei der Prävention annehmen wird. Das wird nicht mildes Dezemberwetter sein, sondern das werden knallharte finanzpolitische Überlegungen sein. Ein Franken, heute in die Prävention investiert, erspart uns morgen neun Franken bei den Krankheitskosten wegen der Folgeschäden.

Präsidentin (Egerszegi-Obriest Christine, Präsidentin): Die FDP-Fraktion und die CVP-Fraktion teilen mit, dass sie dem Antrag der Mehrheit zustimmen werden.

Genner Ruth (G, ZH): Präventionsmassnahmen sind Massnahmen, die im Gesundheitsbereich Krankheiten zuvorkommen. Präventionsmassnahmen wirken vorbeugend. Das ist eine sinnvolle Sache. Weniger Menschen werden krank, weniger Krankheitskosten entstehen, und umso weniger wird künftig unser Budget belastet.

Nun hat der Bundesrat seine Bemühungen um die Prävention nicht verstärkt, was gerade vorbeugend – vorbeugend auch zur Einsparung von Kosten – wesentlich und wichtig gewesen wäre. Der Bundesrat hat im Präventionsbereich einmal mehr kurzfristig und in unseren Augen unsinnig gehandelt. Er hat in den letzten fünf Jahren insgesamt 32 Prozent der Mittel gekürzt. Diese Kürzungen werden sich negativ und später entsprechend mit höheren Kosten in unseren Budgets auswirken. Statt Kürzungen wäre das Gegenteil klug gewesen. Das ist das, was der vorliegende Minderheitsantrag will. Er will einen kleinen, kleinen Teil der Kürzungen rückgängig machen.

Wir Grünen finden es zum Beispiel unverständlich, dass das Programm Gesundheit und Umwelt per 2007 eingestellt wird. Es gibt zwar eine Domäne, wo man dem Gesundheitsminister eigentlich ein Kränzchen winden könnte, und das sind die Bemühungen zum Schutz der Nichtraucherinnen und Nichtraucher vor dem Passivrauchen und auch die zunehmend greifenden Massnahmen zur Bekämpfung des Tabakkonsums. Aber darüber, dass es zunehmend rauchfreie Umgebungen gibt, haben breite Bevölkerungskreise an der Urne entschieden – sie haben sich als Mehrheit für diese rauchfreien Räume ausgesprochen. Für Raucher und Raucherinnen soll es durchaus Fumoirs geben, das heisst, sie sollen nicht ausgegrenzt werden, sich aber nun so verhalten, dass sie nicht zum Schaden der anderen rauchen.

Dieses letzte Beispiel zeigt auch, dass es nicht allein die Geldmittel sind, die es für Prävention braucht. Entscheidend ist der politische Wille zur Prävention, und dieser Wille fehlt im Bundesrat. Wir geben für die kurative Medizin, für die Pflege enorm viel Geld aus, während es keine 2 bis 3 Prozent der Mittel sind, die für die Prävention ausgegeben werden; das ist, wie gerade klar wird, wenn man sieht, wie effizient dieses Geld angelegt ist, einfach viel zu wenig. Wir möchten heute, dass Sie den Minderheitsantrag Dormond unterstützen, damit wir wenigstens diesen kleinen Hapen an Präventionsgeldern etwas schonen. Ich habe Ihnen vorher gesagt, dass ein Abbau von 32 Prozent innert fünf Jahren in diesem Bereich einfach kurzfristig ist. Diese Kurzichtigkeit möchten wir sozusagen mit einer schwachen Brille etwas korrigieren.

Ich bitte Sie, dem Minderheitsantrag Dormond zuzustimmen.

Fässler-Osterwalder Hildegard (S, SG): Gewisse Dinge hören Sie jetzt zum dritten Mal, aber ein Wiederholungseffekt ist ja manchmal auch ganz nützlich. Der Antrag Dormond verlangt nichts anderes, als dass der Betrag für diese Prä-

ventionsmassnahmen jenem des letzten Jahres entspricht; es ist eine Erhöhung um etwa 600 000 Franken. Es geht nicht um sehr viel, aber es geht auch ums Prinzip.

Wie schon vorher gesagt wurde, ist dieser Budgetposten in den letzten fünf Jahren um fast einen Drittel gekürzt worden. Wo finden Sie noch einen Posten, der dermassen unter Kürzungen gelitten hat? Bei weitem nicht alle Leistungen, die bisher aus diesem Fonds finanziert wurden, konnten aus dem Tabakfonds kompensiert werden. Herr Bundesrat Couchepin hat uns in der Finanzkommission gesagt, es sei einiges kompensiert worden; er hat es auch nicht gut gefunden, dass wir hier so gekürzt haben. Aber was über den Tabakfonds läuft, reicht bei weitem nicht aus, um diese Kürzungen zu kompensieren. Prävention ist eine Staatsaufgabe, und die kann nicht einfach an Private delegiert werden! Hier sind wir in der Verantwortung, auch für die Zukunft unserer Jugendlichen. Wir haben eine Zunahme an Alkoholismus bei den Jungen, junge Frauen rauchen immer mehr, Aids ist wieder im Zunehmen, und eine ganz grosse Problematik kommt mit dem Übergewicht auf uns zu. Hier ist es jetzt wirklich dringend nötig, dass man auch Präventionsmassnahmen ergreifen kann. Es nützt nichts, darüber zu jammern, dass die Kinder zu ungesund essen: Man muss eine Aufklärungskampagne machen, man muss die Familien früh informieren. Das ist eine Staatsaufgabe, die wir nicht delegieren sollten. Wenn Sie schon die Problematik des Übergewichts entdeckt haben, können Sie doch nicht im Ernst hier kürzen!

Stimmen Sie deshalb diesem Minderheitsantrag zu. Es war mit 9 zu 11 Stimmen ein knapper Entscheid. Sie sehen das auch bei den Unterzeichnenden der Minderheit: Es ist nicht einfach ein linkes Anliegen, es gibt auch bürgerliche Politiker, die gesehen haben, dass das ein vernünftiger Antrag ist. Es ist ein moderater Antrag. Wir fordern nicht eine erneute Aufstockung um einen Drittel oder noch mehr, sondern nur den Stand des letzten Jahres. Das Geld wird sicher gut eingesetzt sein.

Pfister Theophil (V, SG): Die SVP-Fraktion beantragt Ihnen, den Kredit nicht zu erhöhen. In der Finanzkommission wurde ein Antrag diskutiert, die Ausgaben für Präventionsmassnahmen seien um 3 Millionen Franken zu kürzen. Demgegenüber verlangt hier die Linke, dass der Kredit, gemäss ihrer grundsätzlichen Finanzpolitik, ohne Obergrenze zu erhöhen sei. In der Realität stellen wir aber fest, dass die staatliche Prävention hinsichtlich Effizienz an ihre Grenzen stösst. Es zeigen sich immer mehr Sättigungserscheinungen. Notwendig sind Massnahmen und Konzepte, die die Eigenverantwortung des Einzelnen beachten und stärken. Nur das hat, so denken wir, auch eine längerfristige Wirkung. Gerade die Diskussion um die Tabakprävention zeigt andere Wege auf, auch wenn wir hier nicht generell alles unterstützen können.

Wir empfehlen Ihnen, hier der Mehrheit und dem Bundesrat zu folgen und den Antrag der Minderheit Dormond, der wohl primär als Gegengewicht zur Diskussion in der Finanzkommission zu sehen ist, abzulehnen.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Ich empfehle Ihnen, an der Fassung des Bundesrates und damit der Mehrheit der Kommission festzuhalten.

Ich bin mir allerdings bewusst, dass auf diesem Gebiet in nächster Zeit einiges geschehen wird. Ich begründe das mit den Entwicklungen, die wir in der Debatte um das neue Biersteuergesetz hatten. Ich begründe es auch mit der Errichtung des Tabakfonds, der ja zusätzliche Mittel bekommen hat. In beiden Fällen hat die Diskussion gezeigt, dass wir im Bereich der Präventionsmassnahmen Nachholbedarf haben. So hat auch das EDI eine Strategie für das nächste Jahr in Aussicht gestellt. Wir haben anlässlich der Debatte zum Biersteuergesetz auch klargemacht, dass es dann, wenn diese Strategie vorliegt, darum gehen wird, zu schauen, was für Ausgaben mit der Umsetzung von Massnahmen verbunden sein könnten. Ich finde deshalb, dass es zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich richtig ist, nicht zu erhöhen, abzuwar-

ten, bis wir nächstes Frühjahr – das EDI hat diesen Bericht auf nächstes Frühjahr versprochen – diese Strategie zur Kenntnis nehmen. Dann wird möglicherweise eine Neubeurteilung der Präventionssituation erforderlich sein; deshalb die heutige Empfehlung, keine Veränderungen vorzunehmen.

Kaufmann Hans (V, ZH), für die Kommission: Wir haben in der Kommission sowohl eine Reduktion als auch eine Erhöhung dieses Budgetpostens diskutiert. Die Erhöhung hat als Minderheitsantrag überlebt. Ihre Kommission empfiehlt Ihnen mit 11 zu 9 Stimmen, diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

Es wurde unter anderem bereits erwähnt, dass auch die Tabakprävention bzw. die Mittel aus diesem Fonds in die Rechnung einbezogen werden müssen. Dann ist der Rückgang, der richtig erwähnt wurde, mit 32 Prozent nicht ganz so dramatisch. Was man auch beachten muss, ist, dass die staatliche Prävention natürlich nur ein Teil der gesamten Prävention ist. Unser Bundesrat Couchepin spricht von einer Milliarde Franken, und wenn Sie jetzt sehen, was da aus eidgenössischen Quellen kommt, stellen Sie fest, dass das wirklich ein kleiner Teil ist. Wir haben auch die Effizienzfrage gestellt, und wir werden das ja in diesem neuen Strategiebericht sehen, was da herauskommt, was da zu tun ist. Deshalb bitte ich Sie noch einmal, sich der Mehrheit der Kommission anzuschliessen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 100 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 64 Stimmen

Pos. 316.A2111.0252

Humbel Näf Ruth (C, AG): Es ist zweifellos positiv zu würdigen, dass die Pandemievorsorge als Element der Landesversorgung erkannt wurde und Massnahmen zur Pandemievorsorge getroffen werden. Dennoch irritieren das Vorgehen und die Dringlichkeit in Anbetracht des doch beachtlichen Budgetbetrages von 75 Millionen Franken. Noch im März vor einem Jahr hat der Bundesrat meine Motion 04.3697 zur Pandemievorsorge abgelehnt mit der Argumentation, dass es verfrüht sei, die Frage einer auslandsunabhängigen Versorgung zu beantworten. Im Rat wurde diese Motion nie behandelt. Inzwischen hat die Pandemievorsorge eine grosse Dringlichkeit bekommen. Im Eilzugstempo und mit stolzen Beschaffungskosten hat der Bundesrat entschieden und unterbreitet uns einen Kredit von 75 Millionen Franken. Damit wählt die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern eine sehr teure Lösung, wenn nicht die teuerste überhaupt.

Wir werden nicht darum herumkommen, dem Kredit für die Beschaffung von Präpandemie-Impfstoffen und Pandemie-Impfstoffen zuzustimmen, selbst wenn einige Fragen nicht geklärt werden konnten, zumindest nicht auf dem üblichen parlamentarischen Weg. Wegen der Dringlichkeit konnte dieses Geschäft nicht in der zuständigen Fachkommission, der SGK, beraten werden. Fragen wie Nutzen, Wirksamkeit, Risiken, Sicherheit und Folgen von allfälligen Nebenwirkungen des Impfstoffes konnten daher nicht diskutiert werden. Wir haben heute dazu noch einige Unterlagen bekommen bzw. diese auf den Tischen vorgefunden. Befremdlich ist auch, dass das Pharmaland Schweiz nicht in der Lage oder nicht willens ist, die Versorgung der Bevölkerung durch eine Schweizer Firma oder eine Firma mit Schweizer Standort abzudecken und sicherzustellen.

Es wäre mindestens interessant und wichtig, genau zu wissen, welche Kosten in welchem Umfang und über welchen Zeitraum mit diesem Kredit abgedeckt werden. Ich bitte daher den Bundesrat, noch folgende beiden Fragen zu beantworten:

1. Die Haltbarkeit der Komponenten des Impfstoffes liegt zwischen drei und fünf Jahren. Wird der Lieferant über diesen Zeitraum hinaus Impfstoffe zur Verfügung stellen, oder ist mit diesem Kredit nur diese erste Beschaffung abgedeckt?

2. Wir haben in der Herbstsession in beiden Räten das Epidemiengesetz verabschiedet. In diesem Gesetz haben wir die Möglichkeit für eine Haftungsbeschränkung für Lieferanten geschaffen. Wie wird jetzt diese Frage der Haftungsbeschränkung im Zusammenhang mit dem Präpandemie-Impfstoff beurteilt? Hat der Lieferant bei diesen Impfstoffen die volle Haftung zu übernehmen, oder kann unter Umständen, beispielsweise bei unerwarteten Nebenwirkungen, der Bund belangt werden?

Ich bitte, diese beiden Fragen zu beantworten. Zusammenfassend glaube ich nicht, dass wir diesen Kredit ablehnen können. Wir werden zustimmen müssen. Aber es bleibt doch in Anbetracht dieses Betrages ein ungutes Gefühl, was den ganzen Prozess, den Preis und das Vorgehen betrifft.

Pfister Theophil (V, SG): Es geht hier um einen Betrag von 180 Millionen Franken. In der Finanzkommission wurden wir von dieser Forderung überrumpelt. Der Betrag war nicht einmal angekündigt, sondern er wurde während der Sitzung eingeschoben. Wir diskutierten das und stellten damals auch einen Nichteintretensantrag, nicht aus Überzeugung, sondern einfach weil diese Methode – ohne Diskussion in den Kommissionen, mit Diskussion ohne Unterlagen hier im Parlament – zu keinem Ziel führt. Das Gleiche ist auch in der Fraktion passiert, wo wir eingehend die Vor- und Nachteile zu erwägen versuchten, aber mangels brauchbarer Unterlagen zu keinem Resultat kamen.

Das Ergebnis – Frau Humbel Näf hat die Details jetzt sehr gut aufgezeigt – ist nun folgendes: Man kann diesen Betrag nicht mit gutem Gewissen ablehnen, aber mit gutem Gewissen kann ich auch nicht 180 Millionen Franken in ein Impfmittel investieren, von dem ich eigentlich noch gar nicht weiss, gegen was genau damit geimpft werden soll. Die Verantwortung liegt demnach voll beim Bundesrat, allenfalls bei der Finanzdelegation.

Ich bitte den Bundesrat, dieses Geschäft nochmals sehr kritisch zu prüfen, allenfalls auch noch die Unterlagen nachzuliefern, die es braucht, um hier einen Entscheid fällen zu können.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Dies ist ein Geschäft, das sehr emotional ist, denn wenn sich eine Grippe ausbreitet, dann geht das – wie bei der normalen Grippe, die jeden Winter über das Land fegt – sehr schnell. Das kann von einem Tag auf den anderen grosse Dimensionen annehmen, und es kann grossflächig zu Entzündungen und Grippeerkrankungen kommen. Die Problematik besteht darin, dass man dann eben keine Zeit hat, die entsprechenden Medikamente noch zu beschaffen. Also muss Vorsorge getroffen werden, also muss man planen, also muss man zum Voraus diesen Fall vorsehen.

Das hat der Bundesrat getan: Er hat am 28. Juni dieses Jahres eine Strategie zur Vorbereitung auf eine drohende Grippeepidemie verabschiedet. Diese Strategie beruht auf drei Pfeilern. Den ersten Pfeiler bilden die Massnahmen gemäss dem bestehenden nationalen, ständig überarbeiteten Pandemieplan. Der zweite Pfeiler beinhaltet die Bildung einer Reserve von antiviralen Medikamenten; die Rede ist namentlich von Tamiflu für 25 Prozent der Bevölkerung. Der dritte Pfeiler betrifft den Kauf von präpandemischen und pandemischen Impfstoffen und das Anlegen einer Reserve von Schutzmasken. Die kurzfristig revidierte Fassung des Epidemiengesetzes haben Sie ja anlässlich der letzten Session in Flims verabschiedet. Sie war als gesetzliche Grundlage für den Kauf von präpandemischen Impfstoffen nötig. Die Gesetzesanpassung ist am 7. Oktober dieses Jahres schon in Kraft getreten und schafft die gesetzliche Grundlage. Am 28. Oktober hat der Bundesrat seine Strategie umzusetzen begonnen. Er sieht jetzt den Kauf eines neuen präpandemischen Impfstoffes und die Bestellung von pandemischen Impfstoffen vor, selbstverständlich unter dem Vorbehalt des Grippeausbruches. Das ermöglicht es, in der Schweiz Vorräte von präpandemischen Impfstoffen anzulegen und die Schweizer Bevölkerung ab dem Zeitpunkt des möglichen Beginns einer Pandemie zu schützen, ohne dass

man dann noch auf die Herstellung von Impfstoffen warten muss. Zudem entfallen auf diese Weise die Reservationskosten bei der Bestellung von pandemischen Impfstoffen.

Nun zum Finanziellen: Der vom Bundesrat verlangte Gesamtkredit – als Verpflichtungskredit – beträgt in der Tat 186 Millionen Franken. Dieser Kredit beinhaltet einerseits einen Rahmenkredit von 93 Millionen Franken für den Kauf von präpandemischen Impfstoffen und von chirurgischen Masken und andererseits einen Rahmenkredit von ebenfalls 93 Millionen Franken für den möglichen Kauf von pandemischen Impfstoffen. Der zuletzt genannte Rahmenkredit wird aber nur im Fall einer tatsächlichen Pandemie zu Zahlungen führen. Der für 2007 – also mithin für das zu verabschiedende Budget – eingesetzte Betrag ist 72,8 Millionen Franken für präpandemische Impfstoffe, und für Schutzmasken ist der Betrag 2 Millionen Franken; total sind es also 74,8 Millionen Franken.

Der Kaufvertrag ist abgeschlossen, aber mit dem Vorbehalt, dass das Parlament in dieser Budgetberatung diesem Geschäft noch zustimmt. Falls Sie diesem Geschäft nicht zustimmen würden, würde der Vertrag hinfällig, und der Bundesrat müsste eine neue Strategie beschliessen. Die Möglichkeit, sich mit präpandemischen Impfstoffen einzudecken, würde allerdings dann vielleicht schwieriger, oder sie würde sich erst in einigen Jahren wieder eröffnen, weil eben andere Länder auch dabei sind, sich einzudecken.

Zu den beiden gestellten Fragen; die erste Frage: Dieser Impfstoff besteht aus zwei Komponenten. Die eine ist ein Antigen, und dieses Antigen hat eine Haltbarkeit von etwa drei Jahren. Die andere ist ein Adjuvans, also ein Zusatzstoff, der etwa fünf Jahre hält. Entsprechend müssen diese beiden Elemente wieder erneuert werden, und dann kosten sie natürlich auch wieder. Die teurere Komponente von diesen beiden ist das Adjuvans, und das wird mindestens fünf Jahre halten.

Die zweite Frage, zur Haftung: Sie haben mit der Ergänzung des Pandemiegesetzes die Möglichkeit geschaffen, dass der Staat die Haftung übernimmt. Der abgeschlossene Vertrag sieht jetzt aber diesen Spielraum nicht vollumfänglich vor, sondern nur bei Nebenwirkungen, welche in den klinischen Studien noch nicht gefunden werden konnten – welche man also nicht kennt –, würde der Staat dann in die Pflicht bzw. in die Haftung genommen. Dem Bundesrat scheint dies ein vertretbares Risiko zu sein, da ja bisher schon mehrere Tausend Personen diesen Impfstoff ohne wesentliche Nebenwirkungen erhalten haben, sodass man sagen kann, er bewährt sich.

Ich empfehle Ihnen, hier der Mehrheit der Kommission und damit der Nachmeldung des EDI zum Budget 2007 im Bereich «Pandemie, Beschaffung von Impfstoffen» zuzustimmen.

Heim Bea (S, SO): Herr Bundesrat, haben Sie die Garantie, dass beim Ausbruch einer Pandemie die Landesversorgung wirklich gesichert ist? Der pandemische Impfstoff wird in Deutschland produziert. Deutschland ist jetzt daran, Verträge mit den Herstellern abzuschliessen, und hat den Firmen zugesagt, dass sie die Mehrheit der Produktion exportieren können. Hätte der Bundesrat nicht die grössere Sicherheit, wenn ein solcher Vertrag eben auf zwischenstaatlicher Ebene abgeschlossen würde?

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Es ist in der Tat so, dass die herstellende Firma GSK die Zusage der deutschen Regierung hat, dass sie in die Schweiz exportieren darf. Das bedeutet, dass wir dann Zugang zu diesen Medikamenten haben. In Deutschland besteht übrigens eine sehr grosse Produktionskapazität. Wir haben die Zusage der deutschen Regierung, dass diese Firma selbst dann, wenn die Grenze vorübergehend geschlossen werden müsste, in die Schweiz exportieren dürfte. «Wir» heisst, die Firma hat diese Zusage. Es ist nicht ein Staatsvertrag zwischen der Schweiz und Deutschland, sondern es ist eine Zusage der deutschen Regierung an die Firma GSK.

Rey Jean-Noël (S, VS), pour la commission: La commission, par 18 voix contre 3 et 4 abstentions, vous propose de soutenir la demande de crédit du Conseil fédéral, qui s'élève à 74,7 millions de francs.

Cette majorité claire ne doit cependant pas cacher le malaise de la commission devant cette demande. Il ne s'agit pas d'une tonalité émotionnelle, mais d'un malaise de la commission qui a pris beaucoup de temps à discuter pour savoir s'il fallait ou non augmenter de 1 million de francs l'aide au cinéma, alors qu'ici, en un après-midi, elle devait dire oui ou non à 74,7 millions de francs de crédits de paiement supplémentaires. Si l'on reprend l'ensemble du crédit, il s'agit alors d'un montant beaucoup plus élevé puisque le crédit d'engagement s'élève à 186,2 millions de francs. Je crois que la commission a clairement souhaité qu'à l'avenir, elle soit mieux informée et que le Parlement, s'il n'y a pas nécessité, puisse se prononcer sur la base d'un message.

C'est grâce à l'intervention de la commission que vous avez reçu ce matin un document qui vous explique les tenants et les aboutissants de ce projet. Si, malgré tout, la commission a décidé de vous recommander de soutenir cette demande du Conseil fédéral, c'est d'abord parce que la révision urgente de la loi sur les épidémies, qui est la base légale de la dite demande, a été faite, sans discussion d'ailleurs, par les deux chambres lors de la session d'automne 2006 à Flims. Les modifications de la loi sont entrées en vigueur le 7 octobre 2006. Pour le reste, la commission s'est basée sur les avis de l'OMS et de l'Office fédéral de la santé publique qui estiment que le risque d'une pandémie reste d'actualité.

Nous avons également pris connaissance des mesures envisagées par le Conseil fédéral: d'abord l'élaboration d'un plan national de pandémie, qui a été publié en août 2006, et ensuite la constitution d'une réserve de médicaments antiviraux Tamiflu pour 25 pour cent de la population. Il s'agit ici de la troisième mesure, soit celle de l'achat des vaccins pré-pandémiques et pandémiques. En l'occurrence, la proposition du Conseil fédéral qui nous est soumise, à savoir le crédit de paiement de 74,7 millions de francs, sert à acheter les vaccins pré-pandémiques. Une deuxième tranche de crédit de paiement sera proposée pour l'achat des vaccins pandémiques. En effet, en votant la demande de crédit de 74,7 millions de francs, nous votons également sur le crédit d'ensemble qui, lui, figure à un autre endroit et qui s'élève globalement à 186 millions de francs.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Ich mache Sie darauf aufmerksam – der Berichterstatter hat es bereits gesagt –, dass die folgende Abstimmung auch für den Rahmenkredit dieses Dossiers auf Seite A12 der Fahne gültig ist.

Die Position «Gesundheit, Pandemie, Beschaffung von Impfstoffen» ist unbestritten. Wir nehmen das zur Kenntnis, auch wenn die Debatte etwas anders verlaufen ist, als man vorher geplant hat. Die Fragen wurden deponiert und auch beantwortet.

Angenommen – Adopté

317 Bundesamt für Statistik

317 Office fédéral de la statistique

Antrag Heim

A2100.0001 Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge
Fr. 63 096 200

Schriftliche Begründung

Für eine effiziente und kostensparende Gesundheitspolitik fehlt es der Schweiz an Daten. Das hat die GPK-NR bereits 2002 und 2003 festgestellt, und die GPK-SR forderte 2002 höhere Transparenz im Gesundheitswesen. Bundesrat Couchepin beklagt den Mangel an Steuerungswissen in der Gesundheitspolitik wegen fehlender Ressourcen. Die Kürzung des BFS-Budgets im Rahmen der Entlastungsprogramme EP 2003 und die AVP 2004 haben die Situation weiter verschärft. Nur mit Notmassnahmen gelang es dem BFS, wenigstens die Statistik im stationären Bereich sicherzustellen.

Der Parlamentsauftrag einer «Krebsmorbiditystatistik» ist seit 1998 unerfüllt. In einem der kostenträchtigsten Bereiche fehlt es an Morbiditydaten, wie auch bei der Inzidenz und Prävalenz der häufigsten Erkrankungen.

Das Gesundheitswesen ist komplex und kostenintensiv. Es braucht mehr datenbasiertes Wissen, zumindest sind die gravierendsten statistischen Lücken, wie jene im ambulanten Bereich, zu schliessen.

Sowohl die OECD wie die KOF weisen auf die ungenügende Datenlage in der Schweiz hin, ebenso Stéphane Rossini (dessen Motion 04.3138 der Nationalrat angenommen hat), Reto Wehrli (Motion «Präzisere Prognosen der Gesundheitskosten dank zuverlässiger Datenlage», Dezember 2005) oder Bea Heim (Pa. Iv. «Wissensbasierte Gesundheitspolitik», Oktober 2005, von der SGK-NR angenommen).

Der Bundesrat hat reagiert und den eidgenössischen Räten in der Vorlage «Spitalfinanzierung» die Statistikartikel 22a und 23 inklusive Finanzierungsmöglichkeit vorgeschlagen. Diese wurde in den Kommissionen beider Räte verworfen, u. a. mit dem Argument, die Finanzierung habe über das Budget zu erfolgen.

Wissen hilft, gezielter zu sparen. Ich und mit mir die SP-Fraktion beantragen dem Rat eine minimale Aufstockung des Budgets 2007 um 750 000 Franken mit dem Auftrag, das Kernstück der Gesundheitsstatistik, nämlich dasjenige im ambulanten Bereich, aufzubauen.

Proposition Heim

A2100.0001 Rétribution du personnel et cotisations patronales

Fr. 63 096 200

Heim Bea (S, SO): Die SP-Fraktion beantragt Ihnen keine Millionen. Es handelt sich um einen bescheidenen Antrag auf eine Aufstockung des Budgets 2007 um 750 000 Franken.

Worum geht es? Es geht um die Gesundheitsstatistik für eine wissensbasierte Gesundheitspolitik, ein zentraler Ansatz für eine wirksame Gesundheitspolitik. Es geht darum, die gravierendsten statistischen Lücken, wie diejenigen im ambulanten Bereich, zu schliessen. Wir brauchen mehr Gesundheitsinformationen. Das will dieser Antrag erreichen.

Gestern hat es im Rat geheissen, dass es grundlegende Reformen brauche, um die andauernde Kostensteigerung im Gesundheitswesen anzugehen. Nur welche, meine Damen und Herren? Wer weiss es denn wirklich? Die Basis für die, welche eine wissensbasierte Gesundheitspolitik machen möchten, fehlt. Und dieses Fehlen wird langsam sprichwörtlich. Herr Bundesrat Couchepin beklagt mangelndes Steuerungswissen. Auch der Direktor des BAG beklagt es. Die Geschäftsprüfungskommissionen beider Räte kritisieren mangelnde Daten und mangelnde Datentransparenz. Sie haben Recht – leider. OECD und WHO halten uns ebenfalls den Spiegel vor: Die Debatte in der Schweiz über Gesundheitsreformen werde auf der Basis einer ungenügenden Datengrundlage geführt, so lautet das Fazit. Das Wissen für eine rationale politische Steuerung unseres Gesundheitssystems fehlt, kritisiert die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich.

Nehmen Sie als Beispiel den Fakt, dass 80 Prozent der Gesundheitskosten in der Grundversicherung durch 30 Prozent der Erkrankten verursacht werden. Aber auch diesbezüglich haben wir gravierende Wissenslücken. Eine ungenügende Datenlage besteht auch bei der Über- oder Unterversorgung nach Bereichen; absolut lückenhaft ist zudem die Datenlage betreffend Prävalenz und Inzidenz der wichtigsten Krankheiten in der Schweiz. Auch bezüglich Diagnosen und Kosten oder bezüglich Kosten von Behandlungsverläufen fehlen Daten; das Wissen im ambulanten Bereich über Diagnosen und Kosten ist ungenügend, betreffend die Qualität der medizinischen und pflegerischen Versorgung ohnehin.

Das schweizerische Gesundheitssystem ist komplex. Wir brauchen verbesserte Einsichten in die Zusammenhänge, bessere Datengrundlagen für wirksamere Entscheide. Aber

gerade das Bundesamt für Statistik musste im Rahmen der Entlastungsprogramme Kürzungen von 14 Prozent des gesamten Budgets hinnehmen; insgesamt 13,2 Millionen Franken wurden einfach weggewischt. Ohne eine minimale Korrektur ist an keine Verbesserung an Grundlagenwissen oder bezüglich Daten zu denken.

Nur mit Notmassnahmen konnte das Bundesamt für Statistik wenigstens die Statistik im stationären Bereich sicherstellen. Dringend aber wäre die Ergänzung im ambulanten Bereich. Ich erinnere Sie an den Parlamentsauftrag für die Krebsmorbiditystatistik, also in einem der kostenträchtigsten Bereiche im Gesundheitswesen. Seit 1998, seit beinahe zehn Jahren, ist dieser Auftrag unerfüllt. Die SGK hat einstimmig entschieden, die Datenbasis müsse verbessert werden. Der zuständige Bundesrat will es auch. Warum? Wissen hilft, die knappen Mittel gezielter einzusetzen, und das wollen wir doch alle. Stellen wir also auch die Finanzierung für eine wissensbasierte Gesundheitspolitik sicher.

Ich bitte Sie, diesem bescheidenen Antrag auf 750 000 Franken zuzustimmen. Es ist eine Investition, die sich mehrfach auszahlen wird.

Präsidentin (Egerszegi-Obriest Christine, Präsidentin): Die SVP-Fraktion und die FDP-Fraktion teilen mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützen.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Dieser Antrag ist in der Finanzkommission und im Bundesrat bei der Budgetvorbereitung nicht diskutiert worden. Grundsätzlich ist Folgendes zu sagen: Wir wehren uns nicht gegen verbesserte Statistiken, und wir sehen ein, dass solche in verschiedenen Gebieten, nicht nur im Bereich der Gesundheit, nötig sind. Aber wir haben, in erster Linie in den letzten Jahren, Aufstockungen vorgenommen. Auch im Zusammenhang mit den bilateralen Verträgen und mit Eurostat sind schon Aufstockungen vorgenommen worden. Die Kapazitäten des Bundesamtes für Statistik sind vergrössert worden, und die entsprechenden Aufgaben sind jetzt mit einer Priorisierung innerhalb des Bundesamtes für Statistik zu erfüllen. Das ist eine Management-Aufgabe. Wenn Sie diesen Betrag sprechen, sprechen Sie automatisch fünf neue Stellen. Das führt dann zu Anschlusskosten in verschiedenen Bereichen. Ohne die Hintergründe und den genauen Bedarf an zusätzlichen statistischen Ergebnissen zu kennen, ist es sehr schwierig, darüber zu entscheiden.

Deshalb empfiehlt Ihnen der Bundesrat im Sinne der Anstrengungen, nicht Personal aufzubauen, sondern den Bestand zu stabilisieren, diesen Einzelantrag nicht anzunehmen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Heim 65 Stimmen

Dagegen 97 Stimmen

318 Bundesamt für Sozialversicherung

318 Office fédéral des assurances sociales

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Rey, Dormond, Fässler, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Kohler, Marti Werner, Vollmer)

A2310.0334 Familienergänzende Kinderbetreuung

Fr. 28 000 000

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Rey, Dormond, Fässler, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Kohler, Marti Werner, Vollmer)

A2310.0334 Accueil extrafamilial pour enfants

Fr. 28 000 000

Kiener Nellen Margret (S, BE): Avec cette proposition de minorité, nous vous demandons d'augmenter le crédit pour les crèches. Je rappelle que ce programme d'impulsion a eu des problèmes de démarrage, entre autres parce qu'il a débuté en février 2003, c'est-à-dire lorsque l'année était déjà entamée. La mise en route a aussi été un peu laborieuse. Des critères parfois trop contraignants, voire compliqués, ont été appliqués. Comme maire d'une commune concernée, je sais de quoi je parle. Au début, les moyens mis à disposition n'ont pas été complètement utilisés. Peut-être ce programme a-t-il aussi souffert d'un manque de publicité? Cependant, nous constatons que les demandes, qui se situaient en 2006 à 41,4 millions de francs, ont passé depuis à 75,2 millions de francs, ce qui démontre une accélération des requêtes. Une certaine vitesse de croisière semble s'installer et il est important de ne pas la freiner par un manque de moyens budgétés.

Un autre élément parle en faveur d'une augmentation des moyens. Les justifications données par le Conseil fédéral pour cette coupe, qui se trouvent à la page 308 du volume 2 du budget, version française, précisent: «Pour la période allant de février 2007 à janvier 2011, le Conseil fédéral a demandé au Parlement un second crédit d'engagement s'élevant à 60 millions.» Or, je vous rappelle qu'à notre dernière session à Flims, la majorité au Parlement a accepté une proposition Meyer Thérèse portant ce montant de 60 à 120 millions de francs, soit un doublement des moyens prévus par le gouvernement. Et c'est, hélas! fort nécessaire.

La proposition de la minorité pour cette position tient compte de cette augmentation voulue par nous-mêmes à Flims. Par ailleurs, les financements étant engagés pour deux ans, parfois trois, il importe d'éviter qu'en raison d'un montant de base trop faible, il n'y ait plus de moyens pour les nouveaux projets. Il est important que la continuité soit garantie.

Un argument plus général découle de la dernière votation populaire de novembre où le peuple suisse a clairement exprimé son attachement à des mesures en faveur des familles. Suivre la minorité, c'est aussi aller dans le sens indiqué par la volonté populaire, même si ce pas reste fort modeste.

Je vous demande de soutenir la proposition de la minorité Rey.

Fehr Jacqueline (S, ZH): Wenn ich ganz ehrlich bin, muss ich sagen, dass ich eigentlich nicht weiss, was ich zu diesem Thema noch Neues sagen kann. Wir beraten es ja in regelmässigen Abständen, jedes Jahr, und auch zwischendurch, wenn wir über die Kredite beraten. Ich glaube, allen hier im Saal ist eigentlich klar, was die Argumente dafür und was die Argumente dagegen sind.

Ich möchte mich besonders an die Vertreterinnen und Vertreter der CVP und der FDP richten, die ja, solange es rhetorisch ist, dezidiert für den Ausbau der familienergänzenden Betreuung eintreten und das auch in ihre Wahlplattformen geschrieben haben. Ich hoffe doch sehr, dass es nach dem Rückschritt in Flims hier nicht zu einem zweiten Rückschritt kommt und dass nicht auch noch die jährliche Tranche gekürzt wird. Das wäre sehr negativ und sehr bedauerlich auf der symbolischen Ebene, und es wäre ebenso bedauerlich auf der konkreten Ebene.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass der Bedarf an solchen Plätzen sehr gross ist; es ist auch ein offenes Geheimnis, dass die Gemeinden, die hier aktiv werden müssen, dies nur sehr zögerlich tun. Zu sagen, das Geld werde nicht abgeholt, ist eben nur die halbe Wahrheit; die ganze wäre, dass der Bund sich auch nicht wahnsinnig dafür engagiert, dass das Geld abgeholt wird. Genau hier liegt die Lösung: Wer einen Ausbau will, muss zum einen genügend Geld zur Verfügung stellen und zum anderen mithelfen, dass der Bund im Bereich der Information, der Motivation und der Koordination der Gemeinden mehr unternimmt. Dann werden wir sehen, dass das Geld sehr wohl für gute Projekte, für lebensfähige Projekte ausgegeben werden kann, die den Ausbau beschleunigen.

Ich bitte Sie also sehr – wie gesagt insbesondere die Vertreterinnen und Vertreter der CVP und der FDP –, zusammen mit der SP und den Grünen für den Kreditbetrag zu stimmen, wie er schon letztes Jahr im Budget stand, und hier keine Kürzung vorzunehmen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die FDP-Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützt. Die CVP-Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der Minderheit unterstützt.

John-Calame Francine (G, NE): Les Verts soutiennent la minorité Rey, car les discours sur le soutien à la famille ont fait long feu; il est temps de passer aux choses sérieuses et d'affirmer haut et fort que les places d'accueil ne sont pas encore assez nombreuses pour que les familles aient la possibilité de faire garder leurs enfants dans de bonnes conditions, soit dans un cadre sécurisé et par un personnel professionnel formé.

Le groupe des Verts désire que soit maintenu le montant initialement prévu pour encourager la création de nouvelles places d'accueil pour les enfants. Le cadre légal pour obtenir un financement de la Confédération est suffisamment clair et restrictif quant aux critères de qualité à respecter. S'il s'avère que le montant budgété est trop élevé et qu'il n'est pas entièrement utilisé, qu'à cela ne tienne! cette attitude aura au moins l'avantage et l'effet bénéfique de permettre à de nouveaux projets de voir le jour et d'éviter de devoir en refuser pour des raisons financières.

A ce stade, il est prématuré et inutile de déjà réduire le montant à disposition, alors que les cantons ont tant peiné à prendre les dispositions nécessaires pour permettre ces réalisations et qu'ils ont pris du retard à concrétiser ces places d'accueil. Il n'est pas toujours évident de trouver des locaux adéquats pour développer ce genre d'activité ni de trouver du personnel. C'est maintenant que tous les acteurs sont opérationnels que la Confédération souhaite limiter l'argent à disposition: c'est un non-sens!

Le groupe des Verts vous invite à suivre la minorité Rey qui souhaite maintenir le montant pour la création de ces places d'accueil à 28 millions de francs. Il s'agit de notre dernière chance de donner une vraie impulsion à ce programme.

Pfister Theophil (V, SG): Eine Aufstockung des Kredits für die familienergänzende Kinderbetreuung ist nicht sinnvoll, da in der Vergangenheit – gemessen an der Nachfrage – immer zu hoch budgetiert wurde. Es gibt natürlich auch einige grundsätzliche Überlegungen, warum diese Aufgabe nicht Bundessache ist. Aber das spielt jetzt heute keine Rolle.

Gemäss den Aussagen des Bundesrates lag in der Vergangenheit der Bedarf bei 18 Millionen Franken. Budgetiert sind heute 24 Millionen. Offenbar, und Kollegin Fehr hat es vorhin ja erwähnt, soll hier ein politisches Zeichen gesetzt werden, um die Nachfrage zu stimulieren.

Die SVP-Fraktion empfiehlt Ihnen ganz klar, das Begehren abzulehnen und der Mehrheit und dem Bundesrat zu folgen.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Es ist in der Tat so, dass jeweils Mittel bereitgestellt werden und es ungewiss ist, wie viele davon dann beansprucht werden. In der Vergangenheit hatten wir immer zu viele Mittel im Budget eingestellt, immer mehr jedenfalls, als effektiv benötigt worden sind. Wir haben da jetzt diesem Umstand Rechnung getragen. Es geht nur um das.

Mit den vorgesehenen 24,4 Millionen Franken ist sichergestellt, dass all jene Unterstützungsgesuche, die die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen, auch finanziert werden. Es geht nicht um einen Leistungsabbau, es geht lediglich um eine Anpassung der Kredite an die Realität.

Deshalb ersuche ich Sie, diesen Minderheitsantrag um Aufstockung abzulehnen.

Kaufmann Hans (V, ZH), für die Kommission: Wir haben im letzten Jahr diese Budgetposition von 13 Millionen auf 28 Millionen Franken erhöht. Im Budget 2007 fällt nun dieser

Betrag um 3,6 Millionen Franken geringer aus. Das entspricht genau der Korrektur, die Herr Rey mit seinem Minderheitsantrag vornehmen möchte, das heisst, er möchte den Betrag unverändert auf dem hohen Niveau von 28 Millionen Franken belassen; aber das ist ein Betrag, der eben gar nicht benötigt wird. Das waren denn auch die Argumente in Ihrer Kommission: dass man zu hoch budgetiert hatte und auch die Zusicherung von Bundesrat Couchepin, dass der Betrag von 24,4 Millionen Franken sicher ausreichen wird, um sämtliche Bedürfnisse und Nachfragen zu befriedigen. Ich beantrage Ihnen deshalb, der Kommission zu folgen, die diesen Antrag mit 16 zu 9 Stimmen abgelehnt hat.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 88 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 79 Stimmen

328 Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen 328 Domaine des écoles polytechniques fédérales

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Dormond, Darbellay, Fässler, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Kohler, Marti Werner, Rey, Vollmer, Wäfler)
A2310.0346 Finanzierungsbeitrag an ETH-Bereich
Fr. 1 711 941 900

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Dormond, Darbellay, Fässler, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Kohler, Marti Werner, Rey, Vollmer, Wäfler)
A2310.0346 Contribution au financement du domaine des EPF
Fr. 1 711 941 900

Kiener Nellen Margret (S, BE): En préambule, il convient de préciser que le domaine des écoles polytechniques fédérales est soumis à un mandat de prestations avec la Confédération. Ce mandat a été élaboré en parallèle avec les moyens financiers déterminés par le plan financier 2003–2007 qui prévoyait un plafond de dépenses de 7,83 milliards de francs. Ce montant représentait une croissance moyenne de 4 pour cent, croissance qui faisait suite à une période de stagnation. Or, les moyens mis à disposition des EPF ont toujours été inférieurs au plan financier, alors que le nombre d'étudiants est en constante augmentation et que le mandat de prestations n'a pas été modifié. Depuis plusieurs années, on impose aux écoles polytechniques d'assurer un mandat de prestations, sans leur donner les moyens financiers nécessaires – qui avaient, d'ailleurs, été promis par le gouvernement – et, comme je viens de le dire, prévus dans le plan financier.

Si le plan financier était respecté, le montant qui devrait être attribué aux écoles pour l'année 2007 serait de 2,74 milliards de francs. Or, le budget ne leur attribue que 1 703 841 900 francs, ce qui équivaut à une diminution de 176 millions de francs environ par rapport au budget 2006. Lors de la séance de la sous-commission, nous avons été informés qu'une partie de cette somme, soit 168,4 millions de francs, correspond au montant transféré à l'Office fédéral des constructions et de la logistique pour des questions d'immobilier. Cependant, une somme de 8,1 millions de francs reste une coupe sèche pour les écoles, sans compter les blocages de crédits qui sont de l'ordre de 11 millions de francs. Or, les EPF doivent absorber une augmentation constante du nombre d'étudiants et en plus faire face aux coûts supplémentaires liés à l'application des accords de Bologne. Dans ces conditions, nous ne trouvons pas normal de leur faire subir une pareille diminution que rien ne justifie.

De plus, je rappelle encore une fois la décision du Parlement prise à Flims qui, en acceptant la motion (06.3377) du groupe radical-libéral, demande au Conseil fédéral d'augmenter de 8 pour cent les moyens attribués à la formation. Or, selon nos informations, les moyens qui seront fixés dans le plan financier 2008–2011 seront basés sur ceux donnés par le budget 2007, d'où l'importance de ce montant fixé dans le budget 2007. Donc, la décision que vous prendrez à cette position ne concerne pas seulement le budget 2007; elle influencera également le plan financier de la prochaine législature. Il serait tout de même particulièrement cynique de demander à Flims une augmentation des moyens pour la formation et ensuite de s'empressement de baisser les montants qui serviront comme base de référence.

Pour toutes ces raisons et pour l'avenir des jeunes de notre pays, des étudiantes et des étudiants des deux écoles polytechniques fédérales, je vous demande de soutenir la proposition de la minorité Dormond.

Pfister Theophil (V, SG): Die Finanzierung der ETH seitens des Bundes erfolgt über einen Finanzierungsbeitrag von insgesamt 1,7 Milliarden Franken. Die ETH sind teilautonome Institutionen im dritten Kreis. Nebst den Bundesbeiträgen finanziert sich eine Hochschule auch über Beiträge der Studierenden und speziell auch über Forschungsmittel aus dem Nationalfonds, von der KTI und selbst aus den EU-Forschungsprogrammen; diese wurden allerdings vorgängig der EU zur Verfügung gestellt. Diese Beiträge steigen stetig an. Die Strukturen der Hochschulen sind heute in Bewegung. Es ist unumgänglich, anstelle der Aufwandfinanzierung eine Pauschalfinanzierung einzuführen und den Hochschulen auch in der Finanzmittelbeschaffung mehr Autonomie zu geben. Dieser Prozess läuft schrittweise ab, so wie auch eine stille Verlegung der Studierenden an die Fachhochschulen. Somit hat hier der Bundesrat zusammen mit den Hochschulen die Zeichen gesetzt. Wir sollten nicht andere Zeichen und Schwerpunkte über den Budgetprozess setzen, da der Weg heute richtig ist.

Die SVP-Fraktion bittet Sie, hier der Mehrheit und dem Bundesrat zu folgen.

Loepfe Arthur (C, AI): Die Ausgaben für Bildung und Forschung steigen auch vom Voranschlag 2006 auf den von 2007 nicht unbedeutend. Die Gelder für Bildung und Forschung werden ja durch das EDI und vor allem auch durch das Staatssekretariat für Bildung und Forschung innerhalb des Bildungsbereiches verteilt; dort werden also die Prioritäten gesetzt. Wenn nun die ETH in etwa gleich gehalten wurden wie letztes Jahr, dann ist das primär Sache des Departementes. Die massive Erhöhung, die Sie ja beschlossen haben, erfolgt im Jahr 2008, und dann wird man – so nehme ich an – auch die Verteilung der Gelder für Bildung und Forschung im EDI und beim Staatssekretariat neu vornehmen. Die ETH haben sich nun auf dieses Budget eingestellt und richten sich danach aus. Es bringt nichts, wenn Sie jetzt einfach von heute auf morgen, also von Dezember auf Januar, neue Beträge beschliessen. Das muss man vielmehr im Hinblick auf 2008 angehen. Es ist auch nicht so, dass den ETH insgesamt weniger Geld zur Verfügung stehen würde. Es gibt dort eine sehr geschickt eingerichtete Stiftung, durch welche den ETH von privater Seite Gelder zufließen. Ich bitte Sie im Namen der CVP-Fraktion, dem Entwurf des Bundesrates zuzustimmen.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Der Rückgang um 8 Millionen Franken sieht ja auf den ersten Blick etwas dramatisch aus – das ist er aber nicht. Er hängt in erster Linie damit zusammen, dass das Eigentum an den Immobilien im Entlastungsprogramm 2004 nicht auf den ETH-Bereich übertragen wurde – wir hatten es damals so vorgesehen und vorgeschlagen, und das Parlament hat dann diesen Schritt nicht vollzogen. Jetzt ist eben der Bereich Investitionsausgaben auch für die ETH neu im Bundesamt für Bauten und Logistik eingestellt; dort haben wir diese 8,1 Millionen Franken abgezogen, und dort soll jetzt eben auch diese Kompensa-

tion stattfinden. Das entspricht dieser Aufstockung, die hier beantragt wird. Wir glauben aber, dass sie nicht nötig ist. Das Finanzierungsvolumen für die ETH beträgt 1,7 Milliarden Franken. Dabei hat sie Flexibilitäten: Sie hat Flexibilität, indem sie erstens etwa 170 Millionen Franken Investitionsaufgaben nach eigenen Entscheiden und eigenem Gutdünken verschieben kann; sie hat diesen Spielraum. Zweitens hat sie auch Drittmittel, die sie jedes Jahr generieren kann und über die sie frei verfügen kann. Das sind in der Ressortforschung etwa 60 bis 70 Millionen, und in der wirtschaftlich orientierten Forschung sind das weit über 100 Millionen Franken. Drittens partizipiert die ETH auch an Aufstockungen, die wir in anderen Bereichen vorgenommen haben, namentlich im Bereich des Nationalfonds. Wenn dieser mehr bekommt, dann partizipiert die ETH automatisch auch daran. Dasselbe gilt für den KTI-Bereich und die EU-Forschung; das sind zusammen wiederum Beträge von fast 200 Millionen Franken. Daran hat die ETH immer auch einen Anteil. Ich glaube, die 8,1 Millionen, die wir hier beim Investitionsbereich kürzen, sind gemessen an den 1,7 Milliarden Franken und gemessen an den unglaublichen Handlungsspielräumen, die die ETH hat, ohne weiteres verkraftbar. Ich ersuche Sie daher, diesen Antrag auf Aufstockung abzulehnen.

Rey Jean-Noël (S, VS), pour la commission: Nous avons ici une position budgétaire qui, vu l'application du nouveau modèle comptable, n'a pas de référence. Il est difficile de comparer ce chiffre avec les budgets et les comptes des années dernières. Ce qu'il faut d'abord dire, c'est que l'essentiel des réductions que subissent les postes budgétaires – près de 170 millions de francs – résulte de transferts d'investissements immobiliers à l'Office fédéral des constructions et de la logistique. Il ne s'agit donc pas d'une diminution en tant que telle. Malgré tout, si l'on reprend les chiffres des dernières années pour faire une comparaison, on constate que cette position budgétaire a subi une réduction réelle de 25 millions de francs due en grande partie au blocage de crédits.

Je rappelle que, dans le troisième cercle, les blocages de crédits touchent aussi le personnel, alors que le blocage de crédits au niveau des offices ne touche pas le personnel.

C'est la raison pour laquelle la minorité Dormond proposait de compenser partiellement cette diminution réelle de 25 millions de francs à hauteur de 8,6 millions de francs.

La commission, par 13 voix contre 11 et 1 abstention, a estimé, comme le Conseil fédéral, qu'il y avait suffisamment de marge de manoeuvre à l'école polytechnique fédérale pour ne pas revenir sur la proposition du projet.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 97 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 60 Stimmen

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 13.05 Uhr

La séance est levée à 13 h 05

Dritte Sitzung – Troisième séance

Mittwoch, 6. Dezember 2006

Mercredi, 6 décembre 2006

08.00 h

06.041

Voranschlag der Eidgenossenschaft 2007 Budget de la Confédération 2007

Fortsetzung – Suite

Botschaft des Bundesrates 23.08.06
Message du Conseil fédéral 23.08.06

Bestellung: BBL, Vertrieb Publikationen, 3003 Bern
Commande: OFCL, diffusion des publications, 3003 Berne
Nationalrat/Conseil national 04.12.06 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 05.12.06 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 06.12.06 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 07.12.06 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 12.12.06 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 12.12.06 (Fortsetzung – Suite)

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten 1. Budget des unités administratives

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Département de la défense, de la protection de la population et des sports

500 Generalsekretariat
500 Secrétariat général

Antrag der Kommission
A2115.0001 Beratungsaufwand
Fr. 5 348 300

Proposition de la commission
A2115.0001 Charges de conseil
Fr. 5 348 300

504 Bundesamt für Sport
504 Office fédéral du sport

Antrag der Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit
(Kiener Nellen, Dormond, Fässler, Frösch, Hofmann Urs, Marti Werner, Rey, Vollmer)
A6210.0124 Entschädigungen für Jugend- und Sport-Aktivitäten
Fr. 66 800 000

Proposition de la majorité
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité
(Kiener Nellen, Dormond, Fässler, Frösch, Hofmann Urs, Marti Werner, Rey, Vollmer)
A6210.0124 Indemnités versées pour les activités «Jeunesse et Sport»
Fr. 66 800 000

Kiener Nellen Margret (S, BE): Als ehemalige Jugend- und Sport-Leiterin für Skifahren hätte ich eigentlich Lust, mit Ihnen eine kurze Aufwärm- und Lockerungsübung abzuhalten. Ich gebe mir aber Mühe, Sie mit meinem Votum derart aufzulockern und aufzuwärmen, dass Sie unseren Minderheitsantrag auf 10 Millionen Franken mehr für spezifische Angebote für Fünf- bis Zehnjährige kräftig und lustvoll unterstützen können.

Im Bundesamt für Sport liegt ein umsetzungsbereites Detailkonzept vor, das ein niederschwelliges Angebot für Fünf- bis Zehnjährige vorsieht. Diese waren bisher im erfolgreichen Jugend- und Sport-Programm nicht inbegriffen; das bisherige Jugend- und Sport-Programm beginnt mit Kindern ab elf Jahren. Die berechneten Kosten belaufen sich in der Minimalvariante auf 10 Millionen Schweizerfranken jährlich – dies bestätigt uns das Bundesamt für Sport (Baspo). Etwelche Vorleistungen, Pilotprojekte im Rahmen der Euro 2008 liegen vor; sie würden nur eine Lancierung des Projektes ermöglichen, aber sie gewährleisten überhaupt keine Kontinuität. Daher ist es nötig, dass wir mit dem Budget 2007 einen seriösen, richtigen Einstieg in dieses fixfertige Projekt des Baspo für Fünf- bis Zehnjährige machen. Finanzierungspläne mit Privaten haben sich zerschlagen; die öffentliche Hand ist gefordert.

Wir wissen, dass in der Schweiz jedes fünfte Kind übergewichtig ist, 10 Prozent dieser Kinder leiden sogar unter Fettleibigkeit. In den letzten zwanzig Jahren hat sich die Zahl der übergewichtigen Kinder in der Schweiz verdreifacht. Die Zahl der adipösen Kinder hat sich sogar versechsfacht. Weiter zeigen Studien, dass Personen, die im Kindesalter übergewichtig sind, dies als Erwachsene meist bleiben. Gründe für Übergewicht sind vor allem falsche Ernährung und Bewegungsmangel. Wir wissen auch, dass jedes dritte Schulkind in der Schweiz keinen Schwimmunterricht mehr erhält. Hingegen wissen wir auch, dass gerade die Jahre zwischen fünf und zehn das Lern- und Prägealter und deshalb besonders entscheidend für die körperliche, geistige und soziale Entwicklung sind. Kinder sollten lernen, richtig zu essen und sich zu bewegen.

Zu den finanzpolitischen Überlegungen: Die Förderung von Sport und Bewegung sowie einer gesunden Ernährung auch bei Kindern im Alter von fünf bis zehn Jahren ist eine investive Aufgabe. Die aufgewendeten Mittel ersparen Kosten für Folgeschäden von Bewegungsmangel und Übergewicht. Die Folgen des Bewegungsmangels resultieren laut einer Studie aus dem Jahre 2001 von Baspo, BAG und weiteren Partnern in direkten jährlichen Behandlungskosten von 1,6 Milliarden Franken. Laut dem 5. Schweizerischen Ernährungsbericht von 2005 belaufen sich die Kosten für Folgekrankheiten von Übergewicht sogar auf jährlich 2,7 Milliarden Franken. Wer gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen will, muss prophylaktisch handeln und darf nicht erst therapeutisch auf die Gesundheit unserer Kinder einwirken. Jeder heute investierte Franken erspart ein Vielfaches an Folgeschäden. Zudem sind Kinder unser kostbarstes Gut. Kinder haben auch Rechte. Die Uno-Kinderrechtskonvention verpflichtet die Schweiz dazu, das Recht des Kindes auf das erreichbare Höchstmass an Gesundheit anzuerkennen. Sie verpflichtet die Schweiz als Vertragsstaat dazu, die volle Verwirklichung dieses Rechtes sicherzustellen. Die Uno-Kinderrechtskonvention verpflichtet die Schweiz ausdrücklich dazu, Fehlernährung auch im Rahmen der gesundheitlichen Grundversorgung zu bekämpfen. Ich ersuche Sie aus diesen Gründen, den Minderheitsantrag kräftig zu unterstützen.

Schelbert Louis (G, LU): Die grüne Fraktion beantragt Ihnen, den Antrag der Minderheit Kiener Nellen zu unterstützen. In der Kommission wurde der Antrag relativ knapp abgelehnt, in der zuständigen Subkommission sogar nur mit dem Stichtentscheid der Präsidentin.

Sport ist sicher nicht die einzige und sicher nicht die einzig richtige Freizeitbeschäftigung für Kinder. Um aber die Probleme rund um Bewegungsarmut, Fettleibigkeit und Fehlernährung anzugehen, ist Sport sehr gut als eine Gegenmass-

nahme geeignet. Ich hatte kürzlich Gelegenheit, einen Film über Bewegungsprobleme von anscheinend ganz normalen Kindern im Kindergartenalter zu sehen. Nur eine Minderheit konnte einen Purzelbaum machen. Einige waren ausserstande, über einen entasteten Baumstamm von mehr als einem halben Meter Durchmesser zu balancieren usw. Es war fast nicht zu fassen – und doch: Wir müssen dem ins Auge sehen. Im Weiteren ist es eine Tatsache, dass der Anteil von Kindern mit Haltungsschäden im Wachsen begriffen ist. Natürlich, die Verantwortung liegt in aller Regel und vor allem bei den Eltern. Trotzdem, die Sensibilisierung der Eltern und die Arbeit mit den Kindern sind auch öffentliche Aufgaben. Jugend und Sport ist eine der geeigneten Organisationen, um die Fragen wirkungsvoll anzugehen, andererseits sind dazu aber auch familienexterne Betreuungseinrichtungen geeignet, wo es sie gibt. «Das Bundesamt für Sport hat die Grundlagen erarbeitet, um eine entsprechende Aktivität in Gang zu setzen», erklärte der Bundesrat in der Kommission. Was ihm fehlt, sind andere Geldgeber. Wir Grünen erachten es als bemühend, wenn hier der Ball den Kantonen oder Privaten zugespielt wird. Jedes weitere Jahr des Aufschubs ist ein verlorenes Jahr und wird die öffentliche Hand teuer zu stehen kommen. Der Bund ist zuständig für Jugend und Sport, und er soll die Ausbildung der entsprechenden Leiterinnen und Leiter umgehend an die Hand nehmen. Die Investition würde sich mehr als nur bezahlt machen. Wir dürfen uns nicht auf das Bedauern beschränken, wir sollten Nägel mit Köpfen machen. Stimmen wir dem Antrag der Minderheit Kiener Nellen zu.

Kleiner Marianne (RL, AR): Es wurde vorgebracht, dass die zunehmende Bewegungsunfähigkeit und die Fettleibigkeit von Kindern ein grosses gesundheitliches Problem darstellen. Man kann sogar von einer drohenden Amerikanisierung im Bereich der Ernährung und Bewegung sprechen. Das Problem muss daher wirklich ernst genommen werden. Wenn die FDP-Fraktion dennoch diese Aufstockung ablehnt, tut sie dies darum, weil man nicht schneller marschieren soll, als die Musik spielt.

Das Baspo hat nämlich die Grundlagen erarbeitet, um mit einem Pilotprojekt eine entsprechende Aktivität in Gang zu setzen – im Wissen darum, dass die Wurzeln des Fehlverhaltens bei erwachsenen Menschen in der Zeit zwischen ihrem fünften und ihrem zehnten Lebensjahr liegen. Die Wurzeln von Sucht, Ernährungsproblemen und Bewegungsunfähigkeit sind in diesem Alter anzusiedeln. Es ist aber sinnvoll, dass das Baspo das Projekt vertieft, unabhängig davon, ob es jetzt um Jugend und Sport geht. Man ist sich bewusst, dass man hier etwas tun muss. Die Frage eines zusätzlichen Kredites wird vermutlich 2009 auf uns zukommen; 2008 läuft nämlich eine Projektphase, die bereits finanziert ist. Das Parlament hat im Rahmen der Kredite für die Euro 2008 verschiedene Massnahmen beschlossen. Ein Teil dieser Kredite ist für ein Pilotprojekt in diesem Bereich vorgesehen. Es ist denkbar, dass auch andere Finanzierungsquellen für die Behebung dieses Problems zu Hilfe genommen werden. Es könnte z. B. möglich sein, das Bundesamt für Gesundheit hinzuzuziehen, damit es hier mitmacht. Das VBS sagt auch, dass es mit einem Nahrungsmittelproduzenten einen Sponsor gefunden habe, der fast unterschrieben hätte, im letzten Moment aber noch gezögert habe. Hier läuft also etwas. Im Jahr 2008 ist das Pilotprojekt finanziert. Man will jetzt mit dem BAG zusammen Lösungen suchen, man will einen privaten Sponsor suchen, um dieses Problem anzugehen. Darum sollten wir jetzt nicht ins Blaue hinein einen Kredit in einem Bereich aufstocken, in dem Pilotprojekte konzipiert sind und das Ganze im Rollen ist.

Loepfe Arthur (C, AI): Ich bin immer für Sport zu haben; ich versuche auch jeden Tag etwas Sport zu treiben, wie Herr Marti. Nun kann man sich aber fragen, ob dieses Problem, das hier mit den «fetten» Kindern besteht, einfach mit Geld zu lösen ist. Es geht ja darum, dass wir die Fünf- bis Zehnjährigen jetzt mit Bundesgeldern davon abhalten wollen, sich nicht zu bewegen und zu oft vor dem Fernseher zu sitzen.

Man will hier von heute auf morgen um 10 Millionen Franken aufstocken – das sind 20 Prozent mehr als im laufenden Jahr.

Ich bin der Meinung, dass wir hier kurzfristig nichts ändern können. Es muss etwas Längerfristiges geschehen, und das, wie gesagt wurde, soll ja durch das VBS zusammen mit den Kantonen auch passieren. Das braucht aber etwas Zeit. Es ist dringend nötig, dass wir diese Lösungen zusammen mit den Kantonen, mit den Gemeinden, mit den Schulen und mit den Sportvereinen erarbeiten und durchziehen. Die Verantwortung liegt ja schliesslich primär bei den Eltern und eben bei den Gemeinden und Kantonen. Es kann doch nicht sein, dass wir jetzt auch noch den Bund dafür verantwortlich machen, mit Sofortmassnahmen die Fünf- bis Zehnjährigen zur Bewegung zu bringen.

Ich habe langsam den Eindruck, wir sollten einen Kredit für die Ausbildung und Erziehung der Eltern sprechen. Die Eltern sind ja primär dafür zuständig, dass die Kinder, vor allem die Kleinkinder, vernünftig ernährt werden, nicht zu oft vor dem Fernseher sitzen und sich wenigstens am Wochenende und wenn möglich auch am Abend etwas bewegen. Hierfür gibt es ja auch eine Stiftung für Gesundheitsförderung, in die Sie und ich im Zusammenhang mit der Krankenkassenprämie alle einbezahlen. Wie Sie aus der Sonntagspresse vernehmen konnten, weiss man dort im Moment nicht so recht, was mit dem Geld angefangen werden soll. Vielleicht wäre das auch eine Möglichkeit, um das Geld sinnvoll zu verwenden.

Ich bitte Sie also, jetzt die Sache nicht in einer Hauruck-übung anzugehen, sondern das Pilotprojekt des VBS und der Kantone zu fördern und abzuwarten. Im Übrigen hat ja auch ein Erziehungsdirektor ganz einfache Massnahmen vorgeschlagen. Das wäre zum Beispiel, dass die Schüler halt wieder zu Fuss in die Schule gehen und nicht mit dem Auto dorthin gebracht werden und dort abgeholt werden müssen und Ähnliches mehr. Ich bitte Sie bei allem Verständnis für die Notwendigkeit, dass Junge sich bewegen, doch von dieser radikalen Budgeterhöhung abzusehen und die Sache längerfristig anzugehen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die SVP-Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützen wird.

Marti Werner (S, GL): Budgetieren sollte nicht nur Verwalten heissen. Man sollte sich vielmehr im Rahmen des Budgetprozesses auch gewisse Gestaltungsmöglichkeiten offenhalten. Ich gestehe zu, dass wir im Rahmen unserer finanzpolitischen Vorgaben einen nicht allzu grossen Spielraum haben. Aber wir haben einen gewissen kleinen Gestaltungsspielraum, den wir nutzen sollten. Diesen sollten wir hier, bei diesem Antrag von Frau Kiener Nellen, nutzen, denn die Notwendigkeit ihres Anliegens ist unbestritten. Es nützt doch nichts, wenn querbeet und in der Öffentlichkeit immer über zu dicke Kinder, über zu wenig Bewegung von Kindern und über drohende Gesundheitsschäden bei diesen Kindern lamentiert wird, wenn man sich dann, wenn es konkrete Massnahmen zu treffen gilt, aber weigert, diese gutzuheissen.

Herr Loepfe hat von einer massiven Aufstockung des Budgets gesprochen. Es handelt sich hier um eine minimale Aufstockung des Budgets, es handelt sich hier nicht um einen Aufwand, sondern um Investitionen für die Zukunft – Investitionen, die sich sehr wohl bezahlen lassen. Denn mit diesen Investitionen können drohende Gesundheitskosten minimiert und herabgesetzt werden. Es geht nicht darum, Frau Kleiner, dass wir schneller marschieren, als die Musik spielt. Es geht darum, dass wir die entsprechenden Massnahmen treffen, damit die Kinder sich etwas bewegen. Einzig und allein darum geht es. Die Appelle an die Eltern sind gut und recht, aber die genügen alleine noch nicht. Es braucht Massnahmen: Die Kinder müssen «abgeholt» werden, sie müssen sensibilisiert werden, sie müssen im wahrsten Sinne des Wortes angestossen werden, damit sie diese Bewegung, diesen Sport auch ausüben.

Es stimmt auch nicht, dass man hier irgendwie ins Blaue hinein Gelder spricht. Die Lösung und die Konzepte sind vorhanden und können umgesetzt werden. Wenn das Problem erkannt, die Notwendigkeit der Lösung des Problems unbestritten und die Lösung vorhanden ist, dann müssen wir doch diese Lösung endlich einmal realisieren! Wir haben aus diesem Grund für die Abstimmung über diese Kleinigkeit des Budgets den Namensaufruf beantragt. Es geht nicht an, dass Sie immer schön vom Fenster hinaus politisieren, aber dann, wenn es darum geht, Massnahmen zu treffen, sagen: jetzt nicht, lieber das nächste Jahr. Ich ersuche Sie deshalb, dem Antrag der Minderheit Kiener Nellen zuzustimmen.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: In dieser Frage gehen die Meinungen offensichtlich gar nicht weit auseinander. Die Analyse des Problems wird von allen geteilt: Wir haben in bestimmten Schichten unserer Bevölkerung Bewegungsmangelprobleme. Es ist zweifellos angezeigt, hier Gegensteuer zu geben.

Jetzt hat das Baspo ein Pilotprojekt auf die Schiene gelegt, ein Pilotprojekt, das sich mal auf die Altersklasse der Fünf- bis Zehnjährigen konzentriert. Diese Ergebnisse sind abzuwarten. Dann kann man entscheiden, ob und in welcher Weise in diesem Segment, in dieser Altersklasse, dann ein grösseres Projekt auf die Schiene gelegt werden soll. In der Zwischenzeit ist man mit den Kantonen, mit den entsprechenden Organisationen – Jugend und Sport –, die eben zum Teil auch föderal strukturiert sind, daran, dieses Projekt zu vertiefen. Das geschieht jetzt auch, es sind die Ergebnisse dieser Pilotphase abzuwarten, einer Pilotphase, die – notabene – finanziert ist. Dann geht es um die Anschlussfinanzierung. Das ist eine Frage eines Jahres. Ich finde es deshalb unrichtig, wenn Sie jetzt 10 Millionen Franken beschliessen, ohne diese seriösen Ergebnisse der Pilotphase abzuwarten.

Aus diesem Grund empfiehlt Ihnen der Bundesrat, dieser Aufstockung nicht zuzustimmen.

Bezzola Duri (RL, GR): Herr Bundesrat, damit nicht alle glauben, die FDP sei gegen den Sport, möchte ich Ihnen noch eine Frage stellen.

Alle wollen den Sport fördern, nur nicht jetzt. Wenn es darum geht, finanzielle Mittel zu sprechen, ist es in diesem Saal immer zu früh, weil die Projekte noch nicht reif sind. Wir müssen aber dafür sorgen, dass wir nicht zu spät sind. Im Jahre 2008, ungefähr in einem Jahr, findet die Fussball-Europameisterschaft statt. Es werden spezielle Projekte während der Euro 2008 realisiert, die bereits in der Pipeline sind und die auch finanziert werden müssen. Für diese Projekte sind bis heute keine Mittel vorgesehen. Jetzt meine Frage an Sie, Herr Bundesrat: Sind Sie bereit, finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, wenn dann wirklich konkrete Projekte vorliegen, die das bringen, was hier einige Rednerinnen und Redner vorgebracht haben?

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Diese Bereitschaft ist durchaus vorhanden. Wir verschieben das Thema nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Aber es gehört auch zu diesem Pilotprojekt, dass die Finanzierung geprüft wird. Es finden derzeit Verhandlungen mit privaten Sponsoren statt, die gegebenenfalls bereit sind, ein solches Projekt auch grosszügig zu finanzieren. In erster Linie ist an Unternehmen gedacht, die aus der Nahrungsmittelbranche stammen. Dort besteht dann erst noch ein gewissermassen sachlogischer Zusammenhang mit dieser Thematik. Es wäre natürlich erwünscht, dass man auf diesem Wege, mit privaten Sponsoren, die Finanzierung erledigen könnte. Wenn das nicht möglich wäre, dann könnte ein solcher Betrag selbstverständlich für die Finanzplanung ab dem Jahr 2009, nach dem Ende dieser Pilotphase, wieder in Erwägung gezogen werden.

Kiener Nellen Margret (S, BE): Herr Bundesrat, ich möchte Sie fragen: Wieso, aus welcher finanzpolitischen Logik heraus, sind Sie als Finanzpolitiker bereit, zwei Jahre mehr Fol-

gekosten und Folgeschäden, welche diese Kinder lebenslanglich verfolgen werden, in Kauf zu nehmen, wenn Sie heute und jetzt die Gelegenheit hätten, Hand zu bieten, dass zugunsten der Kinder von heute gehandelt werden kann?

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Da möchte ich Ihnen eine Gegenfrage stellen: Wenn Sie eine Weihnachtsfeier für einen Verein veranstalten müssten und Sie gerade dabei wären, das zu tun, was würden Sie sagen, wenn der Verein am 15. Dezember käme und sagte: «Heute ist Weihnachten, die Feier muss jetzt stattfinden!»? Dann würden Sie doch sagen: «Gebt mir Zeit. Ich habe einen Auftrag für ein Projekt, das am 24. Dezember stattfindet.»

Kaufmann Hans (V, ZH), für die Kommission: Ihre Kommission hat diesen Antrag, der jetzt der Minderheitsantrag ist, im Verhältnis von 12 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Das war keine Absage an den Sport, im Gegenteil. Man hat eben berücksichtigt, dass solche Pilotprojekte in diese Richtung für das Jahr 2008, wenn die Fussball-Europameisterschaften stattfinden, vorgesehen sind. Diese Pilotprojekte sollen dann im Jahr 2009 in eigentliche Projekte umgewandelt werden.

Selbstverständlich gab es auch kritische Stimmen, die der Meinung waren, dass vielleicht ein Fernsehverbot oder weniger Transporte in die Schule, aber auch eine Umstellung der Ernährungsgewohnheiten ebenso viel bringen würden. Sie sollten auch nicht vergessen, dass eine Teilnahme an diesen Programmen eben nicht Pflicht ist; deshalb ist auch nicht garantiert, dass sie dann diese fünf- bis zehnjährigen fettleibigen Kinder auch wirklich erfassen.

In diesem Sinne ist es also keine Absage. Es ist so, wie unser Finanzminister gesagt hat: aufgeschoben, nicht aufgehoben. Das wird kommen, aber nicht jetzt mit einem budgetmässigen Schnellschuss.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.041/3537)

Für den Antrag der Mehrheit 74 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 68 Stimmen

525 Verteidigung

525 Défense

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Kiener Nellen, Dormond, Fässler, Frösch, Hofmann Urs, Marti Werner, Rey, Vollmer)

A2150.0100 Rüstungsmaterial (inklusive MIMP)

Fr. 660 000 000

Antrag der Minderheit

(Kiener Nellen, Fässler, Frösch, Hofmann Urs, Marti Werner, Rey, Vollmer)

A2150.0102 Ausrüstung und Erneuerungsbedarf (AEB)

Fr. 274 000 000

Antrag Lang

A2111.0155 Friedensförderung

Fr. 57 000 000

Schriftliche Begründung

Die Nato ist ein Sonderbund des reichen Nordwestens dieses Planeten, der sich auf Kosten der Uno zu einem globalen Offensivbündnis entwickelt. Die erklärten Ziele der Nato sind die Sicherung der Rohstoffquellen und -routen zugunsten eines unökologischen Wirtschaftssystems, die geostrategische Kontrolle insbesondere über China und Indien sowie die Abwehr von Flüchtlingsströmen. Jegliches Engagement mit der Nato, deren gewichtigste Mitglieder sich um das Völkerrecht foutieren, widerspricht einer aktiven Friedens- und Neutralitätspolitik. Beispielsweise besteht der begründete Verdacht, dass die Schweiz mit ihrer Mitgliedschaft

in der Nato-Partnership for Peace (PfP) mindestens indirekt dazu beigetragen hat, dass ihr PfP-Schwerpunktland Bulgarien 2003 im irakischen Sumpf gelandet ist. Die Nato ist für den weltweiten Frieden, auch den in Afghanistan, nicht förderlich, sondern hinderlich. Deshalb soll die Schweiz zu ihr die Distanz und nicht die Nähe pflegen. Deshalb soll auf die beiden direkten Nato-Beiträge von 460 000 Franken im EDA- und von 3,4 Millionen Franken im VBS-Budget verzichtet werden – zugunsten einer Erhöhung der Beiträge an die Uno.

Antrag Schwander

A2111.0155 Friedensförderung

Fr. 54 375 300

Schriftliche Begründung

Der Mehraufwand gegenüber dem Voranschlag 2006 von knapp 6 Millionen Franken wird mit dem Ausbau im Bereich Friedensförderung begründet. Im Zentrum dieses Ausbaus steht die Bildung eines Peace Support Operations Bat (PSO Bat). Allerdings ist das PSO Bat nur im Rahmen des Entwicklungsschrittes 2008–2011 vorgesehen und geplant. Da der Nationalrat den Entwicklungsschritt 2008–2011 abgelehnt hat und die Revision vorerst verschoben ist, kann und darf das PSO Bat im Jahr 2007 nicht bewilligt und gebildet werden.

Antrag John-Calame

A2150.0103 Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung (PEB)

Streichen

Schriftliche Begründung

Die zukünftige Entwicklung der Armee ist völlig offen. Es ist deshalb falsch, für die Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung von Rüstungsgerät, dessen Notwendigkeit unklar ist, Investitionen zu tätigen.

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Kiener Nellen, Dormond, Fässler, Frösch, Hofmann Urs, Marti Werner, Rey, Vollmer)

A2150.0100 Matériel d'armement (y compris TVA sur les importations)

Fr. 660 000 000

Proposition de la minorité

(Kiener Nellen, Fässler, Frösch, Hofmann Urs, Marti Werner, Rey, Vollmer)

A2150.0102 Equipement et matériel à renouveler (EMR)

Fr. 274 000 000

Proposition Lang

A2111.0155 Promotion de la paix

Fr. 57 000 000

Proposition Schwander

A2111.0155 Promotion de la paix

Fr. 54 375 300

Proposition John-Calame

A2150.0103 Etudes de projets, essais et préparatifs d'achats

Biffer

Développement par écrit

Les options concernant le développement futur de l'armée sont encore entièrement ouvertes, dès lors il est prématuré de prévoir des investissements pour des études de projets, des essais et des préparatifs d'achats pour du matériel d'armement pour lequel la nécessité n'est pas clairement établie.

Pos. 525.A2111.0155

Schwander Pirmin (V, SZ): Ich beantrage Ihnen hier, die Position «Friedensförderung» um 6 Millionen Franken zu kürzen.

Warum? Es gibt zwei Gründe. Die Teilnahme der Schweiz an der multinationalen Kosovo-Force kann reduziert werden. Die Schweiz beteiligt sich bereits über die Uno-Beiträge an friedenserhaltenden Missionen in Libanon, in Kosovo, in Kongo, in Äthiopien und in Eritrea. Doppelspurigkeiten sind zu vermeiden. Die Effektivität und Effizienz sind wegen des Kostendrucks zu überprüfen. Auch ist zu berücksichtigen, dass z. B. unter der Rubrik «Zivile Konfliktbearbeitung und Menschenrechte» beim EDA auch Positionen für die zivile Konfliktbearbeitung auf dem Balkan, unter anderem eben auch in Kosovo, eingesetzt sind. Der Hauptgrund liegt aber darin, dass die Mehraufwände von rund 5,5 Millionen Franken vor allem mit der Bildung eines Peace Support Operations Bat (PSO-Bat) begründet wird. Dieses Bat ist im Entwicklungsschritt 2008–2011 geplant. Da der Entwicklungsschritt 2008–2011 vom Nationalrat klar abgelehnt wurde, darf dieses PSO-Bat auch nicht gebildet werden.

Ich bitte Sie daher um Unterstützung meines Einzelantrages.

Lang Josef (G, ZG): In der gestrigen Debatte hat Kollega Loepfe die Nato mit dem Argument verteidigt, sie schaffe Sicherheit. Ich habe vor gut einem Monat unter anderem mit hohen Schweizer Offizieren in Afghanistan geweilt. Über das, was die USA und die Nato vor allem im Süden anrichten, schütteln in Afghanistan die heftigsten Gegner der Taliban die Köpfe am heftigsten. Die fremden Truppen stärken die Taliban gesellschaftlich und politisch mehr, als sie sie militärisch schwächen. Die Nato macht Afghanistan nicht sicherer, sondern unsicherer – schauen wir doch genauer hin! Wer immer noch glaubt, Nato-Soldaten seien bloss behelmte Entwicklungshelfer, dem rufe ich den USA-Appell an die Bundeswehr in Erinnerung: Die Deutschen müssen das Töten lernen!

Die Nähe zur Nato, beispielsweise über die sogenannte Partnership for Peace (PfP), widerspricht einer aktiven Neutralitäts- und erst recht Friedenspolitik; deshalb der Antrag, die Position Friedensförderung um den Nato-Anteil zu kürzen. Weiter unterstütze ich den Antrag Schwander auf Kürzung um den Kredit für das PSO-Bataillon, für das es realpolitisch ohnehin keine Verwendung gibt.

Zum Schluss noch zwei Berichtigungen: In der heutigen Berichterstattung wird der Eindruck erweckt, Kollega Vollmer habe gestern behauptet, das Volk habe über PfP entschieden. Kollega Vollmer hat gestern aber nicht das gesagt, sondern er hat gesagt, das Parlament habe über PfP entschieden. Aber auch das ist nicht richtig: Bloss die Kommissionen wurden konsultiert, PfP war eine reine Exekutiventscheidung.

Kleiner Marianne (RL, AR): Ich bitte Sie, sowohl den Antrag Schwander wie auch den Antrag Lang abzulehnen. Die FDP ist der Ansicht, dass diese friedenserhaltenden Einsätze eine sehr wichtige Sache sind und dass es nicht angeht, hier einen grossen Teil des Budgets zu streichen. Hier würden vor allem die Einsätze in Bosnien und Kosovo darunter leiden. Wer meint, mit diesen Streichungen etwas zu sparen, täuscht sich. Es könnte nämlich sehr leicht der Fall sein, dass uns das sehr teuer zu stehen käme, nämlich dann, wenn Konflikte wieder ausbrechen und, wie Sie wissen, wieder gewisse Flüchtlingsströme in Gang setzen würden.

Diese Einsätze sind für alle Staaten teuer, und es ist nur richtig, wenn die Schweiz, die jeweils einen grossen Teil der Flüchtlinge aufzunehmen hat, hier auch etwas dafür tut, dass diese friedenserhaltenden Einsätze durchgeführt werden können. Ich bin manchmal nicht so ganz sicher, ob die SVP eigentlich möchte, dass diese Flüchtlingsbewegungen gestoppt werden, oder ob sie das vielleicht gar nicht wirklich will.

Ich bitte Sie auch, den Antrag Lang abzulehnen. Das Budget, das das VBS für diese friedensfördernden Massnahmen vorlegt, ist in der Höhe genau richtig.

Loepfe Arthur (C, AI): Die «Armee XXI» sieht friedenserhaltende Einsätze vor. Ich glaube, es ist nicht richtig, wenn das Parlament hingeht und diese Absicht des Volkes, die durch einen Volksentscheid mit erheblichem Mehr dokumentiert ist, jetzt wieder rückgängig macht oder stark reduziert. Es kommt weiter hinzu, wie meine Vorrednerin gesagt hat: Wenn wir einen Beitrag für den Frieden und die Ruhe vor unserer Haustüre leisten wollen, wie z. B. im Balkan, dann ist das in unserem Interesse. Wir können ja nicht einfach zusehen, wie sich andere Völker gegenseitig umbringen. Mindestens sind wir auch aufgrund unserer ethischen und christlichen Werte verpflichtet, dort, wo wir jemandem helfen können, auch zu helfen.

Herr Lang, ich habe es gestern schon gesagt: Wenn Sie helfen wollen, dann brauchen Sie Sicherheit; das wissen Sie ganz genau. Ohne Sicherheit kann niemand helfen. Sie sehen die Dramen in Darfur und auch andernorts; wir schauen einfach vom Fernsehfauteuil aus zu, wie dort Frauen und Kinder umgebracht, vergewaltigt und vertrieben werden. Es geht niemand hin und ist bereit – es ist natürlich freiwillig, wir gehen sowieso nicht hin –, dort möglicherweise Soldaten zu opfern, um anderen zu helfen. Ohne Sicherheit gibt es keine Hilfe. Man hat, wie auch lange in Afghanistan, mit gutem Willen und guten Absichten versucht, auf diese Weise Verhältnisse zu schaffen, in denen sich möglicherweise eine Demokratie entwickeln könnte, zum Beispiel damit Frauen und Mädchen in die Schule gehen könnten. Das war dann aber nicht der Fall. All das wollte man begünstigen, damit Fortschritte gemacht werden können. Es werden Opfer gebracht. Wenn andere Länder dort Leute verlieren, machen sie das nicht zum Vergnügen. Wenn die Taliban oder wer auch immer es sei diese Bemühungen wieder zunichte machen, dann gehen diese Leute halt eines Tages wieder nach Hause, und die Verhältnisse sind gleich oder noch schlimmer als vorher. Aber das ist auch keine Lösung. Wir können nicht einfach zusehen. Darum bitte ich Sie, das Möglichste, das Vernünftigste zu tun. Man muss dabei auch lernen. Aber lehnen Sie bitte beide Einzelanträge ab.

Pfister Theophil (V, SG): Ich bitte Sie, den Antrag Schwander anzunehmen und den Antrag Lang abzulehnen. Worum geht es? Es geht hier nicht einfach um die regulären Kredite für Kosovo, sondern hier geht es um das PSO-Bat, ein neues, missionsunabhängiges Bataillon, das neu geschaffen werden soll. Wir haben in Flims über den Entwicklungsschritt 2008–2011 debattiert, und wir haben im Rahmen dieses Entwicklungsschrittes natürlich gesehen, welche neuen Elemente hier mit eingebaut werden können. Hier haben wir einen Teil davon, und es macht nun wirklich keinen Sinn, über das Budget dieses Bataillon zu finanzieren, das in seinem Einsatz letztlich noch völlig in der Luft hängt. Ich bitte Sie, dem Antrag Schwander zuzustimmen.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Ich ersuche Sie, beide Anträge abzulehnen, und ich begründe das wie folgt: Eine Kürzung um 5 Millionen Franken in diesem Bereich der Friedensförderung hätte zur Folge, dass gewisse Vorbereitungen, insbesondere in der Rekrutierung für diese PSO-Einheit, nicht rechtzeitig an die Hand genommen werden könnten. 3 Millionen davon dienen auch der qualitativen Verbesserung des Rekrutierungswesens im Bereiche der Friedensförderungseinsätze. Eine Million schliesslich ist eine Übertragung aus dem Bereich der Direktion für Sicherheitspolitik auf das Projekt Partnership for Peace und dient dort dem Einsatz eines Ausbildners für eine Mission in Ghana. Es handelt sich in jedem Fall um Vorbereitungsfinanzierungen im Bereich der Rekrutierung – auch für freiwillige PSO-Einsätze – und um einen konkreten Einsatz in Ghana. Das ist der Grund, weshalb der Bundesrat Ihnen beantragt, bei der vorgeschlagenen Lösung zu bleiben und diese beiden Einzelanträge abzulehnen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die Berichterstatter verzichten auf das Wort.

Erste Abstimmung – Premier vote
(namentlich – nominativ: Beilage – Annexe 06.041/3538)
Für den Antrag Lang 34 Stimmen
Dagegen 82 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote
(namentlich – nominativ: Beilage – Annexe 06.041/3539)
Für den Antrag Schwander.... 49 Stimmen
Dagegen 104 Stimmen

Pos. 525.A2150.0100, 525.A2150.0102

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): In Absprache mit den Antragstellern der Minderheitsanträge werden wir über die beiden Positionen «Rüstungsmaterial (inkl. MIMP)» und «Ausrüstung und Erneuerungsbedarf (AEB)» eine gemeinsame Debatte führen.

Kiener Nellen Margret (S, BE): Mit diesen Minderheitsanträgen soll erreicht werden, dass die Beschaffung von Rüstungsmaterial sowie der Bereich «Ausrüstungsmaterial und Erneuerungsbedarf» marktgerechter und kostengünstiger gehandhabt werden. Mit einer Budgetkürzung von 10 Prozent können rund 100 Millionen Franken Einsparungen beim Budget 2007 gemacht werden, und zwar – davon sind wir überzeugt – ohne dass der Beschaffungsumfang reduziert werden muss.

Herr Kommissionssprecher Kaufmann hat in der Eintretensdebatte darauf hingewiesen, dass die Linke am meisten Kosteneinsparungen beim Budget 2007 vorschlägt. Diese Minderheitsanträge sind ein Pfeiler dieser Einsparungen, welche die Linke vorschlägt. Unsere Anträge auf Ausgaben-erhöhungen beim Budget 2007 sind daher finanziert, das auch innerhalb dieses Austeritätsbudgets 2007.

Auch das VBS soll also das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (BoeB) anwenden und kostenminimierend beschaffen, wie dies die meisten Gemeinden und Kantone seit Jahren mit Erfolg tun. In jüngster Zeit haben mehrere Beispiele aufgezeigt, dass beim VBS leider noch nicht in allen Fällen rechtmässig und wettbewerbsorientiert beschafft wird.

1. Beim Helikopter wurde die Gewichtung und Priorisierung der Zuschlagskriterien während des laufenden Verfahrens von Transport auf Schulung verändert. Daraus resultierte ein teureres Produkt. Die Voruntersuchung der Wettbewerbskommission ist am Laufen.

2. Die Eidgenössische Finanzkontrolle hielt im Jahresbericht 2005 fest, dass die Armeepothek beim Beschaffungswesen in mehreren Fällen die gesetzlichen Vorgaben nicht einhielt. Das Gesetz schreibt den Grundsatz des freien Wettbewerbs vor. Wenn dieser fehlt, kommt die freihändige Vergabe zum Zuge, und zwar nur dann, wenn diese zulässig ist. Die Finanzkontrolle prüfte vierzehn freihändig vergebene Aufträge und kam zum Schluss, dass bei einigen der freie Wettbewerb durchaus angezeigt gewesen wäre. Die freihändige Vergabe muss restriktiv gehandhabt werden. Sie ist nachvollziehbar zu begründen und zu dokumentieren.

Weiter gab die Finanzkontrolle Empfehlungen ab, dass bei repetitiven Aufträgen – diese sind bei Armeebeschaffungen sehr häufig – mit Blick auf die wirtschaftliche und sparsame Mittelverwendung Mehrjahresverträge abgeschlossen werden sollen und dass bei Erstaufträgen von Grossbeschaffungen, die häufig sind, mit möglichen grösseren Folgeaufträgen zu Beginn ein Gesamtvolumen mit Nachfolgeoptionen auszuschreiben ist. So könnten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, je nach späterem Bedarf diese Optionen kostengünstiger einzulösen oder aber darauf zu verzichten.

Im Zusammenhang mit den freihändigen Vergaben warf die Finanzkontrolle die Frage auf, inwiefern der Ausnahmefall gemäss Artikel 3 BoeB überhaupt anwendbar ist. Die Finanzkontrolle kam zur Auffassung, dass diese Ausnahme

bei keinem der geprüften Geschäfte zutraf. Das BoeB wird also zu oft nicht oder zu wenig wettbewerbsorientiert angewendet.

Ein weiterer Fall ist die Beschaffung des Béret-Emblems. Bei diesem Emblem, das die Bérets unserer Soldatinnen und Soldaten ziert, wurden die Zuschlagskriterien völlig falsch eingesetzt. Die Finanzkommission konnte sich davon überzeugen. Der Preis wurde nämlich mit bloss 30 Prozent, die Qualität hingegen mit 70 Prozent eingesetzt. Dabei enthält das Submissionsgesetz eine einschlägige Bestimmung, die lautet: «Der Zuschlag für weitgehend standardisierte Güter kann auch ausschliesslich nach dem Kriterium des niedrigsten Preises erfolgen.» Mit anderen Worten: Das BoeB sieht vor, dass das Zuschlagskriterium Preis bei Standard- oder Massengütern mit bis zu 100 Prozent gewichtet werden kann, wobei Qualitätskriterien höchstens marginal gewichtet werden können. Denn die Gewährleistung der Qualität kann in solchen Fällen bereits über die Eignungskriterien erfolgen. Ebenso ist gemäss früheren Grundsatzdiskussionen in diesem Parlament auf teure Helvetisierungen zu verzichten. Die PC21-Beschaffung des Bundesrates ist diesbezüglich ein besonderer Sündenfall. Ich habe dagegen motioniert. Ferner ist überhaupt von Hoflieferanten abzusehen, und die Verfahren sind wettbewerbsorientiert zu konzipieren. Das heisst: Es muss auch einmal das offene Verfahren durchgeführt werden, auch wenn es aufgrund des Gesetzes noch nicht zwingend ist, jedoch damit ein tieferer Preis erzielt werden kann. Insbesondere ist das freihändige Verfahren aber grundsätzlich äusserst restriktiv anzuwenden, die dort möglichen Rabatte, Optionen und Mehrjahresverträge hingegen sind extensiv als Instrumente zur Kostensenkung systematisch anzuwenden.

Gemäss den Anträgen der Minderheit soll es bezüglich Volumen kaum Reduktionen in den Beschaffungsvorhaben geben. Das heisst: Diese können im vorgesehenen Lieferumfang erfolgen, wenn die Verfahren gesetzmässig und zugunsten des Wettbewerbs durchgeführt werden und wenn die Eignungs- und Zuschlagskriterien fach- und zeitgerecht gehandhabt werden.

Zusammengefasst: Wettbewerb und Preis sollen vermehrt dominieren, auch beim Rüstungsmaterial. Nur über den Druck der Budgetmittel – das haben die jüngsten Vorfälle gezeigt – können die Beschaffungsstellen dazu gebracht werden, die Verfahren wirklich zeit- und fachgerecht und gesetzmässig zu gestalten. Optimierungspotenzial wurde sogar vonseiten von Bundesrat Schmid zugestanden.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, unsere Minderheitsanträge zu unterstützen.

Kleiner Marianne (RL, AR): Die Minderheitsanträge Kiener Nellen wollen, dass Beschaffungen beim VBS marktgerechter und günstiger bewerkstelligt werden können. Sie sagt ausdrücklich, dass sie nicht die Absicht habe, Rüstungskäufe zu torpedieren. Dieses an sich sympathische Anliegen ist dennoch abzulehnen. Wenn wir hier von einer Kürzung von ungefähr 10 Prozent ausgehen würden, dann hätte das VBS nicht mehr die notwendigen Mittel, um die Rüstungskäufe zu tätigen.

Ich glaube, wir dürfen mit gutem Grund davon ausgehen, dass das VBS das ihm Mögliche tut, um seine Rüstungskäufe marktgerecht zu tätigen, denn wie wir alle wissen, musste das VBS in den letzten Jahren Jahr für Jahr Kürzungen hinnehmen, und es ist im ureigenen Interesse des VBS, dass es seine Rüstungskäufe so günstig und haushälterisch wie möglich tätigt.

Zudem handelt es sich hier um einen Zahlungskredit. Das Anliegen von Frau Kiener Nellen wäre allenfalls noch möglich, wenn man über einen Verpflichtungskredit diskutieren würde. Frau Kiener Nellen stellt auch die Rechtmässigkeit der Rüstungsbeschaffung infrage. Ich glaube, das ist ein bisschen starker Tobak, den sie serviert. Wir konnten uns in der Subkommission erklären lassen, wie diese Rüstungskäufe getätigt werden, und ich möchte nicht verhehlen, dass unser Eindruck auch ein bisschen zwiespältig war. Hier gibt es ganz sicher ein bisschen Verbesserungspotenzial, und das

VBS hat diese Potenziale auch erkannt. Immerhin darf man sagen, dass die Eidgenössische Finanzkontrolle der Armee im Ganzen ein professionelles Beschaffungsverhalten attestiert. Der Wettbewerb bei Rüstungsbeschaffungen ist beschränkt, weil es kaum noch Firmen gibt, die ohne irgendwelche wirtschaftliche Verbindungen und Abhängigkeiten existieren.

Die Preisbildung kann sich nicht vollständig dem freien Wettbewerb anpassen; der freien Preisbildung sind gewisse Grenzen gesetzt. Das hindert aber das VBS nicht, die Verfahren so korrekt wie möglich abzuwickeln, auch wenn man sich bewusst sein muss, dass es eine klinisch saubere Preisbildung auf diesem Markt kaum geben kann.

Ich möchte Sie bitten, diese Minderheitsanträge – auch wenn sie sympathisch klingen – abzulehnen. Es geht hier um einen Zahlungskredit. Allenfalls müsste man diese Anliegen bei den Verpflichtungskrediten anbringen.

John-Calame Francine (G, NE): L'argumentation que je développe ici vaut pour les points du budget concernant la position 525.A2150.0100, Matériel d'armement, et la position 525.A2150.0102, Equipement et matériel à renouveler, de même que pour ma proposition à la position 525.A2150.0103, Etudes de projets, essais et préparatifs d'achats. Comme vous le savez, le groupe des Verts est d'avis qu'il ne sert à rien de renouveler notre matériel d'armement tant que notre armée n'aura pas fini sa mue, qu'elle n'aura pas défini ses tâches.

En fonction des risques qui ont été déterminés par nos spécialistes, il nous paraît tout à fait inutile et inopportun de continuer à investir dans du matériel d'armement pour des montants aussi importants. Les options concernant le développement futur de l'armée sont encore entièrement ouvertes; dès lors, il est prématuré de prévoir de tels investissements, que ce soit pour l'achat ou le renouvellement de matériel ou pour des études de projets, des essais et des préparatifs en vue de ces achats de matériel d'armement pour lequel la nécessité n'est pas clairement établie.

Les plus grands risques auxquels devra faire face notre pays ont été identifiés: il s'agit du terrorisme et des catastrophes naturelles dues au réchauffement du climat. Pensez-vous réellement que l'acquisition de matériel militaire, qu'il s'agisse de chars, de nouveaux avions ou d'armes lourdes, sera d'une quelconque utilité pour répondre à ces nouveaux risques? Les Verts se permettent d'en douter et vous invitent à soutenir un moratoire sur les investissements à venir dans le domaine de l'armement.

La sécurité intérieure doit être assurée par la police ou par un service civil, mais pas par l'armée. Ce n'est pas dans ses compétences. La dérive actuelle qui veut que l'armée soit la réponse adéquate au maintien de l'ordre lors de certains matchs de football, comme ceux prévus dans le cadre de l'Euro 2008, ou lors de manifestations comme le World Economic Forum de Davos, ou pour la surveillance des ambassades, ne nous convainc pas. Les policiers professionnels ont acquis d'autres compétences que de simples soldats qui ne sont pas formés pour assumer ce genre de tâches.

Le groupe des Verts souhaite que le Conseil fédéral s'engage davantage dans la promotion civile de la paix. C'est un objectif clair qui favorise le développement de certains pays et leur garantit la stabilité à long terme, favorisant ainsi leur autonomie financière et économique. Pour parler en langage militaire, il s'agit certainement de la meilleure arme pour lutter efficacement contre la pauvreté et par conséquent pour arriver à une plus grande stabilité au niveau mondial.

Vous l'aurez compris, la vision de la politique sécuritaire du groupe des Verts s'inscrit résolument et définitivement dans une voie pacifiste, la seule à même de garantir la prospérité et une meilleure qualité de vie.

Le groupe des Verts dit fermement non à l'achat de nouveau matériel d'armement et au renouvellement du matériel précité, et oui au développement de nouvelles stratégies pour la promotion civile de la paix.

Pfister Theophil (V, SG): Ich spreche namens der SVP-Fraktion zu den Anträgen der Minderheit Kiener Nellen. Die Beschaffungsorganisation von Rüstungsmaterial für die Armee ist in den Kommissionen, aber auch im Bundesrat ein aktuelles Thema. Hier sind Verbesserungen notwendig, die wir hier im Rat insbesondere beim letzten Rüstungsprogramm heftig diskutiert haben. Das Problem liegt beim Preis der beschafften Güter und bei der Flexibilität beim Einkauf und bei den Anforderungen. Aber hier geht es nicht um neue Verträge, hier geht es vorwiegend um die Zahlung von bestelltem Material, also um Zahlungskredite.

Vorgestern konnte ich in der «Solothurner Zeitung» die Aussage eines sehr hohen Armeeführers darüber lesen, was die allenfalls zu beschaffenden neuen 10 bis 13 Kampfflieger der Armee künftig kosten werden. Menge und Preis sind also schon vorgegeben, noch bevor Verhandlungen stattgefunden haben; da sind wir im Einkaufsprozess noch nicht auf einer vernünftigen Stufe angelangt. Die Lieferanten wissen zumindest schon von zuständiger Seite, was wir etwa zu zahlen bereit sind und wie gross der Bedarf ist. Die Kürzung von Zahlungskrediten aber ist der falsche Weg, um bessere Bedingungen zu erhalten. Dabei müssten Verträge gebrochen werden; das dürfen wir nicht. Die vom Bundesrat eingeleitete Konzentration der Beschaffung ist darum zu begrüssen, sie ist auch notwendig.

Die SVP-Fraktion bittet Sie, bei diesen beiden Minderheitsanträgen von linker Seite der Mehrheit und dem Bundesrat zu folgen.

Loepfe Arthur (C, AI): Frau Kiener Nellen hat nun ausführlich über die Optimierung von Vergabeverfahren im Rüstungsbereich gesprochen. Da gibt es immer Verbesserungsmöglichkeiten, dafür ist die Kommission auch da. Die Kommission hat diese Wünsche und Probleme aufgezeigt. Es wird daran gearbeitet. Wie überall, wo man beschafft, gibt es manchmal kleinere oder grössere Fehler, die man dann ausmerzen muss. Hier geht es aber nicht um ein Vergabeverfahren, sondern um einen Zahlungskredit.

Die Mittel im VBS werden haushälterisch eingesetzt. Die Wünsche wären weit grösser als die Geldmittel, die zur Verfügung stehen. Das wissen wir. Es gibt kein Departement, das in den letzten zehn Jahren nur annähernd solche Budgetkürzungen erleiden musste – Realkürzungen um die Hälfte des Budgets im Vergleich zum Wert von 1990. Man wird also den Franken zweimal umdrehen, bevor man ihn für etwas ausgibt, das nicht nötig oder zu teuer ist und das man anderswo billiger haben könnte. Mit den 3,8 Milliarden Franken ist der Rahmen für die Armee gegeben. Darin muss alles Platz haben. Es ist also eng – das zwingt zur Optimierung.

Es geht hier um die Umsetzung der Rüstungsprogramme, die genehmigt sind und für die Verpflichtungskredite gesprochen worden sind. Verpflichtungen sind auch eingegangen worden. Man kann jetzt also nicht einfach hingehen und sagen: «Ja, das ist ja alles nichts. Wir kürzen jetzt einmal hier rasch um 73 Millionen Franken.» So geht das nicht, vor allem nicht mit dem Vorwand, man würde im VBS zu wenig optimal einkaufen.

Frau Kiener Nellen, es ist Ihr gutes Recht, gegen die Armee zu sein. Dann sagen Sie es doch einfach, und stimmen Sie doch generell gegen diese Rüstungskredite. Dann wären Sie ehrlich. Aber versuchen Sie nicht, mit allen Vorwänden, die sich irgendwo bieten, indirekt Ihr Ziel zu verfolgen.

Zur Ausrüstung und zum Erneuerungsbedarf, der zweiten Position – hierzu wird auch Herr Marti Werner noch etwas sagen –: Hier will man auch um 30 Millionen Franken kürzen. Hier geht es ja unter anderem um die Analyse von Projekten für die Zukunft. Wenn man wissen will, was man eines Tages beschaffen will, was man dem Parlament im Sinne von Rüstungsprogrammen vorlegen will, dann muss man diese Entscheide in technischer und finanzwirtschaftlicher Hinsicht umfangreich, genau und seriös vorbereiten. Das braucht Zeit, was auch eben etwas kostet. Wir sind doch daran interessiert, dass diese Entscheide gut vorbereitet werden.

Diese Kredite hängen auch nicht mit dem Entwicklungsschritt 2008–2011 zusammen. Das hat damit überhaupt nichts zu tun. Auch wenn die Armee so bleibt, wie sie ist, oder falls sie viel kleiner würde, wie Herr Marti Werner, mein Nachredner, sie haben möchte, braucht man diese Führungssysteme dennoch.

Herr Marti, es ist nicht so wie damals in unserer gemeinsamen Dienstzeit. Da haben wir noch mit Packpapier und Plastik gearbeitet. Diese Zeiten sind vorbei. Heute gibt es eben die Elektronik. Hier hat die Armee einen grossen Nachholbedarf, auch in der Zusammenarbeit mit den zivilen Behörden im Rahmen von subsidiären Einsätzen. Ich denke zum Beispiel an Katastrophen, wo es darum geht, rasch und anhaltend elektronisch den Überblick über die Ereignisse zu haben, zu wissen, wer wo im Einsatz ist, wo welche Schadenfälle passiert sind. Wir brauchen also diese modernen Systeme – so oder so.

Es wird dann auch immer wieder von Marschhalt gesprochen. Da muss ich Ihnen sagen: Wenn Sie in solchen Rüstungsbeschaffungsprozessen Marschhalte machen, dann vergehen nachher möglicherweise Jahre, bis Sie das wieder aufgeholt haben. Dann haben Sie nachher einen grossen Nachholbedarf. Man kann bei laufenden Prozessen, bei laufenden Verträgen, wie auch Herr Pfister Theophil gesagt hat, doch nicht einfach hingehen und sagen: «Jetzt stoppen wir einmal; wir machen jetzt mal einen Marschhalt, und dann beginnen wir wieder.» Das können Sie schon sagen, aber dann kostet es entsprechend.

Wir bitten Sie also, in beiden Fällen der Mehrheit der Kommission zu folgen.

Marti Werner (S, GL): Da Herr Loepfe schon die Hälfte dessen gesagt hat, was ich sagen wollte, kann ich mein Votum kürzer fassen.

Es geht hier, Herr Loepfe, nicht um die Gretchenfrage «Armee – ja oder nein?», sondern es geht allein um die finanzpolitische Frage, ob auch beim VBS die vom Bund gesprochenen Gelder effizient eingesetzt werden sollen oder nicht. Um diese einfache Frage geht es. Und da stelle ich bei den Bürgerlichen, bei den harten Sparpolitikern auf bürgerlicher Seite, einfach einen Bruch in der Argumentation fest.

Wir haben bei vielen anderen Departementen jeweiligen Diskussionen geführt, ob die Ausgaben nun gerechtfertigt seien. Und selbst wenn bewiesen werden kann, dass die Ausgaben gerechtfertigt sind, wird beschlossen, diese Ausgaben zu kürzen. Beim VBS ist es gerade umgekehrt. Da können wir Ihnen im Rahmen des Beschaffungswesens darlegen, dass man billiger beschaffen könnte, aber gleichwohl wird dann hier argumentiert, man muss der Armee das Geld trotzdem geben, weil sie schon so viel gespart hat. Das ist doch keine Logik. Das Einzige, was wir wollen, ist, dass die Grundsätze gleich angewendet werden.

Ich möchte noch einen Eindruck korrigieren, der vielleicht entstanden ist. Wir haben in der Subkommission VBS nicht festgestellt, dass die Bestimmungen des öffentlichen Beschaffungswesens nicht richtig angewendet worden sind; sie sind formell sicher richtig angewendet worden. Es ist sogar ein Aufwand betrieben worden, der vermutlich nicht gerechtfertigt war. Aber es hat nicht zum Ziel geführt, weil man Kriterien verwendet hat, die nicht das günstigste Ergebnis zur Folge hatten, indem man bereits über die Eignungskriterien viele Bewerber ausschliesst und dann die Zuschlagskriterien so festlegt, dass der Preis schlussendlich marginalisiert wird. Wenn so gehandelt wird, dann übernehme ich Ihr Rezept. Das heisst: Wenn nicht anders gearbeitet wird, dann müssen wir finanzpolitisch Druck aufsetzen, dann müssen wir die entsprechenden Kredite kürzen.

Wenn wir diese Kredite kürzen, Herr Pfister, müssen keine Verträge gebrochen werden. Ihre Aussage ist in dieser generellen Art nicht richtig, denn viele Verträge sind noch nicht eingegangen worden. Sie können den entsprechenden Zahlungskrediten, die vorhanden sind, angepasst werden.

Ich ersuche Sie deshalb, bei beiden Positionen dem jeweiligen Antrag der Minderheit Kiener Nellen zuzustimmen.

Zu den Verpflichtungskrediten stelle ich einen Kürzungsantrag, den ich aber erst später, am Schluss der Debatte, begründen werde.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Die Anträge der Minderheit Kiener Nellen sehen eine Kürzung gegenüber dem Entwurf des Bundesrates vor. Sie wird damit begründet, dass qualifizierte Beschaffungsverfahren einen mindestens 10 Prozent günstigeren Einkauf erlauben würden. Insgesamt werden unter diesem Aspekt Kürzungen von 105 Millionen Franken anvisiert, nämlich 74 Millionen Franken beim Rüstungsmaterial und 31 Millionen im sogenannten AEB-Bereich. So viel zur Ausgangslage.

Zum Finanztechnischen: Der Einkauf wird über Verpflichtungskredite gesteuert. Diese geben den Höchstbetrag vor, bis zu dem Verpflichtungen eingegangen werden können bzw. bis zu dem überhaupt Beschaffungen getätigt werden dürfen. Wenn Sie lineare Kürzungen vornehmen wollen mit dem Ziel, bei der Beschaffung günstigere Bedingungen herauszuholen, dann wäre das, wenn überhaupt, eben bei den Verpflichtungskrediten vorzusehen. Hier ist nun anzumerken, dass der Wettbewerb bei Rüstungsbeschaffungen schon allein deshalb beschränkt ist, weil es kaum noch Firmen ohne irgendwelche wirtschaftliche Gebundenheiten und Abhängigkeiten gibt. Der Kürzungsantrag zielt also auf Voranschlagskredite, die jedoch mehrheitlich bereits eingegangene Verpflichtungen beinhalten. Stehen die Mittel nicht mehr zur Verfügung, müssten – und darauf hat, glaube ich, Herr Pfister hingewiesen – laufende Verpflichtungen in der Tat wieder rückgängig gemacht und neu verhandelt werden. Andere Vorhaben könnten gar nicht abgewickelt werden. Damit entstünde ein grosses Durcheinander.

Ich bitte Sie, diese Anträge abzulehnen.

Ich weise bei dieser Gelegenheit darauf hin, dass derzeit sowohl das öffentliche Beschaffungsrecht – wir werden demnächst mit einer Vorlage kommen – wie auch das Beschaffungswesen des Bundes, das bisher auf 42 Stellen beruhte, in Revision sind. Im Zuge der Verwaltungsreform werden diese auf 2 Stellen reduziert, wovon eine die Armasuisse sein wird. Sie wird als Beschaffungskompetenzzentrum gelten. Die andere wird sozusagen im zivilen Bereich angesiedelt sein, im Finanzdepartement, beim Bundesamt für Bauten und Logistik.

Wir haben in Zusammenhang mit dieser Verwaltungsreform natürlich auch Überlegungen zu möglichen Einsparungen angestellt, die man erzielt, wenn man als Nachfrager gewissermassen geballt auftritt. Man spricht dann von «economies of scale». Wir gehen davon aus, dass in diesem Zusammenhang mit einem Verbesserungspotenzial von 20 Millionen Franken gerechnet werden kann. Aber was hier beantragt wird, übersteigt die kühnsten Erwartungen bei weitem. Selbst bei einer noch so virtuellen Beschaffung wären Verbesserungen in dieser Grössenordnung nicht erzielbar.

Rey Jean-Noël (S, VS), pour la commission: La commission, par 13 voix contre 8, vous propose de soutenir le projet du Conseil fédéral.

Nous examinerons les deux positions suivantes. Concernant la position 525.A2150.0100, Matériel d'armement, il faut constater que les crédits de paiement prévus pour 2007 sont en diminution de près de 6 millions de francs par rapport à 2006 et de 12 millions de francs par rapport à 2005. Cette position a donc déjà été réduite par le Conseil fédéral durant ces trois dernières années.

A la position 525.A2150.0102, Equipement et matériel à renouveler, le budget est effectivement en augmentation, car il correspond aux besoins de paiement basés sur les messages sur l'acquisition de matériel d'armement, messages approuvés par ce Parlement. La majorité de la commission a rappelé qu'il s'agit ici de crédits de paiement et non pas de crédits d'engagement et que, par conséquent, la discussion de fond devrait être menée lorsque le Parlement se prononce sur les crédits d'engagement.

Ceci étant dit, la commission a pris au sérieux les propositions défendues par la minorité dans le sens qu'elle partage le souci d'une acquisition optimisée du matériel militaire. La majorité de la commission a rappelé la nécessité d'avoir des processus d'acquisition optimisés et constaté que le Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports veille déjà maintenant à ce que la concurrence fonctionne le mieux possible. Mais, dans un secteur industriel enchevêtré, ce n'est pas facile.

La majorité de la commission a pris acte avec satisfaction de la proposition du Conseil fédéral de réduire le nombre de responsables des acquisitions, actuellement de 42. A l'avenir il y aura deux positions pour les acquisitions: une pour le secteur civil, l'autre pour le secteur militaire.

La majorité vous propose de soutenir les demandes du Conseil fédéral.

Pos. 525.A2150.0100

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 95 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 60 Stimmen

Pos. 525.A2150.0102

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 97 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 50 Stimmen

Pos. 525.A2150.0103

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die Antragstellerin, Frau John-Calame, verzichtet auf das Wort. Auch Herr Bundesrat Merz und die Berichterstatter verzichten auf das Wort.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag John-Calame 41 Stimmen

Dagegen 106 Stimmen

Finanzdepartement – Département des finances

601 Eidgenössische Finanzverwaltung

601 Administration fédérale des finances

Antrag der Kommission

E1600.0001 Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital

Fr. 23 500 000 (nicht finanzierungswirksam)

A2600.0001 Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital

Fr. 64 721 200 (nicht finanzierungswirksam)

Proposition de la commission

E1600.0001 Prélèvement de fonds affectés, enregistrés sous capitaux de tiers

Fr. 23 500 000 (sans incidences financières)

A2600.0001 Attribution de fonds affectés, enregistrés sous capitaux de tiers

Fr. 64 721 200 (sans incidences financières)

606 Eidgenössische Zollverwaltung

606 Administration fédérale des douanes

Antrag der Kommission

E1100.0102 Tabaksteuer

Fr. 2 005 000 000

Proposition de la commission

E1100.0102 Impôt sur le tabac

Fr. 2 005 000 000

609 Bundesamt für Informatik und Telekommunikation
609 Office fédéral de l'informatique et de la télécommunication

Investitionsrechnung
Compte des investissements

Antrag der Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit
(Rey, Dormond, Fässler, Frösch, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Marti Werner, Vollmer)
Investitionsrechnung
A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)
Fr. 50 000 000

Proposition de la majorité
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité
(Rey, Dormond, Fässler, Frösch, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Marti Werner, Vollmer)
A8100.0001 Immobilis. corp. et incorp., provisions (enveloppe budgétaire)
Fr. 50 000 000

Hofmann Urs (S, AG): Bei diesem Minderheitsantrag geht es um die Frage, wie viele Mittel für Ersatzinvestitionen beim Bundesamt für Informatik und Telekommunikation zur Verfügung gestellt werden sollen. Das BIT besitzt heute EDV-Anlagen, also einen Maschinenpark, mit einem Anschaffungswert von rund 250 Millionen Franken. Nach allgemein anerkannten Grundsätzen ist schon für den kontinuierlichen Ersatz der bestehenden Anlagen von einem jährlichen Investitionsbedarf von rund einem Fünftel des gesamten Anlagewertes auszugehen. Hinzu kommen zusätzliche Investitionen für neue Applikationen. Das Investitionsbudget 2007 für das BIT sieht jedoch nur Neuinvestitionen von 20 Millionen Franken vor, somit weniger als einen Zehntel des Anschaffungswertes – dies, nachdem der Betrag im Rahmen der Sparmassnahmen zwischen 2002 und 2006 von damals 90 Millionen Franken jährlich immer weiter gesenkt wurde. Im Finanzplan 2008–2011 ist ein weiterer Investitionsrückgang auf noch 14 Millionen Franken jährlich geplant. Der Direktor des BIT hat bereits vor zwei Jahren auf diese verhängnisvolle Entwicklung hingewiesen und die wachsenden Risiken im EDV-Bereich aufgezeigt. Das BIT wird nun neu zum Flag-Amt. Es hat seine Leistungen an die Verwaltungsstellen des Bundes je länger, desto mehr in Konkurrenz zu privaten Anbietern zu erbringen. «Flag» bedeutet somit gerade hier vermehrtes unternehmerisches Denken und damit auch eine zusätzliche unternehmerische Verantwortung des BIT. Nimmt man Flag ernst, so wird künftig die Leitung des BIT noch vermehrt für die Qualität und die Sicherheit der angebotenen Leistungen verantwortlich zeichnen. Wer EDV-Leistungen bezieht, erwartet Topqualität, auch wenn es sich um den bundesinternen Leistungsanbieter handelt – oder gerade dann. Wir wollen, dass das EDV-Kompetenzzentrum des Bundes auch künftig Topleistungen anbieten kann und sowohl von der Qualität als auch von den Preisen her mit den besten privaten Firmen konkurrieren kann.

Will man dem BIT auch mittel- und langfristig eine faire Chance geben, so müssen ihm auch die für die Ersatzinvestitionen erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden, sonst kann das BIT den Auftrag, der ihm mit dem Leistungsauftrag überbunden wird, nicht erfüllen. Letztlich geht es darum, ob man Flag ernst nimmt und einem unter Flag arbeitenden Amt nicht nur Leistungen abverlangt, die sich am Markt orientieren, sondern ihm auch die in der Privatwirtschaft üblichen Investitionsmittel zur Verfügung stellt, damit es seine Verantwortung voll wahrnehmen kann. Denn eines ist schon heute klar: Kommt es infolge eines sich

anhäufenden Investitionsnachholbedarfs zu Fehlleistungen und Systemausfällen, so wird der Schwarze Peter mit Sicherheit dem BIT zugeschoben, und niemand anderer wird die Verantwortung übernehmen.

Wenn wir schon Ja sagen zu einem unternehmerischen Denken in diesem Bereich, dann müssen wir auch Ja sagen zu einer klaren Zuweisung der Verantwortung. Das können wir, indem wir Ja sagen zum Minderheitsantrag Rey.

Fässler-Osterwalder Hildegard (S, SG): Ein gut ausgebauten IT-System ist heute wohl aus keiner Organisation mehr wegzudenken. Dasselbe gilt selbstverständlich auch für den Bund. Deshalb haben wir in diesem Bereich auch Neuorganisationen vorgenommen, das BIT gegründet, und wir sehen vor, dass aus dem BIT ein Flag-Amt wird. Dieses Flag-Amt kann man aber nur starten lassen, wenn es auch mit genügend guter Infrastruktur ausgerüstet ist. Vom BIT selber wissen wir, dass diese 20 Millionen Franken, die jetzt im Budget vorgesehen sind, nicht reichen werden, um auch die nötigen Erneuerungsarbeiten machen zu können. Das können wir uns schlicht nicht leisten. Das BIT ist ein wichtiger Leistungserbringer, und wenn da einmal irgendetwas aufgrund von alten Servern oder was weiss ich passiert, dann kann das eine verheerende Kettenwirkung haben. Vielleicht fällt die Zentralbuchhaltung aus, die Zollabfertigung wird behindert, Auszahlungen von Arbeitslosengeldern werden verzögert. Das sind lauter Dinge, die wir uns nicht wünschen.

Für eine moderne, zuverlässige Leistungserbringung sind halt einfach auch die nötigen Mittel zu sprechen. Wir wissen, dass die Lebensdauer all dieser Infrastrukturen kurz ist, und deshalb muss man genügend flüssige Mittel zur Verfügung haben, um auch ständig die Anlagen zu erneuern. Das BIT ist ein Leistungserbringer, und jene, die Leistungen beziehen wollen, müssen sich darauf verlassen können, dass diese Leistungen auch zuverlässig erbracht werden. Wenn das nicht so ist, werden sie sich abwenden und diese Leistungen bei Privaten einkaufen, und das ist eigentlich nicht der Sinn dessen, was wir mit dem BIT geplant haben. Das BIT muss konkurrenzfähig gegenüber privaten Anbietern sein.

Statten wir es mit genügend Mitteln aus! Die Mittel sind vorhanden. Es wurde uns ja auch gesagt, es gebe überall noch Reserven, die man sozusagen zusammenkratzen könne, wenn das nötig wäre. Das Geld ist dringend nötig. Wir haben es. Bitte sprechen Sie hier diese 50 Millionen Franken. Sie werden es nicht bereuen.

Schelbert Louis (G, LU): Die grüne Fraktion beantragt Ihnen, dem Minderheitsantrag Rey zuzustimmen. Die Investitionen verringern sich seit mehreren Jahren. Dieser Trend würde mit der Ablehnung des Minderheitsantrages fortgesetzt. Wir können nicht nachvollziehen, dass die üblichen Lebensdauern nicht als Massstab für den Erneuerungsbedarf genommen werden. In unseren Augen lohnt es sich nicht, mit Sparbeschlüssen so hohe Risiken einzugehen. Wir halten dafür, den Intentionen des zuständigen Bundesamtes zu folgen. Dieses teilt nämlich die Auffassung des Departementes nicht. Die nötigen Reserven zur Aufstockung des Kredits wären da vorhanden.

Wir Grünen halten dafür, das BIT vor der Gefahr möglicher Wettbewerbsnachteile zu bewahren, und bitten Sie deshalb, dem Minderheitsantrag Rey zuzustimmen.

Zuppiger Bruno (V, ZH): Sie haben in diesem Saal für ein Projekt, das Nove-IT heisst, gegen 250 Millionen Franken gesprochen und investiert. Dabei haben Sie in ein neues Konzept für IT-Lösungen auf Stufe Bund investiert.

Diese Lösung hat ein paar wichtige Steuerungselemente. Eines ist die Strategie: Wir haben ein Strategieorgan des Bundes geschaffen, das sich aus den Generalsekretären der verschiedenen Departemente zusammensetzt. Wir haben die Normen und Standards geregelt. Diese sind im Aufgabenportfolio des Delegierten für IT-Fragen. Auch das Controlling auf Stufe Bund wurde mit Nove-IT geregelt.

Es ist natürlich klar, dass für die speziellen IT-Lösungen, welche die verschiedenen Ämter haben, die Verantwortung bei den Linienchefs ist – sei das bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung, sei das im Bundesamt für Landwirtschaft usw. Diese müssen bei den Spezifikationen schauen, dass das IT-System funktioniert. Nun will die Minderheit Rey sämtliche strategischen Reserven von IT-Mitteln, die wir in Bundesratsreserven und in zusätzlichen Reserven auf Stufe Finanzdepartement angelegt haben, damit eben für strategische Neuerungen auch Mittel zur Verfügung stehen, dem BIT als Leistungserbringer zuordnen. Ich glaube, das wäre falsch. Da wäre dieses Konzept durchbrochen, das wir gemacht haben, bei dem der Leistungserbringer über die Mittel verfügt und der Leistungserbringer auch bestimmt, welche Dinge erneuert werden müssen, und nicht mehr das Strategieorgan und auch nicht mehr der Delegierte des Bundes für IT-Fragen. Wenn wir dem System Nove-IT weiterhin die Stange halten möchten, dann dürfen wir diese Mittel nicht einfach dort wegnehmen, wo sie für bestimmte Projekte eingesetzt werden.

Herr Redli vom BIT führte aus, dass es natürlich schön wäre, wenn er mehr Mittel zur Verfügung hätte. Das sagt aber jeder Amtsdirektor, das liegt in der Natur der Sache. Aber Herr Redli kann mit der Vereinbarung leben, die er mit dem Strategieorgan des Bundes, aber auch mit dem EFD geschlossen hat. Diese Vereinbarung besagt, dass bis 20 Millionen Franken sofort freigestellt werden können, wenn Projekte anstehen, um diese eben auch zu vollziehen. In diesem Sinne bitte ich Sie, bei dieser einmal festgelegten Strategie zu bleiben und die Mittel jetzt nicht so umzuverteilen, dass sie nur noch beim Leistungserbringer sind und nicht mehr beim Strategieorgan und bei den Reserven des Bundesrates.

Loepfe Arthur (C, AI): Hier geht es um einen alten Zwist. Es geht um Zentralisieren oder Dezentralisieren der Informatikmittel. Alle, die in Unternehmen tätig sind, wissen oder können sich erinnern, dass dort dieser Zwist bis in die Achtzigerjahre hinein heftig ausgetragen wurde. Beim Bund war die Informatik bis 1999 durch die Informatiker gesteuert, und wir wissen alle, dass das ein Fehler war. Sie müssen die Informatik dezentralisieren. Die Verantwortung dafür, was gebraucht wird, welche Leistungen bezogen werden wollen, das ist Sache der Linienverantwortlichen, also derjenigen, die das System anwenden, und nicht des zentralen Leistungserbringers. Er möchte natürlich eine optimale Einrichtung haben und sie dann zu teuren Preisen an die zum Bezug gezwungenen Kunden weiterverrechnen.

Hier ist das System jetzt so ausgelegt, dass eben die Verantwortung für den Bezug, die Ausführung und die Tätigkeit dezentral ist. Die Strategie, die Standards und das Controlling sind auf Stufe Bund angesetzt, bei diesem Bundesamt. Diese Verantwortlichkeiten sind klar geregelt. Ich verstehe nicht, dass man jetzt daran wieder rütteln will. Es geht doch darum, dass man das Gesamtsystem optimiert und nicht einzelne Systemkomponenten, wie man das früher gemacht hat und wie man das jetzt wieder hört von diesem Bundesamt. Dieser Weg ist falsch. Ich kann Ihnen sagen und es Ihnen auch aus dem Protokoll vorlesen, dass die Eidgenössische Finanzkontrolle klar gesagt hat: «Wenn wir hier diese Aufstockung machen, dann wäre die Viertelmilliarde, die wir in Nove-IT investiert haben, weitgehend in den Sand gesetzt.» Das kann es ja nicht sein. Es wird von der Finanzkontrolle auch gesagt, dass diese geforderte Erhöhung der Gesamtwirtschaftlichkeit des Gesamtsystems widerspreche und dass die vorgeschlagene Aufstockung nicht den Vereinbarungen entspreche, die jetzt zwischen Leistungserbringern und Leistungsbezügern getroffen wurde.

Wir wollen ein gutes Gesamtsystem. Kein System ist optimal. Jeder hat noch Wünsche, sowohl bezüglich Dezentralität wie bezüglich Zentralität. Aber ich bin der Meinung, dass man hier eine vernünftige Lösung hat. Die Verantwortlichkeit und die Risiken sind bekannt. Man hat sie auch diskutiert. Dieses Gesamtsystem ist die bestmögliche Lösung.

Ich bitte Sie also, der Mehrheit zu folgen.

Steiner Rudolf (RL, SO): Auch die FDP-Fraktion empfiehlt Ihnen, der Mehrheit der Kommission zu folgen. Ich möchte nicht wiederholen, was die Vorredner Zuppiger und Loepfe bereits gesagt haben. Vielleicht noch zwei, drei Ergänzungen:

In der Kommission wurde überzeugend ausgeführt, dass eine Verdoppelung der Investitionsmittel gegenüber dem, was die Mehrheit vertritt, dem Wert der schon getätigten Investitionen nicht gerecht würde, unter anderem deshalb, weil man davon ausgeht, dass grosse Systeme in der Praxis eine wesentlich längere Nutzungsdauer als die zugrundegelegten fünf Jahre haben. Es ist auch wesentlich, dass die Berechnungen des BIT von einem Anlagewert von 250 Millionen Franken ausgehen, wogegen im Anlagespiegel des Bundes per 27. Oktober 2006 nur ein ausgewiesener Wert von 115 Millionen Franken eingesetzt wird. Sie müssen also unseres Erachtens die Investitionen, die wir heute beschliessen, budgetmässig den 115 Millionen Franken gemäss Anlagespiegel gegenüberstellen und nicht dem ursprünglichen Anschaffungswert.

Herr Loepfe hat bereits darauf hingewiesen, dass von der verlangten Aufstockung auch die Vereinbarungen, die mit den Bezüglern getroffen wurden, betroffen wären. Damit würde der Entscheidungsfindungsprozess des Sourcing ausgehebelt. Wesentlich scheint mir auch, was uns erklärt wurde und was nachgewiesen ist: Wir haben nicht nur von diesen 20 Millionen Franken, über die wir hier nun diskutieren, auszugehen, sondern zu diesen 20 Millionen Franken kommen noch die beim EFD eingestellten Mittel von 8 bis 9 Millionen Franken hinzu sowie die bei anderen Verwaltungseinheiten eingestellten Mittel von 6,5 bis 7,5 Millionen Franken, die nötigenfalls dem BIT im nächsten Jahr zur Verfügung stehen. So würden dann dem BIT gesamthaft nicht die 20 Millionen Franken, die jetzt bestritten werden, sondern gesamthaft 35 bis 38 Millionen Franken zur Verfügung stehen. Wenn Sie das wieder ins Verhältnis zum sogenannten Wert von 115 Millionen Franken im Anlagespiegel setzen, kommen Sie leicht zur Erkenntnis, dass die nötigen Investitionsreserven vorhanden sind.

Ich möchte Sie auch noch an die Vorstösse aus unserer Kommission im Zusammenhang mit Informatik und Kommunikationstechnologie erinnern; Herr Zuppiger hat bereits darauf hingewiesen. Wir haben dort klar festgehalten, dass wir das Strategieorgan des Bundes stärken möchten. Wir haben die Meinung, dass die Führungsarbeit und die Risikoanalyse auch bezüglich Ersatzanschaffungen bei diesem Strategieorgan angesiedelt sein müssen. Dort muss beurteilt werden, dort müssen die Prioritäten im Hinblick auf die Ersatzanschaffungen im Bereich der Informatik gesetzt werden. Sollte sich dann aufgrund der Risikoanalyse eine Priorisierung der Ausgaben aufdrängen, dann – davon sind wir überzeugt, das ist auch Teil des Systems – kann ein Teil dieser beim Strategieorgan angesiedelten Kredite zugunsten des BIT übertragen werden.

Aus all diesen Überlegungen bitten wir Sie, beim einmal gewählten System, das wir hier einlässlich diskutiert haben, zu bleiben und bei diesem Investitionskredit der Mehrheit der Kommission zuzustimmen.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Die Aufstockung hat zwei Aspekte: einen betriebswirtschaftlichen und einen leistungsbezogenen.

Der betriebswirtschaftliche Aspekt bzw. die betriebswirtschaftlichen Aspekte sind von Vorrednern weitgehend dargestellt worden; ich kann ausdrücklich bestätigen, dass auch die Zahlen stimmen. Namentlich ist es so, dass der Anlagespiegel für die Informatik beim BIT eigentlich einen Wert von 115 Millionen Franken ausweist und dass gar kein Grund besteht, eine Aufstockung zu einem Anlagewert von 250 Millionen Franken vorzunehmen, der vonseiten des BIT geltend gemacht wird. Aus der betriebswirtschaftlichen Sicht ist eine Aufstockung also nicht nötig. Ich bestätige auch ausdrücklich, dass dem BIT aus anderen Quellen noch Investitionsmittel in der Grössenordnung von etwa 20 Millionen Franken zur Verfügung stehen werden, sodass sich die Investitions-

summe letztlich bei etwa 36 Millionen Franken bewegen wird; damit kann das BIT rechnen. Ich bezweifle auch in keiner Weise den Bedarf nach einer guten Informatik; das ist selbstverständlich die Strategie des BIT, und es wird diese auch zugunsten der Bundesverwaltung verfolgen können.

Der zweite Aspekt ist die Sicht des Bedarfs. Da muss ich darauf hinweisen, dass es bestehende Vereinbarungen zwischen dem BIT und den Leistungsbezüglern gibt. Wenn Sie nun hingehen und die Kredite aufstocken, muss das BIT mit dem neuen Rechnungsmodell neu kalkulieren. Das widerspricht eigentlich den bisherigen Abmachungen. Man müsste dann die Preise erhöhen, und das BIT versucht heute schon, konkurrenzfähig anzubieten. Das gelingt in bestimmten Bereichen, aber noch nicht überall. Wir sollten die Situation nicht durch solche Aufstockungen verschlechtern, die sich dann letztlich auch in der Preisgestaltung auswirken. Schliesslich widerspricht eine Aufstockung auch der Gesamtwirtschaftlichkeit des ganzen IKT-Systems des Bundes.

Aus diesen Gründen ersuche ich Sie, den Anträgen der Mehrheit bzw. dem Bundesrat zuzustimmen und den Antrag der Minderheit Rey abzulehnen.

Fässler-Osterwalder Hildegard (S, SG): Herr Bundesrat, könnten Sie noch etwas besser ausführen, wieso die Preise erhöht werden müssten, wenn wir hier einen grösseren Betrag sprechen würden? Das hat mir noch nicht ganz eingeleuchtet.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Wir haben seit diesem Jahr das neue Rechnungsmodell. Dieses verpflichtet die Amtsstellen, selber zu kalkulieren. Wenn sie Investitionen haben, die sie amortisieren müssen, wirkt sich das preisbildend aus.

Kaufmann Hans (V, ZH), für die Kommission: Auf der Fahne sehen Sie eine Erhöhung der Investitionen für das BIT von 20 auf 50 Millionen Franken. Da müssen Sie beachten, dass hier noch eine Fussnote angeführt ist. Darin wird gesagt, dass es darum geht, die Reserven, die in verschiedenen Bundesämtern oder Departementen vorhanden sind, zu kompensieren. Es ist so, dass dem BIT im nächsten Jahr nicht nur diese 20 Millionen zur Verfügung stehen, sondern voraussichtlich auch weitere Investitionsbeträge, die aus diesen Reserven übertragen werden. Würde man diese Reserven kompensieren, dann würde man der Nove-IT-Philosophie eigentlich einen schlechten Dienst erweisen. Denn diese sieht vor, dass auf Stufe Bund die Strategie, die Standards und das Controlling erfolgen. Der IKT-Einsatz untersteht der Linie. Schliesslich haben wir die Ausführung bei den IT-Leistungserbringern. Diese müssen nicht zwingend intern sein. Wenn wir das Geld übertragen, dann haben die Linie, die Bundesämter, die die Leistungen einkaufen, gar keine Wahl mehr, weil die Geldmittel eben bereits übertragen wurden. Wenn wir das Geld nicht bei den Bundesämtern lassen, dann stellt sich tatsächlich auch die Frage nach der Risikoübernahme. Diese ist jetzt auch bei den Bundesämtern angesiedelt. Sie können entscheiden, ob sie zusätzliche Server einkaufen wollen oder nicht.

Es wurde schon erwähnt: Die Frage, ob ein Ersatzbedarf von 30 oder 50 Millionen Franken besteht, ist für uns Kommissionsmitglieder nicht leicht zu entscheiden. Aber die Fachleute haben uns dargestellt, dass 50 Millionen zu viel wären. Wenn wir das mit dem Anlagespiegel vergleichen, sehen wir, dass das eine Lebensdauer von etwa zweieinhalb Jahren bedeuten würde; wenn wir es auf die 250 Millionen Franken beziehen, eine von fünf Jahren. Hier gibt es unterschiedliche Auffassungen. Es gibt Leute, die meinen, dass diese Ausrüstung länger hält.

Aus diesem Grund bitten wir Sie, beim Entwurf des Bundesrates zu bleiben und die Mehrheit zu unterstützen. Dieser Entscheid ist ja mit 16 zu 7 Stimmen gefallen, auch wenn den Antrag der Minderheit 8 Personen unterschrieben haben.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 93 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 56 Stimmen

614 Personalamt

614 Office du personnel

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Hofmann Urs, Dormond, Fässler, Frösch, Kiener Nellen, Marti Werner, Rey, Vollmer, Walker Felix)

Erfolgsrechnung

A2101.0148 Kredit für besondere Personalkategorien

Fr. 29 085 600

Antrag der Minderheit

(Hofmann Urs, Dormond, Fässler, Frösch, Kiener Nellen, Marti Werner, Rey, Vollmer)

A2101.0149 Lohnmassnahmen

Fr. 137 380 900

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Hofmann Urs, Dormond, Fässler, Frösch, Kiener Nellen, Marti Werner, Rey, Vollmer, Walker Felix)

A2101.0148 Crédit pour certaines catégories de personnel

Fr. 29 085 600

Proposition de la minorité

(Hofmann Urs, Dormond, Fässler, Frösch, Kiener Nellen, Marti Werner, Rey, Vollmer)

A2101.0149 Mesures salariales

Fr. 137 380 900

Pos. 614.A2101.0148

Hofmann Urs (S, AG): Wir erinnern uns: In der Sommersession 2005 debattierten wir in diesem Saal über Massnahmen zur Verbesserung der Lehrstellensituation. Gefordert war auch der Bund, und zwar nicht nur mit Appellen an die Privatwirtschaft, sondern auch mit Taten im eigenen Haus. Der Nationalrat nahm eine Motion an, mit welcher er eine Erhöhung der Zahl der Lehrstellen und der Praktikumsplätze in der Bundesverwaltung verlangte. Der Bundesrat selbst formulierte eine Zielvorgabe von 4 Prozent an Lehrstellen, eine auch für uns akzeptable Vorgabe.

Das Problem liegt nun aber darin, dass der Bundesrat sein eigenes Ziel erst im Jahr 2011 erreichen will, just in dem Jahr, in welchem die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger zu sinken beginnt. Demgegenüber wird die Lehrlingszahl in den nächsten vier Jahren noch spürbar zunehmen. Zusätzliche Lehrstellen sind somit heute gefragt und nicht erst dann, wenn sich die Situation auf dem Lehrstellenmarkt entspannt haben wird. Der Bundesrat hat die Zahl der Lehrstellen in der Bundesverwaltung zwischen 2002 und 2004 um 69 Stellen erhöht. Das ist verdankenswert. Dann aber ist der bundesrätliche Eifer plötzlich erlahmt. Zwischen 2004 und 2005 betrug der Zuwachs noch ganze 8 Lehrstellen, für das kommende Jahr ist überhaupt keine Zunahme mehr budgetiert. Dies ist, Herr Bundesrat Merz, die falsche Politik.

Man schiebt ein Problem, das heute besteht, vor sich her, hilft damit den heutigen Schulabgängerinnen und Schulabgängern überhaupt nicht und verspricht, die Lösung dann anzubieten, wenn genügend Lehrstellen auf dem Markt sein werden. Das Parlament hat heute die Möglichkeit zu zeigen, dass wir im Sommer 2005 nicht nur plakativ – «pour la galerie» – mehr Lehrstellen beim Bund verlangt haben, sondern dass wir den Bundesrat auch in die Pflicht nehmen wollen, indem wir ihm für das nächste Jahr die Mittel zur Verfügung

stellen, die es erlauben, die Zielgrösse von 4 Prozent in zwei Jahren – für das Jahr 2008/09, also noch knapp rechtzeitig – zu erreichen.

Die Aufstockung des entsprechenden Kredits um 700 000 Franken ist massvoll. Der Direktor des Personalamtes hat das Begehren als realistisch bezeichnet und steht dem Antrag wohlwollend gegenüber. Was passiert, wenn wir aus betrieblichen Gründen diese zusätzlichen Lehrstellen nicht realisieren können? Dann bleibt ein Kreditrest – Geld wird auf keinen Fall unnötig ausgegeben. Die Krediterhöhung ist jedenfalls ein klares Zeichen, sich noch vermehrt um neue Lehrstellen zu bemühen. Was es heute braucht, ist der politische Wille, den Worten Taten folgen zu lassen. Und wenn der Bundesrat diesen Willen leider nicht hat, so muss ihm halt das Parlament nachhelfen.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Minderheitsantrag.

Zuppiger Bruno (V, ZH): Bei diesem Kredit handelt es sich um einen Kredit, der für Lehrstellen, Praktikumsplätze und für behinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestimmt ist. Der Bundesrat hat eine Aufstockung um 1,35 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr vorgenommen. Das ist eine Erhöhung um 5 Prozent. In der Zeit der Vollbeschäftigung, Kollege Hofmann, haben wir in der Wirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt, genügend Lehrstellen in Bereichen, welche der Bund anbietet, nämlich für qualifizierte junge Leute, für Schulabgänger, die einen kaufmännischen Beruf erlernen wollen. Wir haben zu wenig Lehrstellen in den Bereichen, wo die Ausbildung eben nicht genügt, um eine Lehre zu absolvieren. Wir sollten uns ein bisschen antizyklisch verhalten. Ich denke, dafür reichen diese 1,35 Millionen Franken, die der Bundesrat vorschlägt.

Wir haben auch gehört, dass wir nicht einfach mit Zwangsmassnahmen der Verwaltung Lehrstellen aufkrotzieren sollten. Das wäre kontraproduktiv. Denn bei solchen Lehrstellen braucht es immer auch eine gute Betreuung. Ich denke, es ist besser, wenn wir eine Optimierung bei der Qualität anstatt bei der Quantität anstreben.

Daher werden wir der Mehrheit und dem Bundesrat zustimmen.

Hofmann Urs (S, AG): Herr Zuppiger, die Statistiken weisen aus, dass der Lehrstellenmangel im kaufmännischen Bereich, also bei den KV-Stellen und bei den Informatikstellen, am grössten ist. Sind diese Statistiken falsch? Oder wie ist dann Ihre Erklärung zu werten, in diesem Bereich würden genügend Lehrstellen angeboten?

Zuppiger Bruno (V, ZH): Nein, es ist so: Für qualifizierte Schulabgänger haben wir genügend Lehrstellen im kaufmännischen Bereich. Aber der kaufmännische Bereich nimmt eben nicht Lehrlinge auf, die schulisch nicht zu genügen vermögen. Es ist auch wichtig, dass man für jene, die eine solche Lehrstelle nicht zu absolvieren vermögen, andere Lehrstellen schafft, aber das sind sicher nicht die beim Bund.

Schelbert Louis (G, LU): Immer wieder sagt man: Die Jugend, das ist unsere Zukunft! Und man sagt auch: Die Ausbildung der Jugendlichen ist zentral! Aber wenn es konkret wird mit dem Schaffen von Lehrstellen und Praktikumsplätzen, gibt es immer wieder Ausreden, warum man nicht mehr Lehrstellen schaffen oder warum man keine Praktikumsplätze zur Verfügung stellen könne. Die Minderheit der Kommission möchte, dass sich der Bund mehr im Bereich Lehrstellen und Praktikumsplätze engagiert. Das ist möglich und auch nötig. Ich beantrage Ihnen daher im Namen der grünen Fraktion, den Kredit aufzustocken, wie dies die Kommissionsminderheit vorschlägt.

Gerade in den kommenden Jahren ist die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger hoch. Daher muss der Bund beim Schaffen von Lehrstellen ein höheres Tempo anschlagen als geplant, denn die Lehrstellen fehlen heute und nicht erst 2011. Der Bund muss mithelfen, dass Jugendliche nicht vor den Kopf gestossen werden, und er muss alles dar-

ansetzen, dass Jugendliche eine gute Ausbildung bekommen. Eine gute Ausbildung ist das nötige Startkapital für das kommende Berufsleben. Die Argumente, die der Bund gegen mehr Lehrstellen aufführt, sind für uns nicht stichhaltig. Qualität kann mit Lehrstellenverbünden gewährleistet werden, wenn beispielsweise eine Abteilung keine umfassende Lehrlingsausbildung schaffen kann oder zu klein ist. Lehrstellenverbünde sind auch in der privaten Wirtschaft üblich. Der Bund kann mehr Lehrstellen schaffen; das wird auch vom Personalamt nicht bestritten. Was im Bereich Lehrstellen jetzt möglich ist, soll jetzt auch gemacht werden, denn alle Jugendlichen brauchen eine gute Ausbildung, sie brauchen Lehrstellen, und wir sind leider noch weit davon entfernt, dies allen garantieren zu können.

Wir bitten Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Vollmer Peter (S, BE): Für die SP-Fraktion ist die Frage der Lehrstellen, der Ausbildungsplätze und damit verbunden auch der Jugendarbeitslosigkeit äusserst zentral. Es ist unerträglich – es ist unerträglich! –, wenn wir in diesem Land feststellen müssen, dass jedes Jahr Tausende von jungen Leuten, die motiviert wären, keinen entsprechenden Ausbildungs- oder Praktikumsplatz finden. Das ist wirklich einfach unerträglich, und wir müssen alles daransetzen, damit sich diese Situation entspannt.

Herr Urs Hofmann hat sehr gut begründet, weshalb es notwendig ist, dass wir diese Position im Bundesbudget entsprechend aufstocken. Dieser Rat hat vor einiger Zeit klar entsprechende parlamentarische Vorstösse überwiesen und dem Bundesrat auch einen verbindlichen Auftrag erteilt, in diesem Bereich mehr zu tun. Wir können nicht nachvollziehen, dass der Bundesrat jetzt zwar ein klares quantitatives Ziel positiv gesetzt hat, dieses Ziel aber in der zeitlichen Abfolge derart streckt, dass wir damit rechnen müssen, dass die Massnahmen des Bundes dann greifen werden, wenn sie aus konjunkturellen Gründen nicht mehr derart im Vordergrund stehen müssen.

Es ist auch unerträglich, dass der Bundesrat angesichts der kritischen Situation auf dem Lehrstellen- und Ausbildungsmarkt jedes Jahr grosse Appelle an die Wirtschaft dahingehend richtet, sie solle doch entsprechende Anstrengungen unternehmen, es sei im Interesse des Landes, der Wirtschaft, dass wir die Leute beschäftigen, ausbilden können, die Jugendarbeitslosigkeit verhindern, während er selber als Bund dann im Grunde genommen nicht das tut, was zu tun wäre. Die Wirtschaft hat diesen Aufruf zu einem grossen Teil nämlich erhört. Ich selber bin aus einer Branche, in welcher man heute grösste Anstrengungen unternimmt, neue Lehrstellen kreiert hat und sehr viele Mittel investiert, um eben auch hier einen Beitrag leisten zu können. Es ist umso wichtiger, dass der Bund eben nicht nur Appelle und schöne Bundesratsauftritte im Medienhaus macht, selber dann aber nicht handelt. Da geht es um die Nagelprobe: Sind wir bereit, selber auch das zu tun, was wir von den anderen verlangen?

Wenn Herr Zuppiger die Frage der Qualität angesprochen hat, hat er, muss ich sagen, das System nicht begriffen. Es ist nicht eine Frage der Qualität, wenn wir uns dafür einsetzen, dass wir mehr Mittel in diesem Bereich investieren, damit mehr junge Leute ausgebildet werden können. Die Qualitätskontrollen und auch die Qualitätsentwicklung brauchen auch sehr viele Mittel, und diese werden durch das neue Berufsbildungsgesetz garantiert; da sind die entsprechenden Mechanismen vorhanden.

Wir schmälern nicht die Qualität, wenn wir uns heute dazu bekennen, mehr in diesem Bereich zu tun. Ich möchte dringend an Sie appellieren, konsequent mit den Beschlüssen zu sein, die Sie in früheren Jahren in dieser Sache gefasst haben, den Beschlüssen nämlich, als Bund unsere Verantwortung wahrzunehmen und nicht einfach immer nur den Schwarzen Peter anderen zuzuschieben, andere aufzufordern, andere in die Pflicht zu nehmen und selber dann in diesem Bereich zu sparen. Es geht jetzt wirklich darum, dass wir das Richtige tun; und das Richtige ist im Ansatz das, was uns die Minderheit Hofmann Urs vorschlägt.

Ich bitte Sie, im Interesse der jungen Leute, im Interesse auch der Situation im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit jetzt dieses Zeichen zu setzen und hier diesem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Steiner Rudolf (RL, SO): Ich danke Herrn Vollmer dafür, dass er hier anerkannt hat, dass die Wirtschaft sich ihrer Verantwortung bewusst ist und im Lehrlingswesen das Ihre tut; ich hoffe, dass Sie das auch so in die Medien bringen. Aber meine Meinung ist die: So begründet das Lob gegenüber der Wirtschaft ist, so unbegründet ist der Tadel gegenüber dem Bundesrat und der Bundesverwaltung. Der Bundesrat hat sich nicht zuletzt aufgrund unserer Vorstösse ein Ziel gesetzt. Er hat sich auch ein zeitliches Ziel gesetzt, wir haben es gehört, nämlich eine Rate von 4 Prozent bis 2011. Der Bundesrat und die Verwaltung sind auf dem besten Weg, dieses Ziel zu erfüllen, man könnte sagen, sie sind auf der Zielgeraden. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir heute bei einer Prozentzahl von 3,2 liegen; bei der Privatwirtschaft sind es im Durchschnitt 3,4 Prozent. Der Bund liegt also mit seiner Lehrlingsrate nahe bei der Privatwirtschaft. Wenn dann die 4 oder mehr als 3,4 Prozent im Laufe der Jahre erreicht werden, liegen der Bund und die Verwaltung sogar über dem Marktdurchschnitt, den wir zu verzeichnen haben.

Ich habe jedoch klar die Meinung, dass man nichts erzwingen kann. Dieses genannte Ziel bis 2011 zu erreichen erfordert noch einige Anstrengungen, und die Erreichung des Ziels ist von verschiedenen Faktoren abhängig; das wurde unter anderem ja auch in der Finanzkommission dargelegt und diskutiert. Eine Frage ist primär auch die Mitbeteiligung der Leute in der Linie bei der Bundesverwaltung: Sie müssen auch mitziehen, sie müssen geführt werden. Es kann nicht einfach aufgezwungen werden, sondern da muss Überzeugungsarbeit geleistet werden, damit Praktikanten und Lernende, aber auch Behinderte eingestellt werden; das kann nicht einfach von oben diktiert werden. Das ist das eine. Jeder, der schon Lehrlinge und Lehtöchter ausgebildet hat, weiss, dass dies mit etwelchem Aufwand verbunden ist; ich rede hier nicht vom finanziellen, sondern vom personellen Aufwand. Es braucht auch geeignete Ausbilder, es braucht Arbeitsplätze, wo diese jungen Leute arbeiten können.

Nun zur Frage der Qualität: Ich denke, da liegt ein Missverständnis vor; es gibt einen Unterschied zwischen dem, was Herr Zuppiger gesagt und gemeint hat, und dem, was Herr Vollmer verstanden hat. Auch Herr Bundesrat Merz hat in der Finanzkommission bereits darauf hingewiesen, dass es ein Problem der Optimierung zwischen Quantität und Qualität gibt. Die Quantität ist an sich die Anzahl der Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, und die Frage der Qualität verstehe ich eben dahingehend, dass ich danach frage, welches Rüstzeug die Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, mitbringen. Ist der Bund überhaupt in der Lage, in der nötigen Anzahl geeignete Lehrstellen anzubieten, um den Jugendlichen gerecht zu werden? Da habe ich schon etwelche Zweifel. Wenn Sie sehen, was der Bund bieten kann, sehen Sie auch, dass es eine beschränkte Auswahl für die Jugendlichen ist, die eine Lehre absolvieren müssen. Viele begehren andere Lehrstellen, solche, die der Bund von vornherein nicht anbieten kann. Andere, welche in den angebotenen Bereichen eine Lehre machen wollen, bringen leider die schulischen Voraussetzungen nicht mit. Das ist für mich das Problem der Qualität, auch im Verhältnis zur Frage der Quantität.

Erlauben Sie mir doch noch, darauf hinzuweisen, dass wir eine Aufstockung in dieser Budgetposition haben: von 27 auf rund 28,4 Millionen Franken. Es geht nicht an, hier einfach zu sagen, es seien keine zusätzlichen Lehrstellen vorgesehen. Es ist nicht definiert, wie diese zusätzlichen Mittel von 1,4 Millionen verwendet werden können, denn die besonderen Personalkategorien beinhalten neben den Lernenden auch die Praktikanten und die Behinderten; und es ist dann Sache des Angebotes und der Nachfrage, wo in den einzelnen Positionen aufgestockt werden kann.

Summa summarum sind wir der Überzeugung, dass sich auch der Bundesrat und die Verwaltung ihrer Verantwortung bewusst sind, dass der politische Wille vorhanden ist, dass entsprechend der bundesrätliche Entwurf und der Antrag der Mehrheit richtig sind. Wir bitten Sie, diese Mehrheit zu unterstützen.

Loepfe Arthur (C, AI): Wir wollen alle mehr Arbeitsplätze, wir wollen bessere Arbeitsplätze, wir wollen mehr Ausbildungsplätze für Lehrlinge und Praktikanten; da sind wir uns ja alle einig. Aber die Lösung dafür liegt nicht allein beim Bund und bei der Politik, sondern was wir brauchen, ist Wirtschaftswachstum. Da können Sie politisch mindestens die Rahmenbedingungen setzen, damit wir Wirtschaftswachstum haben – das haben wir im Moment – und es auch anhält. Das ist unsere primäre Pflicht. Dann können Sie im ganzen Land allen Lehrlingen und Praktikanten etwas bieten, nicht nur einem kleinen Teil. Das wäre die Gesamtlösung. Und da vermisste ich jeweils die Unterstützung der linken Seite, wenn es darum geht, Rahmenbedingungen zu setzen, die die Wirtschaft zum Wachsen bringen, mit denen Stimmung aufkommt. Da wird dann auch, Herr Vollmer, auf Ihrer Seite nur geredet und nicht gehandelt.

Ich glaube, man hat hier eine Aufstockung gemacht. Es ist nicht so, dass man nichts tut. Man hat in den Jahren 2003–2005 über 50 Ausbildungsstellen geschaffen. Im Budget hat man aufgestockt, und zwar um 5 Prozent, das sind 1,35 Millionen Franken. Und es ist halt so, Lehrlinge und andere Auszubildende, auch Praktikanten müssen Platz haben. Sie brauchen einen Chef, der sie betreut, der sie anleitet. Sie brauchen Arbeit. Es ist nicht damit getan, dass man einfach die Quantität erhöht. Das wurde bereits erwähnt. Die ganze Geschichte braucht Zeit, und es geht halt Schritt um Schritt, wie alles im Leben. Wir sind auf dem richtigen Weg, aber nochmals: Die Hauptsache ist ein wirtschaftliches Wachstum. Dann ist allen geholfen, und dann müssen die Leute nicht unbedingt zum Bund arbeiten gehen.

Ich bitte Sie, die Mehrheit zu unterstützen.

Galladé Chantal (S, ZH): Herr Loepfe, ich gebe mir immer sehr viel Mühe, die Politik der CVP zu verstehen, was nicht immer einfach ist. Meine Frage an Sie: Ihre Partei hat sich in der Lehrstellendebatte hier für mehr Lehrstellen eingesetzt; Ihre Partei hat mitgeholfen, mehr Lehrstellen beim Bund einzufordern. Nun geht es darum, die Lehrstellen beim Bund, die Sie mit uns zusammen gefordert haben, zu bezahlen. Warum sind Sie nicht mehr dabei, wenn es etwas kostet?

Loepfe Arthur (C, AI): Frau Galladé, wir sind sehr für mehr Lehrstellen. Wie Sie wissen, sind wir auch für mehr Bildung und Forschung. Aber das Ganze muss realistisch sein, muss mit Verstand und Vernunft gemacht werden, sonst nützt es nichts. Und nochmals: Die CVP setzt sich im Gegensatz zu Ihrer Partei für wirtschaftliches Wachstum ein. Das schafft Arbeits- und Ausbildungsplätze – und nicht einfach ein bisschen Geld ausgeben beim Bund!

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Es geht hier um einen kleinen Betrag, aber um eine grosse, eine wichtige Frage. In der Tat haben wir in letzter Zeit vermehrt Debatten über das Lehrlingswesen geführt; bei dieser Gelegenheit hat das Parlament auch Zeichen gesetzt. Diese Zeichen sind vom Bundesrat verstanden worden, und er wird sie auch künftig interpretieren und verstehen. Die Zeichen manifestierten sich letztlich im Entscheid, eine Lehrlingsquote von 4 Prozent zu erreichen. Das ist nach wie vor das Ziel des Bundesrates. Er bewegt sich auf dieser Linie. Wir haben in den letzten Jahren sukzessive jährlich die entsprechenden Kredite für diese besonderen Personalkategorien aufgebaut, so auch in diesem Jahr. Gegenüber dem Vorjahr wurden sie um etwa 5 Prozent aufgestockt. Es besteht gar kein Zweifel darüber, dass der Bundesrat diesen Weg auch weiterhin beschreiten will und wird.

Jetzt stellt sich auch hier die Frage des Tempos und der Effekte, die man mit Aufstockungen erzielt. Wenn Sie um

600 000 Franken aufstocken, so bedeutet das nicht automatisch, dass Sie damit mehr Lehrstellen schaffen. Denn diese müssen auch von Ausbildern und Ausbilderinnen begleitet sein. Der Bund hat ein gutes Lehrlingswesen. Er bewegt sich in Richtung einer Quote von 4 Prozent, auch auf qualitativ hohem Niveau, und liegt damit eigentlich höher als die Privatwirtschaft, die bei etwa 3,5 Prozent ist. Um dieses qualitative Niveau zu halten, brauchen wir eben auch die entsprechenden Ausbilderinnen und Ausbilder. Das Programm ist so angelegt, dass wir nun alle Jahre etwas steigern. In diesem Sinne braucht es in diesem Jahr keine Aufstockung. Sie werden feststellen, dass dieser Aufbautrend auch in den nächsten Jahren anhalten wird. Ich empfehle Ihnen deshalb, der Mehrheit der Kommission zu folgen.

Rey Jean-Noël (S, VS), pour la commission: Au nom de la commission, qui a pris sa décision par 14 voix contre 8 et 1 abstention, je vous prie de soutenir le projet du Conseil fédéral.

La commission a longuement délibéré sur le thème des apprentis. L'objectif fixé par le Conseil fédéral de 4 pour cent de places d'apprentissage au sein de l'administration fédérale n'est pas du tout remis en cause, par contre la discussion porte sur le timing pour l'atteindre.

Le directeur de l'Office fédéral du personnel, Monsieur Gut, nous a expliqué en commission que si l'on excluait aujourd'hui les professions de monopole, le pourcentage d'apprentis par rapport au personnel est de 3,2 pour cent à la Confédération, contre 3,4 pour cent dans l'économie privée. Nous constatons donc que la Confédération atteindra très rapidement le niveau moyen de l'économie privée. Monsieur Gut nous a également expliqué qu'entre 2003 et 2005, la Confédération avait créé 55 postes d'apprentis. Voilà pour les raisons qui ont amené la majorité de la commission à estimer qu'il fallait maintenir l'objectif sans accélérer ni la procédure ni le timing.

Il faut aussi dire qu'à cette position – et c'est réjouissant – le Conseil fédéral propose une augmentation de 2 millions de francs pour les stages, afin d'accroître l'attractivité de l'administration fédérale. Il avait réduit le crédit à cette position ces dernières années et aujourd'hui il a décidé de l'augmenter. On voit donc que, quand il faut agir, la Confédération le fait.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 97 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 74 Stimmen

Pos. 614.A2101.0149

Hofmann Urs (S, AG): Wissen Sie, wann das Bundespersonal zum letzten Mal eine Realloohnerhöhung erhalten hat? Die wenigsten von Ihnen werden es wissen, weil kaum jemand von Ihnen damals schon in diesem Rat Einsitz nahm. Es war nämlich im Jahre 1991. Im Rahmen der Entlastungsprogramme wurde dann beim Bundespersonal auch die Teuerung nicht mehr voll ausgeglichen, und da, wo sie ausgeglichen wurde – in den Jahren 2004 und 2005 –, erfolgte dies nicht über eine versicherte Teuerungszulage, sondern über einmalige Zahlungen, die ausserhalb der Pensionskasse geleistet wurden. Der Zeitpunkt für eine Realloohnerhöhung wäre somit dieses Jahr – auch, wenn man die Entwicklung in der Privatwirtschaft anschaut – weiss Gott gekommen.

Der Antrag auf eine Erhöhung bei der Position «Lohnmassnahmen» um 39 Millionen Franken würde eine Reallohnzulage wiederum ausserhalb der Pensionskasse, also unversichert, von 1 Prozent erlauben. Nun haben sich die Verbände des Bundespersonals letzte Woche mit Herrn Bundesrat Merz darauf geeinigt, dass die im Budget als versicherte Teuerungszulage vorgesehene Erhöhung um 1,2 Prozent trotz der per Ende Jahr prognostizierten Teuerung von 0,7 Prozent voll ausbezahlt werden soll. Sie haben sich mit dieser Lösung einverstanden erklärt, jedoch festgehalten, dass für die Folgejahre, die Jahre 2008 und 2009, eine effek-

tive Realloohnerhöhung am Platze sei. Diese einvernehmliche Lösung entspricht zwar auf dem Papier einer Realloohnerhöhung von einem halben Prozent; damit wird aber eigentlich nur die nichtausgeglichene Teuerung aus der Zeit der Entlastungsprogramme nachgeholt. Es kann jedoch keine Rede sein von Lohnerhöhungen von 3,1 Prozent beim Bundespersonal, wie die «Neue Zürcher Zeitung» am letzten Freitag zu berichten wusste. Sie dementierte dann allerdings am letzten Samstag, wartete dann in der «NZZ am Sonntag» wieder mit einer Spitze gegen das Bundespersonal auf und sprach von «privilegierten Bundesangestellten». Unsere Fraktion hat sich stets für sozialpartnerschaftliche Verhandlungen zwischen dem Bundespersonal und dem Bundesrat ausgesprochen. Es war das Parlament hier – Sie waren es, die sich im Rahmen der Entlastungsprogramme und auch mit zusätzlichen Abstrichen bei den Budgets gegen solche sozialpartnerschaftliche Lösungen gewandt und die Abmachungen zwischen Bundesrat und Bundespersonal mehr als einmal unterlaufen haben. Wir sind der Meinung, auch heute – obwohl wir das Ergebnis als nicht befriedigend erachten –, dass die Ergebnisse der sozialpartnerschaftlichen Gespräche zwischen Bundespersonal und Herrn Bundesrat Merz mit dieser bescheidenen Realloohnerhöhung von uns zu akzeptieren sind. Wir verlangen allerdings vom Bundesrat, dass er für die Folgejahre, die Jahre, die im Finanzplan abgehandelt werden, effektiv eine Realloohnerhöhung ins Auge fasst und diese auch mit dem Budget 2008 beantragen wird. Wir erwarten vom Bundesrat auch, dass er bei den angekündigten Änderungen zum Bundespersonalrecht und zum Lohnsystem mit den Bundespersonalverbänden zusammenarbeitet und eine einvernehmliche Lösung in diesem Bereich anstrebt.

Ich möchte deshalb den Antrag auf eine zusätzliche Realloohnerhöhung zurückziehen, allerdings erst dann, wenn Herr Bundesrat Merz hier auch vor dem Nationalrat versichert hat, dass diese Teuerungszulage von 1,2 Prozent, die als versicherte Zulage in den Lohn eingebaut werden soll, ungeachtet der effektiven Jahresenteuerung ausbezahlt wird und dann nicht plötzlich doch noch Abstriche gemacht werden. Ich bitte deshalb die Frau Präsidentin, zunächst Herrn Bundesrat Merz für eine solche Erklärung das Wort zu geben, damit ich mich definitiv über den Rückzug dieses Antrags aussprechen kann.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Zunächst zum Votum von Herrn Hofmann: Es trifft zu, dass seit 1991 keine Realloohnerhöhungen beschlossen und zugestanden wurden. Trotzdem trifft eben auch zu, dass ein Vergleich, den wir im vergangenen Jahr zwischen den Löhnen beim Bundespersonal, in der Privatwirtschaft und in öffentlichen Verwaltungen angestellt haben, gezeigt hat, dass die Lohnverhältnisse bis und mit Lohnklasse 24 vergleichbar sind. Das heisst also, dass trotz ausstehender Realloohnerhöhungen ein vergleichbares Niveau erreicht wurde, dies aufgrund des Lohnzuwachses, den man innerhalb der Lohnklassen erzielt. In diesem Sinne darf ich doch klarstellen, dass wir uns in vergleichbaren Verhältnissen bewegen.

Zur aktuellen Situation: Im Jahr 2004 haben wir mit den Verbänden des Bundespersonals ein Lohnmassnahmenpaket vereinbart, das den Einbezug der Revision der Publica und der Lohnentwicklung in den Jahren bis zum Abschluss dieser Publica-Situation vorsah, aber auch den Einbezug der Situation aufgrund des Entlastungsprogramms 2004, wo der Bund generell und in allen Bereichen zu Ausgabenkürzungen gezwungen wurde. Diese Vereinbarung stand gleichzeitig unter dem Vorzeichen schwieriger Verhältnisse in Bezug auf die Beziehungen zwischen dem Bund und den Verbänden, bedingt durch verschiedene Revisionen und auch durch verschiedene Reformen, die das Personal zu betreffen drohten. Als Ergebnis ist herausgekommen, dass wir für diese Periode einmal die Teuerung in Aussicht nehmen und dann eine unversicherte Jahreszulage gewähren.

Diese Vereinbarung ist in diesem Jahr jetzt eingehalten worden, als Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Personalverbänden und dem Departement und damit dem Bun-

desrat. Die Lösung, die wir vereinbart haben, sieht so aus, dass wir für dieses Jahr eine Teuerung von 1,2 Prozent zugestehen und eine Zulage von 1,9 Prozent fortsetzen, wie sie schon im letzten Jahr bestanden hat. Von diesen 1,2 Prozent Teuerung werden je nach Verlauf der Jahresendteuerung 0,4 bis 0,6 Prozent den Charakter einer Reallohnerhöhung haben, weil die Jahresendteuerung nach Einschätzung des Seco zwischen 0,6 und 0,8 Prozent zu liegen kommen wird, in Abhängigkeit vom Ölpreis und von anderen Dingen. Das ist die Vereinbarung, die wir getroffen haben. Wenn Sie heute dem Budget zustimmen, wie es der Bundesrat jetzt vorschlägt, dann stimmen Sie auch dieser Vereinbarung zu, weil die Zahlen, die aus diesen 1,2 plus 1,9 Prozent resultieren, im Budgetantrag des Bundesrates eingebaut sind. Ich sehe keine Veranlassung für andere Zahlen, ich sehe auch keine Veranlassung, diese Abmachung zwischen den Verbänden und dem Bund heute in Zweifel zu ziehen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Herr Hofmann, ziehen Sie den Antrag der Minderheit zurück?

Hofmann Urs (S, AG): Nach den Ausführungen von Herrn Bundesrat Merz ziehe ich den Minderheitsantrag zurück.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité*

620 Bundesamt für Bauten und Logistik
620 Office fédéral des constructions et de la logistique

Antrag der Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit
(Kaufmann, Bugnon, Kohler, Loepe, Pfister Theophil, Schwander, Zuppiger)
E1500.0107 Immobilienerträge
Fr. 359 395 300

Proposition de la majorité
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité
(Kaufmann, Bugnon, Kohler, Loepe, Pfister Theophil, Schwander, Zuppiger)
E1500.0107 Revenus d'immeubles
Fr. 359 395 300

Zuppiger Bruno (V, ZH): Verglichen mit den früheren Arbeitsbedingungen im Bundeshaus haben die Medienschaffenden im neuen Medienhaus, gegenüber dem Bundeshaus, komfortable und zum Teil auch teure Arbeitsplätze erhalten. Der Bund hat nicht nur die Baukosten getragen, sondern er hat zudem noch die Finanzierung von Einrichtungen im Umfang von etwa 4,5 Millionen Franken übernommen. Da das neue Medienhaus eher grosszügig konzipiert wurde, stehen bis heute verschiedene Räume leer. Wir sind der Ansicht, dass die Räume im Medienhaus besser bewirtschaftet werden sollten. Deshalb beantragt Ihnen eine Minderheit der FK, die Immobilienerträge unter dieser Sammelposition 620.E1500.0107 etwas zu erhöhen, nämlich um 2 Millionen Franken. Damit zwingen wir auch die Bewirtschafter dieser Liegenschaften, dass sie eben auch die Erträge hereinholen, die möglich sind.

Zudem sind wir der Ansicht, dass das Medienhaus in Zukunft über das Budget der Bundeskanzlei zu führen ist, zumal die Bundeskanzlerin auch für die Bewirtschaftung des Medienhauses zuständig ist. Als etwas störend empfinden wir allerdings – wenn wir die Beträge schon bewilligen –, dass wir als Parteien oder als Fraktionen gebührenpflichtig sind, wenn wir das Medienhaus benützen wollen, die Medienschaffenden aber keine Mieten bezahlen.

Schelbert Louis (G, LU): Die grüne Fraktion beantragt Ihnen, der Mehrheit zu folgen. Das Medienhaus ist eine sinnvolle Einrichtung, an welcher der Bund ein grosses Interesse hat. Zum einen waren die vorherigen Einrichtungen für die Medienbedürfnisse zu klein dimensioniert, zum anderen werden diese Räume für andere Nutzungen benötigt. Der Bau des Medienhauses löste beide Probleme.

Was wäre Politik, was wären wir Politikerinnen und Politiker ohne Medien? Nehmen wir den konkreten Anwendungsfall: Was wäre der vorliegende Antrag ohne Öffentlichkeit? Es liegt in unser aller Interesse – Herr Kaufmann als Antragsteller mit eingeschlossen –, dass die öffentlichen Dinge, die wir hier behandeln, der breiten Öffentlichkeit transparent gemacht und erklärt werden. Diese Aufgabe nehmen die Medien im Interesse einer freien Berichterstattung und in unserem Interesse wahr. Ihnen dafür anständig Platz, geeignete Räume und eine funktionierende Infrastruktur zur Verfügung zu stellen gehört in den Augen von uns Grünen zu unseren Pflichten.

Der Bund soll dafür sorgen, dass die Medienschaffenden anständige äussere Arbeitsbedingungen vorfinden. Dieses Bemühen kennen auch die Kantone. Den Medien dafür Rechnung stellen zu wollen stellt die Verhältnisse auf den Kopf. Auch könnte sich dies gerade für kleinere Medienhäuser als Fallstrick entpuppen. Damit würde der Bund seine eigenen Anstrengungen zur Presseförderung hintertreiben. Auch das wollen wir nicht.

Wir beantragen Ihnen deshalb, den Minderheitsantrag Kaufmann abzulehnen und der Mehrheit zu folgen.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Sie haben meines Wissens in der Maisession schon einmal über diese Position diskutiert und damals, als der Kredit gesprochen wurde, und in der Folge dieses Kredites dann entschieden, dass keine Mieten verlangt werden. Ich ersuche Sie deshalb, diesen Minderheitsantrag abzulehnen, weil er früheren Beschlüssen des Parlamentes und getroffenen Abmachungen zwischen dem Bund und den Medien widerspricht. Es ist ein politischer Entscheid.

Weyeneth Hermann (V, BE): Herr Bundesrat Merz, Sie haben soeben geantwortet, dass ein politischer Entscheid gefällt wurde. Nach meiner Auffassung ist die Rechtslage so, dass dazu auch ein rechtsverbindlicher Beschluss vorliegen muss, der das Recht gibt, diese Räume gratis zur Verfügung zu stellen. Können Sie mir den nennen?

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Nein, es gibt keinen formellen Beschluss. Es gibt in diesem Sinne auch keine gesetzliche Grundlage, die durch die parlamentarischen Verfahren gegangen wäre. Es gibt einen parlamentarischen Entscheid, aber es gibt keine explizite Rechtsform.

Rey Jean-Noël (S, VS), pour la commission: La commission, par 12 voix contre 7, vous propose de soutenir le projet du Conseil fédéral.

Effectivement, c'est le Parlement qui a approuvé la construction du Centre de presse, et la mise à disposition gratuite de l'infrastructure de base a été fixée dans l'ordonnance du 21 décembre 1990 sur l'accréditation des journalistes. En ce qui concerne la SSR, je rappelle qu'un contrat-cadre a été conclu le 2 novembre 1999. Voilà les bases qui expliquent pour quelle raison la majorité de la commission vous propose de maintenir la décision antérieure du Parlement.

Par ailleurs, la demande qui est faite aujourd'hui par la minorité Kaufmann l'a déjà été par le biais de la motion 05.3214, rejetée par notre conseil le 9 mai 2006. C'est la raison pour laquelle, au nom de la majorité de la commission, je vous propose de soutenir le projet du Conseil fédéral.

Le président (Bugnon André, premier vice-président): Le groupe socialiste communique qu'il soutient la proposition de la majorité.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 81 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 62 Stimmen

**Volkswirtschaftsdepartement
Département de l'économie***704 Staatssekretariat für Wirtschaft**704 Secrétariat d'Etat à l'économie**Antrag der Mehrheit*

A2310.0370 Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit

A2310.0373 Zusatzprogramm DAC-Länder

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Investitionsrechnung

A4200.0108 Darlehen für Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit

Fr. 10 000 000

Antrag der Minderheit I

(Kiener Nellen, Dormond, Fässler, Frösch, Hofmann Urs, Marti Werner, Rey, Vollmer)

A2310.0370 Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit

Fr. 134 520 300

A2310.0373 Zusatzprogramm DAC-Länder

Fr. 59 667 300

Antrag der Minderheit II

(Bugnon, Kaufmann, Maurer, Pfister Theophil, Schwander, Weyeneth, Zuppiger)

A2310.0370 Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit

Fr. 110 520 300

Proposition de la majorité

A2310.0370 Coopération économique au développement

A2310.0373 Programme supplémentaire, pays du CAD

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Compte des investissements

A4200.0108 Prêts en faveur de la Société suisse de crédit hôtelier

Fr. 10 000 000

Proposition de la minorité I

(Kiener Nellen, Dormond, Fässler, Frösch, Hofmann Urs, Marti Werner, Rey, Vollmer)

A2310.0370 Coopération économique au développement

Fr. 134 520 300

A2310.0373 Programme supplémentaire, pays du CAD

Fr. 59 667 300

Antrag der Minderheit II

(Bugnon, Kaufmann, Maurer, Pfister Theophil, Schwander, Weyeneth, Zuppiger)

A2310.0370 Coopération économique au développement

Fr. 110 520 300

Pos. 704.A2310.0370

Kiener Nellen Margret (S, BE): Die Minderheit I beantragt Ihnen, den Betrag für die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit des Seco um 9 Millionen Franken aufzustocken. Es geht darum, erstens den Rückstand der Schweiz im internationalen Vergleich in Sachen wirtschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit aufzuholen und zweitens über das Seco mit diesen Mitteln einen Beitrag der Schweiz zur Umsetzung der Agenda für menschenwürdige Arbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu leisten. Dieser Antrag ist nötig, weil das Seco seit 2001 erhebliche Kürzungen in der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit hat hinnehmen müssen und weil die Schweiz dadurch noch mehr in Rückstand gerät.

Die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit ist nämlich ein wichtiger Bestandteil der Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz. Ziel ist die Bekämpfung der Ar-

mut durch die Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und durch die Unterstützung der Integration der Partnerstaaten in die Weltwirtschaft. Die vier Interventions-ebenen sind: makroökonomische Rahmenbedingungen, Handel, Investitionen und Infrastruktur. Nach den bereits seit 2001 erfolgten erheblichen Kürzungen bei der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit – ich erinnere daran, dass der Zahlungskredit 2001 noch 177 Millionen Franken betrug – erfolgt 2007 infolge des Sparprogramms erneut ein substanzieller Rückgang dieses Budgets um 4,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr; 5,4 Prozent inklusive Kreditsperre. «Die starke Abnahme der Mittel» – hier zitiere ich aus der Zusatzdokumentation des EVD zum Budget – «seit 2001 droht sowohl Handlungsfähigkeit als auch internationales Ansehen der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz einzuschränken.»

Die Minderheit I möchte, dass die Schweiz 2010 bei der öffentlichen Entwicklungshilfe das Ziel eines Betrages in der Höhe von 0,56 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) erreicht. Dies entspricht dem Zwischenschritt zur Erreichung des Zieles von 0,7 Prozent bis 2015, zu dem sich die EU verpflichtet hat. Der Zwischenschritt besteht darin, bis 2010 die Budgets für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0,56 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erhöhen. Es würde der Schweiz als reichem Land gut anstehen, die Vorgabe dieses Zwischenschritts ebenfalls zu erreichen. Dazu braucht es jetzt einen Aufbaupfad. 2005 belief sich die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit auf 2,2 Milliarden Franken, was 0,44 Prozent des BNE entspricht, 2004 betrug sie 0,41 Prozent, und die Budgets 2006 und 2007 belaufen sich auch wiederum nur auf 0,41 Prozent, sind also gegenüber 2005 sogar rückläufig.

Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit ist nicht Altruismus. Ihr Multiplikator beträgt 1,4 bis 1,6, das heisst, jeder von der Schweiz in die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit investierte Franken bewirkt eine Erhöhung des BIP um 1,4 bis 1,6 Franken, mit anderen Worten: Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit schafft und erhält nachhaltig Arbeitsplätze, auch in der Schweiz. Die zusätzlichen 9 Millionen Franken sollen schwergewichtig für die Zielerfüllung der ILO-Agenda für menschenwürdige Arbeit verwendet werden. Mit diesem Auftrag verfolgt die ILO das Ziel, für alle Männer und Frauen in dieser Welt menschenwürdige und zugleich produktive Arbeit in Freiheit, Gleichheit, Sicherheit und Würde zu schaffen. Es geht um den Kapazitätenaufbau innerhalb von KMU in ausgewählten Partnerländern in Afrika, Lateinamerika und Asien. Die beantragte Aufstockung ist nötig, damit die Schweiz auf diesem Arbeitsgebiet, das von hoher Dringlichkeit ist und in Uno, Weltbank, IWF, WTO und EU auf grosse Resonanz stösst, endlich substanziell mitmachen kann.

Ich bitte Sie, die Minderheit I zu unterstützen.

Schwander Pirmin (V, SZ): Der Antrag der Minderheit II (Bugnon) zielt darauf ab, die 15 Millionen Franken für die Erweiterung der EU zu kompensieren. Die Kreditkürzungen bei dieser Position gegenüber dem Voranschlag 2006 sind erstens die Folge der Massnahmen von EP 2003 und EP 2004, zweitens handelt es sich um eine Übertragung von 5 Millionen Franken an die Position «Darlehen und Beteiligungen für die Entwicklungsländer», und drittens handelt es sich um eine Neuverteilung und Prioritätensetzung bei den Entwicklungshilfekrediten, eine Übertragung an die Deza. Es handelt sich also nicht um Kürzungen, sondern vollständig um Umlagerungen bei dieser Position. Deshalb stieg unter anderem die Position «Allgemeine Beiträge an internationale Organisationen» bei der Deza von 198 auf 222 Millionen Franken; das haben wir gestern beschlossen. Das sind reine Umlagerungen, sie haben nichts mit Kürzungen zu tun.

Gestern ist Ehrlichkeit gefordert worden. Hier können wir diese Ehrlichkeit an den Tag legen. Wenn wir das wollen, dann müssen wir diese 15 Millionen Franken beim Seco für die EU-Erweiterung effektiv kompensieren. Nachdem wir gestern bei der Deza nicht voll kompensiert haben, müssen wir umso mehr den ganzen Betrag von 15 Millionen Franken

kompensieren. Jetzt so zu tun, als würden wir bei anderen Positionen kürzen, weil die entsprechenden Beträge im Vorschlag zurückgehen, ist nichts anderes als eine unbedachte Schlaumeierei. Denn die Positionen, deren Beträge zurückgehen, basieren alle auf Verpflichtungskrediten. Diese Verpflichtungskredite werden nicht gekürzt; sie laufen zwar aus, aber sie betragen nach wie vor 1,4 respektive 1,8 Milliarden Franken. Lediglich die notwendigen Zahlungskredite für 2007 gehen zurück, nicht aber die Verpflichtungskredite.

Die ganze Geschichte um die Kompensation kommt mir vor, wie wenn ich als Gastgeber sagen würde: Ich habe sieben Gäste nicht eingeladen, fünf Gäste kommen aber trotzdem, also muss ich für zwei weniger kochen.

Ich bitte Sie, Ihren Versprechungen nachzukommen und den Minderheitsantrag II zu unterstützen.

Fässler-Osterwalder Hildegard (S, SG): Ich bitte Sie hier, den Antrag der Minderheit II (Bugnon) abzulehnen. Es geht hier um eine Art Rechthaberei, die zudem noch negative wirtschaftliche Folgen haben könnte, auch für die Schweiz. Frau Kiener Nellen hat es gesagt: Jeder hier investierte Franken bringt etwa Fr. 1.40 oder Fr. 1.50 zurück. Wie kann man da dagegen sein, hier mehr zu investieren? Wie kann man darauf beharren, hier jetzt, entgegen dem Volkswillen, nochmals 15 Millionen Franken einsparen zu wollen? Ich glaube, die Rechnung ist klagemacht worden, auch Herr Schwander sollte den Kompensationsmechanismus begriffen haben. Wir kompensieren in diesem Budget 50 Millionen Franken, obwohl wir nur 30 Millionen Franken für die Kohäsion vorgesehen haben. Hier nochmals 15 Millionen Franken zu sparen wäre also eine mehr als doppelte Überkompensation. Ich hoffe doch, dass die meisten jetzt gesehen haben, dass der Kompensationsmechanismus greift und dass man nicht auf die Minderheit II (Bugnon), vertreten von Herrn Schwander, eingehen darf.

Ich bitte Sie im Gegenteil, hier die Minderheit I (Kiener Nellen) zu unterstützen. Ich habe bereits in meinem Eintretensvotum gesagt, dass wir auf dem Pfad in Richtung von 0,7 Prozent des BIP im Jahre 2015 nicht weiter Rückschritte machen dürfen, sonst werden wir nie ans Ziel kommen. Wenn wir bis in vier Jahren bei 0,56 Prozent des BIP sein wollen, müssen wir jetzt endlich ein paar Schritte tun. Hier können Sie es wirklich guten Gewissens tun. Das sind Gelder, die vor Ort etwas bewirken. Warum? Wir investieren in diesen Projekten nicht nur unser Know-how, sondern wir können dort auch Material verkaufen, und dieses bringt dann eben diese Gelder etwa mit dem Faktor 1,4 wieder zurück. Also bitte nützen Sie hier den finanziellen Spielraum, den wir ja haben, weil wir, wie ich schon mehrfach gesagt habe, den Ausgabenplafond nicht erreichen; nützen wir hier den Spielraum, kürzen wir nicht bei dieser sehr intelligenten Form der Entwicklungszusammenarbeit!

Lassen Sie sich doch auch einmal von Deza und Seco erklären, was das für Projekte sind, wie die funktionieren. Ich gehe davon aus, dass es unter Ihnen, liebe Kollegen – Kolleginnen vielleicht weniger –, auch Leute hat, die vor Ort Investitionen tätigen, die wissen, wie das funktioniert, die davon profitieren. Ich bin sicher, dass Sie ihnen Recht geben werden, dass wir hier auf keinen Fall kürzen dürfen, sondern im Gegenteil aufstocken sollten. Tun Sie dies, denn es ist nicht nur eine altruistische Haltung, sondern sogar auch ein bisschen eine egoistische; und das liegt ja einigen von Ihnen sehr nahe.

John-Calame Francine (G, NE): Mon argumentation porte sur deux positions budgétaires, soit sur la position 704.A2310.0370, Coopération économique au développement, et sur la position 704.A2310.0373, Programme supplémentaire, pays du CAD.

Comme pour les montants budgétés au titre de l'aide aux pays de l'Est, la minorité II (Bugnon) veut réduire l'aide au développement destinée aux pays économiquement les plus faibles. Remarquez que le groupe UDC ne nous propose aucune solution pour atteindre les Objectifs du Millénaire

auxquels la Suisse a souscrit et la diminution de l'aide qu'il nous annonce ici ne fait que nous éloigner des buts que la Suisse s'est fixés et qu'elle s'est engagée à atteindre.

En 2005, notre participation à l'aide publique au développement s'est montée à 0,44 pour cent de notre PIB, alors que, pour être au même niveau que les pays de l'Union européenne, nous devrions l'augmenter à 0,56 pour cent d'ici à 2010 et à 0,7 pour cent d'ici à 2015.

C'est le Secrétariat d'Etat à l'économie qui est chargé de soutenir certains projets dans les pays pauvres et, dans les tris et les choix qu'il opère, le critère du retour sur investissement tient une place qui n'est certes pas prédominante mais qui est non négligeable. C'est ainsi que nous savons que chaque franc investi dans ces pays rapporte 1,50 franc à la Suisse. Dès lors, il est dans l'intérêt bien compris de notre pays d'au moins maintenir, voire dans l'idéal d'augmenter ses contributions à la coopération économique au développement.

Il ne s'agit donc pas d'une aide à fonds perdu, mais de promouvoir des projets qui permettent à différentes régions particulièrement pauvres de développer une économie leur permettant de devenir autonomes financièrement et de prendre une place plus importante dans le marché mondialisé. Les Verts ne sont pas pour une croissance économique débridée favorisant les échanges à n'importe quel prix, mais pour une économie basée sur les critères du commerce équitable qui permet aux populations de ces régions les plus pauvres d'améliorer leur niveau de vie afin d'avoir accès à l'eau potable, à un système de santé primaire, de développer l'éducation et la formation. L'un de ces moyens consiste à promouvoir les cultures vivrières dans le cadre d'une politique agricole visant à la souveraineté alimentaire et à préserver les droits de ces populations pour ce qui est de l'accès aux énergies et à l'eau.

Les besoins des pays les plus pauvres sont immenses. Il y a une hiérarchie des priorités à établir. En effet, il ne sert à rien d'avoir accès à des trithérapies pour soigner le VIH/sida si dans le même temps vous souffrez de malnutrition et n'avez pas accès à l'eau potable. Aucun développement social et économique n'est possible si le pays n'est pas pacifié. Si nous voulons vraiment atteindre l'objectif ambitieux du Millénaire de réduire la pauvreté de moitié d'ici à 2015, nous devons cibler nos efforts sur de bons projets qui respectent le droit à l'autonomie de ces populations.

Le groupe des Verts vous invite à soutenir la proposition de la minorité I (Kiener Nellen) à la position 704.A2310.0370 et à rejeter celle de la minorité II et à adopter la proposition de la minorité Kiener Nellen à la position 704.A2310.0373.

Kleiner Marianne (RL, AR): Für die FDP-Fraktion bitte ich Sie, beide Minderheitsanträge abzulehnen, und zwar sowohl den Antrag der Minderheit I (Kiener Nellen) als auch den Antrag der Minderheit II (Bugnon).

Wir haben die Entlastungsprogramme nach langen Diskussionen grossmehrheitlich verabschiedet. Wir haben etwas Mühe, dass man nun versucht, im Budgetprozess das Resultat der Entlastungsprogramme auszuhebeln. Wir möchten Sie eigentlich bitten, zum damaligen Wort zu stehen.

Für uns kommen weder Streichung noch Aufstockung infrage. Wir denken auch: Die Verwaltungseinheiten sollten mit einer gewissen Stetigkeit planen können. Ich möchte Ihnen auch sagen, dass die zuständige Departementschefin, Frau Bundesrätin Leuthard, uns in der Finanzkommission versichert hat, dass der zur Verfügung stehende Betrag goldrichtig sei.

Es ist viel davon gesprochen worden, dass dieses Geld, das in die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit investiert werde, gut investiertes Geld sei. Damit sind wir absolut einverstanden. Darum investieren wir ja auch 125,5 Millionen Franken. Das ist viel Geld!

Zur Umsetzung der Motion Leuthard möchte ich im Rahmen der Beratung der nächsten Position 704.A2310.0373 sprechen.

Loepfe Arthur (C, AI): Die CVP-Fraktion ist für die Mehrheit, wir wollen also weder reduzieren noch aufstocken. Entwicklungshilfe ist sehr emotional. Wir wissen, es gibt viele arme Leute auf dieser Welt, denen man helfen muss und soll. Wir tun übrigens nicht wenig in diesem Zusammenhang; wir tun das, was eben in unseren Möglichkeiten liegt. Wir tun sogar viel, wie Sie sehen, wenn Sie daran denken, dass die Deza ja weit über eine Milliarde Franken ausgibt. Das ist viel Geld, wir stocken hier wieder auf.

Woran ich nicht glaube, Frau Fässler, ist diese wunderbare Geldvermehrung, die Sie da mit der Entwicklungshilfe in Verbindung bringen. Das wäre ja schön, wenn das so wäre. Übrigens wäre es auch falsch, all dieses Geld wieder in unser Land zurückzuführen. Effektive Entwicklungshilfe heisst unter anderem auch, dass man das Geld dort, in den betreffenden Ländern, ausgibt und dort einkauft, weil das einen Multiplikatoreffekt ergibt. Das ist echte Entwicklungshilfe im Gegensatz zu dem, was man früher gemacht hat, indem man einfach im Geberland irgendwelche Traktoren und komplizierte Maschinen kaufte, die dann in jenen Ländern herumstanden und verrosteten.

Frau Kiener Nellen, Sie machen uns immer wieder ein schlechtes Gewissen mit Ihren 0,7 Prozent. Die Abklärungen und Vergleiche zeigen klar, dass wir mit unseren Beiträgen sehr gut im Mittel der OECD-Länder liegen. Sie wissen auch, dass diese Berechnungen in den einzelnen Ländern unterschiedlich gemacht werden; es werden also hier unterschiedliche Leistungen eingerechnet. Wir sind da also bei den Leuten und müssen uns nicht genieren.

Dann haben wir gesehen, dass die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt in diesem Land allein von 2006 auf 2007 um 700 Millionen Franken zunehmen. Priorität hat die soziale Wohlfahrt im eigenen Land! Wir haben – und das müssen wir einfach einmal feststellen – so viele Hilfsbedürftige in diesem Land! Anders kann es ja nicht sein, wenn Sie sehen, dass ein Drittel des Bundeshaushaltes eben für diesen Bereich ausgegeben wird. Dann hört es halt irgendwo auf, dann können wir umso weniger den armen Leuten in der Welt helfen. Wir könnten natürlich etwas kompensieren – aber da brauchen wir dann, Frau Kiener Nellen, Ihre Unterstützung – und treffen die richtigen Massnahmen, um endlich im sozialen Wohlfahrtsbereich zu stabilisieren und vielleicht sogar etwas zu reduzieren. Wir sorgen dann selbstverständlich für ein gutes Wachstum, damit das alles getragen werden kann, auch die Entwicklungshilfe. Dann kann man etwas tun.

Auch die private Entwicklungshilfe ist nicht zu vergessen. Es wird sehr viel gemacht, doch davon spricht gar niemand. Auch die Kohäsion ist zu nennen; sie wird auch nicht mehr erwähnt, sie ist bereits selbstverständlich, ist bereits abgehakt. Auch hier tun wir etwas für Leute, die es nötig haben.

Nochmals: Die CVP-Fraktion ist in Anbetracht all dieser Überlegungen der Meinung, dass wir die Mehrheit unterstützen sollten, dass das die Mitte ist, die möglich ist. Wir bitten Sie also, die Mehrheit zu unterstützen.

Genner Ruth (G, ZH): Herr Loepfe, Sie haben ausgeführt, dass es in unserem Land sehr viele Hilfsbedürftige gibt, die soziale Leistungen brauchen. Sie stehen ja jeweils ganz vorne, wenn es darum geht, für die Reichsten Steuern zu senken. Denken Sie dann auch an diese Leute?

Loepfe Arthur (C, AI): Frau Genner, ich denke sehr wohl an sie! Wissen Sie, wenn wir bei den Steuern vernünftige Verhältnisse schaffen, dann helfen wir den Leuten. Sozial in diesem Lande ist – wie überall – das, was Arbeitsplätze schafft. Darum sind eine vernünftige Steuersenkung und gute Rahmenbedingungen genau das, was wir haben müssen, das, was die Politik beitragen kann: dass wir ein Wirtschaftswachstum haben, dass wir eben Arbeitsplätze schaffen – gute Arbeitsplätze – und dass wir auch die Beiträge an den Staat, die Steuern und auch die Beiträge an die Sozialversicherungen, sichern. Dann, Frau Genner, können wir auch Entwicklungshilfe betreiben. Aber das Geld muss zuerst erarbeitet werden.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Es trifft zu, dass der Bund im Jahr 2001 die Mittel für die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit reduziert hat. Wir haben im Seco im Rahmen der Entlastungsprogramme eine Senkung um 26 Millionen Franken vorgenommen. Es trifft aber auch zu, dass wir mittlerweile die Schwelle von 0,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes dank der bundesrätlichen Entwicklungspolitik erreicht haben, wenngleich natürlich unter Ausnützung der anrechenbaren Ausgaben für die Berechnung dieser Quote, unter Einschluss der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD). Das ist eine statistische Korrektur, aber es ist eine Korrektur, die uns dahin bringt, wo die OECD-Länder schon lange sind. Damit haben wir einen objektiven Quervergleich. Dieser Quervergleich zeigt, dass die Schweiz trotz der Kürzungen seit 2001 nach wie vor mehr als 0,4 Prozent des BIP für die Entwicklungszusammenarbeit ausgibt. Aus diesem Grund ersucht Sie der Bundesrat, diese Politik fortzusetzen. Das bedeutet, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Damit ist gleichzeitig gesagt, dass wir weiteren Kürzungen nicht zustimmen können; sie haben teilweise mit Kompensationen zu tun, Herr Schwander hat das bereits erwähnt. Ich denke, in diesem Bereich der Kompensationen führen wir die Debatte schon fast in Richtung Kohäsion. Das ist ein anderes Thema, aber letztlich hat es natürlich damit zu tun. Da bin ich der Meinung – und das sei gleich vorweg gesagt, Herr Vizepräsident –, dass Sie bei der gestrigen Budgetdebatte bei der Behandlung des Departementes des Äusseren eigentlich die grundlegenden Richtlinien gegeben haben. Damit ist der von Herrn Schwander vertretene Antrag in meiner Einschätzung schon unter dem Aspekt der Kompensation unter dem Titel Kohäsionszahlungen zu betrachten. Ich würde Ihnen aber selbst dann, wenn ich ihn nicht so sähe, empfehlen, keine Kürzungen vorzunehmen, sondern die kontinuierliche Entwicklungspolitik des Bundesrates fortzusetzen.

Kiener Nellen Margret (S, BE): Herr Bundesrat, Ihr Kollege, Herr Bundesrat Samuel Schmid, damals Bundespräsident, hat am 15. September 2005 vor der 60. Uno-Generalversammlung versprochen, das hohe qualitative Niveau der öffentlichen Entwicklungshilfe in der Schweiz zu wahren und dafür stetig mehr Geld – über 2008 hinaus – einzusetzen. Ich habe das Zitat hier im Originaltext auf Französisch.

Wie gedenken Sie diesen Aufbau vorzunehmen? Oder distanzieren Sie sich vom damaligen Versprechen von Herrn Bundesrat Schmid?

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Ich distanziere mich selbstverständlich nicht davon, denn das damalige Statement ist im Bundesrat vorbesprochen worden. Der Bundesrat steht zu diesen Millennium Development Goals, die die Uno damals vereinbart hat. Aber er behält sich vor, in der Zusammenarbeit mit dem Parlament die Schauplätze, an denen das verwirklicht wird, eben zu suchen. Da gibt es mehrere. Die Entwicklungszusammenarbeit im klassischen Sinn ist der wichtigste Weg, aber es gibt auch andere.

Kaufmann Hans (V, ZH), für die Kommission: Die beiden Minderheitsanträge betreffen zwar den gleichen Budgetposten, aber die Motivation ist tatsächlich sehr verschieden.

Beim Minderheitsantrag I (Kiener Nellen) geht es um eine Erhöhung. Man will hier gewissermassen die Entlastungsprogramme rückgängig machen. Die Mehrheit der Kommission war der Meinung, dass der beschrittene Pfad zur Erreichung des Millenniumsziels richtig ist; wir haben hier also keinen Nachholbedarf. Deshalb haben wir diesen Antrag mit 16 zu 8 Stimmen abgelehnt.

Beim Minderheitsantrag II (Bugnon) geht es tatsächlich um die Kompensation der Kohäsionsmilliarde; so wurde es in der Kommission diskutiert. Auch ich habe bereits gestern den Mechanismus erklärt, dass es nämlich unterschiedliche Meinungen über den Auszahlungs- und Finanzierungsplan gibt. Beim Antrag der Minderheit II kommt zum Ausdruck, dass man mehr kompensieren will, damit man dann nicht später diese Kompensation nachholen muss. Aber auch die-

sen Antrag hat Ihre Kommission abgelehnt, diesmal mit 16 zu 7 Stimmen.

Wir beantragen Ihnen, beim Entwurf des Bundesrates, das heisst bei den 125,5 Millionen Franken, zu bleiben.

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Mehrheit 89 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I 60 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag der Mehrheit 116 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II 42 Stimmen

Pos. 704.A2310.0373

Kiener Nellen Margret (S, BE): Ich bitte Sie im Namen der Minderheit, das Zusatzprogramm DAC-Länder für die Osthilfe um 14 Millionen Franken aufzustocken, von 45 auf 59 Millionen Franken. Gestatten Sie mir ein paar Vorbemerkungen:

1. Das Parlament hat die Budgethoheit.
2. Eine angenommene Motion, in diesem Fall die Motion Leuthard 05.3808, «Disparitätszahlungen», beauftragt den Bundesrat, eine Massnahme zu treffen.
3. Der Bundesrat hat diese Massnahme zu treffen; ansonsten verstösst er gegen das Parlamentsgesetz. Hat er die Motion nach zwei Jahren noch nicht erfüllt, so berichtet der Bundesrat den zuständigen Kommissionen über seine Auftragsbefreiung. Nur die Abschreibung einer Motion entlastet den Bundesrat von deren Erfüllung.
4. Heute ist durch uns ein Budgetentscheid zu fällen. Dieser hat Signalwirkung in Bezug darauf, wie die Motion Leuthard in Zukunft zu handhaben ist. Das Volk würde einen Zickzackkurs des Parlamentes nicht verstehen.

Dieser Antrag dient dazu, die Motion Leuthard umzusetzen, die National- und Ständerat klar angenommen haben. Der Schweizer Beitrag an den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt der EU sei – Zitat des Auftrages – «nicht auf Kosten der öffentlichen Entwicklungshilfe zu finanzieren». Ein Teil der Osthilfe geht an arme Länder in Südosteuropa, in Zentralasien und im Kaukasus und wird als Entwicklungshilfe angerechnet. Der andere Teil geht an Länder, die keine Entwicklungsländer sind – Russland, Rumänien und Bulgarien –; diese Auslandszahlungen gelten nicht als Entwicklungshilfe. Es ist deshalb unbestritten, dass letztere für die Kompensation des Kohäsionsbeitrages eingesetzt werden. Sie genügen aber nicht für die vollständige Kompensation der 25 Millionen Franken des Seco. Deshalb soll das Seco gemäss Bundesratsentscheid, gemäss fahrlässigem Bundesratsentscheid vom Juni, auch die Entwicklungshilfe für den Osten kürzen, und zwar um 14 Millionen Franken, fast 25 Prozent. Diese Kürzung ist mit der Motion Leuthard nicht konform und muss dringend rückgängig gemacht werden.

Was würde die Kürzung für das Seco bedeuten? Es müsste Abstriche machen bei Projekten, die dazu beitragen, kleine und mittlere Unternehmen aufzubauen, die Arbeitsplätze schaffen, unter anderem in Serbien-Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Aserbaidschan; oder bei Projekten, mit welchen die Wasserversorgung verbessert werden soll, insbesondere für arme Bevölkerungskreise z. B. in Mazedonien, Albanien und Tadschikistan. Ich möchte Sie daran erinnern, dass das Seco bereits massive Abstriche vornehmen musste. Im laufenden Jahr wurde seine Osthilfe um 44 Millionen Franken gekürzt, letztes Jahr um 31 Millionen Franken. Mit anderen Worten: Im Jahre 2004 hatte das Seco fast dreimal mehr Mittel zur Verfügung als die budgetierten knapp 46 Millionen Franken für 2007. Damit lässt sich kaum mehr Entwicklungshilfe leisten, die diesen Namen verdient. Vergessen wir nicht, dass zwei Drittel der Osthilfe nach Südosteuropa gehen, in Länder also, die praktisch vor unserer Haustüre liegen. Wenn dort die Lebensgrundlagen verbessert werden, entstehen Arbeitsplätze, die Sicherheit nimmt zu; das hat für uns direkte, positive Folgen.

Wenn die Schweiz ihren Beitrag zugunsten aufstrebender neuer EU-Länder aus der Hilfe für die ärmsten Länder finan-

ziert, kommt das einer Zweckentfremdung der Entwicklungshilfe gleich. Diese ist unter keinem Titel zu rechtfertigen. Deshalb haben wir die Motion Leuthard angenommen. Um diese Motion umzusetzen, muss unser Rat bei diesem Programm heute um 14 Millionen Franken aufstocken. Bedenken Sie: Es wäre unseres Landes unwürdig, wenn ein Machtkampf zwischen Bundesrat und Parlament vom Bundesrat dazu missbraucht würde, ausgerechnet durch Projektkürzungen und Verzögerungen die Zuwendungen für die ärmsten Menschen in Südosteuropa, in Zentralasien und im Kaukasus zu schmälern.

Ich verweise auf das Schreiben der beratenden Kommission für internationale Entwicklungszusammenarbeit vom 30. November 2006, welche Sie bittet, hier um 14 Millionen Franken aufzustocken. Ich bedanke mich bei der EVP/EDU-Fraktion, die schon gestern ihre Unterstützung für diesen Minderheitsantrag bekanntgegeben hat.

Ich bitte Sie, diesen konsequenten Antrag konform mit der Motion Leuthard zu unterstützen.

Fehr Hans-Jürg (S, SH): Wir führen hier eigentlich noch einmal die gleiche Debatte, die wir gestern beim EDA bei der Position «Osthilfe» geführt haben, und darum werde ich meine Intervention eher knapp halten. Die Thematik ist dieselbe, es geht um die Frage, wie die Kohäsionsmilliarde finanziert wird; das ist die Frage, die dahintersteckt. Ein Teil wird eben über Kompensationen, das heisst über Einsparungen bei der traditionellen Osthilfe, finanziert. Das ist eine der Positionen, unter denen diese Osthilfe abgebucht wird. Unserer Meinung nach wird jetzt im Budget, wie es Ihnen in der bundesrätlichen Fassung und damit der Mehrheitsfassung vorliegt, die von beiden Kammern des Parlamentes angenommene Motion Leuthard nicht korrekt umgesetzt, das heisst, es wird auch bei der öffentlichen Entwicklungshilfe gespart; das ist unsere Interpretation.

Die Motion Leuthard verbietet, dass bei der öffentlichen Entwicklungshilfe gespart wird. Darum sind wir der Auffassung, dass diese beiden Dinge hier zusammengebracht werden müssen, und das geht nur mit dem Minderheitsantrag I (Kiener Nellen), das heisst eben, dass hier um die zu viel weggesparten 14 Millionen Franken wieder aufgestockt wird. Nur dann ist unserer Meinung nach die Vorgabe der Motion Leuthard erfüllt.

Ich habe gestern mit Befriedigung gehört, was Sie, Herr Bundesrat, beim kleineren Betrag, bei den 4 Millionen Franken beim EDA, gesagt haben. Sie haben gesagt, dass die Motion Leuthard Ihrer Meinung nach nicht nur jetzt schon, im Budget 2007, erfüllt sei, sondern – das war mir noch viel wichtiger – dass die beiden Rahmenkreditvorlagen, die auf uns zukämen, uns nach Auffassung des Bundesrates auf der Basis der Motion Leuthard vorgelegt würden. Das heisst, dass man dort eben wirklich den Grundsatz «Kein Sparen bei den Ärmsten zugunsten der Zweitärmsten» umsetzt.

Wir bleiben bei unserer Auffassung, dass dieser Grundsatz im Budget geritzt wird und dass das nicht korrekt ist, nehmen aber zur Kenntnis, dass der Bundesrat das anders sieht und dass es vor allem im Hinblick auf die Rahmenkredite dann so geregelt werden soll, dass wir und Sie, beide Seiten, am Ende der Meinung sein werden, es sei richtig umgesetzt worden.

Ich bitte Sie doch noch einmal, die Minderheit I zu unterstützen, um unserem eigenen Willen Rechnung zu tragen.

Kleiner Marianne (RL, AR): Hier geht es um die Position bezüglich Umsetzung der Motion Leuthard. Schon mein Vordränger hat gesagt, dass bereits gestern die Diskussion ausführlich geführt wurde. Wenn ich die Medienberichte lese, dann bin ich aber nicht sicher, ob wir verstanden worden sind. Die FDP steht dazu, dass erstens die Finanzierung der jährlichen Zahlungen von 100 Millionen Franken budgetneutral erfolgen soll. Die FDP steht zweitens dazu, dass die Finanzierung je zur Hälfte, und nicht zu 60 oder 40 Prozent, bei EDA und EVD zu erfolgen habe. Die FDP steht drittens auch dazu, dass sie keine Kürzungen von öffentlichen Entwicklungshilfegeldern möchte. Wir wollten auch – und haben

diese Anträge unterschrieben – die Aufstockungen um 4 und 14 Millionen Franken machen. Wir wollten diese beiden Beträge wieder ins Budget eingesetzt haben.

Die Situation ist aber folgende, und das möchte ich nochmals in aller Deutlichkeit sagen: Sowohl die Departementsvorsteherin des EDA, Frau Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Ihre Bundesrätin, liebe SP-Kolleginnen und -Kollegen, wie auch Frau Bundesrätin Doris Leuthard haben uns glaubwürdig versichert, dass sie im Moment keine vorbereiteten Projekte haben. Es ist also nicht so, dass man von Wortbruch reden kann, wie das gesagt wurde, und es ist auch nicht richtig, wenn man Frau Leuthard an den Pranger stellt, denn es waren beide Bundesrätinnen, die das glaubwürdig versichert haben. Wir haben uns zudem extra noch bei den Chefbeamten erkundigt, ob sie sich allenfalls an das Kollegialitätsprinzip halten müssten und darum nichts sagen wollten; und die Chefbeamten haben uns auch versichert, es gebe im Moment wirklich keine entsprechenden Projekte und es sei darum sinnlos, diese Aufstockungen zu machen. Nun bitte ich Sie einfach, mir Folgendes zu sagen: Was sollen wir denn tun als Finanzpolitiker – Kredite sprechen, wenn die zuständigen Departementsvorsteherinnen sie gar nicht haben wollen? Das ist nun wirklich nicht unsere Masche. Wir werden aber zusichern, und da werden wir weiterhin zu unserem Wort stehen, dass wir im Frühling, wenn die Botschaft über den Rahmenkredit der Osthilfe im Detail besprochen werden wird, zu diesen Kompensationen stehen werden. Dort werden wir dann unsere Zugeständnisse machen können.

Ich bitte Sie also, diesen Beitrag nicht aufzustocken. Die FDP möchte dem Bundesrat folgen.

Kiener Nellen Margret (S, BE): Sehr geehrte Frau Kollegin, wir haben die Chance, dass wir der gleichen Subkommission angehören. Ich stelle fest, dass Sie die Akten vielleicht nicht ganz vollständig gelesen haben. In der Zusatzdokumentation EVD ist explizit unter «Osteuropahilfe» angeführt, dass die Kompensation der 14 Millionen Franken, diese Kürzung, Konsequenzen für bestehende, erfolgreiche Projekte hat und dass sie zu Kürzungen, zu Redimensionierungen, bei den Projekten führt.

Meinen Sie nicht, dass Sie einem Irrtum unterliegen und die Aussage von Frau Bundesrätin Leuthard in der Finanzkommission falsch verstanden haben? Die Aussage, dass es keine Projekte habe, bezog sich auf die neuen Projekte für die Kohäsionszahlungen. *(Zwischenruf des Präsidenten: Eine Frage bitte!)* Im Ständerat, von dessen Beratungen Sie die Unterlagen auch haben, sagte Frau Leuthard klipp und klar, dass sie in Zentralasien und im Kaukasus bei Projekten werde kürzen müssen.

Kleiner Marianne (RL, AR): Liebe Kollegin, ich bin vielleicht nicht so eine Musterschülerin, wie Sie sie immer markieren, aber ich habe diese Positionen natürlich auch gelesen. Für mich ist aber die neuere Aussage, also die Aussage von Frau Bundesrätin Leuthard und ihren Chefbeamten, wie auch die Aussage von Frau Bundesrätin Calmy-Rey und ihren entsprechenden Chefbeamten massgebend. Denn das sind die aktuelleren Positionen. Ich habe keinen Grund, auf ältere Papiere, die noch im Sommer geschrieben wurden, zurückzugreifen, wenn ich neuere Informationen habe.

Darbellay Christophe (C, VS): Je remercie d'abord le groupe socialiste pour l'énergie qu'il met à défendre la motion Leuthard 05.3808, «Contribution à la réduction des disparités»; c'est tout à l'honneur de cette motion qui a été adoptée par les deux chambres du Parlement.

Nous avons effectivement fait des promesses en vue de la campagne de votation sur la contribution destinée à l'aide à l'Est et nous tenons nos promesses. L'augmentation de 14 millions de francs qui est proposée à la position 704.A2310.0373, Programme supplémentaire, pays du CAD, a effectivement affaire assez directement avec la motion Leuthard. Nous continuons à soutenir le principe de la motion Leuthard, à savoir qu'il n'y a pas de financement pos-

sible de l'aide à l'Est au détriment des pays les plus pauvres, d'Europe de l'Est, d'Asie centrale ou du Caucase. Donc nous ne voulons pas financer ces montants d'aide à l'Est pour les pays moins pauvres, si l'on peut dire, au détriment des plus pauvres de ces régions.

Mais, lorsque le Département fédéral de l'économie, en particulier le SECO, nous dit que ces projets ne sont pas prêts et qu'il n'y a aucune chance que cet argent soit dépensé en 2007, alors à quoi bon dépenser de l'argent dont on n'a pas besoin? Simplement pour tenir des promesses? C'est pour cela que nous maintenons notre position. Ce qui est beaucoup plus important, ce sera de la concrétiser l'année prochaine, lorsque nous discuterons du crédit-cadre pour l'aide à l'Est. Et là, nous voulons effectivement tenir cette promesse et dire encore une fois ici clairement qu'il n'est pas question de financer l'aide à l'Est au détriment de l'aide publique au développement, au détriment des plus pauvres de l'Europe.

Nous tenons parole, nous ne dépensons pas cet argent cette année parce qu'il n'y en a pas besoin et si, d'aventure, des projets étaient prêts et qu'on avait besoin de cet argent, eh bien un crédit supplémentaire serait proposé et nous ne manquerions pas de le soutenir, dans la mesure où ce serait justifié. Mais ici, de nouveau, la bonne foi veut qu'on fasse confiance aux gens qui sont principalement concernés et qui sont responsables de ces projets et là, Doris Leuthard, en tant que conseillère fédérale, a parlé très clairement. Je crois qu'il ne s'agit pas ici de donner de l'argent dont les gens n'ont pas l'usage.

Siegrist Ulrich (–, AG): Ich möchte meine Interessenbindung offenlegen. Ich bin Präsident eines der fünf grossen Hilfswerke und habe natürlich der Motion Leuthard zugestimmt. Es ist kein Zweifel, wo ich persönlich stehe. Aber das Theater, das sich hier gestern und heute abgespielt hat um die Frage, wer hier angeblich wem etwas versprochen habe, ist der Thematik unwürdig. Wenn wir in dieser Situation überhaupt eine Chance haben wollen, wieder Ordnung in die Zahlen hineinzubringen, dann kommen wir nicht umhin, jetzt der Mehrheit der Finanzkommission zu folgen.

Zweite Bemerkung: Es wurde ein Brief der den Bundesrat beratenden Kommission für Entwicklungszusammenarbeit verteilt. Ich schätze die Arbeit der beratenden Kommission sehr, aber es ist nicht die Aufgabe von beratenden Kommissionen des Bundesrates, im Parlament Briefe und Anträge gegen den Bundesrat zu verteilen. Dafür brauchen wir diese Kommissionen nicht, sondern wir brauchen sie für andere Arbeiten. Mit diesem Vorgehen schaden wir der Sache der Entwicklungszusammenarbeit.

Ich bitte Sie, der Mehrheit der Kommission zu folgen.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Ich habe in der gestrigen Debatte unter dem Stichwort EDA die Odyssee dieser ganzen Geschichte aufgezeigt, vom Zeitpunkt, als die bilateralen Verträge abgeschlossen waren, bis jetzt zur Budgetdebatte; ich habe Ihnen die verschiedenen Schritte gezeigt. Es kann nicht darum gehen, dieser Motion Leuthard auszuweichen. Der Bundesrat wird sie umsetzen, aber er hat in diesem Budget den Spielraum dafür noch nicht gehabt. Es fehlen Elemente der Entscheidung, die Budgetentscheide fallen im Bundesrat jeweils im Sommer, in der Zwischenzeit sind auch neue Elemente dazugekommen, und ich wiederhole, was auch mein Wunsch an Sie schon gestern war, nämlich die Bitte, dass Sie in diesem Budget der Fassung des Bundesrates zustimmen. Ich wiederhole auch, dass wir Ihnen im Hinblick auf das nächste und die nachfolgenden Budgets den Weg aufzeigen werden, wie diese Motion Leuthard umzusetzen ist.

In diesem Sinne ersuche ich Sie, den Antrag der Minderheit Kiener Nellen abzulehnen und dem Entwurf des Bundesrates zu folgen.

Kaufmann Hans (V, ZH), für die Kommission: Bei dieser Position geht es tatsächlich um einen Posten zur Kompensation der Kohäsionsmilliarde. Sie wissen ja, dass das EDA

und das EVD im Budget 2007 insgesamt 50 Millionen Franken kompensieren wollen. 14 Millionen Franken gehen auf Rechnung dieses Kontos. Wenn wir das nun, wie es die Minderheit möchte, rückgängig machen, dann würden wir insgesamt noch 36 Millionen Franken kompensieren. Wenn wir das jetzt auf die zehn Jahre auslegen, dann hätten wir 64 Millionen Franken, die wir in die Zukunft schieben und später kompensieren müssten.

Ihre Kommission hat beschlossen, den Antrag, der jetzt Minderheitsantrag ist, nicht zu unterstützen. Wir haben mit 15 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen der bundesrätlichen Fassung zugestimmt.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 97 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I 63 Stimmen

Pos. 704.A4200.0108

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

735 Vollzugsstelle für den Zivildienst

735 Organe d'exécution du service civil

Antrag der Kommission

A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Fr. 16 451 558

Proposition de la commission

A6100.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Fr. 16 451 558

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Département de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication

802 Bundesamt für Verkehr

802 Office fédéral des transports

Antrag der Mehrheit

A2320.0216 Wertberichtigungen im Transferbereich

Fr. 2 719 395 200 (nicht finanzierungswirksam)

A2310.0216 Regionaler Personenverkehr

Fr. 959 000 000

Investitionsrechnung

A4300.0131 Andere KTU-Infrastrukturinvestitionen

Fr. 343 870 200

Antrag der Minderheit

(Kohler, Abate, Darbellay, Dormond, Fässler, Frösch, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Marti Werner, Rey, Vollmer)

A4300.0131 Andere KTU-Infrastrukturinvestitionen

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la majorité

A2320.0216 Réévaluations dans le domaine des transferts

Fr. 2 719 395 200 (sans incidences financières)

A2310.0216 Transport régional des voyageurs

Fr. 959 000 000

Compte des investissements

A4300.0131 Autres investissements d'infrastructure ETC

Fr. 343 870 200

Proposition de la minorité

(Kohler, Abate, Darbellay, Dormond, Fässler, Frösch, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Marti Werner, Rey, Vollmer)

A4300.0131 Autres investissements d'infrastructure ETC

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Pos. 802.A4300.0131

Kohler Pierre (C, JU): Je serai très bref. J'aimerais simplement dire qu'une très forte minorité de la commission propose de soutenir le projet du Conseil fédéral. En effet, il ne serait pas judicieux, alors que les Chambres fédérales ont approuvé, lors des débats à Flims, un crédit d'investissement de 800 millions de francs pour les transports régionaux, de réduire aujourd'hui un montant qui sera déjà insuffisant par rapport à la décision prise à Flims.

Je vous demande de soutenir le projet du Conseil fédéral en adoptant ma proposition de minorité.

Menétrey-Savary Anne-Catherine (G, VD): C'est à un malheureux marchandage que s'est en fait livrée la commission en transférant la coupe de 30 millions de francs des subventions au transport régional des voyageurs à cette position relative aux investissements. Cette opération n'a en fait pas grand-chose à voir avec la politique des chemins de fer et avec les nécessités concrètes auxquelles cet argent est destiné. Si j'ai bien compris, il s'agit d'une technique budgétaire concernant le frein à l'endettement. Mais en jonglant ainsi avec les chiffres, on se met en situation d'être assez déconnecté de la réalité.

Il y a deux éléments qui me paraissent totalement inacceptables dans la proposition de la majorité. Le premier concerne la manière dont cette coupe a été imposée aux cantons et le second concerne les vrais besoins des chemins de fer régionaux.

Le Conseil fédéral voulait couper dans les subventions au transport régional des voyageurs. Pour les cantons, cette coupe aurait représenté un véritable coup de Jarnac, intervenant à un moment où ils ne peuvent plus rien changer, ni aux prestations des compagnies des chemins de fer, ni à leur propre budget. Ils se trouvaient ligotés dans une sorte de marché de dupes, dans des promesses trahies, une impasse qu'ils avaient mis beaucoup de sagesse à éviter en négociant longtemps à l'avance. Ils ont protesté avec vigueur, exprimant leur écoeurement devant tant de désinvolture et de trahison. L'avertissement a été entendu. Maintenant, l'astuce consiste à orienter le couperet plutôt sur les investissements, ce qui constitue un deuxième coup de Jarnac, cette fois à l'égard de notre propre Parlement qui a voté pas plus tard qu'en septembre dernier à Flims, dans la douleur – je m'en souviens –, ce 9e crédit-cadre pour les contributions d'investissement destinées aux entreprises de transport concessionnaires.

Rappelons aussi que les programmes d'allègement budgétaire étaient déjà passés par là auparavant, amputant le budget des chemins de fer concessionnaires de 30 millions de francs. L'érosion des crédits fait qu'on repart chaque année de plus bas, qui sait, jusqu'à l'épuisement total.

A la session de Flims, certains ont fait observer que le Conseil fédéral nageait en pleine incohérence en recommandant l'adoption d'un crédit d'investissement dont il recommandait lui-même qu'il était insuffisant pour répondre aux besoins et, plus inquiétant, pour assurer la sécurité des chemins de fer, notamment en ce qui concerne les ponts et les tunnels, donc la sécurité des voyageurs.

A quel jeu joue-t-on? De plus en plus, on a le sentiment que les maîtres des finances s'arrogent le droit de prendre souverainement leurs décisions, au mépris des commissions spécialisées dont les options politiques sont torpillées. Le choix de favoriser les transports publics, de soutenir le trafic d'agglomération, que ce crédit d'investissement concerne aussi, et d'encourager le transfert modal, tout cela représente une politique qui se construit à long terme. Compromettre ces réalisations en coupachant dans les budgets est une politique suicidaire. Sans doute que cet hiver, le stratus saturé de poussières fines se chargera de nous rappeler combien les transports publics sont nécessaires pour lutter contre les changements climatiques, les embouteillages, les pollutions qui portent atteinte à notre santé et à notre qualité de vie.

Ces économies-là risquent de nous coûter très cher avant qu'il soit longtemps. C'est pourquoi le groupe des Verts vous recommande de voter la proposition de la minorité Kohler.

Zeller Andreas (RL, SG): Im Sinne der im Eintretensvotum vom Montag gemachten Aussage, wonach es im Budget 2007 keinen Spielraum für zusätzliche Ausgaben hat, argumentiert die FDP-Fraktion auch an dieser Stelle prioritär aus finanzpolitischer Optik. Mit der Erhöhung um 30 Millionen Franken bei der Position «Regionaler Personenverkehr» haben Sie eine neue Ausgangslage geschaffen. Bei der vorliegenden Position, die selbstverständlich mit der soeben beschlossenen Erhöhung beim regionalen Personenverkehr gekoppelt ist, ist die FDP-Fraktion der Auffassung, dass die Mehrheit der Finanzkommission mit dem vorgeschlagenen Kompromiss – und um einen Kompromiss handelt es sich – eine sachlich vertretbare Lösung gefunden hat. Diese Lösung trägt den Anliegen und Einwänden der Kantone zum Teil Rechnung bzw. hat ihnen bereits Rechnung getragen. Gleichzeitig erfüllt sie aber auch die für die FDP-Fraktion unabdingbare Prämisse der Budgetneutralität.

Es ist für die FDP-Fraktion unter den gegebenen Sachzwängen sinnvoller, dort eine Einsparung zu machen, wo eine Investition lediglich verzögert wird, als in einem späten Zeitpunkt einen Betriebsbeitrag zu kürzen. Das haben wir nicht gemacht. Anders ausgedrückt: Eine Kürzung bei den Investitionen – präzise gesagt: eine teilweise Verschiebung einer Investitionsausgabe um ein Jahr – ist für die Kantone eher verkraftbar, als wenn wir bereits vertraglich festgelegte Konsumausgaben gekürzt hätten.

Die FDP-Fraktion empfiehlt Ihnen nun, finanzpolitisch konsequent zu sein und die 30 Millionen Franken, die Sie soeben beim regionalen Personenverkehr beschlossen und um die Sie den Antrag des Bundesrates erhöht haben, jetzt zu kompensieren. Sie empfiehlt Ihnen damit, der Mehrheit der Finanzkommission zu folgen. Insgesamt kommen Sie damit den Kantonen in einer heiklen Situation teilweise entgegen und erfüllen dennoch die wichtige Vorgabe der Budgetneutralität.

Weyeneth Hermann (V, BE): Bekanntlich hat der Bundesrat nach der ersten kurzen Budgetdiskussion im Juni die Departemente dazu veranlasst, 300 Millionen Franken einzusparen, um den Vorgaben der Schuldenbremse gerecht zu werden. Dem Bundesamt für Verkehr ist vom UVEK eine Kürzung um 30 Millionen Franken zugewiesen worden. Nun haben wir im Bundesamt für Verkehr einen Chefbeamten, der lange genug im Amt ist, um zu wissen, wo man den Hebel ansetzen muss, wenn man eigentlich gar nicht will. Also hat man die Betriebskredite um 30 Millionen Franken gekürzt, im Wissen, dass erstens der Leistungsauftrag der SBB auch bezüglich Regionalverkehr gerade erst erteilt worden ist, dass zweitens die konzessionierten Transportunternehmungen (KTU) ihre Budgets zuhänden der Kantonsregierungen eingegeben haben mussten, dass drittens die Kantonsregierungen ihre Budgets den kantonalen Parlamenten beratungsreif bereitgestellt hatten und dass somit eine Kürzung der Betriebskredite entweder direkte Auswirkungen auf das Angebot oder eine Aufstockung bei den Kantonen zur Folge hätte.

In dieser Form kurzfristig eingzugreifen ist also eine heikle Angelegenheit. Wir haben deshalb nach einer anderen Lösung gesucht; Herr Zeller hat sie vorhin angedeutet, ich erlaube mir, sie jetzt noch etwas auszudeutschen. Sie sieht nämlich vor, dass wir die 30 Millionen Franken statt bei den Betriebskrediten, wie es der Bundesrat beantragt, bei den Investitionen der KTU einsparen. Ich muss Ihnen schon sagen: Jenen, die nun hier an das Pult kommen und behaupten, das sei ein klarer Verstoß gegen die Beschlüsse von Flims, muss ich in Erinnerung rufen, wie die finanziellen Abläufe eigentlich aussehen: Wir wissen, dass die Bahnen im Allgemeinen und die SBB im Besonderen dank besonderen Eisenbahngesetzen Investitionen relativ rasch voranbringen können und keinen Publikationsverfahren unterworfen sind. Aber es würde mich schon sehr erstaunen, wenn man auf-

grund der Beschlüsse vom September 2006 bereits im Jahre 2007 Zahlungskredite auslösen könnte. Es mag sein, dass die Beschlüsse von Flims zu höheren Verpflichtungskrediten für die KTU führen, aber davon auszugehen, dass die Projekte schon in der Schublade liegen, ab 1. Januar ausgeführt werden können und durch den Bund zu bezahlen sind, setzt ein eigenartiges demokratisches Verständnis voraus.

Ich widersetze mich den Beschlüssen von Flims in keiner Art und Weise. Aber ich gehe davon aus, dass auch hier geregelte Abläufe, wie sie für alle anderen Sachen aus finanzpolitischen und finanzrechtlichen Gründen vorgesehen sind, zum Spielen kommen. Deshalb empfehlen wir Ihnen, dem Antrag der Kommission zu folgen, die Schuldenbremse zu respektieren, wie das der Bundesrat auch getan hat, aber die Kürzung dort anzusetzen, wo sie tatsächlich durchführbar ist und plausibel begründet werden kann.

Ich bitte Sie also, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Darbellay Christophe (C, VS): Le groupe démocrate-chrétien soutient ici la forte minorité de la commission. Le Conseil fédéral avait proposé de couper 30 millions de francs dans le transport régional des voyageurs sans consulter les cantons et avec toutes les conséquences qu'on connaît sur l'offre de transport dans les régions.

La commission a corrigé ce qu'elle a considéré comme une erreur et elle a augmenté ce crédit pour le transport régional de 30 millions de francs. Il n'y a pas de divergences; l'affaire est entendue. Mais une partie de la commission a pensé qu'il était nécessaire de compenser ces 30 millions de francs en économisant sur les investissements que devraient consentir les entreprises de transport régional.

Nous ne comprenons pas cet acharnement d'une fronde emmenée par le groupe UDC. C'est un combat auquel on avait déjà assisté à l'occasion du débat sur le programme d'allègement budgétaire 2004 parce que ces opposants, sauf erreur, ont toujours défendu plus de dépenses d'investissement et moins de dépenses de fonctionnement, et pas seulement dans ce domaine-là, mais dans de très nombreux autres. A nouveau, les cantons n'ont pas été consultés. Ils devront renvoyer des projets qui sont parfois urgents, qui parfois concernent la sécurité ou la performance du réseau de transport régional. Le groupe démocrate-chrétien considère que c'est une mauvaise chose, que ce n'est pas une manière d'agir vis-à-vis des cantons.

C'est la raison pour laquelle nous soutenons la proposition de la minorité Kohler, donc le projet du Conseil fédéral.

Vollmer Peter (S, BE): Die SP-Fraktion unterstützt die Minorität Kohler.

Ich möchte hier ganz klar festhalten – und ich bin auch dankbar dafür –, dass die Finanzkommission und jetzt auch alle Sprecher bekundet haben, dass die ursprüngliche Bundesratsvorgabe beim regionalen Personenverkehr, jetzt so quasi fünf Minuten vor zwölf eine Kürzung vorzunehmen, nachdem alle Verträge unterschrieben sind, wider Treu und Glauben gewesen wäre. Man sieht hier deshalb ganz klar von dieser Kürzung beim regionalen Personenverkehr ab. Ich glaube, das ist ein gutes Zeichen in Bezug auf den Rat. Aber, und jetzt kommt die Retourkutsche, die Mehrheit der Finanzkommission beantragt – nur knapp, mit Stichentscheid des Präsidenten –, dafür jetzt 30 Millionen Franken bei den Investitionen der KTU für das Jahr 2007 zu streichen, damit man die 30 Millionen beim regionalen Personenverkehr kompensiert. Diese Kompensation ist jedoch völlig unnötig, es geht hier überhaupt nicht um die Einhaltung der Schuldenbremse. Die Schuldenbremse ist so oder so mehr als eingehalten; ich glaube, wir können diesen Beschluss unabhängig davon fassen.

Aber jetzt müssen Sie auch einmal ganz konsequent nachvollziehen, was passiert, wenn wir diese 30 Millionen Franken bei den Investitionen kürzen. Herr Weyeneth hat auf die Ergebnisse von Flims Bezug genommen. Was hat der Rat in Flims gemacht? Ständerat und Nationalrat haben mit klarer Mehrheit beschlossen, den Rahmenkredit für die Investitionen der KTU um 200 Millionen Franken aufzustocken. Der

Nationalrat hat das aufgrund von klaren Fakten, von klaren Erkenntnissen getan, wonach wir im Bereich der Investitionen der KTU im Rückstand sind, wonach es zum Teil darum geht, die Substanz zu erhalten, und es zum Teil prekäre Situationen gibt. Sie haben es selber gesehen, auch beim Netz der Rhätischen Bahn – dort ist dringender Sanierungsbedarf vorhanden. Aus dieser Erkenntnis heraus haben die Räte klar gesagt: Wir stocken diesen Rahmenkredit auf, d. h., die jährliche Tranche von 50 Millionen Franken in den nächsten vier Jahren soll so eingestellt werden. Das geschah nicht aus einer Laune heraus; das geschah, weil es eben auch einen Nachholbedarf gab, weil wir während Jahren den 8. Rahmenkredit gestreckt und damit die notwendigen Mittel nicht zur Verfügung gestellt haben. Der Bundesrat hat jetzt für das nächste Jahr nicht etwa dem Beschluss von Flims entsprechend 50 Millionen Franken eingestellt, sondern nur 30 Millionen Franken – dies richtigerweise, weil man dies ja gewissermassen langsam hinauffahren muss; in den nächsten Jahren will man dann 50 und 80 Millionen Franken einstellen. Aber es bestehen genügend Projekte – die sind von den Kantonen ja zu 50 Prozent mitfinanziert –, die im nächsten Jahr realisiert werden sollten. Wenn wir jetzt den Zahlungsrahmen für das nächste Jahr um 30 Millionen Franken kürzen, dann verhindern wir genau das, was wir in Flims nicht verhindern wollten, nämlich dass jetzt endlich dieser Nachholbedarf befriedigt werden kann, dass die Substanzerhaltung möglich ist.

An diejenigen, die aus finanzpolitischen Gründen diese Kürzung vornehmen wollen: Es ist finanzpolitisch ein sehr unkluger Entscheid. Es ist keine Konsumausgabe. Wir haben einen Rahmenkredit mit jährlichen Zahlungstranchen. Was wir mit der Kürzung um diese 30 Millionen machen würden, wäre nichts anderes, als dass wir diese Mittel, die wir explizit bereitgestellt haben, einfach in die nächste Periode verschieben. Man müsste dann 2008, 2009 und 2010 entsprechend höhere Beträge einstellen. Damit haben wir überhaupt nichts gespart, im Gegenteil, wir haben die prekäre Situation im Bereiche der Investitionen, im Bereiche der Substanzerhaltung, im Bereiche der notwendigen Anpassungen, die völlig unbestritten sind, im Grunde genommen verzögert. Wir wissen schon heute, dass diese Verzögerungen bei den Investitionen uns jährlich immer teurer zu stehen kommen. Nichts ist so schlimm wie eine Vernachlässigung des Unterhaltes, der Substanz in diesem Bereich. Deshalb ist es überhaupt nicht gespart, es ist im Grunde genommen nur ein teures Hinausschieben.

Ich möchte Sie deshalb hier wirklich bitten, jetzt konsequent Ihren Entschieden von Flims auch nachzuleben und diesen Investitionskredit bei den KTU nicht zu kürzen. Wir haben gesagt, dass hier mehr Geld eingesetzt werden soll, damit diese notwendigen Investitionen auch erfolgen können. Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie der Minderheit Kohler zustimmen.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Ich glaube, wir stehen hier jetzt an einem Punkt, wo es zum letzten Mal darum geht, die finanzpolitische Linie zu halten. Die finanzpolitische Linie geht davon aus, dass wir ein Budget verabschieden, in dem die Schuldenbremse eingehalten wird. Die Schuldenbremse richtet sich in erster Linie an nichtgebundene Ausgaben. Diese werden in der Vorbereitung des Budgets jeweils nach einem bestimmten Schlüssel auf die Departemente verteilt. Herr Weyeneth hat auf diesen Punkt hingewiesen. Das UVEK hat infolge dieses Schlüssels einen Betrag von 30 Millionen Franken zur Kompensation aufgetragen erhalten; damit hat es einen Auftrag erhalten, wie ihn alle anderen Departemente eben auch haben. Es ist ein Beitrag, der geleistet werden muss, damit am Ende ein schuldenbremsenkonformes Budget zustande kommt.

Das UVEK hat dann vorgeschlagen, eine Kürzung im Bereich des regionalen Personenverkehrs vorzunehmen, also im Bereich von Betriebskrediten. Diese Kürzung ist vom ersten Tag an vehement bekämpft worden; nicht nur von den betroffenen Unternehmen, sondern auch von den Kantonen. Es leuchtet mir ein, dass hier grosser Widerstand letztlich

wahrscheinlich zu grossen Auseinandersetzungen geführt hätte. Daher stellte sich und stellt sich für mich immer noch die Frage, wie man kompensiert. Aber dass man kompensieren muss, bleibt für mich klar. Alle anderen Departemente haben auch kompensiert.

Was kommt infrage, und was kommt nicht infrage? Nicht infrage kommt vermutlich der Bereich SBB, auch nicht infrage kommt die Verlagerung. Ich glaube, das sind zwei Bereiche, wo wir noch grössere Schwierigkeiten hätten, kurzfristig einen solchen Betrag zu kompensieren. Folglich blieb und bleibt der Bereich der Investitionen übrig; dies umso mehr, als – wie auch Herr Weyeneth sagte – entsprechende Verpflichtungskredite ja jeweils in Zahlungskredite zu verwandeln sind und dort auch unter Wertberichtigungsaspekten speziell behandelt werden. Ich sehe nicht ein, warum unter solchen Vorzeichen eine Kompensation im Investitionsbereich nicht möglich sein soll. Ich ersuche Sie, die Entscheide in diesem Sinne zu treffen. Wir anerkennen, dass der regionale Personenverkehr nicht infrage kommt, weil dort die Partnerschaften zu wenig tragfähig wären. Aber wir verlangen, dass im Investitionsbereich kompensiert wird.

In diesem Sinne ersuche ich nun den Rat, diese beiden Entscheide so miteinander zu kombinieren, dass eine Kürzung im einen Bereich eine Aufstockung im anderen Bereich ausgleicht.

Rey Jean-Noël (S, VS), pour la commission: Nous avons ici deux positions qui sont concernées: la position 802.A2310.0216, Transport régional des voyageurs, et la position 802.A4300.0131, Autres investissements d'infrastructure ETC. Après avoir entendu le Conseil fédéral, je constate qu'il a changé d'avis puisqu'en commission, il a proposé une réduction de 30 millions de francs dans le transport régional des voyageurs et qu'aujourd'hui il y renonce et soutient la proposition de la majorité de la commission à la position «Autres investissements d'infrastructure ETC», en demandant de réaliser une économie de 30 millions de francs en compensation.

Par 13 voix contre 9, la commission a d'abord soutenu la proposition de la sous-commission 8 présidée par Monsieur Kohler et a augmenté le crédit de paiement pour le transport régional des voyageurs de 30 millions de francs, voyant que les cantons ne pouvaient pas par après, alors que les prestations ont déjà été commandées, supporter une telle réduction des crédits. C'est ensuite que, par 11 voix contre 11 avec la voix prépondérante du président – ce qui démontre la difficulté dans laquelle se trouvait la commission –, elle a décidé de réduire de 30 millions de francs les autres investissements d'infrastructure.

La commission a entendu le secrétaire général du département, Monsieur Hans Werder, rappeler que le Conseil fédéral, se basant sur une décision du Parlement, avait décidé d'augmenter ces crédits pour l'année 2007, mais que finalement, s'il fallait faire une compensation, ce serait un moindre mal que de réduire dans le domaine des investissements.

L'autre partie de la commission, c'est-à-dire onze membres, estime que cette réduction va à l'encontre du 9e crédit-cadre voté à la session de Flims et qui prévoit des investissements pour les chemins de fer privés pour les prochaines quatre années, et notamment une augmentation pour 2007. Aujourd'hui, nous avons reçu une lettre signée par la présidente de la Conférence des directeurs cantonaux des transports publics, qui explique que de nombreux projets sont déjà en bonne voie et prêts à la réalisation et que de leur côté les cantons mettront à disposition les fonds nécessaires.

Ces positions contradictoires expliquent la situation difficile de la commission, qui a tranché par 11 voix contre 11 avec la voix prépondérante du président, Monsieur Weyeneth.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.041/3567)

Für den Antrag der Minderheit 110 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit 57 Stimmen

*Pos. 802.A2320.0216, 802.A2310.0216
Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité*

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

Le président (Bugnon André, premier vice-président): Je vous invite à vous rendre nombreux à la réception de la présidente de notre conseil, Madame Egerszegi-Obrist, ou à celle du président du Conseil des Etats, Monsieur Bieri.

*Schluss der Sitzung um 11.50 Uhr
La séance est levée à 11 h 50*

Vierte Sitzung – Quatrième séance

Donnerstag, 7. Dezember 2006

Jeudi, 7 décembre 2006

08.00 h

06.041

Voranschlag der Eidgenossenschaft 2007 Budget de la Confédération 2007

Fortsetzung – Suite

Botschaft des Bundesrates 23.08.06
Message du Conseil fédéral 23.08.06

Bestellung: BBL, Vertrieb Publikationen, 3003 Bern
Commande: OFCL, diffusion des publications, 3003 Berne

Nationalrat/Conseil national 04.12.06 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 05.12.06 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 06.12.06 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 07.12.06 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 12.12.06 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 12.12.06 (Fortsetzung – Suite)

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Département de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication

805 Bundesamt für Energie

805 Office fédéral de l'énergie

Antrag der Kommission

A2310.0222 Information, Beratung, Aus- und Weiterbildung
Fr. 5 100 000

A2320.0001 Wertberichtigungen im Transferbereich

Fr. 15 900 000 (nicht finanzierungswirksam)

A4300.0126 Energie- und Abwärmenutzung

Fr. 13 400 000

A4300.0127 Pilot- und Demonstrationsanlagen

Fr. 2 500 000

Proposition de la commission

A2310.0222 Information, conseil, formation et perfectionnement
Fr. 5 100 000

A2320.0001 Réévaluation dans le domaine des transferts

Fr. 15 900 000 (sans incidences financières)

A4300.0126 Utilisation de l'énergie et récupération de la chaleur

Fr. 13 400 000

A4300.0127 Installations pilotes et de démonstration

Fr. 2 500 000

810 Bundesamt für Umwelt

810 Office fédéral de l'environnement

Antrag der Kommission

A2310.0126 Multilateraler Umweltfonds

Fr. 35 974 000 (wovon 9 000 000 gesperrt)

Proposition de la commission

A2310.0126 Fonds multilatéral pour l'environnement

Fr. 35 974 000 (dont 9 000 000 bloqués)

Kontengruppen – Groupes de comptes

Sach- und übriger Betriebsaufwand

Charges biens et services, autres charges d'exploitation

Antrag der Mehrheit

A2115.0001 Beratungsaufwand

Fr. 153 856 971

Antrag der Minderheit

(Abate, Dormond, Fässler, Frösch, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Marti Werner, Rey, Steiner, Vollmer, Wäfler)

A2115.0001 Beratungsaufwand

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Föhn

Die Budgetpositionen Beratungsaufwand (A2115.0001) sind in Departementen, Gerichten und bei der Bundesversammlung auf 130 Millionen Franken zu reduzieren.

Schriftliche Begründung

Der Bund gibt pro Jahr rund 900 Millionen Franken für externe Berater aus. Damit machen die Kosten der externen Berater rund ein Fünftel der Kosten des Bundespersonals aus. Während beim ordentlichen Personal schon lange ein Personalstopp in Kraft getreten ist, wird bei den externen Beratern munter geklotzt. So hat beispielsweise das Bundesamt für Verkehr alleine einen höheren Beratungsaufwand als das gesamte EJPD! Externe Berater sind aber nicht nur dazu da, um Fachwissen in die Bundesverwaltung zu bringen, was ja an sich Sinn machen würde. In vielen Fällen besteht der Eindruck, dass externe Experten eingestellt werden, damit das eigene Personal nicht mehr tätig werden muss und keine Fehler machen kann. Ausserdem besteht oftmals der Eindruck, dass bei den externen Beratern persönliche Verflechtungen wichtiger sind als der Beratungserfolg.

Ich beantrage daher eine Kürzung des Beratungsaufwandes auf 130 Millionen Franken.

Proposition de la majorité

A2115.0001 Charges de conseil

Fr. 153 856 971

Proposition de la minorité

(Abate, Dormond, Fässler, Frösch, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Marti Werner, Rey, Steiner, Vollmer, Wäfler)

A2115.0001 Charges de conseil

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Föhn

Le montant du poste budgétaire Charges de conseil (A2115.0001) doit être abaissé à 130 millions de francs dans les départements, les tribunaux et l'Assemblée fédérale.

Abate Fabio (RL, TI): Die Kommission hat einem Kürzungsantrag von Kollege Kaufmann mit Stichentscheid des Präsidenten zugestimmt. Hier geht es um die Kosten des Beratungsaufwands der ganzen Verwaltung, der die GPK des Ständerates intensiv beschäftigt hat. Wir wissen, dass ein Bericht verfasst worden ist, aber unsere GPK hat darüber noch nicht debattiert, und der Bundesrat ist daran, einen Bericht zu erstellen. Trotzdem hat man die Gelegenheit zu kürzen nicht verpasst. Doch das ist falsch, weil die Anwendung des Prinzips des «Rasenschnittes» in letzter Minute in keiner Weise einer seriösen Prüfung des Voranschlages entspricht.

Ich erinnere daran, dass die Auswirkungen unserer Entscheidungen in zwanzig Tagen effektiv werden, und die Tragweite dieser Position darf nicht unterschätzt werden: Die externe Beratung spielt in der Verwaltung eine wichtige

Rolle. In qualitativer Hinsicht ist Expertenwissen von ausserhalb der Verwaltung oft unabdingbar, in quantitativer Hinsicht nehmen externe Berater auch Aufgaben wahr, die nicht von der Verwaltung übernommen werden können. Verwaltungsreform, EP 2003, EP 2004, Aufgabenverzichtplanung haben die Verwaltung schon unter Druck gesetzt. Die Forderung nach zusätzlichen Massnahmen, die mittelbare oder unmittelbare Auswirkungen haben, tönt wie eine Provokation.

Was bedeutet eigentlich Beratungsaufwand? Es handelt sich um durch Dienstleister extern oder intern erbrachte technische und fachliche Beratung, temporäre Personalausleihen, Expertisen, Studien, Gutachten, Übersetzungen und Revisionen. Falls Sie die von der Mehrheit der Kommission beantragte Kürzung bestätigen würden, würden einzelne Ämter massiv und unverhältnismässig bestraft. In erster Linie wäre das Departement des Innern mit dem Bundesamt für Gesundheit und seinen Präventionsprogrammen und seiner Grundlagenarbeit betroffen. Weiter wären das VBS und das UVEK betroffen, und zwar folgende Stellen und Bereiche: Präventions- und Gesundheitspolitik, Betrieb und Infrastruktur im Verteidigungsbereich, Entschädigung der Luftwaffe für Skyguide, der Vollzug im Bundesamt für Umwelt, Umweltforschung, das Bundesamt für Energie. Auch das EJPD – die Mitglieder der Kommission für Rechtsfragen wissen es – und schliesslich die Flag-Verwaltungseinheiten, die beim Beratungsaufwand noch grössere Positionen haben, wären betroffen. Vergessen wir nicht, dass auch unsere Kommissionen sowie unsere Vorstösse oft externe Beratungen erfordern. Somit geht es auch um Kohärenz. Ich bitte Sie, diesem Minderheitsantrag zuzustimmen und dem Bundesrat zu folgen.

Föhn Peter (V, SZ): Wo immer möglich fordere ich Sie auf – und besonders, wenn es um Steuergelder geht –, zu sparen, zu sparen und noch einmal zu sparen.

Wir sind bei der Position «Beratungsaufwand». Hier beantrage ich, statt der knappen 10 Prozent gut 20 Prozent zu kürzen, d. h. einzusparen. Ich staune schon und verstehe die Welt einfach nicht: Die GPK des Ständerates wurde beauftragt und untersuchte dann die Ausgaben dieser Budgetposition. Sie deckte gravierende Mängel und Missverhältnisse auf. Der Bericht der GPK ist niederschmetternd. Und siehe da! Es passiert nichts oder kaum etwas. Wenn man nichts tun will oder keine Lehren aus einem solchen Bericht ziehen will, hätte man zumindest den GPK-Aufwand einsparen können. Die Untersuchung ergab, dass vom Bund jährlich einige Tausend – Sie hören richtig: einige Tausend – sogenannte Expertenmandate vergeben werden, die mit etlichen Hundert Millionen Franken an Ausgaben zu Buche schlagen, und das auch jährlich. Nebst dem unerhörten Aufwand von etwa 900 Millionen Franken und der Verschleuderung von Steuergeldern sind einige weitere Ungereimtheiten ans Licht gekommen.

1. Das Verhältnis der Expertenmandate zu den Personalauswendungen ist sage und schreibe eins zu sieben. Diese externen Beratungsaufwendungen unterstehen weder einer parlamentarischen Kontrolle, noch gilt öffentliche Transparenz. So etwas dürfen wir nicht zulassen.

2. Diese Beratermandate werden allermeistens ohne Wettbewerb, ohne Vergleiche, vergeben. In den Büchern der Verwaltung sind reihenweise Berater aufgelistet, die «Hoflieferanten» sind. Auch das darf es nicht geben.

3. Ende Jahr bricht in der Verwaltung das sogenannte Dezemberfieber aus. Das heisst, dass möglichst alle Kreditreste ausgeschöpft werden und so «Topjößchen» und Aufträge unter der Hand vergeben werden, welche überhaupt nicht gebraucht werden und letztendlich weder politisch noch verwaltungstechnisch etwas bringen. Dem muss sofort ein Riegel vorgeschoben werden.

Die Verwaltung hat bestausgewiesenes Personal. Wir müssen einzig und allein das Wissen der internen Fachpersonen und Experten nutzen. Dazu müssen die Damen und Herren des Bundesrates und der Verwaltung hie und da mehr Verantwortung übernehmen, ohne sich immer auf sogenannte externe Berichte und Studien berufen zu müssen oder zu

dürfen. Denn bei einem Auftrag kann auch gleich das erwartete Resultat in Auftrag gegeben werden, besonders bei den Mandaten der sogenannten Hoflieferanten.

Am liebsten hätte ich in einem ersten Schritt bei den gesamten Aufwendungen für externe Expertenmandate von jährlich 800 bis 900 Millionen Franken 20 bis 25 Prozent Einsparungen beantragt. So könnten wir etwa 200 Millionen einsparen. Da aber im Budget nur knapp 171 Millionen Franken an Beratungsaufwand offen ausgewiesen sind, kann man auch nur an dieser Position rütteln. Vom Bundesrat wird aber auf Ende Februar 2007 eine Stellungnahme und Empfehlung bezüglich dieser gesamten Ausgaben erwartet. Da bin ich überzeugt, dass er weit mehr Einsparungsmöglichkeiten findet und auch vorschlägt. Herr Abate, es ist keine Provokation, es ist höchstens eine Aufwertung und Stärkung der Verwaltung, denn das Ziel muss sein, unkontrollierte Einflussnahmen und externe Meinungsmache in der Bundespolitik möglichst herunterzufahren und dazu gewaltig Steuergelder einzusparen.

So bitte ich Sie, als ersten Schritt meinen Einzelantrag anzunehmen.

Zuppiger Bruno (V, ZH): «Expertokratie» und «Beratitis» – zwei Begriffe, die sich beim Bund in den letzten Jahren mehr und mehr breitgemacht haben. Dabei ist zu erwähnen, dass es sicher auch Bereiche und Einzelprojekte gibt, bei denen der Einsatz von externem Fachwissen durchaus Sinn machen kann. Mehr Mühe bereitet der SVP der Umstand, dass mehr und mehr Gutachten im Politbereich bestellt werden, welche eine Meinung eines Amtes oder eines Departementes stützen sollen. Von den 6100 Expertenmandaten, die die GPK aufgelistet erhalten hat, sind immerhin etwa 40 Prozent solche Gutachten. Die GPK-SR hat in ihrem Bericht der Sorge darüber Ausdruck gegeben, dass der Umfang der Beratungsaufträge für Dritte stark zugenommen hat, nämlich von etwa 370 Millionen Franken im Jahr 1995 auf gegen 600 bis 700 Millionen Franken im Jahr 2004. Die GPK-SR hat den Bundesrat beauftragt, vermehrt internes Fachwissen statt externes Beraterwissen einzusetzen. In der «NZZ» vom 22. November 2006 wird sogar die Frage gestellt, ob die Flut der Experten und Expertisen gar zur Entmachtung der politischen Verantwortungsträger führt.

Angeichts dieser Tatsache will die SVP-Fraktion mit verschiedenen Vorstössen genaue Auskunft über die Beratungs- und Expertentätigkeit erwirken. Wenn wir jetzt im Beratungsbereich eine moderate Kürzung vornehmen wollen, dann sind es nicht Aufträge, die bereits erteilt sind, Aufträge, die in einem Projekt bereits beinhaltet sind, sondern es handelt sich hier um neue Aufträge, bei deren Erteilung man mehr Zurückhaltung üben soll. Diese moderate Kürzung soll also ein deutliches Zeichen sein gegenüber dem Bundesrat und gegenüber der Verwaltung, mit neuen Beratungs- und Expertenaufträgen zurückhaltender und haushälterischer umzugehen.

Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie, dem Kürzungsantrag Föhn oder zumindest dem etwas moderateren Antrag der Mehrheit der Finanzkommission zuzustimmen.

Hofmann Urs (S, AG): Wir beantragen Ihnen, dem Antrag der Minderheit Abate zuzustimmen und auf diese Kürzung im Bereich der Beratungshonorare zu verzichten.

Es ist richtig, dass die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates einige kritische Bemerkungen zur Praxis bei den Beratungsaufträgen gemacht hat, vor allem was die Vergabe von Aufträgen betrifft. Dieser Bericht der GPK-SR wurde der Finanzkommission kurz vor ihren Beratungen zum Budget 2007 zugestellt. Eine intensive Diskussion dieses Berichtes und vor allem eine Überprüfung der Schlussfolgerungen konnte nicht erfolgen – Herr Kollege Abate hat darauf hingewiesen. Der Antrag seitens der SVP-Fraktion, der heute unterbreitet wird und der in der Kommission auch eine knappe Mehrheit gefunden hat, ist somit nicht ein Antrag, der aufgrund einer eigenen Meinungsbildung in der Finanzkommission erfolgt ist, sondern es ist ein Schnellschuss, dessen Auswirkungen auf die Verwaltungspraxis in

keiner Art und Weise überprüft werden konnten. Korrekt – wie auch die Geschäftsprüfungskommission ihren Bericht verstanden hat – ist es vielmehr so, dass nach der Fragestellung an den Bundesrat und gestützt auf die bundesrätlichen Antworten zu entscheiden sein wird, wo im Bereich der Beratungsaufträge effektiv Handlungsbedarf besteht.

Betrachtet man nämlich diese Beratungsaufträge näher, so sieht man, dass es in keiner Art und Weise stimmt, dass es primär darum geht, politische Einflussnahme von Experten zu ermöglichen oder die Experten zu beauftragen, die bundesrätliche Politik zu stützen oder gar zu entwickeln oder für die Zukunft vorzuschreiben. Im Gegenteil: Es geht darum, dass die Auswirkungen der Gesetze, die wir in diesem Rat und im Ständerat beschlossen haben, sowie die Auswirkungen der bundesrätlichen Politik, wie sie in Verordnungen festgehalten ist, auch überprüft werden können, wie dies in der Verfassung vorgegeben wird und wie es auch Aufgabe des Parlamentes ist, insbesondere der Geschäftsprüfungskommissionen und der Finanzkommissionen. Entzieht man nun dem Bundesrat die Mittel, in diesem Bereich fachmännischen Rat einholen zu können, so werden wir künftig auch nicht mehr wissen, ob Gesetze, die wir verabschiedet haben, effektiv die Wirkungen zeitigen, die ihnen eigentlich von uns zugeschrieben wurden.

Wenn man im Weiteren schaut, wo das Schwergewicht dieser Beratungsaufträge liegt, so sieht man, dass es weder in diesem politischen Bereich ist noch in jenem, wo mit Blick auf die Zukunft Grundlagen für die Politik geschaffen werden sollen, sondern es ist im Bereich der laufenden Verwaltung, nämlich der Informatik. Es ist kein Zufall: Wenn wir im Bereich der Personalkosten immer mehr Abstriche machen und Einsparungen vornehmen wollen, dann müssen diese laufenden Aufgaben eben durch externes Personal erledigt werden. Wir haben uns von unserer Fraktion aus seit Jahren dagegen gewandt, dass gerade im Bereich der Informatik, wo der Aufwand für Externe pro Stunde erwiesenermassen das Zwei- bis Dreifache desjenigen eines internen Angestellten beträgt, externes Personal beigezogen wird. Da man dem BIT die Möglichkeit nicht gab, zusätzliches Personal einzustellen, blieb gar keine andere Möglichkeit, wenn die Grundaufgaben im Bereich der Informatik erledigt werden sollten. Wenn diese Einsparungen vorgenommen werden sollen, dann geht es eben nicht darum, irgendwelche unnützen Beratungsaufträge zu streichen, sondern es geht darum, vorzusehen, dass man im eigentlichen Verwaltungsbereich mit schlechteren Leistungen rechnen müsste, und das wollen wir nicht. Wo Handlungsbedarf besteht, werden wir Ihnen Vorschläge unterbreiten, doch dafür braucht es zuerst eine Diskussion innerhalb unserer Kommission.

Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der Minderheit Abate zu unterstützen und hier nicht Schnellschüsse abzugeben – schon gar nicht solche, wie sie im überrittenen Antrag von Herrn Föhn enthalten sind.

Hutter Markus (RL, ZH): Ich spreche für jenen Teil der FDP-Fraktion, welcher den Mehrheitsantrag der Finanzkommission unterstützt.

Lassen Sie mich klarstellen: Es geht nicht darum, diesen Beratungsaufwand grundsätzlich infrage zu stellen. Es geht nicht darum, diese internen und externen Dienstleister, welche Leistungen wie technische und fachliche Beratung, temporäre Personalausleihe, Expertisen, Studien, Gutachten, Übersetzungen und Revisionen erbringen, hier irgendwo nicht mehr akzeptieren zu wollen. Wir alle wissen, dass die sehr oft nötig und auch zweckmässig sind. Die Problematik liegt jedoch einerseits in der fehlenden Transparenz, im fehlenden Überblick, in der fehlenden Kontrollmöglichkeit, und andererseits – das ist das Entscheidende – liegt das Problem im schon lange andauernden Missstand, der nun schon verschiedene Male gerügt wurde und der noch keine weiteren Konsequenzen nach sich gezogen hat: Das Problem liegt in der dauernden Zunahme, in der Verdoppelung des Beratungsaufwandes in den letzten zehn Jahren und insbesondere auch darin, dass viele der externen Beratungsaufträge nicht einmal ausgeschrieben werden. Dabei

sind zum Teil sogar noch Parlamentarier involviert. Dies führt natürlich zu untragbaren Verflechtungen, und dies führt uns dazu, hier jetzt über das Budget ein Zeichen zu setzen und eine Kürzung um 10 Prozent zu vollziehen. Es kann nicht sein, dass aufgrund dieses Berichtes der GPK-SR weiterhin nur wieder Diskussionen stattfinden, obwohl diese Grundsatzdiskussionen selbstverständlich zusätzlich auch geführt werden müssen. Angesichts der Fülle der Beratungsaufträge und der völligen Undurchsichtigkeit sind eben auch detaillierte Anträge zur Reduktion einzelner Beratungsausgaben unmöglich; dies übersteigt die Möglichkeiten eines Milizparlamentes bei weitem. Deshalb stimmen wir der linearen Kürzung zu.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch erwähnen, dass natürlich die Reduktion des Beratungsaufwandes des VBS hier in dieser Senkung von 10 Prozent bereits enthalten ist. Es war in diesem Sinne auch ein vorbildliches Verhalten des VBS, welches hier zu dieser freiwilligen Reduktion geführt hat.

Ich ersuche Sie also um Zustimmung zur Mehrheit der Finanzkommission.

Darbellay Christophe (C, VS): La Commission de gestion a publié un rapport édifiant sur ce sujet, et ce n'est pas la première fois que nous en débattons, puisque dans le cadre du programme d'allègement budgétaire 2004, nous avons déjà insisté sur la nécessité d'être beaucoup plus prudents lors de l'attribution de mandats à des experts. Et là déjà, le Conseil fédéral nous avait dit qu'il prendrait en compte cette critique dans le cadre des futurs plans financiers. Pour l'instant, nous n'en avons pas vu la couleur.

Les mandats de consultants externes se montent à 700 millions de francs environ; il est difficile de dire quel est le chiffre exact, puisque les avis divergent à ce sujet. Mais on sait qu'en 1995, si c'étaient 370 millions de francs, nous sommes passés aujourd'hui à 700 millions de francs; donc les crédits alloués aux mandats externes ont pratiquement doublé.

Il s'agit de dépenses transversales; cette coupe peut donc toucher potentiellement tous les départements ou tous les offices. Il ne s'agit pas de diminuer de 10 pour cent chacun des projets, mais de fixer des priorités. Car ce que l'on constate, c'est que chaque fois que l'administration ou le Conseil fédéral ne veulent pas décider, ils donnent un mandat à des experts, et ce n'est pas la solution. L'administration peut sans doute faire beaucoup plus elle-même. Il est aisé de donner le travail à l'extérieur, cela décharge l'administration qui est passablement occupée, mais ce n'est pas non plus la panacée. Il se peut qu'il y ait des domaines très techniques où on ait besoin d'experts, mais ce n'est pas toujours le cas, loin s'en faut.

Nous devons aujourd'hui nous rallier à cette proposition de coupe qui nous paraît réaliste. Le rapport de la Commission de gestion nous a fourni des éléments tout à fait pertinents, qui nous montrent qu'une coupe de 10 pour cent est dans les limites de l'acceptable.

En tant que démocrates-chrétiens, nous allons donc soutenir la majorité. Et ce n'est pas notre ministre des finances, qui se plaignait de la passivité cette année de la Commission des finances, qui a fait si peu de propositions de compensations et de coupes, qui devrait combattre celle que nous discutons. Nous avons accepté hier d'augmenter de 30 millions de francs les dépenses dans le domaine des infrastructures du transport régional; ici, vous avez 17 millions de francs à disposition pour compenser ce qu'on a décidé hier. Je trouve que nous devrions oser faire ce pas qui n'est pas exagéré; 10 pour cent, c'est dans nos cordes.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Es ist zweifellos das Verdienst der GPK-SR, auf ein Problem hingewiesen zu haben, das uns vielleicht etwas unters Eis geraten ist. Denn es stimmt, dass Beratungsleistungen einen grossen Stellenwert im Ausgabenbereich des Bundes einnehmen. Der Bericht der GPK operiert allerdings zu Recht mit ungefähren Zahlen. Wir werden vonseiten des Bundesrates bis im Februar 2007 zu diesem Bericht Stellung nehmen. Wir werden auch auf-

zeigen, dass gewisse Annahmen, wie sie in diesem Bericht stehen, nicht zutreffend sind. Wir werden darlegen, dass es – wie auch in allen privaten Unternehmen und Betrieben – Beratungsaufträge braucht, vor allem im Bereich der Informatik; das ist ein Bereich, der sehr stark dem Wandel unterworfen ist und wo immer wieder angepasst werden muss, vor allem auch im Bereich der Software. Wir werden nachweisen, dass es viele Beratungsleistungen gibt, die nur punktuell, in einzelnen Fällen, erforderlich sind, und alle anderen Fälle, in denen es eben permanente Beratung braucht. Kurz und gut: Wir werden die Zahlen und Fakten auf den Tisch legen, und wir werden Ihnen zeigen, dass die Annahmen der GPK etwas überzeichnet sind.

Nichtsdestotrotz sind Massnahmen nötig. Wir glauben allerdings, dass wir das Problem bereits erkannt haben, indem die Beratungsleistungen im Gegensatz zu dem, was behauptet wird, in den letzten Jahren ab- und nicht zugenommen haben. Dafür sind verschiedene Umstände massgebend. Es hängt auch davon ab, wie man Beratungsleistungen eben definiert und wann man solche Beratungen einfordert. Ich darf in Klammern sagen, dass das Parlament teilweise auch noch ein bisschen damit zu tun hat; denn es sind heute über 1400 Vorstösse aus seinem Schoss hängig, und viele davon müssen mit Beratungsleistungen abgearbeitet werden.

Nun zum Budget 2007: Da gibt es zwei Sichtweisen, Beratungsleistungen darzustellen. Die eine Sicht ist die sogenannte Kontosicht. Das ist die Sicht, bei der alle Aufwendungen für Beratungen addiert werden, und dann kommen Sie auf einen Betrag von 430 Millionen Franken. Das andere ist die Kreditsicht; das ist diejenige, die wir Ihnen im Voranschlag präsentieren. Es ist die Beratung im engeren Sinne, für die wir 170 Millionen Franken vorschlagen.

Nun beziehen sich beide Anträge auf diese 170 Millionen, das heisst auf die Kreditsicht. Der Antrag Ihrer Kommissionsmehrheit möchte diesen Betrag um 10 Prozent senken. Der Antrag Föhn geht weiter; er möchte den Betrag auf 130 Millionen senken und damit um etwa 20 Prozent kürzen. Der Bundesrat ist der Meinung, dass diese Kürzungen nicht nötig sind, dass man diese Beratungsleistungen plant und vorgesehen hat. Die Projekte sind auch schon avisiert. Man weiss also zum Voraus, wofür diese Ausgaben geplant sind. Es handelt sich um Projekte in allen Departementen, vorzüglich auch im EDI im Rahmen der Prävention und von Grundlagenarbeiten für die Sozialversicherungen; dann beim VBS, wo allerdings eine Vorleistung erbracht wurde, auf die Herr Hutter aufmerksam gemacht hat; dann natürlich vor allem auch beim UVEK, wo eine ganze Reihe von Aufträgen bereits unterwegs ist.

Das ist der Grund, weshalb der Bundesrat Ihnen beantragt, die Minderheit der Kommission zu unterstützen.

Simoneschi-Cortesi Chiara (C, TI): Ho una domanda precisa: in questi 170 milioni di franchi sono compresi anche le esternalizzazioni dei compiti che sono all'interno dell'amministrazione? Mi spiego: ci sono per esempio dei compiti di traduzione all'interno degli uffici. Sappiamo che adesso c'è il brutto vizio di esternalizzare questi compiti di modo che le persone non sono più nell'ufficio, adesso le persone vengono impiegate fuori dall'amministrazione su mandato. In questi 170 milioni di franchi vi sono anche questi compiti esternalizzati?

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: In der Tat haben wir im Übersetzungsbereich zwei Arten von Ausgaben. Die einen sind Personalkosten für das Personal, das Übersetzungen macht – und übrigens den Voranschlag zum ersten Mal auch in die italienische Sprache übersetzt hat –, die anderen sind Ausgaben für zusätzliche Übersetzungsleistungen, die wir fallweise zukaufen müssen.

Kaufmann Hans (V, ZH), für die Kommission: Ausgangspunkt dieses Kürzungsantrages Ihrer Kommission, der mit Stichtentscheid des Präsidenten angenommen wurde, ist tatsächlich dieser Bericht der GPK des Ständerates. Sie haben

vielleicht auch der Presse verschiedene andere Zahlen entnommen, die hier nicht erwähnt wurden. Deshalb bin ich froh, dass unser Finanzminister hier bereits etwas Klarheit geschaffen hat. Wir sprechen von 170 Millionen Franken aus Kreditsicht; der Antrag Ihrer Kommissionsmehrheit bezieht sich auf diesen Betrag.

Es ist so, dass über 6100 externe Mandate vergeben werden; es gibt sie auch unter weiteren Positionen, eben im Funktionsaufwand, und wenn Sie das dazuzählen, kommen Sie auf 430 Millionen. Wenn Sie sich auf die 700 Millionen Franken und auf die zum Teil noch höheren Beträge in der Presse beziehen: Dort werden eben nochmals weitere Beratungs- und externe Mandate dazugezählt. Wenn man den Gesamtbetrag nimmt, kann man sagen, dass das Verhältnis Personalkosten – also interne Beschäftigte – zum Aufwand für Externe eins zu sieben beträgt. Das war unter anderem eine Kennzahl, die zur Schlussfolgerung geführt hat, dass hier etwas sehr viel nach aussen verlagert werde, dass hier eben externe Personalreserven gehalten würden. Mit unserem Kürzungsantrag legen wir ja nicht fest, wo gekürzt wird; deshalb kann Herr Abate nicht einfach behaupten, hier und dort werde gekürzt. Das ist dann die Aufgabe des Bundesrates.

Was den Antrag Föhn anbetrifft, so lag dieser unserer Kommission nicht vor. Der Unterschied ist das Ausmass der Kürzung: Er möchte 40 Millionen kürzen, wir schlagen Ihnen 17 Millionen vor. Sie haben gehört, dass auch der Bundesrat den Antrag der Mehrheit unterstützt; also hält er es doch für realistisch, dass man das in der Verwaltung durchsetzen kann.

Ich beantrage Ihnen deshalb, unseren Mehrheitsantrag zu unterstützen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Dem Lärmpegel im Saal entnehme ich, dass Sie bereits hellwach sind. Nehmen Sie das als Zeichen für Konsequenzen.

Rey Jean-Noël (S, VS), pour la commission: Il y a des thèmes qui échauffent les esprits, en commission également. Nous avons là à traiter un thème qui a partagé la commission: 11 membres de la commission proposent une réduction de 10 pour cent des charges de conseil et 11 membres s'y opposent. Ceci étant dit, la commission dans son ensemble reconnaît la problématique des expertises et est consciente que dès qu'elle sera en possession du rapport de la Commission de gestion, elle devra se pencher sur cette question.

La Commission de gestion parle d'un chiffre de 800 millions de francs de charges de conseil. Il est très difficile d'avoir une vue d'ensemble car, entre la définition de la Commission de gestion et celle du Département fédéral des finances, il y a des divergences. C'est la raison pour laquelle le Département fédéral des finances a annoncé un rapport qui devrait remettre l'église au milieu du village et bien définir les différents types de charges de conseil. De plus, il est important de dire que la Commission de gestion se base sur les chiffres de 2004. Or, le Parlement a déjà procédé en 2005 et en 2006 à des coupes dans le domaine des charges de conseil. Grâce au Département fédéral des finances, nous avons pu faire en commission la distinction entre les crédits au sens étroit du terme et les crédits au sens large que l'on trouve à différents articles budgétaires. Aujourd'hui, il s'agit des crédits dans le sens étroit du terme, les 170,9 millions de francs, auxquels s'ajoutent 427,7 millions de francs à différents articles.

La majorité estime qu'il faut donner un signal en coupant de façon linéaire 10 pour cent de ces crédits, alors que l'autre partie de la commission souhaite attendre le rapport du Conseil fédéral pour mieux cibler ces coupes dans le domaine des charges de conseil.

Finalement la majorité, qui a émergé grâce à la voix prépondérante du président, vous propose d'accepter la coupe de 10 pour cent de ces crédits.

Quant à la proposition Föhn, elle n'a pas été soumise à la commission; je n'ai donc pas à la commenter.

Mais vous me permettez peut-être de faire un seul commentaire personnel durant tout ce rapport. Je comprends, quand je lis les expertises sur l'imposition des entreprises, que certains parlementaires obnubilés par les baisses d'impôts fassent des propositions pour réduire le coût des expertises.

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.041/3554)

Für den Antrag der Mehrheit 98 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 68 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.041/3555)

Für den Antrag der Mehrheit 121 Stimmen

Für den Antrag Föhn 47 Stimmen

311 Beantragte Verpflichtungskredite

311 Crédits d'engagement requis

3 Département des Innern

3 Département de l'intérieur

316 Bundesamt für Gesundheit

316 Office fédéral de la santé publique

Antrag der Kommission

316 Gesundheit, Pandemie, Beschaffung von Impfstoffen (Rahmenkredit)

(Fr. 186 235 000 noch offen)

Proposition de la commission

316 Santé, pandémies, achat de vaccins (crédit-cadre)

(Fr. 186 235 000 en suspens)

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Wir haben diese Position materiell bereits behandelt. Die Abstimmung über die Ausgabenbremse findet im Rahmen der Beratung des Bundesbeschlusses (Vorlage 2) statt.

5 Département für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

5 Département de la défense, de la protection de la population et des sports

525 Verteidigung

525 Défense

Antrag der Mehrheit

525 Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung (Verpflichtungskredite gemäss PEB-Verzeichnis in Zusatzdokumentation)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Marti Werner, Dormond, Fässler, Frösch, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Rey, Vollmer, Wäfler)

525 Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung (Verpflichtungskredite gemäss PEB-Verzeichnis in Zusatzdokumentation)

Fr. 114 800 000

Proposition de la majorité

525 Etudes des projets, essais et préparatifs d'achats (EEP)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Marti Werner, Dormond, Fässler, Frösch, Hofmann Urs, Kiener Nellen, Rey, Vollmer, Wäfler)

525 Etudes des projets, essais et préparatifs d'achats (EEP)

Fr. 114 800 000

Marti Werner (S, GL): Die Minderheit beantragt Ihnen, hier bei den Verpflichtungskrediten für PEB eine Kürzung von insgesamt 26 Millionen Franken vorzunehmen.

Uns wird im Rahmen der Budgetberatung immer wieder der Vorwurf gemacht, dass wir mit unseren Budgetanträgen zu kurzfristig sind, dass wir an und für sich zu spät sind, wenn wir über Zahlungskredite steuern wollen. Das ist im Bereich des VBS sicher richtig. Deshalb stellt die Minderheit Ihnen eben den Antrag, bei den Verpflichtungskrediten zu kürzen.

Mit den PEB-Krediten definieren wir eigentlich die künftigen Kosten des VBS. Der Vorteil dieser PEB-Kredite besteht für das VBS darin, dass eigentlich niemand sie genau anschaut. Manchmal zweifle ich daran, ob der Bundesrat sie überhaupt genau anschaut; sie werden nämlich einfach immer so genehmigt. Ich habe es mir zur Pflicht gemacht, diese alljährlich unter die Lupe zu nehmen, und ich muss Ihnen sagen: Was in diesem Jahr unter den neuen PEB-Krediten aufgelistet wird, übersteigt das Mass dessen, was wir hier beschliessen sollten. Ich schlage Ihnen deshalb vor, diese Kürzung vorzunehmen, und zwar bezieht sich die beantragte Kürzung ganz konkret nur auf die neuen Projekte. Die alten Projekte, die wir bereits beschlossen haben, sollen weiterentwickelt werden können, aber bei den neuen Projekten sollen insgesamt vier nicht gestartet werden. Ich will Ihnen sagen, worum es geht:

Zunächst geht es einmal um 2 Millionen Franken, die dafür verwendet werden sollen, dass unser Artilleriesystem Nato-tauglich gemacht wird, damit die Artillerie dann im Ausland Schiessübungen veranstalten kann. Das ist jetzt gerade so ein Punkt, bei dem ich denke, dass der Bundesrat das vermutlich nicht so genau angeschaut hat. Sonst hätte er sich zuerst die Frage stellen müssen, ob wir tatsächlich Artillerieschiessübungen im Ausland durchführen wollen. Nachdem sich ja das VBS vehement für viele Waffenplätze eingesetzt hat und wir heute eine Überkapazität an Waffen- und Waffenschiessplätzen haben, denke ich, dass es sinnvoll ist, diese Schiessübungen hier im Lande zu machen und nicht im Ausland. Wenn man die Möglichkeit hat, etwas nicht zu realisieren, macht es auch keinen Sinn, dafür zu investieren. Ein weiterer Brocken des Minderheitsantrages auf Kürzung betrifft die Informatik. Wenn Sie diese Kredite unter die Lupe nehmen, werden Sie feststellen, dass das VBS über diese PEB-Kredite plant, unter dem Titel Modernisierung informatikmässig massiv aufzurüsten. Das ist eine eigentliche Kostenbombe, denn wenn man permanent auf dem neuesten Stand sein will, zieht das massivste Investitionen nach sich. Die Kürzung dieser Verpflichtungskredite um 26 Millionen Franken hat eine Reduktion des Beschaffungsvolumens von nahezu 500 Millionen zur Folge. Wenn wir diese Verpflichtungskredite jetzt gutheissen, werden wir früher oder später 500 Millionen investieren müssen, um diese Investitionen in elektronische Kriegsführung zu tätigen. Konkret geht es hier darum, dem VBS zu sagen, dass wir mit der elektronischen Aufklärung – sie kostet 15 Millionen – jetzt noch zuwarten. Auch die zusätzlichen Investitionen ins Führungsinformationssystem (FIS) sollen jetzt gestoppt werden. Ich verweise darauf, dass diese Fragen auch in der SiK umstritten sind und wir erst bei der Beratung des Rüstungsprogrammes entscheiden werden, ob diese Investitionen tatsächlich getätigt werden sollen.

Es macht doch keinen Sinn, zusätzliche Investitionen aufzugleisen, bevor diese Fragen entschieden sind, weshalb ich Sie ersuche, diesen Block zu sperren. Eine Streichung des Verpflichtungskredites heisst nichts anderes, als dass das jetzt nicht gemacht werden kann. Wenn die Grundlagen einmal klar sind, kann es allenfalls noch gemacht werden, wobei es äusserst fragwürdig ist, derart viel in diese Richtung zu investieren.

Borer Roland F. (V, SO): Kollege Marti, es gibt sicher Punkte, über die man ernsthaft diskutieren kann. Warum haben Sie nicht zu den einzelnen Posten Kürzungsanträge gestellt? Warum fordern Sie hier ein Gesamtpaket? Bei einzelnen Punkten hätte ich Ihnen unter Umständen zustimmen können.

Marti Werner (S, GL): Ich betrachte es als meine Pflicht als Parlamentarier, es auch zu sagen, wenn ich für etwas einrede. Es macht keinen Sinn, wenn ich zu meinen eigenen Anträgen Eventualanträge stelle. Wenn ich 26 Millionen Franken kürzen will, kann ich Ihnen nicht sagen: Kürzen Sie 26 Millionen oder eventuell nur 2 Millionen. Ich will alles kürzen. Sie können einen eigenen Antrag stellen und sagen, Sie wollten nur die einzelnen Teile streichen. Aber ich sage Ihnen: Schauen Sie sich einmal die PEB-Kredite an. Ich sage das allen Parlamentariern: Schauen Sie sich einmal diese Kredite an, dann sehen Sie, was hier gemacht und geplant wird.

Lang Josef (G, ZG): Die Abstürze des Entwicklungsschrittes 2008–2011 in Flims und der Militärgesetzrevision in der jüngsten Vernehmlassung zeigen, dass die Zukunftsperspektiven der Armee völlig unklar sind. Damit ist auch der Sinn der PEB-Zukunftsposten im Budget infrage gestellt. Die grüne Fraktion unterstützt den Streichungsantrag John Calame und eventualiter den Kürzungsantrag der Minderheit Marti Werner. Was Kollege Marti vorhin gesagt hat, trifft tatsächlich zu. Auf diese Zukunftsinvestitionen wird viel zu wenig genau geschaut. Nächstes Jahr werden wahrscheinlich die Kampfflieger dabei sein. Der SVP-Fraktion möchte ich in diesem Zusammenhang ein ganz frisches Zitat von Kollege Föhn in Erinnerung rufen: «Sparen, sparen und noch einmal sparen.»

Loepfe Arthur (C, AI): Bei diesem Kredit geht es um Aufträge zur Analyse von zukünftigen Projekten. Diese können ganz unterschiedlicher Art sein. Sie können von der Technologie im Bereich der Informatik bis zu den Fliegern und anderen Bereichen gehen, wo man die Dinge eben angehen und abklären muss. Es geht dort um technische Fragen, es geht um Kosten und Preise. Wenn wir hier Projekte entscheidungsreif machen wollen, muss man eben diese Studien durchführen.

Ein Punkt, den Herr Werner Marti aufgebracht hat, ist die Informatik: Herr Marti, wir haben gestern schon gesagt, dass die Zeiten, in welchen wir in diesen Führungsstäben mit Packpapier und Plastik gearbeitet haben, einfach vorbei sind. Es braucht heute moderne Technologie und damit eben auch diese Systeme, die man angehen will; das muss geprüft werden, das macht auch Sinn. Diese Systeme für die Verbesserung der Führung machen auch Sinn bei subsidiären Einsätzen, bei welchen man in Zusammenarbeit mit den zivilen Behörden eben schauen muss, dass man zum Beispiel in einem Katastrophenfall schnell eine Übersicht hat, dass man weiss, wo welche Mittel im Einsatz sind. Sie wissen: Wenn die Übung läuft, wenn Ereignisse laufen und sich überstürzen, können Sie den Überblick mit traditionellen Mitteln nicht mehr behalten. Wir müssen hier technologisch nachziehen, diese Systeme müssen geprüft und eingeführt werden. Das hat auch nichts mit dem Entwicklungsschritt 2008–2011 zu tun – überhaupt gar nichts. Auch wenn die Armee so bleibt, wie sie ist, oder wenn sie, Herr Marti, sogar kleiner wird, brauchen Sie diese Führungssysteme und diese Elektronik; das hat mit der Grösse der Armee gar nichts zu tun!

Jetzt noch ein interessanter Punkt: Herr Marti sagt, mit der Artillerie müssten wir nicht ins Ausland gehen. Ich bin auch der Meinung, dass wir nur mit den technischen Truppen ins Ausland gehen müssen – weil wir hier in unserem Land, das wissen wir alle, nicht mehr üben können. Wir können hier mit einer Artillerieabteilung im Verbund mit anderen Waffengattungen nicht bewegliche Übungen machen, wo man in Bewegung ist, durch die Felder fahren müsste und dann schießt, und zwar im scharfen Schuss. Ich würde meine Argumentation sofort zurückziehen, wenn Herr Marti einverstanden wäre, dass wir diese Artillerieschiessübungen im Glarnerland durchführen – aber in Bewegung, Herr Marti, nicht auf Ihrem Waffenplatz, wo man die Panzer wie auf einem Schiessplatz hinstellen kann, wo man einfach fest installiert ist und dann einen Schuss in irgendeine Richtung abgeben darf. Herr Marti, hier geht es um bewegliche Übun-

gen, und das wissen Sie als ehemaliger Generalstabsoffizier besser als ich. Aber nochmals: Wir kommen gerne ins Glarnerland, ich werde meine Meinung sofort ändern, wenn wir im Glarnerland mit Artillerie mobil und im scharfen Schuss üben können.

Es wurde auch von Marschalt und Ähnlichem mehr gesprochen. Diese Prozesse laufen, diese Abklärungen müssen vorangetrieben werden! Sie können nicht einfach sagen, jetzt halten wir an, und irgendwann beginnen wir dann wieder – das kostet dann wesentlich mehr.

Ich bitte Sie im Namen meiner Fraktion, hier dem Mehrheitsantrag zuzustimmen.

Pfister Theophil (V, SG): Der Antrag der Minderheit Marti Werner betrifft Elemente wie die Implementierung von UTM für schwere Waffen: ein neues System der Zielbestimmung mittels Koordinaten, das zusätzlich zum schweizerischen System evaluiert werden soll. Die Aufgabe des Systems ist klar: Es ist das Schiessen auf ausländischen Waffenplätzen mit schweren Waffen – die Schweiz hat bekanntlich ein anderes Koordinatensystem. Der Antrag betrifft auch die Evaluation elektronischer Führungssysteme, deren Milizverträglichkeit, Sicherheit und Tauglichkeit umstritten sind, deren wenigstens teilweise Beschaffung im Ausland auch nicht opportun ist.

Die SVP will die Einsätze der Armee im Ausland nicht, weder als Training noch als Kriegseinsatz. Von daher betrachtet, wäre eine Ablehnung von Teilen des PEB im Antrag der Minderheit Marti Werner durchaus auf unserer Linie. Allerdings geht es hier um die Erprobung und die Entwicklung und nicht nur um die Beschaffung. Und es sind in diesem Kredit weitere wichtige Aufgaben enthalten. Die konkreten Entscheidungen über die Schwerpunkte der Beschaffungen nach der Ablehnung des Entwicklungsschrittes 2008–2011 sind heute offen. Wir vertrauen darauf, dass im PEB keine präjudizierenden Projekte durchgeführt und keine Vereinbarungen getroffen werden, die nicht im Einklang mit der zukünftigen Ausrichtung der Armee stehen.

Darum lehnt die SVP-Fraktion den Antrag der Minderheit Marti Werner, der zu wenig spezifisch abgefasst ist, ab und empfiehlt Ihnen, der Mehrheit zu folgen.

Kleiner Marianne (RL, AR): Hier geht es um Verpflichtungskredite. Diese PEB-Kredite dienen der Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung beim VBS. Hier geht man so vor, dass man die Projekte anschaut, dass man plant, dass man erprobt und dass man erst nachher ein Projekt in das Rüstungsprogramm aufnimmt. Man will also zuerst schauen, was es taugt und was es kostet, dann erst wird beurteilt, ob es beschafft wird. Das VBS ist übrigens das einzige Departement, das so beschafft. Die Beschaffung beim VBS ist sehr exakten Regeln unterworfen, exakteren Regeln, als sie dem Durchschnitt der Bundesverwaltung auferlegt sind.

Mit dem Entwicklungsschritt 2008–2011, Kollege Lang, hat das alles gar nichts zu tun. Die SiK hat sich dieser auch in der Subkommission VBS aufgeworfenen Frage gewidmet. Das Mengenprofil, das das VBS hier anvisiert, ist unabhängig davon, was mit den sechs Bataillonen im Entwicklungsschritt passiert. Dieses Mengenprofil benötigt das VBS, selbst wenn die Armee so bleibt, wie sie ist. Generell – denke ich – ist es nicht gut, wenn das VBS gezwungenermassen die Betriebskosten senkt und schmerzhaft Personalabbauprozesse durchführt, um Mittel für die Aufrüstung freizubekommen. Das VBS will einen mittleren Technologiegrad erreichen. Wenn das VBS diese Anstrengungen zur Senkung der Betriebskosten auf sich nimmt, ist es nicht fair, wenn man ihm nachher jedes Mal, wenn es die Rüstung aufstocken will, einen Prügel zwischen die Beine wirft.

Zur Artillerie: Gerade im Zusammenhang mit dem Entwicklungsschritt 2008–2011 ist ja kritisiert worden, dass die Kampftruppen zu wenig in der Schweiz geschult werden können. Ich denke einfach, dass es für uns relativ leicht nachvollziehbar ist, dass man in der Enge der Schweiz – wo jeder Meter gehegt und gepflegt wird, sei es durch die priva-

ten Eigentümer, sei es durch die Landwirtschaft – kaum noch im grossen Stil Übungen durchführen kann. Ich glaube, dass es sinnvoll ist, dass man die Möglichkeit prüft, diese Übungen ins Ausland zu verlegen.

Mit dem PEB-Kredit, den Sie jetzt sprechen sollten und dessen Kürzung um 26 Millionen Franken die FDP-Fraktion ablehnt, ist der Beschaffungsentscheid noch nicht gefällt. Es ist so, dass mit diesen PEB-Krediten, wie ich sagte, diese ganzen Rüstungsbeschaffungen vorbereitet werden, damit sie nachher ins Rüstungsprogramm eingestellt werden können. Wenn Sie dort dann glauben, dass das, was beschafft werden soll, nicht das Richtige ist, haben Sie immer noch die Möglichkeit, Nein zu sagen.

Ich möchte Sie darum bitten, hier der Mehrheit zuzustimmen, um dem VBS die Möglichkeit zu geben, diese Rüstungsvorhaben genau abzuklären, bevor Sie sie ins Rüstungsprogramm einstellen.

Kiener Nellen Margret (S, BE): Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, die Minderheit Marti Werner zu unterstützen, aus folgenden Gründen:

1. Der nachmalige Antrag der Minderheit Marti Werner wurde in der Finanzkommission nach intensiver Diskussion äusserst knapp, mit 11 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

2. Die Minderheit Marti Werner hinterfragt zu Recht bestimmte neue Projekte – es sind deren vier – und beantragt Kürzungen von 26 Millionen Franken bei der Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung. Der Antrag hat finanzpolitisch aber noch mehr Fleisch am Knochen. Aus diesen 26 Millionen Franken, welche die SP-Fraktion mit der Minderheit Marti Werner beim Budget 2007 einsparen will, könnte sich ein Beschaffungsvolumen von voraussichtlich gut 500 Millionen Franken entwickeln. Methodisch ist der Antrag über jede Kritik erhaben, da er eben vor Beginn der Projektierungsphase ansetzt.

Zu den einzelnen Projekten: Die SP lehnt das Projekt Artillerieschiessen auf ausländischen Waffenplätzen klar ab. Es gibt in der Schweiz genügend Artillerieschiessplätze. Aufwände für die Anpassung unseres Kartensystems an EU- oder Nato-Normen erübrigen sich in diesem Bereich. Die SP lehnt Kosten klar ab, die dazu dienen, dass sich die Schweizer Artillerie geografisch ausserhalb der Schweizer Grenzen positionieren oder gar Nato-tauglich machen kann.

3. Für die SP ist es richtig, heute Informatikkredite aus dem Budget zu streichen, die im Zusammenhang mit dem umstrittenen Rüstungsprogramm FIS HE stehen. Es handelt sich teilweise auch um fragwürdige Helvetisierungen. Diese zwei Vorbehalte betreffen die neue Aufklärungsplattform Napf, das sind 15 Millionen Franken. Bei den Projekten Telekommunikation, mobile Führung und Managementführungsinformation M FIS Joint ist die Miliztauglichkeit noch überhaupt nicht erprobt und wird von der SP bestritten. Für diese Informatikprojekte ist der Zeitpunkt, Budgetmittel zu sprechen, verfrüht. Zuerst müssen die Grundsatz-, ja die Strategieentscheide für diese Führungsinformationssysteme im Rüstungsprogramm 2006 getroffen werden. Erst dann macht es Sinn, Projekte zu finanzieren und aufzugleisen.

Herr Loepfe, Sie sind der Frage ausgewichen. Es geht nicht um den Entwicklungsschritt 2008–2011. Es geht um die strategischen Rüstungsentscheide im Rüstungsprogramm 2006, welche logischerweise zuerst getroffen werden müssen, bevor kostenintensive Abklärungen in Auftrag gegeben werden.

Frau Kleiner, Ihr Votum war mit derselben Inkonsistenz behaftet. Es geht nicht darum, den Entwicklungsschritt 2008–2011 in irgendeiner Weise vorwegzunehmen, sondern es geht um die Grundsatzentscheide im Rüstungsprogramm 2006. Ebenso wenig sind Fragen des Mengenprofils mit dem Antrag der Minderheit Marti Werner beschlagen, sondern es geht der SP darum, die grundsätzlichen Weichenstellungen vor der ersten Weiche und nicht danach zu stellen.

Ich bitte Sie daher, den Antrag der Minderheit Marti Werner zu unterstützen.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: In der Tat sind diese Verpflichtungskredite innerhalb des Budgets so etwas wie eine Finanzplanung und haben damit auch etwas prospektive Wirkung, und es ist zweifellos richtig, wenn man sich diese Kredite genauer anschaut. Im vorliegenden Fall besteht über alle Jahre hinweg eine Gemeinsamkeit, indem solche Verpflichtungskredite im Bereich der Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung (PEB) dann nicht automatisch auch zu Ausgaben führen und nicht automatisch in Beschaffungsprojekte verwandelt werden. Das sind zum Teil Studien und Projekte, die dann in der Tat auch einmal hängenbleiben können.

1. In diesem Jahr und für dieses Budget sind in erster Linie Ausgaben im Hinblick auf die Verbesserung der Führung und Übermittlung bei der Armee vorgesehen. Das ist ein Schlüsselbereich. Es wird zunehmend erkannt, dass in der modernen Kriegsführung Führung und Übermittlung einen absolut zentralen Stellenwert besitzen. Dem will man für die Zukunft Rechnung tragen.

2. Im Bereich der Artillerie geht es um die Verbesserung der Verbandsausbildung, die in der Tat eben schwierig geworden ist, und da muss man sich etwas Neues einfallen lassen.

Umgekehrt kann man sagen, worum es nicht geht. Es geht nicht darum, dass hier der in Diskussion stehende Entwicklungsschritt 2008–2011 gewissermassen vorweggenommen wird, insbesondere auch nicht die sechs mechanisierten Bataillone, die in Diskussion stehen. Darum geht es hier nicht.

Der Bundesrat ersucht Sie, der Kommissionmehrheit zuzustimmen und daher diesen Verpflichtungskredit PEB zu genehmigen.

Rey Jean-Noël (S, VS), pour la commission: Il s'agit ici de crédits d'engagement et de plafonds de dépenses. Il est vrai que, dans le très volumineux message du Conseil fédéral, seule une page concerne les crédits d'engagement, qui se montent à plus d'un milliard de francs pour le Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports. Ce montant représente le total de quatre crédits d'engagement, à savoir ceux pour les études des projets, essais et préparatifs d'achats 2007; les équipements du personnel et matériel à renouveler 2007; le matériel de remplacement et de maintenance 2007; et le budget des munitions d'instruction et gestion des munitions 2007.

La proposition de la minorité Marti Werner concerne le crédit d'engagement 525 Etudes des projets, essais et préparatifs d'achats (EEP), qui s'élève à 140,8 millions de francs. On lit dans le message sur le budget plusieurs phrases qui justifient ce crédit d'engagement. On peut lire, à la page 550 du budget des unités administratives, que «ce crédit se compose pour l'essentiel de crédits d'étude en vue de l'acquisition de matériel d'armement». Il faut être membre de la Commission de la politique de sécurité ou de la sous-commission 5 (DDPS) de la Commission des finances pour connaître le détail de ce montant. Je ne veux pas répéter ce qu'a dit Madame Kleiner, qui préside la sous-commission précitée et qui vous a expliqué en détail les différentes positions concernées par ce crédit de 140,8 millions de francs.

Je vous rappelle simplement que Monsieur Marti Werner propose une réduction de 26 millions de francs, ciblée sur quatre projets qui concernent notamment la modernisation de l'armée. En lisant les procès-verbaux de la sous-commission 5, on se rend compte que ces crédits sont proposés pour des analyses des coûts, de l'efficacité et de la compatibilité militaire de différents projets dans le domaine de l'informatique et des télécommunications.

La commission, qui a pris sa décision par 11 voix contre 9 et 1 abstention, vous invite à voter le crédit d'engagement 525 Etudes des projets, essais et préparatifs d'achats (EEP), qui se monte à 140,8 millions de francs.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 96 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 73 Stimmen

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Die Abstimmung über die Ausgabenbremse findet später statt.

2. Bundesbeschluss I über den Voranschlag für das Jahr 2007

2. Arrêté fédéral I concernant le budget pour l'année 2007

*Detailberatung – Discussion par article***Titel und Ingress***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 1***Antrag der Kommission**Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

....

a. von 55 263 061 202 Franken;

b. von 55 869 546 537 Franken;

c. von 606 485 335 Franken.

Art. 1*Proposition de la commission**Al. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

....

a. de 55 263 061 202 francs;

b. de 55 869 546 537 francs;

c. de 606 485 335 francs.

*Angenommen – Adopté***Art. 2***Antrag der Kommission*

....

a. von 6 453 083 200 Franken;

....

Art. 2*Proposition de la commission*

....

a. de 6 453 083 200 francs;

....

*Angenommen – Adopté***Art. 3***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 4***Antrag der Mehrheit**Abs. 1*

.... 133 710 134 Franken

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Hofmann Urs, Darbellay, Dormond, Fässler, Frösch, Kiener Nellen, Kohler, Marti Werner, Rey, Vollmer, Walker Felix)

Von der Kreditsperre ausgenommene Voranschlagskredite

Zusätzliche Positionen

325 Staatssekretariat für Bildung und Forschung

A2310.0184 Hochschulförderung. Grundbeiträge

A2310.0185 Projektgebundene Beiträge gemäss UFG

A2310.0186 Schweizerische Rektorenkonferenz

A2310.0188 Beiträge an Kantone für Ausbildungsbeihilfen

A2310.0193 Stiftung Schweizerischer Nationalfonds

A2310.0194 Schweizerische Akademien

A2310.0195 Institutionen Artikel 16 des Forschungsgesetzes

A2310.0196 Infrastrukturaufwendungen Krebsforschung

A2310.0197 Dialog Wissenschaft und Gesellschaft

A2310.0206 Human Frontier Science Program (HFSP)

328 Bereich Eidgenössische Technische Hochschule

A2310.0346 Finanzierungsbeitrag des Bundes an den ETH-Bereich

620 Bundesamt für Bauten und Logistik

A4100.0125 Investitionsausgaben ETH-Bauten

706 Bundesamt für Berufsbildung und Technologie

A2310.0101 Berufsbildung. Pauschalbeiträge und Übergangsrecht

A2310.0102 Berufsbildung. Innovations- und Projektbeiträge

A2310.0104 Fachhochschulen. Betriebsbeiträge

A2310.0105 Fachhochschulen. Integration GSK-Berufe

A2310.0106 Schweizerische Forschungszentren (IMP)

A2310.0107 Technologie- und Innovationsförderung

Art. 4*Proposition de la majorité**Al. 1*

.... 133 710 134 francs.

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Hofmann Urs, Darbellay, Dormond, Fässler, Frösch, Kiener Nellen, Kohler, Marti Werner, Rey, Vollmer, Walker Felix)

Crédits budgétaires exclus du blocage des crédits

Positions supplémentaires

325 Secrétariat d'Etat à l'éducation et à la recherche

A2310.0184 Aide aux universités, subventions de base

A2310.0185 Contributions liées à des projets selon la LAU

A2310.0186 Conférence des recteurs des universités suisses

A2310.0188 Subventionnement des aides cantonales à la formation

A2310.0193 Fondation Fonds national suisse

A2310.0194 Académies suisses

A2310.0195 Institutions visées à l'article 16 de la loi sur la recherche

A2310.0196 Charges d'infrastructure, recherche sur le cancer

A2310.0197 Dialogue science et société

A2310.0206 Human Frontier Science Program (HFSP)

328 Domaine des écoles polytechniques fédérales

A2310.0346 Contribution au financement du domaine des EPF

620 Office fédéral des constructions et de la logistique

A4100.0125 Bâtiments du domaine des EPF

706 Office fédéral de la formation professionnelle et de la technologie

A2310.0101 Contributions forfaitaires et droit transitoire

A2310.0102 Contributions liées à des innovations et à des projets

A2310.0104 Contributions aux frais d'exploitation des HES
 A2310.0105 Intégration des professions SSA
 A2310.0106 Centres suisses de recherche
 A2310.0107 Encouragement de la technologie et de l'innovation

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Hier geht es um die Kreditsperre. Die Einzelheiten werden im Anhang I geregelt. Deshalb verweise ich Sie auf Seite B5 der Fahne, wo Sie den Antrag der Minderheit Hofmann Urs finden.

Hofmann Urs (S, AG): In der Herbstsession haben wir intensiv über den Finanzbedarf im Bereich von Bildung und Forschung diskutiert. Der Bundesrat hatte für den Rahmenkredit Bildung, Forschung und Innovation (BFI) für die Periode 2008 bis 2011 ursprünglich einen jährlichen Anstieg von 4,5 Prozent in Aussicht genommen. Dem standen Motionen aus verschiedenen Fraktionen gegenüber, die Erhöhungen von jährlich 6 Prozent, 8 Prozent oder 10 Prozent verlangten. Unser Rat hat in Anbetracht der überragenden Bedeutung von Bildung und Forschung für die Zukunft unseres Landes schliesslich dem freisinnigen Antrag auf eine Steigerungsrate von 8 Prozent zugestimmt.

Schon für den BFT-Kredit für die laufende Rahmenkreditperiode hatte das Parlament ursprünglich einen höheren jährlichen Anstieg beschlossen, als ihn der Bundesrat beantragt hatte. Dennoch blieb bei den Entlastungsprogrammen auch dieser Bereich nicht von Kürzungen verschont. Die Beträge, die im Budget 2007 enthalten sind, entsprechen nicht mehr dem ursprünglichen Willen des Parlamentes, und sie stehen in krassem Gegensatz zu den Vorgaben unseres Rates für den Rahmenkredit für die Jahre 2008 bis 2011. Konsequenterweise müssten wir in Anbetracht der Finanzlage des Bundes somit heute eine Aufstockung dieser Kredite beantragen. Doch so weit gehen wir nicht.

Wir beantragen Ihnen nur, auf eine weitere Kreditkürzung auf dem Weg über eine 1-prozentige Kreditsperre zu verzichten. Das Mittel der Kreditsperre wurde seinerzeit eingeführt, um ein defizitäres Budget quasi als Notmassnahme, mittels der «Rasenmähermethode», noch schuldenbremsenkonform zu machen. Angesichts der heutigen Ausgangslage, mit einem Budget, das den Vorgaben der Schuldenbremse mit Sicherheit entsprechen wird, ist die Anwendung der Kreditsperre eigentlich eine Bankrotterklärung des Bundesrates. Er konnte sich einmal mehr nicht entscheiden, wo Schwerpunkte zu setzen sind und wo weitere Einsparungen sachpolitisch gerechtfertigt sind.

Die Mehrheit unseres Rates hat mit ihrem Entscheid in Flims demgegenüber klare Prioritäten gesetzt. Diesem Grundsatzentscheid müssen jetzt auch beim Budget, also in der Tagespolitik, Taten folgen. Es wäre eine billige Schaufensterpolitik, wenn man sich bei der Überweisung von Motionen als Bildungs- und Forschungspartei präsentiert, aber dann, wenn es ums Zahlen geht, den Hinterausgang nimmt. Wer Ja sagt zur Schwerpunktsetzung im BFI-Bereich, der kann nicht im nächsten Jahr den Geldhahn zudrehen, um dann im Jahr 2008 und in den Folgejahren plötzlich die Rakete zu zünden. Eine solche Jo-Jo-Politik macht keinen Sinn, zumal es bei diesen Krediten vor allem auch um Personalkosten geht, die in der übrigen Bundesverwaltung ohnehin von der Kreditsperre ausgenommen sind.

Beim Budget geht es nicht darum, finanztechnische Grundsatzdebatten zu führen, wie jetzt die Kreditsperre im Einzelnen anzuwenden ist oder nicht, beim Budget 2007 geht es darum, dass das Parlament sagt, wo es seine Schwerpunkte setzen will. Und wenn es für 2008 bis 2011 diese Schwerpunkte bei Bildung und Forschung setzt, dann macht es keinen Sinn, im nächsten Jahr gerade in diesem Bereich mit einer Kreditsperre zusätzlich zu sparen.

Bleiben Sie konsequent, bleiben Sie bei den Beschlüssen von Flims, sagen Sie deshalb Ja zu diesem Minderheitsantrag, der in diesem Bereich auf das Mittel der Kreditsperre im nächsten Jahr verzichten will!

Pfister Theophil (V, SG): Die Kreditsperre von 1 Prozent, die im Rahmen der Entlastungsprogramme eingeführt wurde, hat sich als Instrument der Finanzpolitik bewährt. Die Kreditsperre steht in einem engen Zusammenhang mit der vom Volk beschlossenen Schuldenbremse. Sie wissen es, die Schuldenbremse zwingt uns, ein Budget vorzulegen, das eine zusätzliche Verschuldung unseres Staatshaushaltes in normalen Zeiten verhindert. Wir haben heute normale Zeiten. Mit der Kreditsperre wird es möglich, ein Budget dann zu korrigieren, wenn die übrigen Bemühungen nicht erfolgreich waren. Das Prinzip ist auch als «Rasenmähermethode» bekanntgeworden.

Zur Wirkung der Kreditsperre gehört, dass alle jene Kredite, die nicht gesetzlich gebunden sind, über alle Bereiche hinweg betroffen sind. Werden einzelne Bereiche ausgenommen, wird das Prinzip der Kreditsperre infrage gestellt; dies, weil wir dann in verfälschten Kräfteverhältnissen über die Höhe der Kreditsperre befinden müssen. Es ist darum zwingend, dass ihr alle Bereiche, wo dies möglich ist, unterstellt bleiben.

Der Antrag der Minderheit Hofmann Urs auf Ausnahmen in wichtigen Bereichen gefährdet darum generell das System der Kreditsperre; dessen ist sich die Linke wohl auch bewusst. Es wäre dann nur eine Frage der Zeit, bis sich auch andere Bereiche mit Hilfe gewisser Allianzen von der Kreditsperre – natürlich im Namen der Gerechtigkeit – befreien könnten. Hier geht es um mehr als nur um mehr Mittel für die erwähnten Bereiche. Hier geht es um einen Versuch, das wichtige Instrument für die Einhaltung der Schuldenbremse grundsätzlich auszuhebeln.

Ich bitte Sie namens der SVP-Fraktion dringend, diesen folgeschweren Schritt nicht zu tun und den Minderheitsantrag Hofmann Urs abzulehnen.

Darbellay Christophe (C, VS): Lors de la «session» de Flims, nous avons eu l'occasion de débattre longuement de la nécessité pour l'avenir de ce pays d'investir plus dans la formation et la recherche. On a entendu quelle était la proposition du Conseil fédéral, 4,5 pour cent; celle du groupe démocrate-chrétien, 6 pour cent; celle du groupe radical-libéral, 8 pour cent; d'autres chiffres ont été articulés: 9, 10, 12 pour cent, etc. On était presque au casino! Il est important qu'on puisse aujourd'hui fixer une priorité en dépit de la nécessité d'avoir des instruments pour orienter une politique financière à long terme pour assainir les finances fédérales – on a l'instrument du blocage des crédits. Il faut dire ici qu'une politique de «stop and go» n'a pas de sens: on ne peut pas dire qu'on va augmenter les moyens de la formation et de la recherche ces prochaines années et décider aujourd'hui que ce domaine est soumis comme tous les autres au blocage des crédits, ce n'est pas raisonnable.

J'en appelle à mes amis radicaux-libéraux. Ce n'est pas souvent que je m'adresse à vous depuis ici. Je crois que vous ne pouvez pas systématiquement défendre la Suisse de l'intelligence en disant qu'il faut investir plus dans la formation et la recherche – vous défendez avec raison une augmentation des crédits 8 pour cent – et nous critiquer pour notre soi-disant pingrerie en disant que 6 pour cent cela suffit. Je vous prie de soutenir la proposition de la minorité Hofmann Urs qui fixe une priorité claire et qui soustrait tout le domaine de la formation et de la recherche au blocage des crédits.

On aurait alors une politique cohérente consistant à augmenter ces dépenses à l'avenir, parce que c'est important pour la Suisse, et on n'aurait pas une politique de «stop and go» qui n'a pas de sens et qui est même dangereuse dans un domaine aussi important.

Bruderer Pascale (S, AG): «Flims» ist noch nicht allzu lange her. Oder doch? Über die Parteigrenzen hinweg haben wir uns damals für mehr Investitionen in die Bildung, Forschung und Innovation ausgesprochen. Für deutlich mehr Mittel, weil wir in diesem Bereich einen Schwerpunkt setzen wollen, aber auch weil mehr Mittel dringend nötig sind, um den Gesetzesaufträgen, die wir haben, nachzukommen. Damit wir die Ziele erreichen, zu denen sich der Bund im Bereich Bil-

derung und Forschung verpflichtet hat, wäre ein Wachstum von jährlich 10 Prozent ab 2008 nötig. Gefunden hat sich eine mehrheitsfähige Koalition bei 8 Prozent. Das ist das absolute Minimum, um der Verantwortung des Bundes nachzukommen im Bereich der Universitäten, der ETH und der Fachhochschulen, im Bereich Forschung und Innovation und nicht zuletzt im Bereich der Berufsbildung. Zur Erinnerung: Im Moment finanziert der Bund nur gerade 16,8 Prozent der Berufsbildungskosten anstatt der gesetzlich vorgeschriebenen 25 Prozent. Dieser Zustand ist insbesondere darum unhaltbar, weil sich der Bund in der neuen Bildungsverfassung dazu verpflichtet, seine Verantwortung wahrzunehmen und den Kantonen ein verlässlicher Partner zu sein.

Wir reden hier nicht über den BFI-Rahmenkredit ab 2008, den wir im kommenden Jahr festzulegen haben, aber sowohl dannzumal wie heute sprechen wir von den dringend nötigen Investitionen in die Bildung; sowohl dann wie auch heute geht es darum, dass das verlangte jährliche Wachstum nötig ist, dass die Mehrinvestitionen wichtig sind, natürlich nicht erst ab 2008, sondern schon heute. Diese Investitionen dürfen wir nicht mittels Kreditsperre gleich wieder kürzen. Eine Stop-and-go- oder Jo-Jo-Politik liegt hier nicht drin und macht keinen Sinn, weil unsere Partner im Bildungswesen langfristig planen wollen und natürlich langfristig planen sollen. So viel vom Zusammenhang müssen wir Politikerinnen und Politiker doch verstehen.

Ich appelliere insbesondere an die Ratsmitglieder der FDP: Gemeinsam haben wir in Flims einen Zwischenerfolg verbuchen können, aus Überzeugung und aus guten Gründen. Wenn Sie heute gegen die Aufhebung der Kreditsperre stimmen, dann ist das wirklich inkonsequent, und es ist nicht glaubwürdig. Die FDP, scheint mir, spricht mit gespaltenen Zunge: Sind die Bildungspolitikerinnen und -politiker am Zug, wird das Hohelied auf die Bildung angestimmt, sind die Finanzpolitiker am Zug, wird mit dem Rasenmäher blind gekürzt, ohne Prioritäten, ohne Weitsicht und ohne Argumente. Die Bildung in diesem Land braucht wirklich Taten, Worte genügen längst nicht mehr.

Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, die Minderheit Hofmann Urs zu unterstützen und die Kreditsperre in diesem wichtigen Bereich aufzuheben.

Steiner Rudolf (RL, SO): Wir sprechen nicht mit doppelter Zunge, aber wir geben Voten ab, die von Vernunft getragen sind und auch in der Politik Verständnis für das Machbare haben.

Im Namen der FDP-Fraktion bitte ich Sie, die Minderheit Hofmann Urs abzulehnen. Ich erinnere daran: Wir haben die Kreditsperre im Rahmen des Entlastungsprogramms eingebaut. Wenn nun auf einen einzelnen Bereich bezogen ein Teil freigegeben wird, werden sich diejenigen, die noch der Kreditsperre unterworfen sind, zu Recht beklagen, das sei ungerecht. Es gäbe ohne Zweifel noch andere Bereiche, wo man mit ebenso grosser Überzeugungskraft für sich beanspruchen könnte, dass man von der Kreditsperre zu Unrecht betroffen sei, dass man gerade im eigenen Bereich aus bestimmten Gründen die Kreditsperre aufheben müsse. Ich möchte auch daran erinnern, dass sich die Kreditsperre bis jetzt sehr bewährt hat, dass sie auch auf die Ergebnisse der Jahresrechnung eine positive Wirkung gehabt hat. In begründeten Fällen, das gehört auch zur Kreditsperre, kann diese auch aufgehoben werden. Das wurde auch gemacht. Letztlich ist festzustellen: Das System der Kreditsperre hat bis heute zu keinerlei Nachteilen in den Aufgabenbereichen des Bundes geführt.

Es stimmt auch nicht, dass eine Kreditsperre in diesem Bereich im Gegensatz zu den Beschlüssen von Flims stehen würde. Es ging in Flims darum, ein künftiges Schwergewicht auf Bildung, Forschung und Innovation zu legen. Dazu stehen wir nach wie vor, insbesondere auch die FDP-Fraktion, die auch dort nicht gespalten aufgetreten ist, sondern mit dazu beigetragen hat, dass zuhänden des Bundesrates ein Wegweiser gesetzt werden konnte, was wir von der künftigen BFI-Vorlage erwarten. Ich denke, es ist nun abzuwarten, was der Bundesrat aus diesen Vorgaben macht. Wir werden

dann nächstes Jahr, wenn die BFI-Vorlage auf dem Tisch liegt, die Gelegenheit haben, die Zukunft zu gestalten. Aber für das Jahr 2007 haben wir so weiterzufahren, wie wir es in den letzten Jahren getan haben. Es ist keine Stop-and-go- oder Jo-Jo-Politik, sondern es ist eine Fortsetzung der bewährten Politik auch in diesen Bereichen, die nun aus irgendwelchen Gründen vorgezogen aus der Kreditsperre entlassen werden sollten. Nochmals: Wenn Sie hier eine Ausnahme beschliessen, bin ich überzeugt, dass weitere Begehren für Ausnahmen folgen werden.

Ein Letztes: Ich vermisste bei den Befürwortern der Aufhebung der Kreditsperre in diesem Bereich etwas; uns hat nämlich noch niemand eine Zahl genannt, um welchen Geldbetrag es überhaupt geht.

Ich empfehle Ihnen also sehr, bei der Vorgabe des Bundesrates und der Mehrheit Ihrer Kommission zu bleiben.

Hofmann Urs (S, AG): Wenn Sie in der Finanzkommission anwesend gewesen sind und zugehört haben, haben Sie den Betrag gehört: Es sind, berechnet vom Finanzdepartement, 39 Millionen Franken. Wenn Sie die Kreditsperre als probates Mittel der Budgetpolitik bezeichnen, auch in Situationen, in denen die Schuldenbremse ohne weiteres eingehalten werden kann: In welchen Fällen, dies meine erste Frage, käme dann die Kreditsperre nicht mehr zur Anwendung? Was wären die Voraussetzungen, die erfüllt sein müssten? Die zweite Frage: Befürworten Sie somit eine gesetzliche Grundsatzlösung, die vorsieht, dass in jedem Jahr eine Kreditsperre anzuwenden ist und der Bundesrat damit von seiner Schwerpunktsetzung und von einer seriösen Budgetierung in den einzelnen Positionen entlastet wird?

Steiner Rudolf (RL, SO): Ich möchte beim Grundsätzlichen beginnen. Die Schuldenbremse hat ja nicht den Sinn, dass man den überschüssigen Betrag gleich wieder ausgibt, wenn die Vorgaben der Schuldenbremse erfüllt sind. Wenn Sie an die Zukunft denken – ich verweise auf den Finanzplan 2008–2010, ich verweise auf die Aufgaben, die auf uns zukommen und die im Finanzplan noch nicht einmal enthalten sind –, dann müssen Sie darauf achten, dass wir Überschüsse, die wir in der Vergangenheit generieren konnten und mit Glück noch im Jahr 2007 werden generieren können, auch retten und effektiv realisieren können.

Ich meine, die Kreditsperre ist als ganzes System installiert, und da müssen wir grundsätzlich darüber diskutieren, ob wir das Instrument der Kreditsperre als Ganzes wieder aufheben oder nicht. Aber wenn wir es einmal installiert haben, dann haben wir es auch so anzuwenden, wie das gedacht war. Da können wir jetzt bei allem Verständnis nicht einzelne Ausnahmen in beliebigen Bereichen machen. Es gibt eben, wie ich gesagt habe, noch andere Aufgabenbereiche, die mit gleicher Rechtfertigung für sich in Anspruch nehmen könnten, die Kreditsperre sei aufzuheben.

Ich bin auch dankbar, dass Sie die Zahl genannt haben. Leider findet sich diese im Protokoll nicht.

Riklin Kathy (C, ZH): Wir haben vor drei Jahren in diesem Saal beschlossen, dass wir jedes Jahr 6 Prozent mehr Ausgaben für die Bildung wollen. Herr Steiner, Sie sind Mitglied der Finanzkommission: Können Sie mir sagen, um wie viel Prozent die Bildungskredite dieses Jahr angestiegen sind?

Steiner Rudolf (RL, SO): Ich kann Ihnen nur sagen, dass in den letzten zehn Jahren – 1996 bis 2005 – die Ausgaben für die Bildung in der Schweiz auf Stufe Bund, Kantone und Gemeinden um insgesamt 47,6 Prozent angestiegen sind.

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Das Budget, das wir Ihnen jeweils präsentieren, beruht auf Eingaben – auf Eingaben der Ämter, der Bereiche, der Departemente –, und diese Eingaben beruhen auf der Jahresplanung. Man macht sich also Gedanken über das, was man im nächsten Jahr ausgeben muss und will. Wenn wir diese Kreditsperre von Anfang an in den Budgetprozess eingliedern, dann wissen die von der Kreditsperre betroffenen Bereiche von Anfang an

sehr genau, was auf sie zukommt. Es kann nicht von Beliebigkeit und auch nicht von «stop and go» gesprochen werden, sondern es ist ein Instrument der Finanzpolitik, ein Instrument, das auch etwas den Charakter eines Puffers hat.

Die BFI-Botschaft wird demnächst kommen. Im Anschluss an die BFI-Botschaft wird es darum gehen, die Kredite zuzuteilen. Noch sind wir nicht so weit. Die 6 Prozent, die bezüglich der Erhöhung im Bereich BFI im Raum stehen, werden erst nach Erscheinen dieser Botschaft und im Rahmen dieser Kreditierung zu beschliessen sein. Heute geht es um das Budget 2007, und im Budget 2007 spielt der Bereich BFI noch keine Rolle.

Die Kreditsperre ist ein Instrument, und die Kriterien zur Anwendung dieses Instrumentes sind bekannt. Es ist im Wesentlichen der Grad der rechtlichen bzw. gesetzlichen Bindung von Ausgaben; alle wissen das zum Voraus. Wenn man am Ende der Budgetdebatte auf einen einzelnen Bereich zurückkommt, schafft man eine Ungerechtigkeit gegenüber allen anderen Bereichen, die durchaus auch den Anspruch erheben könnten, sich aus der Kreditsperre zu verabschieden. Ich denke etwa an die Landwirtschaft. Es wäre nicht zu rechtfertigen, dass man am Ende einzelne Bereiche aus der Kreditsperre entlässt.

Ich habe es Ihnen bei der Eintretensdebatte gesagt, und ich wiederhole es noch einmal: Was mir etwas Sorge macht, ist die Tendenz verschiedener Bereiche, sich gewissermassen ins Trockene zu begeben, also dafür zu sorgen, dass die Ausgaben möglichst ausserhalb des Budgetprozesses gesichert sind.

1. Ein erstes Instrument dafür sind die Fonds. Auf Fonds gibt es durch den Budgetprozess in der Regel keinen Zugriff mehr. Sie konnten zum FinöV-Fonds nichts sagen. Sie werden später auch Mühe haben, Zugriff auf den Infrastrukturfonds zu bekommen. Das macht mir ein bisschen Sorgen.

2. Es sind die Mehrjahresplafonds, auf die man sich dann bezieht, indem man sagt, man habe für vier Jahre einen Anspruch auf soundso viel Ausgaben, und man beruft sich dann darauf.

3. Es ist jetzt offenbar neuerdings auch die Kreditsperre, die man zu durchlöchern versucht. Wenn das Schule macht, dann, bin ich der Meinung, muss man die Kreditsperre abschaffen, und dann muss man sie ersetzen durch gezielte Kürzungen nach den Kriterien, nach denen wir bis jetzt, auf die Schlüsseldepartemente umgesetzt, die Projekte auch gekürzt haben.

Ich ersuche Sie deshalb, die Kreditsperre im vorliegenden Fall nicht aufzuheben und daher dem Bundesrat bzw. der Mehrheit zuzustimmen.

Fässler-Osterwalder Hildegard (S, SG): Herr Bundesrat, können Sie uns erklären – Sie haben es vorhin gesagt –, wie es Schule machen kann, wenn die Kreditsperre ausgehebelt wird, wenn diese ja sowieso nur noch für ein Jahr gilt? Wir haben jetzt einen einzigen Antrag, eine Ausnahme zu machen, und nachher gibt es diese Kreditsperre gar nicht mehr, ausser wir würden sie wieder neu beschliessen. Wie kann etwas Schule machen, was in einem Jahr gar nicht mehr vorhanden sein wird?

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: Das sagen Sie, Frau Fässler. Wir werden in den nächsten zwei, drei Wochen eine Botschaft für eine Anpassung der Kreditsperre in den Bundesrat bringen, verabschieden, und Sie werden sich dann im nächsten Jahr wieder mit diesem Instrument zu befassen haben.

Widmer Hans (S, LU): Herr Bundesrat, erfolgreiche Politik wird wahrscheinlich in Zukunft, mehr als früher, nur dann möglich sein, wenn Prioritäten gesetzt werden. Glauben Sie nicht auch, dass das Instrument der Schuldenbremse die Prioritätensetzung verhindern kann?

Merz Hans-Rudolf, Bundesrat: In keiner Art und Weise. Ich habe vorhin gesagt, das Budget beruhe auf Eingaben; und die Eingaben beruhen auf Projekten, auf der Jahresplanung. Das gilt auch für den Bildungsbereich. Die ETH wissen heute ganz genau, was sie das nächste Jahr ausgeben wollen und müssen. Es bringt eigentlich wenig, wenn Sie am Ende der Budgetdebatte mitten im Dezember Veränderungen an dem vornehmen, was die ETH z. B. für das nächste Jahr geplant haben.

Es kann nicht die Rede davon sein, dass Sie mit der Kreditsperre einen bestimmten Bereich beschneiden, denn er wusste, was auf ihn zukommt; es war so vorgesehen, es war so geplant.

Kaufmann Hans (V, ZH), für die Kommission: Die Bundesversammlung kann Voranschlag und Verpflichtungskredite sowie Zahlungsrahmen teilweise sperren; das ist im Budget vorgesehen. Sie können die Details dazu im dicken Buch auf Seite 566 nachlesen. Es ist so, dass die Kreditsperre eigentlich eine Notmassnahme ist – verächtlich wird sie als «Rasenmäher» bezeichnet. Aber die Schnitthöhe dieses Rasenmähers ist sehr hoch eingestellt; es wird nur die oberste Spitze des Rasens, 1 Prozent, abgemäht. Selbstverständlich fährt dieser Rasenmäher auch nicht über das Blumenbeet. Mit dem Blumenbeet meine ich all jene Ausnahmen, bei denen man schlicht und einfach nicht kürzen kann, ohne Verträge zu brechen, also Positionen wie Kapitalzinsen, Beiträge an internationale Organisationen oder AHV- und IV-Beiträge.

Wenn wir schauen, was effektiv gekürzt wird – dieses eine Prozent –, so sehen wir, dass wir von einem Totalbetrag von etwa 200 Millionen Franken sprechen, wobei wiederum 65 Millionen Franken spezifisch an verschiedenen Orten, wie beim EJPD, beim VBS, in der Landwirtschaft und bei der Bundeskanzlei, anfallen. 200 Millionen Franken, das heisst mit anderen Worten, dass 35 bis 40 Prozent des Bundeshaushaltes überhaupt von dieser Kreditsperre betroffen werden. Wenn wir jetzt Ausnahmen machen und wenn die Kreditsperre wirklich weitergeführt wird, dann werden das nächste Mal noch weniger Bundesämter von dieser Kreditsperre betroffen werden; sie müssen dann das Ganze ausbaden.

Es ist ja nicht so, dass die Positionen, die betroffen werden, im eigentlichen Sinne gekürzt werden; alle werden aufgestockt. Ich kann aber Frau Riklin nicht den genauen Betrag sagen, weil wir ein neues Rechnungswesen haben und einige Vergleiche wegen der Immobilien, die neu verrechnet werden, nicht ganz klar mit dem Vorjahr vergleichbar sind.

Wenn Sie der Minderheit Hofmann Urs zustimmen, dann erhöhen Sie die Ausgaben um rund 40 Millionen Franken, ohne dass dafür konkret etwas vorgesehen ist. Wie unser Finanzminister gesagt hat, gewährt man im letzten Moment, über die schon erhöhten Beträge hinaus, nochmals 40 Millionen Franken praktisch zur freien Verwendung.

Deshalb bitte ich Sie, der Mehrheit zu folgen; die Kommission empfiehlt Ihnen das mit 14 zu 10 Stimmen.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominativ: Beilage – Annexe 06.041/3558)

Für den Antrag der Mehrheit 99 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 81 Stimmen

Art. 5

Antrag der Kommission

Abs. 1

....

a. 55 210 095 248 Franken;

b. 56 011 007 819 Franken.

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 5*Proposition de la commission**Al. 1*

....

a. 55 210 095 248 francs;

b. 56 011 007 819 francs.

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 6***Antrag der Kommission**Abs. 1*

.... von 55 506 908 749 Franken

Art. 6*Proposition de la commission**Al. 1*

.... 55 506 908 749 francs.

*Angenommen – Adopté***Art. 7***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 8***Antrag der Kommission*

.... Franken;

e. Pandemie Beschaffung von Impfstoffen 186 235 000 Franken (noch offen).

Art. 8*Proposition de la commission*

.... francs;

e. pandémie, achat de vaccins 186 235 000 francs (pas encore traité).

Angenommen – Adopté

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Wir kommen nun zur Abstimmung über die Ausgabenbremse. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass das qualifizierte Mehr bei 100 Stimmen liegt, da ein Ratsmitglied verstorben ist.

*Ausgabenbremse – Frein aux dépenses**Abstimmung – Vote**(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.041/3557)*

Für Annahme der Ausgabe 179 Stimmen

Dagegen 1 Stimme

*Das qualifizierte Mehr ist erreicht**La majorité qualifiée est acquise***Art. 9–11***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Vor der GesamtAbstimmung hat Herr Zuppiger für die SVP-Fraktion das Wort.

Zuppiger Bruno (V, ZH): Auch wenn die Zahlen des Voranschlags 2007 auf den ersten Blick zufriedenstellend ausse-

hen mögen und obwohl in diesem Saal bereits verschiedene Kolleginnen und Kollegen das Hohelied der Gesundheit unserer Bundesfinanzen singen, ist die SVP ausserordentlich besorgt über die Entwicklung der Ausgaben. Auch für 2007 hat sich der Bundesrat nicht an die Vorgaben gehalten, welche ihm das Parlament gesetzt hat. Die Mehrheit von National- und Ständerat hat den Bundesrat aufgefordert, die Bundesausgaben nur im Umfang der prognostizierten Teuerung wachsen zu lassen. Die Teuerung wird vom Bundesrat für nächstes Jahr auf 1 Prozent veranschlagt; die Ausgaben wachsen jedoch – unter Einbezug der Pandemievorsorge und der erhöhten Beiträge an die KTU-Infrastrukturmassnahmen – um gegen 3 Prozent. Konsequenterweise kann die SVP einem solchen Ausgabenwachstum nicht zustimmen.

Nachdem die Vertreterinnen und Vertreter der SVP mit ihren Kürzungsanträgen von total gegen 500 Millionen Franken zumeist bereits in den Subkommissionen von allen im Stich gelassen wurden, kann man von unserer Fraktion auch nicht verlangen, dass sie diesem Voranschlag zustimmen soll. Für unsere Partei wäre es wünschenswert, wenn auch die CVP und die FDP, welche die Vorstösse zur Begrenzung des Ausgabenwachstums sogar selber eingereicht oder zumindest unterstützt haben, ebenfalls konsequenter handeln würden. Worte allein genügen nicht, am Handeln wird man gemessen.

Noch mehr Sorgen bereiten der SVP der Finanzplan 2008–2010 sowie die Finanzperspektiven des Bundesrates bis 2015. Bis 2010 sollen die Ausgaben gemäss Finanzplan auf 63 Milliarden Franken anwachsen, also um 8 Milliarden Franken. Bis 2015 erwartet der Bundesrat ohne Korrekturmassnahmen Ausgaben von gegen 80 Milliarden Franken. Wenn diese Perspektiven nicht zu denken geben, dann weiss ich auch nichts mehr. Wir müssen uns endlich einschränken. Der Bundesrat muss dem Parlament möglichst rasch, spätestens jedoch mit dem Bericht zu den Legislaturzielen sowie zum Legislaturfinanzplan, Vorschläge unterbreiten, wie das Ausgabenwachstum reduziert werden kann. Das Parlament hat die notwendigen Gesetzesänderungen und Beschlüsse möglichst rasch und konsequent vorzunehmen.

Bundesrat Merz hat in seinen Ausführungen bereits ein neues Entlastungsprogramm in Aussicht gestellt. Wir wissen jedoch alle hier im Saal, dass Entlastungsprogramme nicht der richtige Weg sind. Sie bestrafen nämlich auch jene, die sich stets an die Vorgaben für ein beschränktes Ausgabenwachstum halten. Vielmehr müssen wir Fehlentwicklungen, etwa im Gesundheits- oder Sozialbereich oder auch beim öffentlichen Verkehr, korrigieren. Sämtliche Bundesaufgaben müssen einmal untersucht werden und sich einer Überprüfung unterziehen. Nur so werden wir die Ausgaben besser in den Griff bekommen.

Leider kann das Parlament nicht über die Entwicklungs- und Finanzpläne des Bundes abstimmen. Wir können sie lediglich zur Kenntnis nehmen. Aber der Bundesrat sagt immer wieder, wir sollten auf die Finanzen längerfristig Einfluss nehmen. Daher muss sich die SVP überlegen, ob in dieser Hinsicht nicht eine Änderung erzwungen werden müsste, welche vom Bundesrat einen verbindlichen Entwicklungs- und Finanzplan verlangt, über den wir diskutieren und abstimmen können.

Zum Schluss doch noch etwas Positives: Die SVP-Fraktion wird dem Nachtrag II zum Voranschlag 2006 zustimmen. Nachdem wir nämlich verschiedentlich gemahnt haben, dass wirklich nur Nachträge unterbreitet werden sollen, die nötig und wichtig sind, und nicht einfach jene, mit denen Politik gespielt wird, haben sich die Verwaltung und der Bundesrat in den letzten Jahren hier wesentlich gebessert. Wenn Anträge für Nachtragskredite kommen, dann sind sie wohlbegründet, und immer wieder wird versucht, sie in einem anderen Bereich zu kompensieren. Daher können wir hier zustimmen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, Präsidentin): Ich habe vorhin nachgeschaut, ob die Zeit für Fraktionserklärungen

gen beschränkt ist. Das ist nicht geregelt. Ich gehe aber in Zukunft davon aus, dass wir die Zeit nicht überschreiten, wenn wir in dieser Kategorie jeder Rednerin und jedem Redner fünf Minuten Zeit geben.

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.041/3559)
Für Annahme des Entwurfes 111 Stimmen
Dagegen 52 Stimmen

3. Bundesbeschluss II über die Entnahmen aus dem Fonds für die Eisenbahn-Grossprojekte für das Jahr 2007

3. Arrêté fédéral II concernant les prélèvements sur le fonds pour les grands projets ferroviaires pour l'année 2007

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1–3
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1–3
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.041/3560)
Für Annahme des Entwurfes 143 Stimmen
Dagegen 30 Stimmen

4. Bundesbeschluss III über den Voranschlag 2007 des Bereiches der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Bereich)

4. Arrêté fédéral III concernant le budget du domaine des écoles polytechniques fédérales (domaine des EPF) pour l'année 2007

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.041/3561)
Für Annahme des Entwurfes 175 Stimmen
(Einstimmigkeit)

5. Bundesbeschluss IV über den Voranschlag der Eidgenössischen Alkoholverwaltung für das Jahr 2007

5. Arrêté fédéral IV concernant le budget de la Régie fédérale des alcools pour l'année 2007

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 06.041/3562)
Für Annahme des Entwurfes 174 Stimmen
(Einstimmigkeit)

06.047

Finanzplan 2008–2010. Bericht

Plan financier 2008–2010. Rapport

Fortsetzung – Suite

Bericht des Bundesrates 23.08.06
Rapport du Conseil fédéral 23.08.06

Bestellung: BBL, Vertrieb Publikationen, 3003 Bern
Commande: OFCL, diffusion des publications, 3003 Berne
Nationalrat/Conseil national 04.12.06 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 07.12.06 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 12.12.06 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 12.12.06 (Fortsetzung – Suite)

Vom Bericht wird Kenntnis genommen
Il est pris acte du rapport

06.048

Voranschlag 2006. Nachtrag II Budget 2006. Supplément II

Fortsetzung – Suite

Botschaft des Bundesrates 29.09.06
Message du Conseil fédéral 29.09.06
Bestellung: BBL, Vertrieb Publikationen, 3003 Bern
Commande: OFCL, diffusion des publications, 3003 Berne
Nationalrat/Conseil national 04.12.06 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 07.12.06 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 12.12.06 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 12.12.06 (Fortsetzung – Suite)

Eintreten ist obligatorisch
L'entrée en matière est acquise de plein droit

1. Finanzrechnung 1. Compte financier

Departement für auswärtige Angelegenheiten Département des affaires étrangères

201 Departement für auswärtige Angelegenheiten
201 Département des affaires étrangères

Antrag der Kommission
3100.046 Besondere Schutzmassnahmen
Fr. 538 000